ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 5 (69) Mai 2020/ Ijar – Siwan 5780 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €

Trump und die WHO, die FIFA unter den Weißkittelverbänden
Für die "Tagesschau" ist jeden Tag Wahlkampf gegen den US-Präsidenten.
SEITE 6–7

Wie einst Peres und Schamir
Gantz und Netanjahu verabreden Ämterrotation
SEITE 23

Wer war Jonas Salk?
Der in Deutschland kaum bekannte jüdische Bezwinger der Kinderlähmung
SEITE 44

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
wir schreiben Mai des Jahres 2020. Das ist gerade in diesem geschichtlich ohnehin wichtigen Jahr ein geschichtlich überaus wichtiger Monat. Wichtig für Deutschland, wichtig für die Welt, wichtig auch besonders für uns Juden.

Markieren doch dieses Jahr und dieser Monat 75 Jahre seit dem Ende der deutschen Nazi-Barbarei und des grauenvollen, von deutscher Großmanns-Sucht angezettelten Zweiten Weltkriegs, der Europa und der Welt Zerstörung, Verelendung, Entwurzelung und zig-millionenfachen Tod – darunter den von 6 Millionen willkürlich, systematisch und bestialisch ermordeten jüdischen Kindern, Frauen und Männern – hinterlassen hat.

75 Jahre seit der Rettung der wenigen, kaum noch lebenden jüdischen Überlebenden der zahlreichen deutschen Mord-Konzentrationslager, 75 Jahre seit dem Ende der Nazi-Tyrannei und der endgültigen und bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reichs – das sind auch 75 Jahre der Befreiung Deutschlands und der uns allen besonders von den USA und den westlichen Siegermächten gewährten Chance auf einen Neubeginn in Freiheit und Demokratie.

Sowohl das damalige Geschehen als auch die seither keinesfalls geradlinige und unbedenkliche Entwicklung unserer Republik, besonders im Hinblick auf ihre jüdischen Bürger und den Staat Israel, gäben ausreichend Stoff um mehrere 75-Jahres-Kolumnen unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU zu füllen.

Aber ich sitze in meinem Home-Office, einem der wenigen Orte, an dem ich keine Maske tragen muss, und setze bereits zum dritten Mal zu einer Einleitung an. Nichts in diesem Jahr ist, wie es vorher war. Das Corona-Virus hat von der gesamten Welt Besitz ergriffen und undenkbarerweise vieles von dem, was unser bisheriges Leben und Denken beherrscht hat, in den Hintergrund gerückt.

In Abhängigkeit von der Dauer des bisherigen Infektions- und Pandemie-Verlaufs wird das Ausmaß des unvorstellbaren wirtschaftlichen Desasters gerade für den normalen Bürger und besonders für den wirtschaftlich schwächeren Teil der Bevölkerung dem medizinischen Albtraum leider in nichts nachstehen, wenn ihn nicht sogar übertreffen. Schon jetzt mehren sich Corona-bedingt Auswüchse nicht selten, wenn auch häufig bewusst von unseren Medien entthematisiert, migrantischer häuslicher Gewalt, Kindervernachlässigung u.a.m.

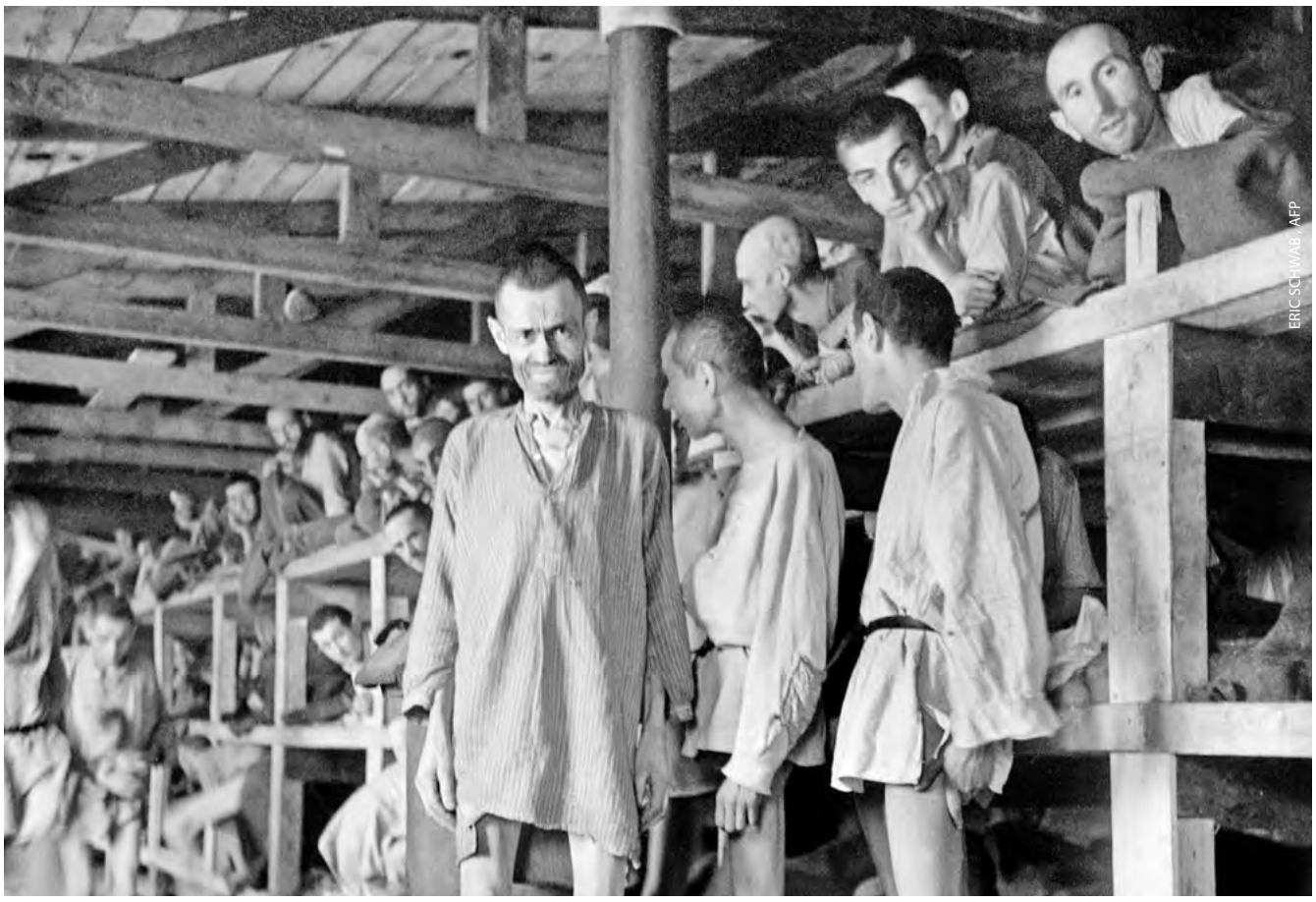
Fortsetzung Seite 2 ▶▶

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

05

4 198807 003709

Der 8. Mai - Befreiung vor 75 Jahren



ERIC SCHWAB / AFP

Von Dr. Nikoline Hansen

Besiegt oder befreit? Der 8. Mai 1945 in Deutschland hat viele Gesichter, und nur eine Minderheit erinnert sich gerne an den Tag. Denn die „Befreiung vom Hitlerfaschismus", wie das Narrativ in einem Teil des „befreiten" Landes gedeutet wurde, war für die Mehrheit der Deutschen ein Tag der Niederlage. Auch wenn am Ende wohl nicht mehr viele an den „Endsieg" geglaubt hatten, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatte nicht damit gerechnet, dass Deutschland noch einmal kapitulieren würde.

Doch auch die Minderheit, die sich nun endlich wieder in Freiheit wähnen durfte, hatte es nicht einfach. Viele, die ihre Heimat und ihr komplettes Hab und Gut verloren hatten, landeten in den sogenannten „DP"-Camps, Lagern für Menschen, die nicht mehr dorthin zurückkonnten, woher sie gekommen waren. Andere Verfolgte hatten es geschafft, die Zeit versteckt, in „privilegierter Mischehe" oder mit falschen Papieren zu überstehen. Für sie war der 8. Mai ein Tag der Befreiung, auch wenn die konkreten Umstände die Freude darüber sicher trübten. Denn die Menschen, die zuvor treue Anhänger des Naziregimes gewesen waren, verschwanden nicht von einem auf den anderen Tag. Nur sehr wenige wurden vor Gericht gestellt, andere schafften es, sich auf die eine oder andere Art „Persilscheine" zu beschaffen – die Netzwerke funktionierten. Wohl nur sehr wenige hörten von einem Tag auf den anderen auf, Nazi zu sein.

Es begann die Zeit der Umerziehung. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass Deutschland ein geteiltes Land war: Es war in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Während die Engländer und Franzosen wenig Potential hatten, um ernsthafte Umerziehungsmaßnahmen zu installieren, sondern versuchten, „zuverlässige" Deutsche mit dem Wiederaufbau des Landes zu betrauen, schufen die Amerikaner ein Programm, in dem die deutsche Bevölkerung mit den Gräueltaten des Krieges konfrontiert wurden. Es ist schwer zu sagen, ob die Maßnahmen den gewünschten Erfolg erzielten.

Täter blieben im Amt

Viele entzogen sich der Konfrontation durch Leugnung – und damit in die häufig gehörte Standardformel „Wir haben davon nichts gewusst". Andere machten sich gar nicht erst die Mühe, diesen unglaubhaften Umweg zu nehmen. Gerade in Berufen, an denen es Mangel gab, erfolgten die Überprüfungen bzw. „Entnazifizierungsmaßnahmen" eher großzügig. Juristen, Ärzte, aber auch Lehrer konnten weiter in ihren Berufen tätig sein. So kam es vor, dass Ärzte, die zuvor in KZs tätig waren, nun in Ämtern saßen, die über die Entschädigung eben jener dort zuvor eingesperrten Menschen entschieden. Auch in den Ministerien wurde kein vollständiger Austausch vollzogen – die historische Aufarbeitung dieses Phänomens begann erst vor wenigen Jahren und ist noch nicht abgeschlossen. Erst am 11. Januar 2012 wurde eine Kommission im Bundesjustizministerium eingesetzt, die die nationalsozialistische Vergangenheit aufarbeiten sollte. Seit Juli 2005 beschäftigt sich eine Historikerkommission mit dem Auswärtigen Amt und erst dieses Jahr wurde bekannt, dass der erste Direktor des Filmfestivals Berlinale es erfolgreich geschafft hatte, seine Nazivergangenheit zu verbergen. Mit anderen Worten: Auch noch 75 Jahre nach Kriegsende gibt es „Überraschungen".

Die Etablierung des jüdischen Lebens in Deutschland war mühsam. Auf Betreiben der Amerikaner wurde bereits am 24. November 1949 die „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit" gegründet, eines der Projekte, die ein friedliches Zusammenleben der Religionen in Deutschland befördern sollte. In West-Berlin etablierte sich eine der größten jüdischen Gemeinden im Nachkriegsdeutschland – dazu trugen die Juden aus den ehemaligen DP-Camps bei, deren Pläne, in ein anderes Land weiterzureisen, aus diversen Gründen gescheitert waren. Einige Juden kamen zurück, die im Exil nicht glücklich geworden waren.

Vergangenheitsbewältigung war nicht bei allen willkommen

Die Deutschen, die dieses Wiederaufleben jüdischer Gemeinschaft begrüßten, waren in der Minderheit. Die zähen Kämpfe um Entschädigungen, die sogenannte „Wiedergutmachung", erzählen davon eine beredte Geschichte. Durchbrüche waren Einzelnen zu verdanken, die das Ziel verfolgten, Deutschland zu einem Land zu machen, das sich verantwortungsvoll seiner Vergangenheit stellt und in in dem alle Menschen gleiche Rechte haben.

Fortsetzung auf Seite 2 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Der 8. Mai - Befreiung vor 75 Jahren

Von Tätern, die ihre Ämter behielten, von ungeliebter Vergangenheitsbewältigung und unterschiedlichen Narrativen in Ost und West

Zu diesen Personen gehörten etwa der Berliner Joachim Lipschitz, der sich nicht nur in der Aufarbeitung des Unrechtregimes engagierte, sondern auch dafür sorgte, dass das Land Berlin Entschädigungsleistungen an ehemals Verfolgte zahlte, die keine Mittel vom Bund erhielten. Dazu gehörte aber auch Ernst Benda, der sich im Bundestag vehement dafür einsetzte, dass die Verjährung von NS-Verbrechen ausgesetzt wurde. Auch wenn es sich um kleine Schritte und harte Kämpfe handelte, im Laufe der letzten 75 Jahren hat sich Deutschland zu einem Musterland der Vergangenheitsbewältigung entwickelt.

Ein Einschnitt stellte die Wiedervereinigung dar, die zwei Länder zusammenbrachte, die sehr unterschiedlich mit ihrer Vergangenheit umgegangen waren. In der ehemaligen DDR hatte sich das sowjetische Siegernarrativ durchgesetzt, die „bösen Nazis“ hatten verloren, die „guten Antifaschisten“ gewonnen. Fortan beharrte auch die DDR, in der Tradition des guten Antifaschismus zu stehen, was als Vorwand diente, die Verantwortung für die Vergangenheit abzulehnen und Entschädigungen nur an „Kämpfer gegen den Faschismus“ zu zahlen. Das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst erinnert seit 1967 an dem Ort, an dem die Kapitulationserklärung unterschrieben wurde, an die Geschichte der russischen Besatzungszeit. Von 1986-1994 firmierte es unter dem Titel „Museums der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands im Großen Vaterländischen Krieg“.

Einmaliger Feiertag in Berlin

Heute leben wir in einem Deutschland, das immer noch verzweifelt versucht, seinen Platz in der Weltgeschichte zu verteidigen. Oft hat man das Gefühl, dass dieser Kampf – zu dem auch das besondere Verhältnis zu Israel gehört – ein zähes Ringen ist. Zu unterschiedlich waren die Erinnerungen, die sich in den beiden Deutschlands bis zur Wiedervereinigung etablierten. Erinnert sei besonders an die historische Rede Richard von Weizsäckers, die er anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hielt. 1985 sagte er: „Es gab keine ‚Stunde Null‘, aber wir hatten die Chance auf einen Neubeginn.“ Am Ende seiner Rede appellierte er an die Jugend: „Lernen Sie miteinander zu leben“ und führte weiter aus: „Ehren wir die Freiheit. Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht“.

Der 8. Mai 2020 ist in Berlin ein Feiertag. Auch in der DDR war er von 1950 bis 1967 ein Feiertag. In der Sowjetunion wurde der 9. Mai als „Tag des Sieges“ gefeiert. Auch in anderen europäischen Staaten ist der Tag Anlass zum Feiern. Nun, 75 Jahre nach Kriegsende, wurde der Tag in Berlin zum Feiertag erklärt. Es verwundert, dass der 8. Mai, der für eine Mehrheit der Berliner damals keinen Grund zum Feiern darstellte, nun aber auch nur für das Jahr 2020 als Feiertag installiert wurde. In den Jahren danach ist er wieder ein normaler Arbeitstag.

Die Auseinandersetzung um die Erinnerung darf und muss auch 75 Jahre nach Kriegsende weitergeführt werden, denn es darf niemals vergessen werden, welcher Mühsal es bedurft hatte, Deutschland wieder zu einem lebenswerten Land zu machen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Wenn auch von vielen noch nicht erkannt, so befinden wir uns bereits in einem in uns hineingetragenen Krieg – nicht nur gegen die heimtückische Infektion, die die kaum Erkrankten gegen die Schwerkranken einnimmt, und Alt von Jung trennt, sondern auch für den Erhalt unserer Gesellschaft und unseres bisherigen Lebens in Freiheit, Wohlstand und Demokratie.

Und bereits jetzt sitzen die politischen Sozialismus-2.0-Bereiter in den Startlöchern, um à conto Gesundheitsschutz unserem bislang dem Systemrückbau-Anliegen unserer Klimahysterischen, links-affinen Politik noch entronnenen freiheitlich-westlichem Lebens- und Wirtschaftsmodell den Todesstoß zu versetzen.

Also soll man in den Zeiten des Corona-Virus, das uns die schlimmste Rezession, und für viele Menschen die schwerste existentielle wirtschaftliche Krise seit Kriegsende beschert hat, überhaupt noch an die historischen Bezüge des Jahres 1945 erinnern?

Ich meine ja! Corona wird nicht ewig anhalten. Aber die Nutzung der zur Zeit bereits selbstverständlich gewordenen, an den Grundrechten der Bürger vorbeigehenden, bislang noch mehr oder minder nachvollziehbar durch die Pandemie gerechtfertigten dirigistischen staatlichen Eingriffen, könnte leicht perpetuieren und zum Missbrauch durch die politischen Eliten auswachsen.

Vertut Deutschland seine mühevoll erlangte Demokratie?

Es ist daher besonders in diesem Gedenkjahr geradezu Pflicht zu mahnen: Nur 75 Jahre nach dem Deutschland unverdient ein zweites Mal gewährten Glück, einen verlorenen verbrecherischen Krieg – dieses Mal erfolgreich – zu einem neuen demokratischen Neubeginn zu wandeln, der erst einem Teil und ab 1989 dem ganzen Land wundervolle Jahrzehnte eines Lebens in Frieden, Freiheit, Würde, Rechtssicherheit und Wohlstand beschert hat, war auch schon vor Corona eine sich hinter einer Bessermensch-Maske tarnende, fahrlässig ins Amt gewählte, links-ideologische Bevormundungs-Polit-Elite dabei , unsere freiheitlich-demokratische Lebenswelt und unsere jüdisch-christlichen, Aufklärungs-geläuterten abendländischen Lebenswerte in zunehmend schnellerwerdenden Schritten nachhaltig zu vernichten, und ohne wirkliche Gegenwehr ihres Wohlstands-paralysierten Staatsvolkes der atavistischen, gewalttätig-expansiven Welteroberungs-Ideologie der sich hinter einem schlechten Religionsplagiat verbergenden Unkultur des Islam zu opfern.

Das Ende Nazi-Deutschlands war besonders für die jüdischen Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungsbarbarei ein Zeichen der Hoffnung auf ein Leben in Demokratie und Normalität, frei von Angst vor Entrechtung, Verfolgung und unsäglicher existentieller Bedrohung durch die Geißel des Antisemitismus.

Umso mehr erfüllt es mit Unverständnis, Bestürzung und Zorn, dass sich trotz allem schrecklichen geschichtlichen Erleben, trotz aller von der heutigen Politszene mit inhaltsleerer Routine abgehaltenen Alibi-Pflichtübungen, hingeheuchelter Gedenktags-Rituale, die Juden in Europa und auch zunehmend in Deutschland einem nach dem Ende der Nazi-Herrschaft nicht einmal erahnten Tsunami aus in großen Teilen links-gestützter islamischer Diffamierung, Antisemitismus und körperlicher Bedrohung ausgesetzt sehen.

> „Ja, die Corona-Krise drängte viele andere, bislang unser Geschehen dominierende Probleme in den Hintergrund, schaffte sie aber nicht ab.“

Europa fällt Israel fortwährend in den Rücken

Gleichzeitig steht der Staat Israel, die einzige Demokratie und westliches Bollwerk der gesamten, in islamischem Blutterror und unbeschreiblicher Islam-getragener, lebensverachtender, mörderischer Brutalität ertrinkenden Region des Mittleren Ostens, am Pranger täglicher, antijüdisch gefärbter Anfeindung und massiver Delegitimierung durch die westlichen, zusehends vor dem Islam und der Islamisierung unserer freiheitlich-demokratischen Lebenswelt kapitulierenden westlichen Staaten, darunter nicht zuletzt auch Deutschlands.

Ja, die Corona-Krise drängte viele andere, bislang unser Geschehen dominierende Probleme in den Hintergrund, schaffte sie aber nicht ab. Die Probleme des Versagens unserer Politik sind keinesfalls verschwunden. Sie werden wiederkommen.

Einen deutlichen Vorboten lieferte auch die eklatant schonungsvolle, auch schon vor Corona gängige Ungleichbehandlung linker Systemgegner, in diesem Falle der 1.Mai-Demonstranten in Berlin. Da war der sonst allenthalben vorgeschriebene „Corona-Abstand“ ganz offensichtlich plötzlich außer Kraft gesetzt oder nicht erforderlich.

Sonderrechte für linke Demonstranten

Während gesetztreue Bürger mit immensen Ordnungsstrafen selbst für kleinste Verstöße rechnen müssen, wurde bei den linken Systemchange und Enteignungs-Chaoten-Demos von Behördenseite in Kauf genommen, dass durch den gegebenenfalls entstehenden Infektionsschub – es waren stadtweit immerhin mehrere tausend, zum Teil gewalttätige Demonstranten – die Corona-Beschränkungen für alle anderen Bürger gegebenenfalls länger aufrechterhalten werden müssen.

Das könnte für viele bereits jetzt schon notleidende Menschen und Betriebe (Gaststätten, Hotels etc. etc.), für die heute schon die schnellste Öffnung lebensnotwendig ist, das wirtschaftliche Aus bedeuten, scheint aber bei linken Regelbrüchen keine Rolle zu spielen.

Ebenso wenig verwunderlich ist daher auch die zögerliche, desinformative und sehr zurückhaltende mediale Thematisierung eines brutalen linken Angriffs auf ein ZDF-Team, die sehr auffällig abweicht von der sonstigen politischen und medialen Instrumentalisierung, etwa – ob berechtigt oder nicht – ins entgegengesetzte Lager verorteter Rechtsübergriffe.

In keinem der Fälle kommt man umhin festzustellen, dass unsere offensichtlich aus dem Ruder jeder politischen Vernunft und demokratischen Anstandes gelaufene Politik auch in dem vergangenen Monat kaum einen Tag vergehen ließ, an dem sie uns nicht bewiesen hat, dass sie keinesfalls beabsichtigt, etwa den exponentiell wachsenden links- und grün-orientierten, mit einem Klima-Alibi in Richtung Sozialismus 2.0 strebenden politischen Irrsinn zu beenden.

Genau in diesem Sinne ist die bereits jetzt von grüner Seite erhobene Forderung zu werten, der Autoindustrie die Mittel zu versagen, und nur denjenigen Unternehmen aus dem Corona-Desaster aufzuhelfen, die sich dem grünen Klimawahn verschreiben.

Das gilt trotz des halbherzigen und längst überfälligen Verbots der Hisbollah-Terror-Gruppierung in unserem Lande, ebenso für die weiter anhaltende Anbiederung an den Islam, die auch unser Staatsoberhaupt Steinmeier in diesem Jahr erneut praktiziert, indem er die Machtergreifung der Mord-Mullahs im Iran ein weiteres Mal mit einer Glückwunschadresse würdigt.

Die hysterisch erfundene Klima-Apokalypse

Dabei ist das Versagen der linken und grünen Politik besonders in Corona-Zeiten unübersehbar. Die hysterisch erfundene Klima-Apokalypse der Zeugen Gretas und ihrer Anhänger beispielsweise ist einer wirklichen Bedrohung gewichen. Erwiesen dürfte jedenfalls sein, dass das Konzept des öffentlichen Nahverkehrs mit Autoverzicht einer Krise wie Corona nicht standhält. Heute ist jeder dankbar, der noch im Schutz seines eigenen motorisierten Fahrzeugs wenigstens die vitalsten Besorgungen erledigen kann.

Daran ändert auch die gegenwärtig wegen der Corona-Krise erforderliche Hintanstellung der Gegensätze, und temporär übliche höhere Wählerakzeptanz dieser inakzeptablen Politik nicht das Geringste. Die Polarisierung der Gesellschaft wird nach Ende von CoVid-19 vermutlich noch stärker aufbrechen als bisher. Corona hat die vor allem auf das Schuldkonto der Kanzlerin und der GroKo gehende Spaltung des Landes, das schnelle Wachsen links- und rechtsextremer Positionen, und den jetzt schon irreversiblen Schaden, den unsere Demokratie bereits genommen hat, nur verdeckt, aber nicht repariert – von der verheerenden Gewaltexplosion auf unseren Straßen und Plätzen, die selbst vor Corona nicht Halt macht, von den Islam-dominierten NoGo-Areas und der weiter zunehmenden Verunmöglichung jüdischen Lebens in unserem Lande ganz zu schweigen.

Israel kommt dank der Vernunft und Umsicht der hierzulande ohne Unterlass dämonisierten Netanjahu-Regierung und seiner Menschen beispielhaft durch die Krise, und wird vielleicht schon zum jüdischen Wochenfest „Schawuot“ viele Beschränkungen lockern können.

Dem Staat Israel wünschen wir trotz massiver Störversuche von links einen erfolgreichen Abschluss der sich bereits abzeichnenden Regierungsbildung, dem jüdischen Volk, unseren Freunden, uns allen und besonders unseren älteren Lesern alles erdenklich Gute – vor allem Gesundheit in diesen für alle schweren Zeiten und ein möglichst unbeschadetes Ende der jetzigen Corona-Bedrohung.

Stay safe and healthy everyone!

Chag Schewuoth Sameach!

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

i.A. S. Akstinat
Chefredakteur

Die katastrophale Bilanz des pro-chinesischen WHO-Chefs

Die WHO und ihr äthiopischer Generaldirektor Tedros haben frühzeitige Warnungen vor dem Corona-Virus durch Taiwan, das wegen Rotchina und westlichen Versagens nicht Mitglied der WHO werden darf, in den Wind geschlagen, und so wesentlich zur Ausbreitung der Epidemie über China hinaus beigetragen.

WHO-Chef Tedros steht im selben Ruf wie sein Heimatland Äthiopien insgesamt: Von China dominiert zu sein.

Von Con Coughlin (Gatestone)

Als die für die Aufrechterhaltung globaler Gesundheitsstandards verantwortliche Körperschaft sollte die von der UNO gesponserte Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Umgang mit allen Mitgliedstaaten, unabhängig davon, wie mächtig sie sein mögen, einen ausgewogenen Ansatz verfolgen.

Aus diesem Grund hat die eklatante pro-China-Voreingenommenheit, die die Organisation bei ihrer Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie gezeigt hat, eine Reihe von ernsthaften Fragen über den Umgang der WHO mit der Krise aufgeworfen.

Gemäß der Verfassung der WHO, in der die Leitungsstruktur und die Grundsätze der Organisation festgelegt sind, hat die in Genf ansässige Organisation den Auftrag, „allen Völkern das höchstmögliche Gesundheitsniveau zu sichern".

Der Vorwurf der Trump-Regierung, das globale Gremium sei „China-zentrisch" geworden und im Umgang mit Peking wegen der Pandemie „voreingenommen" gewesen, deutet daher darauf hin, dass die Organisation ihrer Pflicht, alle Mitgliedsstaaten gleich zu behandeln, nicht nachgekommen ist.

Dies hat US-Präsident Donald Trump dazu veranlasst, mit einer Kürzung der WHO-Mittel zu drohen, ein Schritt, der sich für die Organisation als katastrophal erweisen könnte, da die USA ihr wichtigster Geldgeber sind.

Die geringe Meinung von Präsident Trump über die WHO spiegelte sich diese Woche in einem eindringlichen Twitter-Beitrag wider, in dem er schrieb:

„Die WHO hat es wirklich vermasselt. Aus irgendeinem Grund, weitgehend von den Vereinigten Staaten finanziert, aber sehr China-zentrisch. Das werden wir uns genau ansehen. Glücklicherweise habe ich ihren Rat, unsere Grenzen für China offen zu halten, schon früh zurückgewiesen. Warum haben sie uns eine derart falsche Empfehlung gegeben?"

Mr. Trump wiederholte die Anschuldigungen dann bei einer Pressekonferenz im Weißen Haus am Dienstag. „Sie nannten es falsch. Sie haben wirklich — sie haben den Schuss nicht gehört", sagte der Präsident. „Und wir werden die Gelder, die für die WHO ausgegeben werden, zurückstellen. Wir werden sie sehr stark einschränken und dann werden wir sehen."

Der sich vertiefende Streit zwischen Washington und der WHO kommt zu einer Zeit, in der die USA mit einer sich verschlimmernden Zahl von Todesopfern zu kämpfen haben, während die Chinesen feiern, dass die Bürger in Wuhan, der chinesischen Stadt, aus der das Virus angeblich stammt, nach einer mehr als zweimonatigen totalen Abriegelung durch das autoritäre chinesische Regime wieder ein normales Leben beginnen.

Im Gegensatz dazu sind die USA besonders stark von der Pandemie betroffen, wobei der Bundesstaat New York am Dienstag mit 731 Todesopfern den höchsten Anstieg an einem einzigen Tag meldete.

Die Trump-Regierung ist zunehmend der Ansicht, dass die USA nicht so sehr leiden würden, wenn die WHO in ihren Beziehungen zu Peking strenger gewesen wäre, als der Ausbruch Ende 2019 in Wuhan erstmals entdeckt wurde.

Ex-Kommunist, der Mugabe bewunderte

Ein Großteil der Schuld für die schreckliche Leistung der WHO während des Ausbruchs wird im Übrigen Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, dem Generaldirektor der WHO, zugeschrieben. Der ehemalige äthiopische Gesundheitsminister wurde in seinem Heimatland zum ersten Mal bekannt, als er im Politbüro der marxistisch-leninistischen Volksbefreiungsfront Tigray tätig war.

Dr. Tedros war früher ein großer Bewunderer des ehemaligen Diktators von Simbabwe, Robert Mugabe, und ernannte ihn sogar zum Botschafter des guten Willens für die WHO, eine Entscheidung, die er nach einem internationalen Aufschrei widerrufen musste.

Wie Mugabe genoss auch Dr. Tedros gute Beziehungen zu Chinas regierender kommunistischer Partei, und er gewann die Wahl zu seiner jetzigen Position, nachdem er bei den Wahlen im Mai 2017 die Unterstützung Chinas erhalten hatte.

Seine langjährigen Beziehungen zu Peking könnten dazu beitragen, zu erklären, warum die WHO China so entgegenkommend begegnet ist, obwohl die Coronavirus-Pandemie ihren Ursprung in Wuhan hatte. Anstatt Peking für seine anfänglichen Versuche, den Ausbruch zu vertuschen, zu kritisieren, lobte Dr. Tedros stattdessen den chinesischen Präsidenten Xi Jinping für seine „sehr seltene Führung" und China für seine „Transparenz" in seiner Reaktion auf das Virus.

Viele Nationen, einschließlich der USA und Großbritanniens, glauben, dass Dr. Tedros' Zögern, China wegen seines Umgangs mit dem Coronavirus-Ausbruch zu konfrontieren, der Grund dafür ist, dass es jetzt zu einer Pandemie geworden ist, wobei die meisten westlichen Länder gezwungen waren, in einem verspäteten Versuch, die Ausbreitung des Virus einzudämmen, Lockdown-Maßnahmen einzuführen.

Es überrascht nicht, dass Dr. Tedros mit weit verbreiteten Rücktrittsforderungen konfrontiert ist, nicht zuletzt in den USA, wo amerikanische Politiker sagen, er habe zu viel Vertrauen in die Berichterstattung Pekings über das Ausmaß der Ausbreitung der Krankheit gesetzt.

Wenn die Untersuchungen des Ausbruchs zum Schluss kommen, dass die verheerenden globalen Folgen hätten vermieden werden können, wenn Dr. Tedros anders gehandelt hätte, dann bleibt dem WHO-Chef nichts anderes übrig, als seinen Rücktritt einzureichen.

Con Coughlin ist Herausgeber des Telegraph für Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten und ein Distinguished Senior Fellow am Gatestone Institute.

Übersetzung: Daniel Heiniger

Besser als Corbyn – schlechter als Blair

Der neue Labour-Vorsitzende Keir Starmer will das Antisemitismus-Problem angehen, das ihm sein Vorgänger Corbyn hinterlassen hat. Jüdische und zionistische Organisationen zeigen sich erleichtert. Doch das Verhältnis der britischen Partei zu Israel wird wohl schwierig bleiben.

Von Sandro Serafin

Isabel Infantes, AFP

Keir Starmer distanziert sich von seinem Vorgänger Corbyn.

„Vorsichtig optimistisch“: So beschreibt Paul Charney seinen Gemütszustand, als „Israelnetz“ ihn nach Keir Starmer, dem neuen Chef der britischen Labour-Partei, fragt. Charney ist Leutnant der Reserve der israelischen Armee und Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung Großbritanniens und Irlands, die nach eigenen Angaben die führende pro-zionistische Organisation des Landes ist. Starmer hingegen unterstützt die Palästina-Freundesgruppe seiner Partei und hat sich in der Vergangenheit deutlich über das Leid der „Palästinenser“ beklagt.

Dass britische Zionisten Starmers Wahl dennoch begrüßen, ist wohl nur vor dem Hintergrund des Unheils zu verstehen, das sein Vorgänger im Amt des Parteichefs angerichtet hat: Jeremy Corbyn. Der Politiker hatte die alte Partei seit 2015 geführt und auf einen linksradikalen Kurs getrimmt. Immer wieder gingen Fehltritte Corbyns durch die Presse, die nicht nur seine anti-israelische Grundeinstellung offenbarten, sondern zum Teil auch ins Antisemitische abglitten. So hatte er etwa 2009 Mitglieder von Hamas und Hisbollah als „Freunde“ bezeichnet oder 2012 ein eindeutig antisemitisches Graffito in Schutz genommen.

Die zuletzt extrem schlechten Umfragewerte Corbyns täuschen darüber hinweg, dass es eine Zeit gab, in der es durchaus möglich schien, dass er in „Downing Street Number 10“ einzieht. Für die jüdische Gemeinde wäre das einem Alptraum wohl sehr nahegekommen. 2019 hatte eine Umfrage des „Jewish Chronicle“ ergeben, dass fast jeder zweite Jude Großbritanniens „ernsthaft darüber nachdenken“ würde, das Land zu verlassen, wenn Corbyn Regierungschef würde. Daran konnten auch innerparteiliche Untersuchungen und Fehlereingeständnisse des Parteichefs nichts mehr ändern. Insofern dürfte es für viele Juden eine Erleichterung gewesen sein, als Corbyn im Dezember nach einer schweren Wahlniederlage seinen Rückzug auf die „backbenches“, die Hinterbänke des Unterhauses, ankündigte.

Engagierter Start

Der neue Parteichef Starmer, dessen Frau jüdische Wurzeln und Verwandte in Tel Aviv hat, gibt sich alle Mühe, keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, dass er das Verhältnis seiner Partei zu den britischen Juden wieder in Ordnung bringen will. Bereits in der Dankesrede nach seiner Wahl entschuldigte sich der 57-Jährige bei den Juden des Landes für das Leid, das der Antisemitismus seiner Partei über sie gebracht habe. „Ich werde dieses Gift mit seinen Wurzeln herausreißen“, beteuerte er. Drei Tage später legte er in einem Gastbeitrag für den „Evening Standard“ nach. Entschuldigungen reichten nicht aus, schrieb er dort. Er wolle sich daran messen lassen, ob es ihm gelinge, jüdische Mitglieder in die Partei zurückzuholen.

Unter jüdischen Briten scheinen diese Worte tatsächlich eine Wirkung zu entfalten. Nach einer Videokonferenz, die Starmer drei Tage nach seiner Wahl mit Vertretern der jüdischen Interessenorganisation „Board of Deputies“ gehalten hatte, bescheinigten diese ihm, „in vier Tagen mehr erreicht zu haben als sein Vorgänger in vier Jahren“.

Auch in Israel hatte Starmers Wahl schon unmittelbar nach Verkündigung des Ergebnisses freudige Reaktionen hervorgerufen. So setzte kein geringerer als Außenminister Israel Katz eilig einen positiv gestimmten Tweet ab. Starmers Sieg schaffe Hoffnung für die israelisch-britischen Beziehungen, meldete sich auch der Chef der Israelischen Arbeitspartei, Amir Peretz, zu Wort. Dessen Vorgänger als Parteichef, Avi Gabbai, hatte im April 2018 alle Verbindungen der Avoda zu Corbyn gekappt.

> Die Ehefrau des neuen Parteichefs Starmer hat jüdische Wurzeln und Verwandte in Tel Aviv.

Ein Zionist – irgendwie

Für einen allzu radikalen Bruch steht Starmer allerdings nicht. Nach seiner Wahl hatte er sich beeilt, seinem Vorgänger Corbyn ausdrücklich „Anerkennung zu zollen“. Jahrelang hatte er in dessen Schattenkabinett gesessen, zuletzt als potentieller Brexit-Minister. Von Starmer ist bekannt, dass er ein Kritiker des Irak-Kriegs von 2003 ist, an dem sich Großbritannien auf Betreiben des im Corbyn-Lager so verhassten Tony Blair seinerzeit beteiligt hatte.

Ansonsten hat er kein besonders scharfes Profil in Fragen des Nahen Ostens. Starmer bekennt sich zu einer „Zwei-Staaten-Lösung“ und hat sich im Januar klar gegen den neuen Friedensplan von US-Präsident Donald Trump ausgesprochen, den er als „Farce“ bezeichnete. Trumps Vorstellungen seien „unvereinbar mit dem Menschenrechtsschutz“ und würden „dem palästinensischen Volk noch mehr Leid zufügen, von dem es schon so viel erlebt hat“, schrieb der Menschenrechtsanwalt auf Twitter. Als Starmer bei einer Parteiveranstaltung gefragt wurde, ob er sich als Zionist bezeichnen würde, tat er sich schwer, die Frage zu bejahen. „Wenn ein Zionist jemand ist, der an den Staat Israel glaubt, dann bin ich ein Zionist“, stellte er später gegenüber dem „Jewish Chronicle“ klar.

Schatten-Außenministerin für Waffenembargo gegen Israel

Für kritische Reaktionen in pro-zionistischen Kreisen sorgte Starmers Entscheidung, Lisa Nandy zur Außenministerin in seinem Schattenkabinett zu machen. Noch im Februar hatte sich Nandy zu ihrem Kampf gegen britische Unternehmen bekannt, die Verbindungen in die „illegalen Siedlungen“ im Westjordanland haben. Zudem hat sie sich für ein Waffenembargo gegenüber Israel ausgesprochen, so wie es auch Beschlusslage der Partei ist. Dennoch kann Nandy die jüdische Interessenvertretung innerhalb Labours zu ihren Unterstützern zählen – nicht zuletzt, weil sie nachdrücklich gegen Antisemitismus Stellung bezogen hat. Im Fall einer Regierungsübernahme durch Labour würde die 40-Jährige „foreign secretary“ werden und damit die Nahost-Politik des Landes entscheidend mitprägen.

Der Vorsitzende der zionistischen Dachorganisation Großbritanniens, Charney, erwartet trotz der teils äußerst pro-„palästinensischen“ Äußerungen des neuen Personals, dass sich das Verhältnis Labours zu Israel bessern wird. „Aber natürlich ist uns klar, dass es nicht so gut sein wird, wie wir es gerne hätten“, sagte er zu „Israelnetz“. Luke Akehurst, ein pro-israelischer Aktivist, der die Labour-Partei von innen kennt, formuliert es noch etwas defensiver: „Diejenigen unter uns, die sich wegen des Antisemitismus Sorgen gemacht haben, können nun beruhigt sein. Doch die Israel-Unterstützer sollten keine zu großen Veränderungen erwarten“, schrieb er kürzlich in einer umfassenden Analyse. Eine Rückkehr zur „Blütezeit der guten Beziehungen Tony Blairs oder Gordon Browns zu Israel“ sei jedenfalls nicht zu erwarten.

„Glaube allen Frauen“ – außer sie beschuldigen Joe Biden!

Selbst weibliche Politiker vergessen schnell die #MeToo-Debatte und die Rechte anderer Frauen, wenn diese sich nicht für den Kampf gegen die Republikaner instrumentalisieren lassen.

Von Daniel Greenfield

MANDEL NGAN, AFP

Joe Biden war bereits Vizepräsident unter Barack Obama.

Mehr als zwei Wochen nachdem Tara Reade, eine ehemalige Mitarbeiterin von Joe Biden im Senat, ihn beschuldigt hatte, sie sexuell belästigt zu haben, kamen die Medien endlich dazu, sich mit ihr und der Bedrohung, die sie für Biden darstellt, auseinanderzusetzen, indem sie sie als Lügnerin bezeichneten.

Der trocken mit der Überschrift «Untersuchung des Vorwurfs des sexuellen Übergriffs von Tara Reade gegen Joe Biden» betitelte Artikel der «New York Times» von Lisa Lerer und Sydney Ember versucht, die Aussagen von Reade zu diskreditieren.

«Im Laufe der Berichterstattung tauchte weder eine andere Behauptung über sexuelle Übergriffe auf, noch bestätigten ehemalige Biden-Mitarbeiter Einzelheiten der Behauptung von Frau Reade», so der Artikel nachdrücklich. «Die Times fand kein Muster sexuellen Fehlverhaltens von Herrn Biden, abgesehen von den Umarmungen, Küssen und Berührungen, von denen Frauen zuvor sagten, dass sie sich dabei unwohl fühlten.»

Dann verschwand dieser unbeholfene Absatz mit seiner Mischung aus Zugeständnissen und Verleugnungen im Schwall der Verharmlosung.

Dieselbe Lisa Lerer, die sich mit den Anschuldigungen von Reade befasste, hatte in einem PBS-Panel gesessen, das zuvor Bidens Fehlverhalten mit Frauen diskutiert hatte, einschließlich der Anschuldigung von Lucy Flores. Aber jetzt, da Biden der Kandidat ist, will Lerer plötzlich nie von einem Fehlverhaltensmuster gehört haben.

Auf einmal hatte Biden eine weiße Weste

Im vergangenen Jahr hatte Sydney Ember einen Artikel in der «New York Times» mitverfasst, der den Titel trug: «Bidens taktile Politik bedroht seine Rückkehr in der #MeToo-Ära».

Biden hatte noch nicht angekündigt, dass er kandidiert, und in der Story hieß es: «Zwei weitere Frauen erzählten der ‘New York Times’, dass ihnen die Berührungen des ehemaligen Vizepräsidenten Unbehagen bereiteten».

Das Muster des Fehlverhaltens, über das Ember und die «New York Times» 2019 berichtet hatten, war 2020 irgendwie verschwunden.

Im Jahr 2019 hatte Ember geschrieben, dass «die Liste der Frauen, die sich melden, immer länger wird». Jetzt sind sie alle verschwunden.

Damals hatte Ember die Geschichte von «Caitlyn Caruso, einer ehemaligen Studentin und Überlebenden sexueller Übergriffe» erzählt, die bei einer «Veranstaltung über sexuelle Übergriffe an der Universität von Nevada, Las Vegas» beschrieb, wie «Mr. Biden seine Hand auf ihren Oberschenkel legte – selbst als sie sich auf ihrem Sitz wand, um ihr Unbehagen zu zeigen».

Ember und Lerer waren sich nicht nur über Bidens «Fehlverhaltensmuster» im Klaren, sondern sie hatten es auch in ihrer Arbeit diskutiert, bevor Biden ins Rennen gegangen war. Jetzt, da er Kandidat ist, existiert kein Verhaltensmuster mehr.

Bevor Biden ins Rennen ging, war er ein Fossil, der das Kandidatenfeld hätte erdrücken können. Jetzt, da er Kandidat ist, müssen die «New York Times», Ember und Lerer seine Anklägerinnen auf der 41. Straße West begraben.

Doch die Reade-Story und die Reaktionen darauf zeigen die große Heuchelei der #MeToo-Bewegung.

Reade wurde zuerst von Katie Halper, einer Autorin des «Jacobin»-Magazins, interviewt, was dann mit einem Artikel in «The Intercept» fortgesetzt wurde. Beide sind fanatische Pro-Bernie-Vertreter. Halper hatte zuvor einen «Jacobin»-Artikel geschrieben, in dem sie Ember als Anti-Bernie-Schickse für Biden angriff. Natürlich ist Halper eine Anti-Biden-Schickse für Bernie. Der geschmacklose Zustand der #MeToo-Bewegung hat sie auf drei Frauen reduziert, die im Namen von zwei alten Männern und ihren jeweiligen männlichen Chefs, A.G. Sulzberger, dem Herausgeber des Familienunternehmens, das die «New York Times» ist, und Bhaskar Sunkara, dem Herausgeber von «Jacobin» und ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Sozialisten Amerikas, Anschuldigungen und Leugnungen sexueller Übergriffe austauschen.

#MeToo wurde parteiisch gegen die Republikaner

Die #MeToo-Bewegung erschöpfte ihre offensichtlichen Ziele, bekannte Täter wie Harvey Weinstein und Bill Cosby, und wurde, nachdem sie eine Reihe von Medien-C-Prominenz zu Fall gebracht hatte, zu einer rein parteiischen Waffe, die gegen Republikaner eingesetzt werden sollte. Beim «New Yorker» pushten Jane Mayer und Ronan Farrow Deborah Ramirez’ Verleumdungen gegen Richter Kavanaugh, bevor Mayer sich umdrehte und versuchte, Al Franken zu rehabilitieren, indem sie seine Anklägerinnen im selben Medium verleumdete. Die Hashtags der #MeToo-Bewegung waren eine Farce.

Die zentrale Verteidigung der Franken-Anhänger war gewesen, dass seine erste und berühmteste Anklägerin eine Konservative geworden war. Das feministische Chormitglied, das Franken ebenfalls beschuldigt hatte, wurde sorgfältig übersehen.

Aus #BelieveAllWomen war «Glauben Sie allen demokratischen Frauen, falls sie Republikaner beschuldigen» geworden. Nicht allen Frauen. Nicht allen Frauen der Demokraten. Nur demokratischen Frauen, die Republikaner beschuldigen.

Die Medien töteten #MeToo genauso, wie sie alles töteten, was sie berührten.

Wir müssen Reade nicht glauben, um den Hetzartikel der «New York Times» gegen sie als unvermeidlichen politischen Angriff abzutun. Ember und Lerer könnten einräumen, dass Biden vor seiner Kandidatur oder sogar vor seiner Nominierung heikle Probleme hatte, aber nicht jetzt, wo er kurz vor seiner Coronavirus-Krönung steht.

Wir sollten nicht allen Frauen oder allen Männern glauben. Und wir sollten niemals den Medien glauben.

Einzelne Männer und Frauen können einen Anflug von Ehrlichkeit haben, doch die Medien taumeln unter einem unmöglichen Anflug von Unehrlichkeit dahin. Es gibt einen Grund, warum der #MeToo-Skandal in den Medien am heißesten und hellsten brannte, als er Bruchstücke von 60-Minuten-, NPR- und Netzwerkmitarbeitern ins Rampenlicht holte. Es ist auch der Grund, warum man den Medien nicht trauen kann, wenn sie ihre sich duellierenden #MeToo-Hetzartikel und Vertuschungen einsetzen.

Die Medien sind eine zutiefst korrupte Institution. Ihre externen Fake News spiegeln ihre internen Missbräuche wider.

Ein Lynchmob

Die #MeToo-Bewegung brachte echte Schurken zu Fall, aber sie war immer noch ein Lynchmob. Eine Hexenjagd hört nicht auf, eine Hexenjagd zu sein, nur weil es tatsächlich Hexen gibt. Die #MeToo-Bewegung bestand darauf, dass das Problem wichtiger sei als der Prozess. Und irgendwie wurden die Medien, zu deren Reihen und Chefs einige der schlimmsten #MeToo-Täter gehörten, zum Schiedsrichter von was auch immer für einem Prozess. So kamen wir am Ende zum Kavanaugh-Lynchmob und der Biden-Weißwaschung.

Ist Joe Biden ein Täter?

Sein gruseliges Fehlverhalten wurde in unzähligen Fotos und Videos dokumentiert. Aber das bedeutet nicht, dass die Behauptungen von Reade wahr sind. Es gibt wahrscheinlich keine Möglichkeit zu erfahren, was wirklich zwischen Biden und seiner ehemaligen Senatsmitarbeiterin passiert ist. Reade reichte einige Tage vor der Veröffentlichung der Story in der «New York Times» eine Strafanzeige gegen Biden ein.

Jetzt liegt der Fall in den Händen der Behörden

Als Amerikaner wollen wir nicht, dass unser politisches System von medialen Lynchmobs und Hexenjagden regiert wird, von Anschuldigungen, die nicht angefochten werden können, und von Anklägern, denen wir einfach glauben müssen.

Bidens politische Zukunft, oder was davon übrig ist, wird nicht von dem bestimmt werden, was vor etwa 27 Jahren im Keller eines Capitol-Hill-Bürogebäudes wirklich geschah, sondern von dem, was er jetzt tut und sagt.

Und so sollte es auch sein.

Der Abgeordnete Clyburn, der oberste Demokrat, dessen Unterstützung Biden einen Sieg in South Carolina und die Nominierung bescherte, der zuvor den Abgeordneten Conyers verteidigt hatte, als er dessen Anklägerin für weiß hielt, beklagte, dass Biden «ein Opfer der #MeToo-Bewegung geworden ist».

Clyburn argumentierte, dass Biden «nur ein Fummler- und Grabscher-Typ» sei und dass sein Kandidat deswegen Schwierigkeiten habe, weil er «Angst davor habe, jemanden zu berühren». Die soziale Distanzierung hat Biden vorübergehend von seinem Konflikt darüber geheilt, ob er auf Wahlkampftour grabschen oder nicht grabschen soll. Aber wenn die soziale Distanzierung vor der Wahl endet, könnten die verräterischen Hände zum Vorschein kommen und genau die Art von Mann offenbaren, die Grabscher-Joe wirklich ist.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel ist bereits im «Front Page Magazine» erschienen.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Trump und die WHO, die „FIFA unter den Weißkittelverbänden“

Für die „Tagesschau“ und andere deutsche Journalisten ist jeden Tag Wahlkampf gegen Trump – nun soll Corona schaffen, was Hillary nicht gelang.

Von Stefan Frank

MANDEL NGAN, AFP

Donald Trump stellt sich in einer Pressekonferenz den amerikanischen Journalisten, um über die neuen Entwicklungen in Sachen Corona zu berichten.

Seit Beginn ihrer Berichterstattung über das Thema Covid-19 stellt tagesschau.de die Epidemie in den Vereinigten Staaten als die Folge des Versagens eines einzigen Menschen dar. Wer ist schuld? Trump. Präsident Donald Trump tue „seine Ignoranz als ‚Erfindung‘ der Demokraten ab, die ihm schaden wollten“ (so Klaus Scherer, NDR). Er sei ein „zaudernder Kriegspräsident“ (so Sebastian Hesse, MDR) der „nicht mal ansatzweise“ so wirke, „als ob er noch Herr der Lage ist“ (so Julia Kastein, MDR), und dessen „tägliche Corona-Briefings“ „berüchtigt“ seien (so Torben Ostermann, Radio Bremen).

Deutschlands öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat die Aufgabe, die Bürger mit der richtigen Ideologie anzustecken und für eine kontrollierte Durchseuchung der Bevölkerung zu sorgen. Ein nachgewiesener Übertragungsweg ist das Internet. Seit Wochen versucht tagesschau.de die Ansicht virulent zu machen, dass US-Präsident Donald Trump – und nur er allein – schuld daran sei, dass sich die Covid-19-Krankheit in den Vereinigten Staaten ausbreitet. Geht man nach tagesschau.de, dann ist Trump gefährlicher als das Virus.

Dabei zeigt die Redaktion ein hohes Maß an Fähigkeit und Bereitschaft, mit zweierlei Maß zu messen. Die Kritik an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn – der über lange Zeit behauptet hatte, Covid-19 sei „kein Grund zu übertriebener Sorge“ – bleibt weitgehend asymptomatisch. Atemnot und Krämpfe setzen hingegen ein, wenn das Gespräch auf Amerika kommt. Bei Donald Trump funktionieren die Gedächtniszellen deutscher Journalisten. Seit langem sind die Deutschen gegen ihn geimpft, wie sie ja überhaupt eine Herdenimmunität gegen alles Amerikanische haben. Sobald das Immunsystem ein Antigen mit Sternen und Streifen registriert, werden die publizistischen Helferzellen aktiviert, die dann fieberhaft Leitartikel produzieren. Einer dieser Lymphozyten ist Torben Ostermann, der als Korrespondent von Radio Bremen im Weißen Haus die first line of defence bildet. „Der US-Präsident“, schrieb Ostermann dieser Tage, habe „die WHO zum Sündenbock degradiert“.

Ah, die WHO, die FIFA unter den Weißkittelverbänden. Die Obrigkeitshörigkeit der Deutschen ist das wichtigste Kapital des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, da fühlt man sich offenbar solidarisch mit allen anderen obsoleten und korrupten Autoritäten. Ostermann weiter:

„Und nun die WHO, Teil der Vereinten Nationen und mit dem Ziel gegründet, das Gesundheitsniveau der Menschen auf aller Welt zu verbessern. Schwerpunkt Infektionskrankheiten. Klingelt da was, Mr. President?“

WHO schon länger für Korruption und Verschwendung bekannt

Was Ostermann nicht sagt: Die WHO war schon lange vor der jetzigen Gesundheitskrise für Korruption und Verschwendung bekannt. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AP von 2017 gibt die WHO mehr Geld für die Reisen ihrer Funktionäre aus als für den Kampf gegen AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen. Zum Chef wurde 2017 mit dem Nichtmediziner Tedros Adhanom Ghebreyesus jemand gewählt, der bis dahin Außenminister der in Äthiopien brutal regierenden Tigray-Volksbefreiungsfront war, einem Flügel der Revolutionären Demokratischen Front der Äthiopischen Völker, die marxistische Wurzeln und enge Beziehungen zur Volksrepublik China hat. Der WHO-Chef ist, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert, „Teil eines Regimes, das politische Gegner mundtot macht und gleich ganz verschwinden lässt“.

Da haben sich mit ihm und den chinesischen Kommunisten doch die Richtigen gefunden. Nachdem diese lange versucht hatten, alle Bürger zum Schweigen zu bringen, die über die neue Viruserkrankung sprechen wollten, lobte Tedros sie über den grünen Klee. Auch Pekings Behauptung, es gebe keine Belege dafür, dass Covid-19 von Mensch zu Mensch übertragbar sei, plapperte er nach, auf Twitter ebenso wie auf einer Pressekonferenz. Klingelt da was, Herr Ostermann? Man irre sich nicht: Über die Korruption der WHO weiß auch tagesschau.de sehr wohl Bescheid (nicht Herr Ostermann, aber einige seiner Kollegen) und berichtet teilweise sogar darüber. Aber Kritik, die Trump an der WHO äußert, muss ja wohl falsch sein – weil sie von ihm kommt. Dann wird die WHO unschuldigerweise zum „Sündenbock“. Ostermann weiter:

„Ein Donald Trump macht nichts falsch, es sind stets die anderen. Die Gouverneure, die Demokraten, China, die WHO, ... – die Liste ist lang.“

Bei tagesschau.de verhält es sich umgekehrt, die Liste derer, die etwas falsch gemacht haben, ist kurz und umfasst nur einen einzigen Namen: Trump. Die Gouverneure der US-Bundesstaaten haben nie etwas falsch gemacht, die Demokraten nicht, China nicht, die WHO nicht, und die deutsche Bundesregierung sowieso nicht. „Die USA sind kein verlässlicher Partner mehr“, schrieb SWR-Journalist Arthur Landwehr am 28. März auf tagesschau.de. Das Argument: Trump habe keine „Lösung“ „für die Pandemie“:

„Trumps Politik des ‚America First‘ greift auch hier und zeigt ihre Wirkung. Wenn er als Chef des Krisenmanagements täglich vor die Presse tritt, dann lauten seine Sätze eben nicht ‚wir werden eine Lösung für diese Pandemie finden‘, sondern ‚wir tun alles, um die amerikanische Bevölkerung zu schützen‘.“

Kleine Korrektur: Eine Lösung erwartet Landwehr gar nicht; Trump soll nur eine Lösung in Aussicht stellen. Und statt das Blaue vom Himmel zu versprechen, sagt der amerikanische Präsident also in seiner Ansprache an die amerikanische Bevölkerung tatsächlich, dass er die amerikanische Bevölkerung schützen wolle? Buh! Landwehr weiter:

„Und er nennt das Virus konsequent einen unsichtbaren Feind, der von außen die USA angegriffen hat.“

Kleine Geschenke der Natur. Hauptsache Bio.

Die Political Correctness scheint mittlerweile auf Nichtlebewesen ausgedehnt worden zu sein: Für Landwehr sind tödliche Viren offenbar keine unsichtbaren Feinde, sondern kleine Geschenke der Natur. Hauptsache Bio. So sehr Landwehr das Virus auch liebt, so sehr fürchtet er doch den amerikanischen Griff nach der deutschen Petrischale:

„Dazu passt, ein deutsches Pharmaunternehmen kaufen zu wollen, damit es Impfstoffe für die USA herstellt.“

Diese Falschnachricht, wonach Präsident Trump den Deutschen und der Welt einen Impfstoff klauen wolle, hatte die Redaktion zuerst am 15. März 2020 in die Welt gesetzt:

„US-Präsident #Trump will sich einen möglichen #Corona-Impfstoff exklusiv für die USA sichern - und bietet #CureVac in Tübingen dafür viel Geld. Die Bundesregierung will das verhindern.“

Sowohl das Unternehmen CureVac selbst als auch die US-Regierung haben den Bericht umgehend dementiert. Nicht genug, dass tagesschau.de die (von der „Welt am Sonntag“ übernommene) Falschmeldung ungeprüft weiterverbreitet hat; nein, Landwehr erzählte sie auf tagesschau.de auch dann noch weiter, als sie längst als Räuberpistole entlarvt war. Denn auch, wenn es eine Lüge ist, so ist es doch eine, die ins Weltbild passt. Tagesschau.de ist wie ein Virus, das die Fake-News-Krankheit verbreitet.

Mit zweierlei Maß gemessen

Es lässt sich nicht leugnen: Präsident Trump hat dazu beigetragen, dass viele Amerikaner Covid-19 anfangs nicht ernst genug genommen haben, als er am 9. März twitterte:

„Letztes Jahr starben 37.000 Amerikaner an der gewöhnlichen Grippe. Es sind im Durchschnitt 27.000 bis 70.000 Tote pro Jahr. Nichts wird geschlossen, das Leben und die Wirtschaft gehen weiter. Im Moment gibt es 546 bestätigte Fälle von Corona-virus, mit 22 Toten. Denkt darüber nach!“

Wer aber dachte damals noch so? Z.B. die Redaktion der ZDF-Sendung „Frontal21“. Sie brachte am 10. März einen Beitrag gegen „Panikmache“:

„In Frontal21 warnen Mediziner und Experten vor Panikmache. Corona sei, so die Fachleute, wohl nicht viel gefährlicher als ein Influenzavirus.“

Als Fachleute kamen der Lungenfacharzt Wolfgang Wodarg zu Wort, der sich ärgerte, dass „jetzt so viele Menschen unter dieser Panik leiden müssen, die gemacht wird“; Prof. Dr. Michael Kentsch, Chefarzt des Klinikum Itzehoe, der Covid-19 „wie eine normale Grippewelle“ betrachtete, und Dr. Andreas Gassen, der Vorsitzende der kassenärztlichen Bundesvereinigung, der sagte:

„Man hat den Eindruck, dass Teile der

Bevölkerung denken, eine unsichtbare Gefahr zieht übers Land und morgen sind wir alle tot, das wird natürlich so nicht passieren.“

Die Autoren des „Frontal21“-Beitrags beschwichtigten:

„Schon 2009 gab es eine ähnliche Aufregung über die Schweinegrippe. Die vermeintliche Pandemie erwies sich schnell als relativ harmlos verlaufende Grippewelle.“

Alle Verantwortung anonymen Kräften zugeschoben

Hat Donald Trump damals zu viel öffentlich-rechtliches deutsches Fernsehen geschaut? Er ist, so scheint es, der Einzige, dem vorgeworfen wird, nicht früher gehandelt zu haben. Würde tagesschau.de am US-Präsidenten eine Kritik vorbringen, die mit jener vergleichbar wäre, die an anderen Regierungen geäußert wird, wäre dagegen nichts einzuwenden. Das ist aber eindeutig nicht der Fall. Die USA werden stets als Negativbeispiel dargestellt – und das, obwohl sie im internationalen Vergleich derzeit zumindest (Stand: 19.4.2020) nicht schlechter dastehen als viele andere Länder.

Was die Zahl der Toten pro eine Million Einwohner betrifft, liegen die Vereinigten Staaten mit 119 Toten deutlich hinter folgenden Ländern: Belgien (477), Spanien (441), Italien (384), Frankreich (288), Großbritannien (233), den Niederlanden (208), der Schweiz (160) und Schweden (148). Doch tagesschau.de beschäftigt sich nicht mit einem etwaigen Versagen der französischen, der spanischen oder der Schweizer Regierung. Einzig Donald Trump wird von tagesschau.de geschmäht. Auch interessant: Als tagesschau.de am 21. März 2020 zum ersten Mal leicht kritisch über die Lage in Schweden berichtete („Schwedische Gelassenheit“) – wo es bis vor kurzem keinerlei Beschränkungen des öffentlichen Lebens gab –, war im gesamten Beitrag nichts von der Regierung oder Regierungschef Stefan Löfven zu lesen. Alle Verantwortung wurde anonymen Kräften zugeschoben, nämlich den „Behörden“ bzw. „Schweden“:

„Auch die Behörden in Schweden sind nach wie vor der Meinung: Alle Schulen zu schließen, ist keine Option und würde eine Ausbreitung des Virus nicht verhindern, im Gegenteil. Man wolle maßvoll handeln – das ist die schwedische Devise. … Der öffentliche Druck auf die Gesundheitsbehörde wächst. Mehrere Mediziner und Wissenschaftler fordern laut härtere Maßnahmen. Schweden würde nicht alle Register ziehen, um die Ausbreitung zu unterdrücken.“

Während tagesschau.de mit seinen Berichten den Eindruck erweckt, als wäre US-Präsident Trump ein absolut regierender König, der allein verantwortlich für das Schicksal seines Landes ist, gibt es in Schweden ominöse „Behörden“, die völlig unabhängig von der Regierung zu handeln scheinen. Am 18. April wurde der schwedische Regierungschef dann doch erwähnt. „Die Kritik“ an ihm „wächst“, hieß es nun – immerhin! Doch anders als in den wutschnaubenden Texten gegen Trump blieb der Beitrag sachlich und Löfven hatte sogar das letzte Wort: „Die abschließende Beurteilung dessen, was gemacht worden ist, muss warten, bis die Krise vorbei ist.“ Geht es hingegen um die USA und Trump, verschwindet die Objektivität schneller als eine Palette Desinfektionsmittel im Supermarkt.

Tagesschau.de fiebert mit Cuomo

Auch die Gouverneure der US-Bundesstaaten werden von jeglicher Verantwortung freigesprochen, genauer gesagt: Ihre Autorität und Verantwortung wird kaum je erörtert. Ein Regierungschef wird, wohlgemerkt, aber doch immer wieder erwähnt: Andrew Cuomo, der Gouverneur des Bundesstaates New York. Die enthusiastischen Schlagzeilen von tagesschau.de lauten: „Cuomo stellt sich gegen Trump“ (15. April), „Trump twittert, Cuomo sieht rot“ (18. April) oder „Cuomo platzt der Kragen“ (18. April). Gouverneur Cuomo scheint für tagesschau.de ein Held zu sein – und das nicht etwa, obwohl, sondern gerade weil es in seinem Bundesstaat die meisten Infizierten und Toten der ganzen Welt gibt. Gouverneur Cuomo trägt dafür offenbar keinerlei Verantwortung; wie bei Statler und Waldorf in der „Muppet Show“ scheint seine Rolle einzig darin zu bestehen, giftige Kommentare zum Geschehen zu geben, und dafür wird er von tagesschau.de geliebt.

Nie liest man auf tagesschau.de, dass irgendein Amtsträger der Demokraten Fehler gemacht hätte. Nehmen wir Nancy Pelosi, als Sprecherin des Repräsentantenhauses derzeit die wichtigste Vertreterin der Demokratischen Partei. Noch Ende Februar besuchte sie das Chinatown-Viertel von San Francisco, um die „Botschaft zu senden“, dass es keinen Grund gebe, warum Touristen oder Einheimische keine Reisen machen sollten: „Das ist es, was wir hier heute versuchen zu tun, zu sagen, dass alles hier in Ordnung ist. Kommt, denn Vorkehrungen sind ergriffen worden. Die Stadt ist Herr der Lage.“ Pelosi besichtigte ein Wokgeschäft, einen Tempel und eine Fabrik für Glückskekse.

New Yorks Bürgermeister Bill De Blasio, ebenfalls Mitglied der Demokratischen Partei und Gegner des Präsidenten, sagte noch am 13. März 2020, die New Yorker sollten einfach „mit ihrem Leben weitermachen“. Drei Tage später ging er selbst noch ins Fitnessstudio und rechtfertigte sich damit, dass er ja „in der normalen Welt“ lebe. Warum sollten dann 20 Millionen Bewohner der Metropolregion New York das nicht tun und stattdessen social distancing betreiben? Die Frage stellt tagesschau.de nicht. Was interessiert sie der Bürgermeister der am stärksten von Covid-19 betroffenen Stadt der Welt? Gar nicht.

Widersprüchliche Kritik

US-Präsident Trump hat früher auf die Gefahr durch Covid-19 reagiert als andere Regierungschefs. Am 2. Februar 2020 trat das von ihm erlassene Einreiseverbot für China in Kraft. Gleichzeitig wurde der nationale Gesundheitsnotstand ausgerufen. Was taten die Europäer? In Deutschland kamen noch Ende März Linienflüge aus China und der besonders vom Virus heimgesuchten Islamischen Republik Iran an. Und Dario Nardella, der linke Bürgermeister von Florenz, rief noch am 1. Februar dazu auf, jeder solle „einen Chinesen umarmen“. Sehen wir nach, was tagesschau.de zu ihm zu sagen hat:

„Ihre Suche nach ‚Nardella‘ war leider erfolglos. Bitte überprüfen Sie Ihre Eingabe.“

Dass die Kritik von tagesschau.de an Präsident Trump widersprüchlich und scheinheilig ist, zeigt sich auch bei dem seit dem 13. März 2020 geltenden US-Einreiseverbot für Europäer, das von der ARD damals als unnötig und übertrieben dargestellt wurde. Wie der Leser wahrscheinlich weiß, gilt es heute als wahrscheinlich, dass Reisende aus Europa eine große Rolle dabei gespielt haben, die Krankheit in New York zu verbreiten. Insofern war der von Präsident Trump getroffene Beschluss richtig und hätte sogar noch früher erfolgen sollen. Wie kommentierte tagesschau.de den Beschluss? Hieß es damals: „Das kommt zu spät“? Nein: „US-Einreisestopp empört Europäer“, lautete die Schlagzeile. Im dazugehörigen Korrespondentenbericht aus Washington sagte WDR-Korrespondent Jan-Philipp Burgard:

„Die Europäer kommen ihm [Präsident Trump] als Sündenbock gerade recht. Für Trump geht es dieses Jahr um die Wiederwahl, und da braucht er Erklärungen, da muss er sich dann jetzt doch als handlungsstarker Krisenmanager präsentieren, insbesondere gegenüber der Wirtschaft, denn Trump weiß: Wenn die einbricht, wird es schwer für ihn, das Weiße Haus zu verteidigen.“

Lauter sachfremde Motive also wurden Präsident Trump unterstellt. (Trumps Maßnahmen werden immer wieder in Bezug zu den Präsidentschaftswahlen gestellt. So heißt es über Regierungshilfen für die Landwirtschaft: „Landwirte gehören zur wichtigsten Wählergruppe Trumps, der im November wiedergewählt werden will.“). Mit der Covid-19-Epidemie hatte der Einreisestopp angeblich null Komma nichts zu tun. Nur mit „Wirtschaft“, also mal wieder mit schnödem Mammon. Der Moderator lieferte die Vorlage:

„Aber die Maßnahmen, die er ergreift, die haben die US-Märkte auch nicht gerade beruhigt.“

Burgards Antwort:

„Nein, genau im Gegenteil, es herrschte blanke Panik. Es war ein schwarzer Tag an der Wall Street, der schwärzeste seit 33 Jahren. Der Dow-Jones-Index hat zehn Prozent seines Wertes verloren, und insbesondere Transport- und Touristikunternehmen waren besonders getroffen, also dieses Einreiseverbot gegen Europa hat da die Wirkung wohl deutlich verfehlt.“

Mit diesen Worten endete die Schaltung nach Washington. Man spürte die Schadenfreude.

> Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AP von 2017 gibt die WHO mehr Geld für die Reisen ihrer Funktionäre aus als für den Kampf gegen AIDS, Malaria und Tuberkulose zusammen.

Chloroquin: nur ohne Trump zu verabreichen

Dass tagesschau.de mit zweierlei Maß misst und geradezu krankhaft alles schlecht macht, was irgendwie mit Donald Trump in Verbindung steht, belegt auch die Berichterstattung über den Arzneiwirkstoff Chloroquin. Chloroquin wurde schon vor langer Zeit gegen Malaria eingesetzt und wird nun als eine mögliche Therapie gegen Covid-19 diskutiert. In einem Artikel vom 24. März 2020 („Nur zwei Medikamente machen Hoffnung“) berichtete tagesschau.de, dass Wolf-Dieter Ludwig, der Vorsitzende der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, „nur zwei Wirkstoffe für hoffnungsvoll“ halte: „einerseits den Wirkstoff Remdesivir … und andererseits Chloroquin, beziehungsweise Hydroxychloroquin, ein sehr gut bekanntes Malaria-Medikament, das wahrscheinlich auch eine antivirale Wirksamkeit hat und deshalb die Aktivität von SARS-CoV-2-Viren hemmen kann.“ Diese beiden Wirkstoffe stünden „eindeutig an erster und zweiter Stelle“, so Ludwig.

Ganz anders klang es in einem Artikel von tagesschau-„Faktenfinder“ („Gegen Gerüchte und Falschmeldungen“), der nur zwei Tage später erschien („Corona-‚Wundermittel‘: Guter Rat ist teuer – schlechter tödlich“): Weil auch Donald Trump auf einer Pressekonferenz Chloroquin als eine Therapiemöglichkeit genannt hatte, wurde der Wirkstoff nun verteufelt und auf eine Stufe mit Homöopathie und anderer Quacksalberei gestellt. Diesmal wurden die Risiken besonders herausgestrichen:

„Heiß baden, viel Bier trinken, große Mengen Vitamin C konsumieren, Bleichmittel schlucken oder Zwiebeln auslegen - im Internet, auf Messengern und in den sozialen Medien kursieren die absurdesten Vorschläge zur Vorbeugung oder Heilung einer Infektion mit Coronaviren. … Ein weiteres angebliches Wundermittel wird von höchster Stelle propagiert: US-Präsident Donald Trump empfahl in einem Tweet persönlich, Chloroquin und Azithromycin als Therapie gegen Covid-19 einzusetzen. Trump legt nahe, dass die US-Arzneimittelbehörde FDA die Anwendung der Mittel zur Therapie genehmigt habe, was nicht der Fall ist. Aus gutem Grund: Chloroquin hat starke Nebenwirkungen und interagiert mit zahlreichen anderen Medikamenten. Für Patienten mit mehreren Krankheiten ist die Gabe also durchaus gefährlich.“

In Nigeria hätten sich „bereits zwei Menschen mit einer selbst verabreichten Chloroqin-Überdosis vergiftet“, hieß es weiter. Das war wahrscheinlich auch Trumps Schuld.

Fazit: Für tagesschau.de ist die Pandemie vor allem ein Wahlkampf gegen Trump, Tag für Tag. Die Redaktion möchte nämlich, dass Joe Biden Präsident wird, „mal wieder ein geerdeter Teamplayer, mal wieder ein Zuhörer“, so tagesschau.de. Ja, wir alle freuen uns auf den Zuhörer Biden, der eine 21-jährige Zuhörerin, die ihn nach den Gründen für sein schlechtes Abschneiden beim Caucus in Iowa gefragt hatte, öffentlich als „lügende hundegesichtige Pony-Soldatin“ bezeichnete.

Was Hillary nicht gelang, soll Corona schaffen

Damit Biden die Wahl im November gewinnt, muss das Schwert jetzt geschmiedet werden. Und so behauptet tagesschau.de immer wieder, Präsident Trump habe „die Corona-Krise ignoriert“ und müsse „für seine fatale Corona-Ignoranz zur Rechenschaft“ gezogen werden. Vor allem Julia Kastein vom MDR bestätigt die Hypothese, dass das Coronavirus auch das Gehirn befallen kann. Sie sieht in SARS-Cov-2 offenbar einen aussichtsreichen demokratischen Kandidaten fürs Weiße Haus, der Trumps Wiederwahl im November verhindern könnte:

„Mit einer großen Portion Zynismus könnte man sich freuen, dass Trump, der sich doch so vor Bakterien und Viren ekelt, ausgerechnet im Coronavirus einen Gegner gefunden hat, der sich von seiner Aufschneiderei und seinem tyrannischen Gehabe nicht beeindrucken lässt.“

Bei einer Fernsehansprache sei Trump, so Kastein weiter, „nicht prahlerisch und von Selbstverliebtheit strotzend wie sonst“ gewesen, „sondern nervös, kleinlaut, eingeschüchtert“.

„Hoffentlich“, fiebert Kastein, „hat der Präsident in dem Moment gespürt, dass die Trump-Methode beim Coronavirus nicht funktioniert. All das Über- und Untertreiben, all die Lügen und falschen Schuldzuweisungen haben den Vormarsch des Virus nicht gestoppt.“

Julia Kastein scheint dem Virus die Daumen zu drücken. Was Hillary nicht gelang, soll Corona schaffen.

Zuerst erschienen bei „Achse des Guten“

Der Iran behindert die Aufklärung des Abschusses eines ukrainischen Flugzeugs vom Januar 2020

Nach dem Abschuss von Flug PS752 durch die Mord-Mullahs enthält die iranische Diktatur den ermittelnden ukrainischen Behörden die Blackbox vor, die Aufschluss über die Ermordung ukrainischer und westlicher Bürger geben könnte.

Von Anastasia Iosseliani

SERGEI SUPRINSKI, AFP

Gedenken an den Flugzeugabschuss vor der iranischen Botschaft in Kiew am 8. Januar 2020

Wie «Radio Farda» dieser Tage berichtete, versucht das iranische Regime nun auf die Ukraine Druck auszuüben, um diese davon abzuhalten, weiter wegen des Abschusses des Flugs PS752 durch die Pasdaran (dt. Revolutionsgarden) zu ermitteln, indem man damit droht die Blackbox weiterhin einzubehalten und die vermeintliche Kooperation mit den ukrainischen Ermitteln und Experten ganz einzustellen. Angeblich tut es dies wegen der Corona-Pandemie. Es ist absurd, dass das Regime Mörder frei herumlaufen lässt und versucht Ermittlungen zu sabotieren, angeblich wegen einer Seuche, die es selber zu verbreiten geholfen hat!

Das Verhalten der Mullahs und Revolutionsgarden sollte uns eigentlich nicht weiter überraschen, stattdessen sollte man sich in Erinnerung rufen, was ich am 11. Januar dazu geschrieben habe. Nämlich das Folgende:

«Denn vermeintliche Trump-Kritiker können nicht erklären, womit diese Schikanen gegenüber den ukrainischen Behörden von Seiten der Iraner gerechtfertigt sein sollen. Was hat die Ukraine dem Iran getan, das die Unverschämtheiten von Seiten Teherans gegenüber der Regierung in Kiew legitimiert? Die Antwort lautet: Nichts! Und trotzdem dürfen wir davon ausgehen, dass das Regime zu Teheran auch diese Gelegenheit nutzen wird, um ein vermeintlich schwächeres Land, in diesem Fall die Ukraine, zu schikanieren und zu terrorisieren, und das, obwohl die Schuld klar beim Regime von Teheran liegt.»

Wie Irina Tsukerman für das Begin-Sadat-Zentrum für strategische Studien, kurz BESA-Center, schreibt, verhindert nicht einmal die Covid-19-Pandemie, dass das Mullah-Regime damit aufhört, Terrorismus zu exportieren. In wohlfeile Menschenverachtung gehüllt wie in einen Predigerumhang fördern die Mullahs und Revolutionsgardisten weiterhin ihre Proxies wie die Huthi-Terroristen im Jemen und die Hisbollah im Libanon, während im Iran selber die Situation von Tag zu Tag schlimmer wird. Denn inzwischen hebt man im Iran Massengräber aus, um die Leichen derer, die an Covid-19 gestorben sind, zu verscharren. Darüber berichtete die «Washington Post» – eine Zeitung, die berühmt-berüchtigt dafür ist, Trump-Kritikern aller Couleur eine Stimme zu bieten.

„Wandel durch Annäherung" ist Unsinn

Wir haben nun offensichtlich eine Covid-19-Pandemie und der Iran ist dafür mitverantwortlich. Das Leugnen und Verheimlichen von Offensichtlichem hat dazu geführt, dass Millionen von Iranern vor und während des persischen Neujahrs in andere Länder gereist sind, und so z.B. das Covid-19-Virus nach Australien, Georgien und Kanada getragen haben – als ob der Export von Terrorismus nicht schon genug wäre. In ihrer unglaublichen Unverschämtheit geben die Anhänger des Regimes nun sogar den USA die Schuld an der Katastrophe im Iran und weltweit. D.h. das Regime der Islamischen Republik Iran und dessen Anhänger stehlen sich nun aus der Verantwortung und beschuldigen andere. Wenn dieses Verhalten nicht so viele Menschen gefährden würde, wäre diese Situation zum Lachen.

Trotz aller Schandtaten Teherans wird der Iran auf dem internationalen Parkett alles andere als Paria-Staat behandelt. So lange man aber in Bezug auf das Regime zu Teheran und andere Diktaturen ein Laissez-faire und Laissez-aller zu praktizieren gedenkt und an solch nutzlosen Methoden wie dem sogenannten «kritischen Dialog» und dem «Wandel durch Annäherung» festhält, stärkt man indirekt diese Regime. Und gerade beim «Wandel durch Annäherung» fragt sich unsereiner immer noch: Warum sollte jemand, der moralisch nicht vollkommen verwahrlost ist, eine Annäherung in irgendeiner Form an ein menschenverachtendes Regime wollen, das dafür berüchtigt ist, am helllichten Tag Menschen an Baukränen aufzuhängen und grundlos Passagierflugzeuge abzuschiessen?

Bis heute kriege ich auf meine Frage nur Antworten, welche die Gefahr durch das antisemitische und islamo-faschistische Regime zu Teheran relativieren und dabei die Kolonialgeschichte der Perserreiche, dessen Rechtsnachfolger der Iran ist, und die Tatsache, dass das Regime durch seine Proxies wie die Hisbollah zu einem Hauptexporteur von Terrorismus geworden ist, vollkommen außer Acht lässt.

Es ist in höchstem Maße irritierend, wie scheinbar «Progressive» mit falsch verstandenem «Anti-Rassismus», der in diesem Fall nur ein «Rassismus des niedrigeren Erwartungen» ist, ein Regime in Schutz nehmen, das eine so blutige Vergangenheit inklusive Kolonialgeschichte hat. Denn aufgrund des Antisemitismus und Imperialismus Teherans leiden kleine Staaten, in der Vergangenheit Georgien und Armenien, heute Juden weltweit, Israel und nun auch noch die Ukraine, die – ich erinnere nochmal daran – absolut nichts getan hat, was die Unverschämtheiten von Seiten Teherans gegenüber Kiew rechtfertigen würde.

Eine Karriere wie diejenige des Juden Selenski ist im Iran unvorstellbar

Die Ukraine kämpft ihrerseits mit vielen Problemen, sei es die Okkupation der Krim und der Donbass-Region durch die Kreml-Proxies, oder die Korruption, die wirtschaftliches Vorankommen massiv erschwert. Aber alles in allem ist die Ukraine eine funktionierende Demokratie mit Bürgerrechten, in der mit Wolodymir Selenski ein russischsprachiger Jude zum Präsidenten gewählt wurde. Während im Iran Frauen und Nicht-Muslime bestenfalls immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, und Frauen und religiöse Minderheiten deshalb nicht einmal davon zu träumen wagen, Präsidentin oder Präsident zu werden. Gerade deshalb ist es eine Unverschämtheit sondergleichen, dass ein Regime wie das von Teheran nun die Ukraine als Fußabtreter zu benutzen versucht, und niemand der Ukraine zu Hilfe eilt.

In einer besseren Welt würden nun zivilisierte Staaten der Ukraine beistehen und dem Mullah-Regime nicht nur die Leviten lesen, sondern dieses auch effektiv sanktionieren und zwar so, dass das Regime endlich lernt, dass man nicht grund- und straflos Passagierflugzeuge vom Himmel holt, und es ernsthafte Konsequenzen hat, wenn man Terrorismus und Seuchen exportiert. Doch das Verhalten des Regimes von Teheran ist durch die Bank so barbarisch, dass selbst diese unglaublichen Zivilisationsbrüche nicht dazu geführt haben, dass das Regime effektiv sanktioniert wird. Und das wiederum ermutigt das Regime Staaten wie die Ukraine weiterhin zu schikanieren und zu terrorisieren. So ist die Gesamtsituation nur noch als Tragödie zu bewerten, die erst dann ein Ende findet, wenn das Regime nicht weiter hofiert wird.

Die vermeintliche „palästinensische“ Nationalität ist reine Fiktion

Im neuesten jährlichen globalen Bericht des US-Außenministeriums über Menschenrechte wird erstmals korrekt auf die falsche Nationalitätsangabe verzichtet und von „arabischen Bewohnern Jerusalems” gesprochen.

(Israel Heute) Nach seiner historischen Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt hat US-Präsident Donald Trump nun geäußert, dass es keine „Palästinenser“ in der heiligen Stadt gäbe.

Der jährliche globale Bericht des US-Außenministeriums über Menschenrechte enthielt eine überraschende Änderung.

Während sich alle früheren Berichte auf die „Palästinenser in Ostjerusalem” oder die „palästinensischen Einwohner Jerusalems” bezogen, nennt der neue Bericht sie jetzt einfach „arabische Einwohner” oder „nicht-israelische Bürger, die von der israelischen Regierung ausgestellte Jerusalemer Ausweise besitzen“.

In dem Bericht wurde die Änderung erläutert und festgestellt, dass „die Palästinensische Autonomiebehörde keine Autorität über Jerusalem ausübt“.

Ein hochrangiger US-Beamter, der von der „Jerusalem Post“ zitiert wurde, erklärte weiter, dass die Trump-Administration „bestrebt ist, Entscheidungen auf der Grundlage von Fakten und Realität zu treffen und Entscheidungen können nur auf der Grundlage der Wahrheit getroffen werden“.

Trotz überwältigender gegenteiliger Beweise behauptet die „Palästinensische Autonomiebehörde“ im Rahmen ihrer Verhandlungsplattform, dass das jüdische Volk keine Geschichte in Jerusalem habe.

Während alle bisherigen amerikanische Präsidenten Lippenbekenntnisse zur historischen und biblischen Verbindung der Juden mit Jerusalem leisteten, ist Trump der erste, der sie tatsächlich in die US-Außenpolitik einbezieht.

Araber vor dem moslemischen Felsendom auf dem Jerusalemer Tempelberg

Das Coronavirus in Irans heiligster Stadt

Chinesische Theologie-Studenten brachten das Corona-Virus nach Ghom, das theologische Zentrum des Mullah-Regimes. Dass der Iran mittlerweile auch chinesische Schiiten schult, verrät seine weltweiten Expansions-Ambitionen.

Von Aviel Schneider (Israel Heute)

Warum scheint das Coronavirus im Iran deutlich heftiger ausgebrochen zu sein, als in den arabischen Staaten? Fragt man sunnitische Moslems, beispielsweise „Palästinenser“ oder Jordanier, dann heißt es, Allah bestrafe die Schiiten. Arabische Medien in den sunnitischen Ländern des Nahen Ostens stoßen ins selbe Horn. Internationale Medien berichteten vor über einem Monat von dem dramatischen Ausbruch der Pandemie in Persien. Iranische Medien hielten sich zurück, um das iranische Volk (83 Mio. Einwohner) nicht in Panik zu versetzen.

Besonders schmerzlich betroffen war die politische Staatsführung aber auch das Militär im Iran. Nach offiziellen Angaben des Landes habe es bisher 81.000 Infizierte und 5.031 Tote gegeben (Stand: 19. April 2020). Statistisch gesehen kommen demnach im Iran 60 Tote auf je eine Million Menschen. Pro bestätigter Corona-Fälle liegt der Anteil der Verstorbenen im Iran bei 6 Prozent.

Israelische Quellen zeichnen ein anderes Bild. Der israelische Geheimdienst Mossad schätzt die Todeszahl auf 20.000 Iraner, vielleicht sogar noch höher. Immerhin gibt die politische Führung im Iran zu, darunter die Ayatollahs und Mitglieder des Wächterrates, dass die Corona-Epidemie von der Stadt Ghom ausgegangen ist, die 130 Kilometer südlich von Teheran liegt. Ghom oder Qum ist die Hauptstadt der Provinz Ghom im Iran. Ghom hat über 1,3 Mio. Einwohner und ist eine der heiligen Städte der Schia. Ajatollah Ruhollah Chomeini machte die Theologische Hochschule von Ghom weltberühmt. Dort werden die meisten iranischen Prediger ausgebildet, sie gilt nach Nadschaf bei den Schiiten als zweitwichtigste Stätte.

Die Frage stellt sich, wieso das Coronavirus in Ghom ausgebrochen ist? „Der Ursprung waren schiitische Prediger und Geistliche aus China, die von dem iranischen Regime in Teheran eingeladen worden waren“, erklärte Israels anerkannter Sicherheitsexperte Ron Ben-Ishai. Die jungen Chinesen sollten in den theologischen Hochschulen ausgebildet werden, um die Schia zu einer wachsenden Religion in China zu machen. In dem Tian Shan Gebirge im Westen Chinas gibt es schiitische Gemeinden, die noch die alte Sarikoli-Sprache sprechen, und die aus der ethnischen Gruppe Pamir im Südosten Irans stammen. Die chinesischen Schiiten haben nicht nur ihre Lehrer angesteckt, sondern ebenso iranische Politiker und Kleriker aus Teheran, mit denen sie zusammentrafen. Dies erklärt, weshalb anfänglich so viele Mitglieder im iranischen Parlament an dem Coronavirus erkrankten und teilweise auch daran gestorben sind.

Ein iranischer schiitischer Theologe in der Stadt Ghom

Dieser epidemische Vorfall im Iran zeigt eindeutig, was für Bemühungen der Iran auf sich nimmt, um die schiitische Glaubensrichtung weltweit zu verbreiten. Hätten die jungen Schiiten die geistlichen Lehrer im Iran nicht infiziert, so hätten wir wahrscheinlich davon nie erfahren, welche Absichten das iranische Regime in China hegt.

Türkei: Asyl für die Terrorbosse der Hamas

Die außerhalb des Gaza-Streifens lebenden Hamas-Führer suchen verzweifelt nach einem Land, welches bereit ist sie aufzunehmen. Bezeichnenderweise ist ausgerechnet der EU-Beitrittskandidat Türkei gewillt den Hamas-Mördern Unterschlupf zu gewähren.

Von Khaled Abu Toameh (Redaktion Audiatur)

ADEM ALTAN, AFP

Hamas-Führer Haniyah mit dem Präsidenten des NATO-Staates und EU-Beitrittskandidaten Türkei.

Zwei hochrangige Hamas-Funktionäre, Ismail Haniyeh und Saleh Arouri, haben bereits beschlossen, sich in der Türkei niederzulassen, offenbar nachdem sie vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan grünes Licht dafür bekommen haben. Drei weitere Hamas-Funktionäre, Zaher Jabareen, Musa Abu Marzouk und Nizar Awadallah, sind ebenfalls aus Katar bzw. dem Libanon in die Türkei umgezogen.

Haniyehs Frau und Kinder, die im Gazastreifen leben, werden voraussichtlich in naher Zukunft zu ihm in die Türkei ziehen.

Berichten zufolge wurde Haniyeh, der den Gaza-Streifen im Dezember 2019 verlassen hat, von den Ägyptern verboten, in die von der Hamas regierte Küstenenklave zurückzukehren. In den arabischen Medien wurde berichtet, dass Haniyeh in Ägypten in Ungnade gefallen sei, als er sein Versprechen brach den Iran nicht zu besuchen, nachdem Ägypten ihm erlaubt hatte, den Gaza-Streifen über den Grenzübergang Rafah zu verlassen.

Kurz nachdem er den Gazastreifen verlassen hatte, reiste Haniyeh in den Iran, wo er an der Beerdigung von Kassem Soleimani, dem ehemaligen Kommandeur der iranischen Kuds-Brigade, teilnahm, der am 3. Januar 2020 in Bagdad, Irak, bei einem gezielten Drohnenangriff der USA ermordet wurde. Soleimani, den die USA 2005 als Terrorist einstuften, wurde auch von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union sanktioniert.

In seiner Rede bei der Beerdigung von Soleimani in Teheran sagte Haniyeh, der Leiter des „politischen Büros“ der Hamas: „Ich erkläre, dass das Projekt des Widerstandes in Palästina weitergeführt und nicht geschwächt wird, der Widerstand wird sich nicht zurückziehen“. Haniyeh lobte den getöteten iranischen Militärkommandanten als einen „Märtyrer von Al-Quds [Jerusalem], der große Opfer gebracht hat, um Palästina und den Widerstand zu schützen“.

Ägypter und Syrer verärgert

Haniyehs Besuch im Iran und die fortgesetzten anti-israelischen Aktivitäten und Terroranschläge der Hamas haben Ägypten, dass sich intensiv um ein langfristiges Waffenstillstandsabkommen zwischen der Hamas und Israel bemüht, erzürnt. Die Ägypter sind offenbar auch verärgert über die fortgesetzte militärische und finanzielle Unterstützung des Iran für die Hamas und den „Palästinensischen Islamischen Dschihad“, die beiden Hauptakteure im Gaza-Streifen.

Arabische Länder, die zuvor Hamas-Führer begrüßt und ihnen erlaubt haben, Stützpunkte zu errichten und ihre Gebiete zur Planung von Terroranschlägen gegen Israel zu nutzen, scheinen der Hamas nun den Rücken zu kehren.

Im Jahr 2011 wurden Hamas-Führer aus Syrien ausgewiesen, nachdem sie sich geweigert hatten, Präsident Baschar Assad in seinem Konflikt mit syrischen Oppositionsgruppen zu unterstützen. Die Syrer haben seither Bitten der Freunde der Hamas im Iran und der Hisbollah abgelehnt, die Beziehungen zur Hamas-Führung wiederherzustellen.

Katar, Libanon und Sudan haben offenbar aus Angst davor, von der internationalen Gemeinschaft beschuldigt zu werden, einer „palästinensischen“ Terrorgruppe Unterschlupf zu gewähren die Israel beseitigen will, ihre Beziehungen zur Hamas eingeschränkt.

Saudi-Arabien ist noch weiter gegangen und hat Dutzende von „Palästinensern“ und jordanischen Aktivisten wegen Unterstützung der Hamas vor Gericht gestellt. Mindestens 68 „Palästinenser“ und Jordanier sind vor einem „Sondergericht für Terrorismus“ im Königreich angeklagt worden. Die Verdächtigen wurden im April 2019 von den saudischen Sicherheitsbehörden festgenommen. Unter den Festgenommenen war Mohammed al-Khudari, 81, ein langjähriger „palästinensischer“ Einwohner Saudi-Arabiens, der zuvor als offizieller Vertreter der Hamas im Königreich fungierte.

Saleh Arouri, der andere Hamas-Funktionär, von dem erwartet wird, dass er sich Haniyeh in der Türkei anschließt, wird von Israel und den USA wegen Beteiligung am Terrorismus gesucht. Im Jahr 2018 setzte das US-Außenministerium eine Belohnung von bis zu 5 Millionen Dollar für Informationen aus, die zur Identifizierung oder zum Auffinden von Arouri, dem stellvertretenden Leiter des „politischen Büros“ der Hamas, führen würden.

Hamas wird Israel nicht anerkennen

Nach Angaben des „Meir Amit Intelligence and Terrorism Information Center“ ist Arouri eine Schlüsselfigur bei der Herstellung von Verbindungen zwischen der Hamas und dem Iran und der Hisbollah, und ist am Aufbau und der Handhabung der terroristischen Infrastrukturen der Hamas im Westjordanland beteiligt. Im Jahr 2014 verkündete Saleh Arouri, der in den letzten Jahren zwischen dem Libanon und der Türkei pendelte, die Verantwortung der Hamas für die Entführung und Ermordung von drei israelischen Teenagern im Westjordanland am 12. Juni 2014.

Laut einer Hamas-Quelle verließ Arouri die Türkei 2015 nach einem beispiellosen amerikanischen und israelischen Druck auf die türkischen Behörden. „Er beschloss, die Türkei freiwillig zu verlassen, um die Türkei nicht in Verlegenheit zu bringen, die einem enormen Druck seitens Israels und der US-Regierung ausgesetzt war“, so die Quelle.

Letzten Monat sagte Haniyeh, dass die Hamas zwar eine „strategische Beziehung“ zum Iran unterhalte, aber auch Verbindungen zur Türkei und zu mehreren anderen Ländern pflege. „Wir brauchen Araber und Muslime, die sich mit uns gegen den Deal des Jahrhunderts stellen“, erklärte Haniyeh und bezog sich dabei auf den kürzlich von US-Präsident Donald Trump enthüllten Plan für den Frieden im Nahen Osten. „Alle palästinensischen Gruppen haben das Recht, ihre Strategie beizubehalten. Die Hamas glaubt, dass Palästina vom [Jordan] Fluss bis zum [Mittelmeer] Meer reicht. Die Hamas wird Israel nicht anerkennen.“

Erdogans Bereitschaft, die Hamas-Führung zu beherbergen, ist höchstwahrscheinlich auf seine langjährige Unterstützung für die Muslimbruderschaft zurückzuführen.

Erdogans Verbindungen zur Muslimbruderschaft reichen bis in die 1970er Jahre zurück, als er einer der vertrauenswürdigen politischen Schüler von Necmettin Erbakan, dem Vater des Islamismus in der Türkei, war.

Lorenzo Vidino, Direktor des Extremismus-Programms der George-Washington-Universität, wies darauf hin, dass Erdogan seit dem Sturz des ägyptischen Muslimbruderschaft Präsidenten Mohammed Morsi im Juli 2013 versucht hat, „verfolgten“ Mitgliedern der Bewegung einen sicheren Hafen zu bieten.

Die Nachrichten-Website „Ahval“ stellte darüber hinaus fest, dass die Dutzenden von Persönlichkeiten der Muslimbruderschaft, die heute in der Türkei im Exil leben, zu den mächtigsten und einflussreichsten Figuren der Bewegung gehören. „Diese Anführer der Bruderschaft und ihre Verwandten leben ein komfortables Leben unter dem Schutz der Regierung Erdogan, so die Website.

Da die Hamas ein Ableger der Muslimbruderschaft ist, überrascht Erdogans berichtete Bereitschaft, ihre Führer in der Türkei willkommen zu heißen, nicht. Es scheint, dass Erdogan versucht, der Muslimbruderschaft dabei zu helfen, ihren Einfluss auf weitere Regionen auszudehnen und gleichzeitig als geistiger Führer der Bewegung zu agieren.

Wenn die Berichte über Erdogans Bereitschaft, Führungsmitglieder der Hamas einzuladen in der Türkei zu leben, zutreffen, dann würde dies Erdogan auch zum geistigen Vater einer terroristischen Organisation machen, die versucht, Israel zu zerstören und durch einen islamischen Staat zu ersetzen.

Es bleibt nun abzuwarten, ob die internationale Gemeinschaft, darunter auch einige arabische Länder wie Ägypten und Saudi-Arabien, die Türkei auffordern, sich von der Hamas zu distanzieren.

Ein Umzug der Hamas in die Türkei würde bedeuten, dass die Terrorgruppe weiterhin Terroranschläge gegen Israel planen und ausführen könnte – diesmal jedoch unter den schützenden Augen der Regierung Erdogan.

Khaled Abu Toameh ist ein preisgekrönter arabisch-israelischer Journalist und TV-Produzent. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Unerträglicher linker Antisemitismus und dümmliche „Palästina“-Verklärung an den Universitäten der westlichen Welt

Die einschlägig bekannte extrem israelfeindliche US-amerikanische Professorin Jasbir Puar ist ein Musterbeispiel für das Versagen der akademischen Welt im Kampf gegen den Antisemitismus.

Von Victor Rosenthal (JNS)

Jasbir Puar, Professorin an der Rutgers-Universität (New Jersey), wurde von der Vereinigung „Students for Justice in Palestine“ und mehreren Instituten des kalifornischen Scripps College für einen Vortrag eingeladen.

Puar ist eine der bösartigsten Antisemiten und Misozionisten* in Amerika. Sie ist auch eine sehr produktive „Gelehrte“, die ihre giftigen Erfindungen in Form von kaum durchdringlichem akademischen Jargon präsentiert. Als Kostprobe dieses Jargons mögen Mitschnitte ihrer Vorträge dienen, die sie z.B. an der American University of Beirut hielt. Um einen Eindruck von ihrer kreativen Wiederauflage mittelalterlicher Ritualmordlegenden zu bekommen, empfehlen sich Auszüge aus einer Rede, die sie 2016 an der Vassar-Universität hielt.

Unter anderem wirft Jasbir Puar der IDF vor, die „Palästinenser“ absichtlich niederzuhalten, ja zu „verstümmeln“, um ihren Widerstand zu unterbinden. Israel würde sie töten, so argumentiert sie, aber dann würden wir unserem Anspruch, die primären Völkermordopfer in der Geschichte zu sein, schaden. Und wenn wir sie töten, würden wir ihre Organe für die wissenschaftliche Forschung nutzen. Natürlich behauptet Puar, dass wir darauf aus sind, „palästinensische“ Kinder zu verletzen – sie greift die antijudaistische Legende von Simon von Trient wieder auf, um uns zu beschuldigen, Kinder zu Opfern zu machen.

Die Wahrheit ist, dass die IDF ihr Bestes tut, um Kollateralschäden zu vermeiden – die „Palästinenser“ hingegen Kindersoldaten beschäftigen und der „palästinensische“ Terrorismus unverhältnismäßig oft Jugendliche zum Ziel hat – man denke an das Massaker von Ma‘alot, das Küstenstraßen-Massaker, die Bombenanschläge auf die Delfinarium-Disko und das Pizzarestaurant Sbarro, um nur einige zu nennen.

Aber Puar ist erfinderisch und weiß das, was andere für moralisches Verhalten halten, in Beispiele für israelische Verderbtheit zu verwandeln. So soll „Pinkwashing“ eine Taktik Israels sein, seine Toleranz gegenüber Homosexuellen mit arabischer und muslimischer Homophobie – die oft zu Mord führt – zu kontrastieren, um „die Besatzung zu beschönigen“.

Uminterpretation von Israels Großherzigkeit

Sie stellt auch Israels Versuche, Kollateralschäden zu reduzieren und sich gleichzeitig gegen Terrorismus und Raketenangriffe zu verteidigen, als eine in Wirklichkeit bewusste Politik dar, die „Palästinenser“ „verstümmeln“ soll, anstatt sie zu töten. Die „Klopfen aufs Dach“-Technik der IDF, die sie in Gaza anwendet, um Zivilisten vor der bevorstehenden Zerstörung eines Gebäudes zu warnen, wird als verlogen dargestellt; Puar behauptet auch fälschlicherweise, dass die Zeit zwischen dem „Klopfen“ und der Zerstörung eines Gebäudes nur 60 Sekunden beträgt, obwohl sie normalerweise eher 15 Minuten beträgt, wie Aufnahmen auch belegen. Laut Puar sind Telefonanrufe, die die Bewohner vor kommenden Angriffen warnen, eine Form der psychologischen Kriegsführung, „eine Erinnerung daran, wie machtlos sie sind“, und keine praktische Lösung, um die Zahl der Verletzungen und Todesfälle unter der Zivilbevölkerung zu reduzieren.

Jasbir Puar (Twitter)

Nicht-tödliche Methoden zur Kontrolle von Unruhen, zur Abschreckung vor Übergriffen über die Grenze zum Gazastreifen und zum Schutz von Versuchen, die Sicherheitsbarriere zu beschädigen, werden von ihr als Methoden der Folter oder Verstümmelung der „Palästinenser“ beschrieben, statt als Versuche, Israelis zu schützen, ohne ihre Angreifer zu töten. Puar meint, Israel wolle den Kampfgeist der „Palästinenser“ brechen, sie aber am Leben erhalten, um sie wirtschaftlich ausbeuten zu können.

> Die Wahrheit ist, dass die IDF ihr Bestes tut, um Kollateralschäden zu vermeiden – die „Palästinenser“ hingegen Kindersoldaten beschäftigen.

Ihre zwanghafte Zuschreibung der bösartigsten Motive für jegliche Handlung der Israelis, um sich gegen einen Feind zu schützen, der sie immerhin töten will, ist von der Realität abgekoppelt – ich würde dafür das Wort fanatisch verwenden. Sie befürwortet sowohl BDS als auch den „bewaffneten Widerstand“.

Puars abstruse Anti-Israel-Polemik ist untrennbar verbunden mit ihrer Erörterung von Geschlecht und Gender, dem sozialen Geschlecht also, von „Queer-Theorie“, Rasse, Behinderung und anderen Themen, die für das heutige postmoderne akademische Milieu typisch sind. Sie scheint das Konzept des „Homonationalismus“ erfunden zu haben, das erklärt, „wie Homosexualität – und insbesondere Homonormativität, die Übernahme heteronormativer Werte durch die ‚queere‘ Gemeinschaft – als Teil nationalistischer und geopolitischer Interventionen instrumentalisiert wird.“

Warum interessiert mich das?

Weil es seit dem großen Schwindler Edward Said nie ein besseres zeitgenössisches Beispiel als Jasbir Puar für die Verzerrung des akademischen Strebens nach Wahrheit, gegeben hat. Auch wenn es akademische Aktivisten wie Ward Churchill und Steven Salaita gibt, im Gegensatz zu ihnen ist Puar ein akademischer Star. Sie ist ordentliche Professorin für Frauen- und Geschlechterstudien an der Rutgers-Universität, wo sie seit 2000 unterrichtet. Sie wurde in Ethnologie promoviert und verfügt über eine umfangreiche Publikationsliste, wenn sie auch in eher unbedeutenden Zeitschriften veröffentlichte, hält Vorträge und erhält Forschungsstipendien und andere akademische Auszeichnungen. Sie hat drei Bücher bei Duke University Press veröffentlicht, bekannt für eine beunruhigende antiisraelische Tendenz.

Doch trotz ihrer realitätsverzerrenden Besessenheit ist Puar an Orten wie dem Scripps College als Rednerin willkommen. Sie erhält weiterhin Stipendien und Förderungen – allerdings steht zu vermuten, dass sie mit dem „Palestinian American Research Council Fellowship“, das sie 2018 erhielt, einfach nur für ihren politischen Aktivismus entlohnt wurde.

Tatsache ist, dass die westliche akademische Welt – insbesondere der Teil, der sich „Ethnic and Gender Studies“ nennt – so gründlich mit Misozionismus indoktriniert ist, dass sie an ihren Ideen nichts Falsches sieht. Was für mich wie verschwörerische Phantasien aussieht, die auf psychische Erkrankungen hindeuten, erscheint ihnen als ganz normaler akademischer Diskurs. Vermutlich gilt dies für die meisten Universitäten in den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich und in Kanada – und zu einem gewissen Maß auch für bestimmte Einrichtungen sogar in Israel. Offenbar hält man beim Scripps College Puars Ideen für wichtig und meint, dass sie gehört werden sollten. Sollte aber eine pro-israelische Gruppe von Studenten jemanden wie mich einladen wollen, um über den „palästinensischen“ Terrorismus gegen israelische Kinder zu sprechen (unvergessen zum Beispiel Ahlam Tamimi, die Terroristin, die keinerlei Reue zeigte), würde eine solche Veranstaltung wohl nicht stattfinden.

Araber und Iraner spenden westlichen Universitäten

Ein Teil des Problems, zumindest außerhalb Israels, besteht darin, dass die arabischen Länder und auch der Iran seit Jahren große Summen an akademische Einrichtungen gespendet, Stipendien an einzelne Akademiker vergeben und einschlägige Institute, in der Regel für Nahost-Studien, an wichtigen Hochschulen und Universitäten aufgebaut haben. In Verbindung mit der traditionell linken Ausrichtung vieler Akademiker und dem starken Engagement in der Wissenschaft für „Redefreiheit“ und „akademische Freiheit“ – solange diese Rede- oder Freiheit in die richtige Richtung geht –, hat dies eine Atmosphäre geschaffen, in der Jasbir Puar nicht als Extremistin angesehen wird.

Die Universitäten und Hochschulen sollen Leuchttürme der Wissenschaft sein, die die humanistischen Ideale von Gerechtigkeit und Fairness für alle Völker hochhalten sollen. Stattdessen haben sie den bequemen, profitablen und feigen Weg eingeschlagen, sich den dunklen Kräften des Judenhasses anzuschließen und sich gleichzeitig mit der Förderung „sozialer Gerechtigkeit“ zu brüsten.

* Misozionie (im Englischen Misoziony, ausgesprochen „mis-OZ-yoni“) ist der extreme, irrationale und zwanghafte Hass auf den jüdischen Staat. Es ist Antisemitismus, um einen Abstraktionsgrad erhoben. Obwohl er nicht mit Antisemitismus identisch ist, hassen die meisten Misozionisten auch Juden als Individuen und das jüdische Volk als Gruppe.

Victor Rosenthal wurde in Brooklyn, NY, geboren, lebte in den 1980er Jahren in einem Kibbuz und kehrte nach 26 Jahren in Kalifornien 2014 nach Israel zurück. Er schreibt auf dem Abu-Yehuda-Blog. Eine Version dieses Artikels wurde dort zuerst veröffentlicht.

Übersetzung aus dem Englischen von Andrée Möhling

Die Islamisierung des Antisemitismus

Wie die Opfer des Synagogen-Attentäters von Halle (Saale) von der Bundesregierung zu „Opfern einer islamfeindlichen Straftat“ umetikettiert wurden.

Von Katharina Stockmann

HANDOUT_TWITCH, AFP

Die Hände, die mordeten: Zwei nicht-moslemische Menschen erschoss der Rechtsextremist Stephan Balliet am 9. Oktober 2019.

Anliegen des Attentäters Stephan Balliet war es, in der Synagoge am Jom Kippur möglichst viele Jüdinnen und Juden zu ermorden. Trotzdem werden die beiden zufälligen Opfer dieses Anschlags von der Bundesregierung als Opfer von „Islamfeindlichkeit“ registriert. Das ergab eine „Kleine Schriftliche Anfrage“ der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (DIE LINKE), die mit eben diesen Toten das Ergebnis ihrer Anfrage zu islamfeindlichen Straftaten dramatisierte und eine tödliche Bedrohung für Musliminnen und Muslime halluzinierte. Eine Sicht, die prompt von verschiedenen Medien übernommen wurde.

Die „Ostküste“ als Wurzel allen Übels

Als es Stephan Balliet am 9. Oktober 2019, am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, nicht gelang, in die Synagoge einzudringen, erschoss er eine zufällig vorbeikommende Passantin vor dem Gebetshaus und einen Kunden eines nahegelegenen Döner-Imbisses. Beide Opfer waren Deutsche. Ob sie religiös waren, ist nicht bekannt. Dass sie moslemischen Glaubens waren, darf als unwahrscheinlich angenommen werden. Die „Nahöstler“ waren Stephan Balliets Angaben zufolge Ziel zweiter Wahl, dass er zwei Deutsche ermordete, bedauerte er laut der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) vor Gericht.

Laut „Tagesschau“ sagte seine Mutter bei ihrer Vernehmung, er habe „auf alles geschimpft. Auf Greta Thunberg, den Wetterbericht oder Frauen in der Politik. Immer wieder habe er die Fernsehkanäle durchgezappt, um ihr zu zeigen, dass weiße Frauen ständig mit farbigen Männern zusammen seien. B. erklärte, in Deutschland gebe es keine Redefreiheit, das sehe man schon am Verbot der Holocaustleugnung.“

„Spiegel“-Reportern gegenüber beschrieb sie ihren Sohn als „das sensibelste Wesen, was Sie sich nur vorstellen können“. Weiter sagte sie: „Er hat nichts gegen Juden in dem Sinne. Er hat was gegen die Leute, die hinter der finanziellen Macht stehen – wer hat das nicht?“

Während seiner Vernehmungen bei einem Richter und bei Ermittlern des Bundeskriminalamtes (BKA) gab er laut „Tagesschau“ an, er habe

„zunächst überlegt, Muslime zu töten, die Ankunft der Flüchtlinge im Jahr 2015 sei für ihn eine ‚Zäsur‘ gewesen. Er habe sich entschieden, sich zu bewaffnen, wenn keiner etwas tue, dann müsse er es tun. Schließlich habe er sich aber für einen Anschlag gegen Juden entschieden, diese seien schließlich für Leute wie ihn das größte Problem.

Auf die Frage, wer Leute wie er seien, antwortete Stephan B.: ‚Unzufriedene weiße Männer‘. Er habe gegen diejenigen vorgehen wollen, die ihn aus dem Leben drängen. Als er gefragt wurde, ob er Juden kenne, antwortete B., er kenne auch Angela Merkel und Adolf Hitler nicht – aber habe sich dennoch eine Meinung über sie gebildet. B. gab an, er sei vor der Tat zweimal an der Synagoge in Halle vorbeigegangen, um den Ort auszuspähen. Er sei davon ausgegangen, dass die Tür am Jom Kippur, einem hohen Feiertag der jüdischen Glaubensgemeinschaft, offenstehen würde.“

Wir halten also fest: Stephan Balliet wähnt das Land von muslimischen Flüchtlingen überrannt, neidet Ausländern ihre deutschen Partnerinnen, macht Frauen in der Politik als Verantwortliche für diese, seiner Ansicht nach, Ungerechtigkeiten aus, hält Juden dennoch für sein größtes Problem, macht sich auf, so viele Menschen wie möglich in einer Synagoge zu ermorden, dazu wählt er den höchsten jüdischen Feiertag, nachdem es ihm misslingt, in das Gebetshaus zu gelangen, erschießt er eine Frau, deren „Vergehen“ es war, zufällig seinen Weg zu kreuzen, und um seine Mordlust zu befriedigen, stürmt er einen Döner-Imbiss und erschießt dort einen der Kunden. Dann verlässt er den Imbiss wieder, verletzt zwei weitere Personen mit der selbstgebastelten Schusswaffe und kann schließlich festgenommen werden. 75 Jahre nach dem Sieg über den Nationalsozialismus leben Jüdinnen und Juden immer noch in ständiger Gefahr Opfer von Gewaltverbrechen zu werden. Statt diese in einer breiten gesellschaftlichen Diskussion aufzuarbeiten, deklarieren Politik und Medien indes zwei Tote, die zufällig einem misslungenen Attentat auf eine Synagoge zum Opfer fielen, zu Opfern einer islamfeindlichen Straftat um.

Linken-Politikerin dramatisiert das Ausmaß an Muslimfeindlichkeit

Ulla Jelpke dokumentierte das Ergebnis ihrer „Kleinen Schriftlichen Anfrage“ in einer Pressemitteilung mit der reißerischen Überschrift „Mörderische Konsequenzen islamfeindlicher Hetze“, die von verschiedenen Medien übernommen wurde. Darin heißt es:

„…Im vierten Quartal des letzten Jahres gab es nicht nur Verletzte, sondern auch zwei Tote. Denn zu Recht stuft die Bundesregierung die von einem Faschisten in Halle nach seinem misslungenen Angriff auf eine Synagoge bei einem Döner-Imbiss kaltblütig massakrierten Menschen als Opfer einer islamfeindlichen Straftat ein. Dieser Anschlag verdeutlicht ebenso wie das Massaker eines Faschisten an neun Besuchern zweier Shisha-Bars in Hanau im Februar, wie Rassismus, Antisemitismus und Hass auf Muslime in der brandgefährlichen Gedankenwelt von Rechtsextremisten eine mörderische Liaison eingehen. … Denn insbesondere die AfD wirkt mit ihrer islam- und muslimfeindlichen Hetze seit langem als Stichwortgeber für den faschistischen Terror.“

Das ist neben der Islamisierung des Antisemitismus in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. In einem Atemzug spannt die Politikerin den Bogen von dem Attentat in Halle zu dem in Hanau, bei dem am 19. Februar 2020 ebenfalls ein deutscher Täter neun Menschen mit Migrationshintergrund in zwei Shishabars aus rassistischen, und anschließend zuhause seine Mutter aus bislang unbekannten Motiven umbrachte, und sich dann selbst erschoss. Nun sind aber weder Döner-Imbisse noch Shishabars Insignien des Islams, sondern vor allem Letztere scheinen im krassen Gegensatz zu dem zu stehen, was in islamischen Ländern als Alltagsleben praktiziert wird – und praktiziert werden muss. Hier findet eine Islamisierung von Rassismus, eine Islamisierung von Menschen mit Migrationshintergrund statt. Betrieben von einer LINKEN-Politikerin im Verbunde mit führenden Medien.

Aus „den Ausländern“ seien nach Ansicht der Fragesteller „die Muslime“ geworden, heißt es in der Antwort der Bundesregierung an Ulla Jelpke. Gemeint ist, in der öffentlichen Wahrnehmung. Das ist Spekulation, nachweislich aber islamisiert die Linken-Politikerin selbst Dönerläden, Shishabars, Migranten – und Opfer eines antisemitischen Anschlags. Des Themas Antisemitismus hat sie sich so elegant entledigt.

Aus 1 mach 2

Interessant ist auch, dass in der Auflistung der Bundesregierung „Delikte mit dem Unterthema ‚Islamfeindlich‘ im vierten Quartal 2019“ zunächst nur einer der beiden Morde auftaucht, vermutlich der im Döner-Imbiss. Auf die Frage

„Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im vierten Quartal 2019 bei Überfällen mit mutmaßlich antimuslimischer oder islamfeindlicher Motivation oder mit vermuteter antimuslimischer oder islamfeindlicher Motivation

a) leicht verletzt
b) schwer verletzt
c) getötet“

antwortet die Bundesregierung jedoch:

„Im Rahmen des KPMD-PMK wurden für das vierte Quartal 2019 zwei getötete Personen bei den Delikten mit dem Themenfeld ‚Islamfeindlich‘ gemeldet. Hierbei handelt es sich um die Todesopfer im Rahmen des mutmaßlich antisemitisch motivierten/fremdenfeindlichen Anschlages am 9. Oktober 2019 in Halle/ST.“

Allerdings kennzeichnet sie die Taten selbst als Opfer eines „mutmaßlich antisemitisch motivierten/fremdenfeindlichen Anschlages“. Vielleicht finden sich ja Abgeordnete, die sich ihrerseits bemühen, diesen Widerspruch aufzulösen und dafür zu sorgen, dass Opfer eines mehr als mutmaßlich antisemitisch und rassistisch motivierten Anschlags auch als Opfer eines antisemitisch und rassistisch motivierten Anschlags geführt werden.

Abschiebungen könnten Leben retten: Der kaum geahndete Überfall der iranischen Revolutionswächter auf ein deutsches Studentenwohnheim in Mainz im Jahr 1982

Die Aktivitäten des iranischen Terrorregimes auf deutschem Boden sind bei der Bevölkerung nahezu unbekannt oder häufig vergessen. Einer der Täter von 1982 bekam eine Duldung und beteiligte sich 1992 am tödlichen Mykonos-Attentat in Berlin.

Von Anastasia Iosseliani

Gedenktafel für die Opfer des Berliner Mykonos-Attentats

Das islamo-faschistische Regime von Teheran und sein Anhänger spionieren in Deutschland Exil-Iraner, mit Israel assoziierte Menschen und Juden aus, um diese am «Tag X» zu meucheln. Der bekannteste Fall dürfte hier Reinhold Robbe, der SPD-Politiker und ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestags, sein, der im Auftrag der Al-Kuds-Einheit aufgrund seiner Funktion als Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft von einem pakistanischen Staatsbürger namens Syed Mustafa H. ausspioniert wurde. Reinhold Robbe ist beileibe nicht der einzige. Wie der Blog «Die Ruhrbarone» berichtete, stellte der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im «Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2018» folgendes fest:

„Im Berichtsjahr wurden wieder Aktivitäten der sogenannten „Quds Force Brigade“ (QF) festgestellt. Bei den QF handelt es sich um eine Spezialeinheit der Revolutionsgarden, die über eine eigene nachrichtendienstliche Abteilung, einen Sicherheitsdienst und eine Spionageabwehr verfügt. Die QF betreibt unter anderem Informationsbeschaffung im Ausland. Ein Hauptaugenmerk liegt in der Ausspähung von israelischen und pro-israelischen Institutionen sowie von hier lebenden Staatsangehörigen des Staates Israel und von Personen jüdischen Glaubens. Dem Verfassungsschutz liegen Erkenntnisse vor, dass es im Berichtsjahr Ausforschungsaktivitäten der QF in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.“

Es ist nicht davon auszugehen, dass das verbrecherische und menschenverachtende Regime seine terroristischen Aktivitäten eingestellt hat, stattdessen ist es wahrscheinlich, dass das Regime sie intensiviert hat.

Aber die Aktivitäten des Regimes haben sich auf deutschem Boden nicht immer nur auf Spionage und die Planung von Terroranschlägen und Mord beschränkt. Denn am 24. April 1982 überfielen ungefähr 200 bewaffnete Anhänger der Pasdaran (dt. Revolutionsgarden) das Studentenheim «Inter 1» der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, um dort antiklerikale Exil-Iraner zu terrorisieren. Wie die damalige Chemiestudentin Marion Hamm sich erinnert, war der Aufmarsch der Regime-Anhänger straff militärisch organisiert:

„Da kamen achtzig bis hundert Leute im Gleichschritt und im Gänsemarsch, schwer bewaffnet mit Stöcken, Messern, Kabeln und Ketten und riefen im Chor: Allahu Akbar!“

Bei diesem Angriff wurden nicht nur antiklerikale Exil-Iraner von Pasdaran zum Teil schwer verletzt und deren Pässe geraubt, sondern es starb auch eine deutsche Studentin aus Worms am darauffolgenden Tag an den Folgen dieser Aktion. Dieser Angriff hatte eine Vorgeschichte: Am 21. März 1982 verprügelten die Regimeanhänger Daniel Rousha-Nafas und Muhammed Ali Kavian-Talouri einen exil-iranischen Oppositionellen im Studentenwohnheim «Inter 1». Als die Polizei die beiden verhaftete, fand sie in deren Behausung im Studentenwohnheim Elektrokabel und andere Schlagwerkzeuge. Nach Angaben ihrer anti-klerikalen Kommilitonen haben Daniel Rousha-Nafas und Muhammed Ali Kavian-Talouri die Botschaft informiert und verraten in welchen Räumen die anti-klerikalen Exil-Iraner gelebt hätten, damit die Botschaft für den nachfolgenden Angriff wusste, wer wo zu finden war.

Die Angreifer waren aus Aachen, Hannover, Hamburg, Kassel, Dortmund und Köln angereist

Der Angriff der islamo-faschistischen Regimeanhänger hatte aber auch ein Nachspiel. Die Angreifer, die zum Teil aus Aachen, Hannover, Hamburg, Kassel, Darmstadt, Dortmund und Köln angereist waren, hatten nicht nur Waffen wie Kabelstränge, Holzlatten mit Nägeln, Würgehölzer, Metallrohre, Messer und ein Zimmermannsbeil dabei, sondern vorsorglich auch Verbandszeug mitgenommen. Von den 86 Angreifern waren 83 iranische Staatsbürger, dazu zwei türkische und ein afghanischer Staatsbürger. Sie wurden am Folgetag in rheinland-pfälzische Untersuchungshaft genommen, weil sie „in Mainz – Universitätsbereich – als Chomeini-Anhänger sich mit einer Vielzahl Gleichgesinnter“ zusammengefunden haben sollen, „um politisch andersdenkende Iraner tätlich anzugreifen“, wie es im Haftbefehl stand. Bei der anschließenden Personenerfassung gaben alle Angreifer einstimmig an „Mohammed Musliman“ zu heißen.

Genscher und der Drogenhändler

Zwar wollte der damalige Mainzer Oberstaatsanwalt Werner Hempler ein starkes Zeichen setzen, wurde aber von Männern wie dem damaligen Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, Bernhard Vogel, und dem damaligen Aussenminister, Hans-Dietrich Genscher, zurückgepfiffen. So wurden die 86 Angreifer schließlich von der Untersuchungs- in die Abschiebehaft verlegt.

Hans-Dietrich Genscher, der für seine Verdienste in Bezug auf DDR-Bürger zu Recht gewürdigt wurde, spielte im Fall der Islamischen Republik Iran eine gar unrühmliche Rolle. Im Jahr 1980 traf sich Hans-Dietrich Genscher mit dem Gesandten des Regimes der Islamischen Republik Iran, Sadegh Tabatabai, um mit diesem über die Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft und deren Ende zu beraten. Dieser Sadegh Tabatabai war nicht irgendwer, sondern gehörte jahrelang zum obersten Machtzirkel der Islamischen Republik. Tabatabais Schwester hat Khomeinis Sohn Ahmad geheiratet und somit ist Tabatabai der Schwager von Khomeinis Sohn. Tabatabai selber begleitete Khomeini zurück aus seinem französischen Exil in den Iran. Nach der «Islamischen Revolution» arbeitete er unter anderem als Gesandter für das neue Regime. Dabei war Tabatabai sich nicht zu schade, Drogen zu schmuggeln. Im Jahr 1983 wurde er am Flughafen Düsseldorf mit 1,65 kg Rohopium im Gepäck erwischt, verhaftet und dann auf Kaution freigelassen. Nach diesem Zwischenfall bestätigte das Regime seinen Status als diplomatischen Gesandten. Für diese und andere Dienste wurde Sadegh Tabatabai nach seinem Tod im Khomeini-Mausoleum öffentlich und mit allen Ehren bestattet.

Kazem Darabi wurde am 12. Dezember 1982 wegen Landfriedensbruch zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

Sanfte Strafen fordern weitere Opfer: Das Mykonos-Attentat

Aber zurück zu Hans-Dietrich Genscher und der Bundesrepublik Deutschland nach dem Angriff auf das Studentenwohnheim «Inter 1». Die lasche und kurzsichtige Haltung der deutschen Behörden gegenüber den Angreifern und Drahtziehern wie z.B. dem Revolutionsgardisten Kazem Darabi, rächte sich massiv, als Kazem Darabi aufgrund von Druck aus Teheran aus der Abschiebehaft entlassen wurde und eine Duldung bekam. Darabi zog nach Berlin und war dann am Mykonos-Attentat (17. September 1992) beteiligt, bei dem der Generalsekretär der «Demokratischen Partei des Iranischen Kurdistans» (DPK-I), Sadegh Scharafkandi, der Repräsentant der Partei in Frankreich, Fattah Abdoli, der Repräsentant der Partei in Deutschland, Homayoun Ardalan, der Dolmetscher Nouri Dehkordi erschossen und der Wirt des Lokals sowie ein unbeteiligter Gast schwer verletzt wurden.

Für diese Tat wurde Kazem Darabi von einem Berliner Kammergericht wegen Mordes mit besonderer Schwere der Schuld zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Allerdings musste er nicht die ganze Strafe absitzen, und wurde nach 15 Jahren freigelassen. Dies geschah vermutlich aufgrund der von Teheran praktizierten Geiseldiplomatie und in der Hoffnung den in iranischen Kerkern inhaftierten Donald Klein freizubekommen. Am 10. Dezember 2007 wurde Kazem Darabi in den Iran abgeschoben und dort dem verurteilten Mörder ein heldenhafter Empfang mit Blumenkränzen zuteil. Dies zeigt, wie durch die Nachlässigkeit der deutschen Bundesbehörden barbarisches und terroristisches Verhalten von Seiten Teherans toleriert wurde und wird.

Corona: Elftausend-Euro-Mann Bedford-Strohm fordert Verzicht von Anderen

Der EKD-Chef verlangt eine finanzielle Solidarität von Reichen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu lindern. Gleichzeitig kassieren die beiden Amtskirchen jedes Jahr 500 Millionen Euro an geschenkten Steuergeldern abseits der ohnehin vereinnahmten Kirchensteuer.

Von Alexander Wendt (Tichy Einblick)

Über Friedrich den Großen gibt es folgende Anekdote: Er bat seine Beamten um Ideen, wie der Zustand der Staatsfinanzen zu verbessern sei. Der Geheime Rat von Taubenheim machte den Vorschlag, den niederen Beamten das Gehalt zu kürzen. „Eh bien", sagte der König: „Fangen wir gleich mit Ihm an." Er strich Taubenheim tausend Taler seines Jahressalärs und befahl ihm nach zwölf Monaten zu berichten, ob sich das förderlich auf dessen Haushaltsführung ausgewirkt hätte.

Einen Vorschlag zur Sanierung der deutschen Staatsfinanzen nach der Corona-Pandemie unterbreitete gerade der EKD-Ratspräsident Heinrich Bedford-Strohm. Im Detail fiel er anders aus als der Rat von Taubenheim, in der Stoßrichtung auf andere aber sehr ähnlich:

„Man darf sich keine Illusionen machen, wenn die Krise vorüber ist, wird es eine riesige Solidaritätsanstrengung brauchen, und ich hoffe, dass wir alle dazu bereit sind. Besonders die, denen es finanziell gut geht."

Fangen wir nicht mit dem privaten Bedford-Strohm an, sondern mit den beiden großen Kirchen in Deutschland. Neben den Kirchensteuern (2018: 12,4 Milliarden Euro, 6,643 Milliarden für die katholische Kirche, 5,790 Milliarden Euro für die evangelische) und den Zahlungen für den Betrieb kirchlicher Krankenhäuser, Schulen und anderer sozialen Einrichtungen erhalten die beiden Glaubensgemeinschaften noch sogenannte Staatskirchenleistungen. Viele Steuerbürger verwechseln sie mit den beiden oben genannten Posten.

Bei den Staatsleistungen handelt sich allerdings um Zahlungen aus der allgemeinen Steuerkasse – also von allen Steuerbürgern – an die Kirche direkt, nicht an Einrichtungen in ihrer Trägerschaft. Mit dem Geld finanzieren sie so genannte Baulasten der Kirche, also die Erhaltung des Gebäudebestands, aber auch Kirchenangestellte bis zum Bischof und deren Pensionen.

Der Staat schenkt den Bischöfen ein Gehalt

Der Freistaat Bayern etwa zahlt die Gehälter von Erzbischöfen und Bischöfen, Dignitären, Kanonikern, Domvikaren, Generalvikaren und Erziehern an bischöflichen Priester- und Knabenseminaren. An Staatsleistungen flossen im Freistaat allein 2018 insgesamt 96 Millionen, davon 60 Millionen zur Besoldung von Geistlichen. Wofür genau die Bezahlung dient, unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. Nur Hamburg und Bremen beteiligen sich aus historischen Gründen nicht an der staatlichen Kirchenfinanzierung. Die Gesamtzahlungen der anderen 14 Länder beliefen sich 2019 auf 548 Millionen Euro, wovon auf die beiden Kirchen je etwa die Hälfte entfiel.

Der Ursprung dieser Dotationen geht zum größten Teil auf die Enteignung linksrheinischer geistlicher Ländereien durch Napoleon zurück, die 1803 durch den Reichsdeputationshauptschluss in Regensburg bestätigt wurde. In dieser letzten großen Entscheidung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (das 1806 endete), wurden zwei geistliche Kurfürstentümer, neun Reichsbistümer, 44 Reichsabteien und 45 Reichsstädte mit insgesamt gut 45.000 Quadratkilometern Land neuen weltlichen Herrschern zugeschlagen. Die verpflichteten sich im Gegenzug, ständige Entschädigungszahlungen für den weltlichen Besitz der Kirchen zu leisten, also für Grundbesitz, Immobilien und Wirtschaftsgüter. Bis zum Ende des Kaiserreichs, das als Bundesstaat der Fürstentümer zustande gekommen war, überwiesen die staatlichen Stellen diskussionslos. Die Weimarer Republik betrachtete sich nicht mehr ohne weiteres als Erbe dieser Pflichten. Ihre Verfassungsautoren beauftragten in Artikel 138 das Reich, eine abschließende Regelung zu finden, die von den eigentlichen Zahlern – den Ländern – umgesetzt werden sollte:

„Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf."

Der evangelische Bischof, der Mitglied der SPD ist, zählt zu den größten Fans der Bundeskanzlerin.

Sogar die DDR beschenkte und lenkte die Kirchen

Ablösung hieß nach juristischem Sprachgebrauch, eine jährliche Leistung des Staates durch einmalige Abfindung zu beenden. Dazu kam es nicht. Auch das Dritte Reich führte die Staatskirchenleistungen weiter. Sogar die DDR-Führung behielt die Dotation bei, nur um die Hälfte gekürzt. Denn die Staatsleistungen bewährten sich auch immer als goldener Zügel, der eine weitgehende Konformität der beiden Kirchen garantierte.

Vor allem die evangelische Kirche erzählt sich ihre Geschichte zwar heute anders, nämlich nachveredelt. Tatsächlich wehte in ihr immer der jeweilige Obrigkeitsgeist: Im Kaiserreich kaisertreu, im Nationalsozialismus eine Stütze oder mindestens passiv, in der DDR ganz überwiegend staatsfromm und trotzdem paranoid überwacht, in der frühen Bundesrepublik konservativ, in der späteren progressistisch und grün. Ausnahmen gab es immer, aber es waren eben Ausnahmen, von denen sich die Amtskirche meist distanzierte.

Die Schöpfer des Grundgesetzes nahmen 1949 trotzdem den unerfüllten Verfassungsauftrag von Weimar zur Abschaffung der Staatsleistungen als Artikel 140 auf:

„Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes."

Einige Bundesländer schrieben die Pflicht zur Abschaffung der Staatsleistungen sogar in ihre Verfassung, Baden-Württemberg etwa als Artikel 5:

„Für das Verhältnis des Staates zu den Kirchen und den anerkannten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gilt Artikel 140 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Er ist Bestandteil dieser Verfassung."

Seit 101 Jahren gibt es also eine unerfüllte Verfassungsforderung, die Staatsleistungen zu beenden. Deren Ablösung scheitert bisher an einer Formalie. Zwar existieren kaum noch staatsrechtliche Zusammenhänge zwischen den weltlichen Fürstentümern von 1803 und der Bundesrepublik. Die Bedeutung der christlichen Kirchen nimmt stetig ab, was auch am Wirken von Bedford-Strohm und Repräsentanten wie Kardinal Reinhard Marx liegt, die 2016 in Jerusalem dem Begriff Kreuzabnahme bekanntlich einen ganz neuen Sinn gegeben hatten.

Trotzdem gilt, dass der Staat nach allgemeiner Rechtsauffassung eine Staatsleistung nur durch eine Art Abfindung abwerfen kann, wenn er die Verpflichtung einmal anerkannt hat. Die Vorstellungen der Kirche für diese letzte Zahlung bewegen sich zwischen dem Vierzehnfachen, dem Achtzehnfachen und teils dem über Zwanzigfachen der jährlichen Leistungen. Das Zwanzigfache hieße für Bayern beispielsweise: fast zwei Milliarden Euro auf einen Schlag.

Kein Finanzminister würde das in seinen Haushalt schreiben.

Es gäbe allerdings – und hier kommen wir wieder zu Bedford-Strohm und seiner Forderung nach einem Sonderopfer der Reichen – die Möglichkeit, dass die Kirche von sich aus entschädigungslos auf die Zahlungen verzichtet. Eine halbe Milliarde jährlich mehr für die Landeshaushalte, das würde den Spielraum für Hilfen nach der Corona-Rezession schon vergrößern. Zusätzlich könnten sich beide Kirchen verpflichten, ihre Kirchentage künftig selbst zu finanzieren.

Bisher bekamen sie – jenseits der zu den Staatsleistungen – auch dafür noch kräftige Zuschüsse aus der Steuerkasse.

Im Gegensatz zu den Staatsleistungen gibt es noch nicht einmal die formale Pflicht, den Gesinnungskitsch- und Krempel-Jahrmarkt der EKD aus Steuergeldern zu subventionieren. Vor kurzem stellte Norbert Bolz die rhetorische Frage, ob eine Verbindung zwischen Christentum und Heinrich Bedford-Strohm existiert. In den meisten seiner Verlautbarungen und Interviews jedenfalls nicht. Abgabe- und Enteignungsdebatten können auch weltliche Kräfte führen.

Die Führer beider Kirchen hätten jetzt also die Chance, das zu praktizieren, was ihnen ohnehin liegt: Sie könnten ein Zeichen setzen. Das Gesamtvermögen von evangelischer und katholischer Kirche in Deutschland wird vage auf etwa 435 Milliarden Euro geschätzt, angelegt vor allem in Immobilien, Grundstücken und Wertpapieren. Ein Verzicht auf Staatskirchenleistungen fiele da kaum ins Gewicht. Zwar klagen die Kirchen schon präventiv, wegen der Covid-19-Krise würden auch ihre Kirchensteuereinnahmen leiden.

Das ist allerdings auch schon wegen der vermehrten Kirchenaustritte in den vergangenen Jahren der Fall. 2018 verließen nur in Nordrhein-Westfalen 88.510 Menschen die katholische Kirche, ein Plus zum Vorjahr von 22 Prozent.

Der Kölner Kardinal Rainer Woelki kann sich das Phänomen kaum erklären, glaubt aber, dass es nicht an seinen Predigten liegt.

13.654,43 Euro Gehalt monatlich für Reinhard Marx

Die Mindereinnahmen von Staatsleistungsverzicht und eigener geistlicher Misswirtschaft müssten jedenfalls nicht zwingend bei den Krankenschwestern der kirchlichen Krankenhäuser wieder hereingeholt werden. Es bieten sich andere Maßnahmen an. Der Kardinal von München und Freising, Reinhard Marx, bezieht die Besoldungsstufe B 10, die 2020 bei 13.654,43 Euro monatlich liegt. Heinrich Bedford-Strohm erhält B 9. Dazu kommen noch großzügige Wohnungen – bei Marx eine Bleibe von 90 Quadratmetern im Palais Holnstein, das aus öffentlichen Mitteln saniert wurde – und Dienstwagen.

Der übliche Einwand von Bedford-Strom und anderen lautet, es träfe ihn ja auch, wenn Steuern für Wohlhabende erhöht würden. Sehr viele Wohlhabende, beispielsweise Unternehmer, leben allerdings nicht direkt und indirekt von Staatsdotationen und von Abgaben. Praktischer wäre es, gleich an der Quelle zu streichen. Vor allem dann, wenn jemand selbst dazu aufruft, nach Corona ganz neu zu denken und sich keine Illusionen zu machen.

Um noch einmal auf Friedrich II. zu kommen: Der Monarch hatte nicht nur etwas gegen Vorschläge wie den von Taubenheim. Er besaß auch genaue Vorstellungen, in welchem Maß der Staat seine Bürger belasten sollte. Und das, obwohl er nach dem Siebenjährigen Krieg ein Land wieder aufzubauen hatte.

„Eine Regierung muss sparsam sein", fand der Monarch, „weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss."

Das lange verschleppte Verbot der Hisbollah – bei gleichzeitiger Hofierung ihres Geldgebers Iran

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erließ am 30. April 2020 ein Betätigungsverbot für die Anhänger der libanesischen Terrororganisation. Mit deren Sponsoren in Teheran hält man jedoch weiterhin gute Verbindungen.

Von Birgit Gärtner

Innenminister Horst Seehofer (rechts) im Gespräch mit Außenminister Heiko Maas.

Der Hauptvorwurf des Bundesinnenministeriums (BMI) in der Verfügung zum Betätigungsverbot der Anhänger der Hibollah („Partei Gottes“) lautet: Die „Terrororganisation [ruft] offen zur gewaltsamen Vernichtung des Staates Israel auf und stellt dessen Existenzrecht infrage“. Iranische Exil-Oppositionelle wie Kazem Moussavi, Mitbegründer und Sprecher der „Green Party of Iran“, geht der Schritt nicht weit genug, er fordert, auch die iranische „Revolutionsgarde“ auf die Terrorliste zu setzen, diese seien schließlich die Finanziers der Hisbollah.

Das Ganze ist ein schwerer Schlag für die Organisation, die selten, dafür aber wirkungsvoll in Erscheinung tritt, z. B. auf „Free Palestine“-Demos oder beim alljährlichen Al-Quds-Marsch in Berlin am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan.

Zu Erklärung ist auf der Webseite des BMI zu lesen:

„Sicherheitsbehördlichen Erkenntnissen zufolge werden in Deutschland bis zu 1.050 Personen dem extremistischen Personenpotential der Hizb Allah zugerechnet. Diese und sonstige Sympathisanten der Organisation sind nicht in einer einheitlichen Struktur organisiert. Eine ‚Hizb Allah Deutschland‘ oder ein zusammenfassender Dachverband existiert nicht, vielmehr treffen sich die Anhänger der Organisation in einzelnen örtlichen Moscheevereinen. Ein Hizb Allah-Bezug wird hier häufig durch bewusst konspirative Verhaltensweisen und Abschottung vermieden. Zum Teil bekunden die Anhänger der Organisation jedoch auch offen ihre Anhängerschaft auf Internetseiten und in sozialen Medien. Gerade die junge Anhängerschaft der Hizb Allah vernetzt sich in Deutschland verstärkt über das Internet. Darüber hinaus wird Deutschland von der Hizb Allah auch als Rückzugs- und Rekrutierungsraum genutzt, sowie für Beschaffungs-, Anschlags- und Spendensammelaktivitäten.“

Künftig ist es verboten

„Kennzeichen der Hizb Allah öffentlich, in einer Versammlung oder beispielsweise in Schriften sowie Ton- und Bildträgern zu verwenden. Zudem wird das im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes vorhandene Vermögen der Hizb Allah beschlagnahmt und zugunsten des Bundes eingezogen.“

In der Pressemitteilung des BMI heißt es:

„Um zu verhindern, dass durch die Bekanntgabe des Verbots Hinweise zu möglichen Teilorganisationen in Deutschland vernichtet werden, durchsuchten Polizeibehörden der Länder Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin heute Morgen, 6 Uhr, insgesamt vier Vereinsobjekte sowie die Privatwohnungen der jeweiligen Vereinsführung. Die von den Ermittlungsmaßnahmen betroffenen Vereine stehen aufgrund ihrer finanziellen und propagandistischen Unterstützung der Hizb Allah im Verdacht, Teil der Terrororganisation zu sein. (…)

Damit richtet sich die Organisation in elementarer Weise gegen den Gedanken der Völkerverständigung – unabhängig davon, ob sie als politische, soziale oder militärische Struktur in Erscheinung tritt.“

Schwierige Debatte im Bundestag

Bereits am 6. Juni 2019 stellte die AfD-Fraktion im Bundestag den Antrag, die Hisbollah zu verbieten, da diese „eine schiitisch-islamistische Organisation aus dem Libanon sei, die das Existenzrecht des Staates Israel leugne und einen bewaffneten und terroristischen Kampf gegen Israel führe“ und „zudem mit ihren Bestrebungen eine Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ darstelle. Der Antrag wurde debattiert, allerdings wurde nicht darüber abgestimmt, sondern er wurde „zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen“.

Am 19. Dezember 2019 gab es erneut eine Debatte im Bundestag zum Thema Hisbollah, dazu lagen gleich drei Anträge vor: Einer der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP, einer von den Grünen sowie erneut ein Antrag der AfD. Der Koalitionsantrag wurde mehrheitlich angenommen. Die Abgeordneten der Partei DIE LINKE enthielten sich weitestgehend, einige stimmten für den Antrag der Grünen. Streitpunkt war die Listung der Hisbollah grundsätzlich als Terrororganisation, statt nur des militärischen Arms, wie es einige LINKEN-Abgeordnete forderten. Damit konnten sie sich indes nicht durchsetzen. Lediglich die Berliner LINKEN-Abgeordnete Evrim Sommer stimmte für den Koalitionsantrag. Sie hatte in der Vergangenheit mehrfach Demonstration gegen den Al-Quds-Marsch angemeldet.

Doch was ist mit dem Iran?

„Ohne die Mullahs keine Hizbullahs“, kommentierte Kazem Moussavi.

„Das schiitische Regime im Iran ist der Schöpfer, Organisator und Finanzier der libanesischen terroristischen Hizbullah, die im Dienst der iranischen ideologischen Expansionspolitik zur Vernichtung Israels steht.

Es widerspricht der Vernunft und den realen Interessen der westlichen Gesellschaften, dass die deutsche Regierung die Hizbullah zwar als Terror-Organisation einstuft, gleichzeitig aber – entgegen allen vorhandenen Fakten – die vollständige Abhängigkeit der Hizbullah von der iranischen Revolutionsgarde und vom Holocaustleugner-System im Iran nicht benennt.

Die schon überfällige Hizbullah-Terror-Listung ist richtig. Sie ist im Interesse der Sicherheit Deutschlands, vor allem der jüdischen Bevölkerung und der iranischen Exiloppositionellen hierzulande, aber auch eine Unterstützung der aktuellen Aufstände gegen die Hizbullah im Libanon. Sie ist aber unzureichend. Notwendig wäre, dass die deutsche Regierung über die guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran hinaus denkt und auch den eigentlichen Befehlshaber und Finanzier der Hizbullah – Irans Revolutionsgarde – dringend auf die Terrorliste setzt.

Dies wäre im Interesse der Freiheits- und Demokratie-Bewegung im Iran, das untrennbar mit dem Interesse des jüdischen Staats Israel verbunden ist.“

Glückwünsche an die Mullahs

Doch der Iran wird auch weiterhin auf die Unterstützung der Bundesregierung zählen können. Zwar wollte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in diesem Jahr kein Glückwunschtelegramm zum Jahrestag der „Revolution“ versenden, wie er sagte, verschickte die Depesche dann aber doch. Angeblich versehentlich. Viele wussten gar nicht, was sie mehr schockierte: Dass das Staatsoberhaupt offenbar regelmäßig einem der repressivsten und israelfeindlichsten Regimes der Welt dazu gratulierte, dass dieses sich ein weiteres Jahr an der Macht halten konnte – oder dass vom Bundespräsidialamt „versehentlich“ Nachrichten verschickt werden.

Auch Heiko Maas, der eigenen Worten zufolge „wegen Auschwitz in die Politik gegangen“ ist, fällt immer wieder negativ auf im Zusammenhang mit dem Iran. Im Februar 2020 brachte er dem iranischen Außenminister Mohammed Dschawad Sarif ein Geschenk mit zur Münchner Sicherheitskonferenz: Den Iraner Ahmed Khalili, der seit 2018 auf Wunsch der USA in Deutschland inhaftiert war. Die US-Regierung wirft ihm vor, seit 2013 gegen geltende Sanktionen verstoßen zu haben, indem er in den USA Technik für Flugzeuge der iranischen Revolutionsgarden beschaffte. Ahmed Khalili wurde gegen einen im Iran inhaftierten Deutschen „getauscht“, der Fotos von militärischen Einrichtungen im Iran gemacht hatte. Maas Deal führte zu Verstimmungen mit den USA. Die Revolutionsgarden sind in den USA als Terrororganisation gelistet. Es geht also – die Forderung Kazem Moussavis könnte auch in Deutschland problemlos erfüllt werden.

Warum das irregeleitete Deutschland Navid Kermani verdient hat

Der grüne Exil-Iraner steht in seiner anti-israelischen Haltung dem aktuellen Bundespräsidenten in Nichts nach, und wurde als Liebling des deutschen Feuilletons und von Rot-Rot-Grün bereits als neues Staatsoberhaupt gehandelt.

Von Lasse Stodolnik

DANIEL ROLAND, AFP

Navid Kermani bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in Frankfurt

Kennen Sie einen Schriftsteller, den das Feuilleton so liebt wie Navid Kermani? Uns fällt keiner ein. Man applaudiert ihm, weil ihn das Grundgesetz zu Tränen rührt und er über Neil Young genauso staunen kann wie über Kafka und den Koran. Wahrscheinlich irrt das Feuilleton nicht. Besonders dort, wo der empathische Intellektuelle aus Siegen schreibt, was man „eigentlich nicht schreiben“ darf, zählt er zu den großen Dichtern der deutschen Nachkriegsliteratur.

Die Zukunft der Erinnerung

Nein, Navid Kermani raunt nicht wie Martin Walser. Die homestories, die ihm für seine politischen Ambitionen gewidmet werden, feiern ihn als „Triumph der Aufklärung und der Toleranz“ (Die Welt). Anlässlich einer Rede zum zwanzigjährigen Bestehen des Lehrstuhls für jüdische Geschichte und Kultur an der LMU München überrascht der Kleist- und Friedenspreisträger allerdings mit erstaunlich wenig Inhalt. Seitdem sich die Bundesrepublik an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnere, seitdem werde „die Erinnerung auch für schandbar, ungesund oder jedenfalls übertrieben erklärt“, wendet er gegen Walser, Höcke und Nolte ein. „Die Zukunft der Erinnerung“ heißt die Rede. Um zu verstehen, was Kermani will, sollte man sie lesen.

Der Titel der Rede ist etwas irreführend. Sicher ist, dass Kermani kein Aufklärer, sondern ein Romantiker ist. Und als Romantiker geht es dem Orientalisten nicht um eine Außenwelt, nicht um „Auschwitz morgen“, sondern um Navid Kermani. Bereits die ersten Worte stoßen auf. 2016 sei er in der Gedenkstätte Auschwitz gewesen. Erst habe er mit einem Barcode Einlass gefunden, dann sei ihm ein „Aufkleber“ ans Revers geheftet worden. „Ein kleines Stück Plastikfolie“, das ihn als Deutschen kennzeichnete, „wog schwer“. „Die Zukunft der Erinnerung“ ist Navid Kermanis Ansage, ein Menscheitsverbrechen für seine Biographie als Schriftsteller fruchtbar zu machen.

Im weiteren Verlauf ergießt sich Kermani in Selbstverständlichkeiten und Plattitüden, spricht von einer „Dialektik von Gedenkkultur und Gedenkkritik“ oder schwärmt von „weltoffenen jungen Leuten“ und der Europäischen Union. Trotzdem geht es ihm hauptsächlich um sich selbst. Die historischen Relativierungen ebben nicht ab. Beispielsweise verdanke er es allein der „Gnade der späten Geburt“, nicht „in die Hände“ einer „Großkritik“ geraten und „vernichtet“ worden zu sein. „Daumen hoch, Daumen runter“, erinnert Kermani sich an Marcel Reich-Ranicki. Ja, das hat er tatsächlich gesagt, kurz nachdem er Reich-Ranickis Autobiographie bis zur Lagerrampe paraphrasiert hat.

Strategie der Eskalation

Man vergisst leicht, dass der literarische Ruhm von Kermani durch und durch ein politischer ist. Zwar zeichnet sich sein Werk durch endlose Passagen des Zweifelns und Haderns aus, doch ist sein Urteil oft abschätzig. Kolleginnen und Kollegen schlägt er vor, Bücher „mit zumindest passabler wissenschaftlicher credibility zu lesen“ oder selbst in ein „arabisches Land“ zu reisen. All das hindert ihn nicht, nach der Methode Todenhöfer zu verfahren. Fußnoten sind rar gesät, Zitate nicht belegt und Erkenntnis wird durch die eigene Überheblichkeit und den eigenen Augenschein generiert. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, verkommt das Beharren auf Toleranz zur bloßen Floskel.

Wie bescheiden unser Autor ist, lehrt er etwa in seinem Essayband „Strategie der Eskalation“. Hier versammelt er diverse Zeitungsartikel, Leserbriefe und Aufsätze, die er nach dem 11. September verfasst hat. Einleitend gesteht sich der große Denker zu, kaum je falsch gelegen zu haben. Wer sich als wiedergutgewordener Deutscher Toleranz und Weltoffenheit ans Revers heftet, steht auf der richtigen Seite: „Der Leser wird, so vermute ich, feststellen, dass es nicht besonders viele Fehler waren. Wie viele andere Beobachter hätte auch ich mir gewünscht, mit meinen Prognosen öfter falsch gelegen zu haben. Aber im Verhältnis des Westens zum Nahen Osten scheint sich die negative Dialektik zu bestätigen, dass nur recht behält, wer ausreichend pessimistisch war.“ Wenn schon ein Exposé mit Eigenlob und Anbiederungen an Adorno aufwartet, kann die folgende Argumentation kaum besser sein. Beispielsweise wirft er Günter Kunert, Elfride Jelinek und Hans-Ulrich Wehler Rassismus vor, ohne auch nur eine Aussage zu zitieren. Weil Berlusconi ein Rassist ist, seien es andere auch.

Nach der Feindbestimmung mündet der Sammelband letztlich in einen Ruf nach Frieden, der ebenso antiamerikanisch wie antiisraelisch ist. Die Kernaussage ist vulgärpsychologisch: Allein „der Westen“ sei für Terroristen und islamistische Fundamentalisten zur Rechenschaft zu ziehen. Dass die historische Forschung anderer Meinung ist, stört den Schriftsteller nicht. Vieles, was über den Antiamerikanismus der westdeutschen Linken geschrieben worden ist, findet sich bei Kermani als positive Emphase wieder. Es würde dem Schriftsteller gut tun, wissenschaftliche Erkenntnis ernst zu nehmen. Der Orientalist wird hier und in Interviews nicht müde, den islamischen Judenhass erst auf Kolonisation, Nationalsozialismus und insbesondere auf die Gründung des Staates Israel zu datieren, doch ist das Argument weder evident noch logisch nachzuvollziehen. Die Arbeiten von Jeffrey Herf, George Bensoussan und Matthias Küntzel sprechen eine andere Sprache. Es ist ein Fehlschluss, den islamischen Antisemitismus mit der Staatsgründung in Verbindung zu bringen. Die Opfer eines Ressentiments werden zu Tätern gemacht.

Reisen in eine beunruhigte Welt

Kermani ist weder Zionist noch Israelfreund. Schon 2006 ergoss er sich in der „Süddeutschen Zeitung“ – wo auch sonst – in Ratschlägen und Empfehlungen an die einzige Demokratie im Nahen Osten. Lange werde das „schlechte Gewissen“, dass der Westen wegen des Holocausts habe, nicht mehr andauern, mahnte der tolerante und aufgeklärte Literat. Um die Humanität des Westens aufrechterhalten zu können, habe Israel sein „humanes Antlitz“ zu bewahren. Ob das Land gut daran täte, sich an Kermanis leeren Phrasen zu orientieren, mag bezweifelt werden.

Deutlich wird diese Verwirrung, wenn man sich durch sein Buch „Ausnahmezustand. Reisen in eine beunruhigte Welt“ quält. Israel wird nicht selten nur in Anführungszeichen als demokratischer Rechtsstaat bezeichnet und der Siedlungsbau als einziges Friedenshindernis identifiziert. An anderer Stelle spricht der Schriftsteller vom „Freiluftgefängnis Gaza“, einem der „trostlosesten Flecken“ dieser Erde – eine Chiffre, die an die sekundärantisemitische Formel vom „Freiluftkonzentrationslager“ erinnert. Obwohl er sich sicher ist, kein Antisemit zu sein, müsse er daher aussprechen, dass „Palästinenser“ entmenschlicht werden. Sie seien Schweine, paraphrasiert er einen Soldaten, den er wohl nie gesprochen hat. Immerhin fehlt auch hier eine Fußnote.

„Großisrael“ ist nur eine der zahlreichen Formulierungen, die Kermani sprachlich an den Nationalsozialismus bindet. Medien und Politiker, die ihn zum Vorbild stilisieren, lassen sich entweder unbewusst durch rhetorische Geschicklichkeiten verwirren oder stimmen selbst den israelfeindlichen Narrativen Kermanis zu. Es mag darum kaum erstaunen, dass der Denker von „Reformern“ im Iran fabuliert, die Gefahren des Islamismus verkennt und Religionskritik als Rassismus diffamiert. Solange die Zukunft der Erinnerung den Todenhöfers dieser Welt überlassen wird, hat Deutschland Navid Kermani verdient.

Islamistische Netzwerke in Deutschland und ihre linken israelfeindlichen Unterstützer

Staat und Justiz bekämpfen halbherzig salafistische Strukturen. Linke Anwälte missbrauchen währenddessen den Rechtsstaat, um radikalen Vertretern des Islam zur Seite zu stehen.

Von Katharina Stockmann

Im Mai 2012 führte Omaima A. ein Spendenkonto zur Unterstützung von Murat K.. Der „Bruder", so wurde er dort genannt, säße im Gefängnis, weil „die Tawaghit ein Exempel" an ihm „statuieren wollen". „Tawaghit" sind die „Feinde Mohammeds". Murat K. war wegen versuchten Polizistenmordes angeklagt, musste sich wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte vor Gericht verantworten. Er wurde zu sechs Jahren verurteilt und, nachdem er diese verbüßt hatte, im Mai 2018 in die Türkei abgeschoben. In der salafistischen Szene wurde der „Bruder" für seine Tat als „Löwe" gefeiert. Murat K. hatte mit einem Messer zwei Polizeibeamtinnen in die Oberschenkel gestochen. Die Staatsanwaltschaft wertete das als Mordversuch.

Im Mai 2012 demonstrierte die rechtsextreme Partei „Pro NRW" gegen die saudi-arabische „König-Fahd-Akademie" in Bonn. Dagegen wiederum hatten Salafisten mobilisiert. Murat K. lebte damals im hessischen Sontra und konnte einen Lebenslauf vorweisen, der später immer wieder Beteiligte an Terroranschlägen beschreiben sollte: Laut „Spiegel" geriet „der Sohn türkischer Einwanderer" bereits als Teenager „auf die schiefe Bahn, brach ein, nahm Drogen, überfiel Kioske, prügelte sich in Straßenbahnen und klaute Handys".

„Ich war kein guter Mensch", zitiert ihn das Nachrichtenmagazin aus Hamburg, doch sei daran auch die Gesellschaft schuld gewesen: „Mir wurden Alkohol und Zigaretten gegeben. Die Sachen wurden mir so hingestellt."

Dem Magazin zufolge änderte sich das, nachdem er den Salafisten-Prediger Pierre Vogel kennenlernte und in der Religion, der „wahren Religion", Halt fand. „Mit großer Begeisterung lauschte K. den Vorträgen des charismatischen Salafisten-Predigers und Ex-Berufsboxers Pierre Vogel und versuchte, sich an der berüchtigten Islamschule in Braunschweig fortzubilden", so der „Spiegel".

Im Mai 2012 führten Murat K. seine frommen Wege nach Bonn, wo die „Ungläubigen" nicht nur gegen die saudische Akademie protestierten, sondern dabei auch noch Mohammed-Karikaturen zeigten. Damit hatten die Polizeibeamtinnen, die Opfer seines Messerangriffs wurden, zwar nichts zu tun, aber, so argumentierte er dem „Spiegel" zufolge vor Gericht:

Der Staat habe es erlaubt, dass die Mohammed-Karikaturen gezeigt würden und deshalb sei es die Pflicht jedes rechtgläubigen Muslims gewesen, dessen Repräsentanten anzugreifen. Die Polizistinnen hätten ihren Dienst „ja verweigern können", rechtfertigte K. auf krude Weise seinen Angriff.

„König-Fahd-Akademie" in Bonn als Zentrum der Bewegung

Die inzwischen geschlossene „König-Fahd-Akademie" in Bonn war sozusagen der Außenposten des sunnitischen Königshauses von Saudi-Arabien. Eingeweiht wurde das knapp 30 Millionen DM teure Objekt am 15. September 1995; offiziell als Schule für Kinder aus saudischen Familien, die vorübergehend in Deutschland lebten. Entsprechend war der Lehrplan unabhängig von staatlicher Kontrolle. Das war jedoch nur ein Teil der Wahrheit, der Akademie war eine Moschee angeschlossen und sie wurde nicht nur von vorübergehend hier lebenden Kindern besucht.

Bereits Anfang dieses Jahrtausends deckte u.a. das Politmagazin „Panorama" enge Verbindungen zu fundamental-islamischen Kreisen in Deutschland auf.

Bei Islam-Konvertit Pierre Vogel laufen viele Fäden der Szene zusammen.

Nebulöse Umbenennungen

So war Ibrahim El-Zayat offiziell beim Bonner Amtsgericht als Begünstigter im Falle einer Vereinsauflösung eingetragen. El-Zayat galt in den 1990er Jahren als Vertreter der „World Assembly of Muslim Youth" (WAMY) und bekleidete eine hohe Funktion im „Islamischen Konzil Deutschland", das indes seit 2003 nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten ist.

El-Zayat war von 2002 bis 2010 Vorsitzender der „Islamischen Gemeinschaft Deutschland" (IGD), die sich 2018 in „Deutsche Muslimische Gemeinschaft" (DMG) umbenannte und zu den Gründungsmitgliedern des „Zentralrats der Muslime in Deutschland e. V." gehörte. Aktuell ruht die Mitgliedschaft, nachdem die IGD, jetzt DIG, von Sicherheitsbehörden als dem weltweiten Netzwerk der Muslimbruderschaft zugehörig bezeichnet wurde.

Über die Akademie in Bonn wurden Stipendien für Koranstudien in Mekka und in Pakistan vergeben. Beim Casting der Studenten war u.a. Naadem Elyas, der ehemalige Vorsitzende des „Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V." (ZMD), behilflich. Außerdem vermittelte Ahmad von Denffer vom „Islamischen Zentrum München" (IZM) Stipendien für Koranschulen in Islamabad.

Einige der Stipendiaten, die von der „König-Fahd-Akademie" an Koranschulen in Saudi-Arabien oder Pakistan vermittelt wurden, wurden später mit terroristischen Anschlägen in Verbindung gebracht.

Viele Gotteskrieger kommen aus dem kleinkriminellen Milieu

Auch Pierre Vogel ging 2004 mit einem Stipendium für drei Semester an das „Arabische Institut für Ausländer" an der Umm-Al-Qura-Universität in Mekka.

Zusammen mit dem gebürtigen „Palästinenser" Ibrahim Abou-Nagie versuchte Pierre Vogel gezielt, Kinder und Jugendliche zum salafistischen Islam zu bekehren. Ibrahim Abou-Nagie startete das deutschsprachige Internetportal „Die Wahre Religion". Daraus entstand der Verein „Die Wahre Religion" (DWR), bzw. die „Stiftung Lies", die durch Koranverteilungen in deutschen Innenstädten von sich reden machte. DWR wurde 2016 verboten, obwohl der Berliner Menschenrechtsanwalt Eberhard Schultz versuchte, das zu verhindern.

Dieser ist auch Autor des im Hamburger VSA-Verlag erschienen Buches mit dem Titel: „Feindbild Islam und institutioneller Rassismus. Menschenrechtsarbeit in Zeiten von Migration und Anti-Terrorismus". Als 2017 dem Al-Quds-Marsch in Berlin das Verbot drohte, war es Schultz, der den makabren Aufzug vor Gericht durchboxte.

Ende 2019 trat er als Redner auf bei der „13. Konferenz der Palästinenser in Europa", redete sehr lang, offenbar so lange, dass es selbst den Veranstaltern zu viel wurde, die B.Z. schreibt: „Er redete lange und wurde von der Bühne geführt." Laut B.Z. rühmte er sich in seiner Rede damit, erreicht zu haben, „dass ein Palästinenser, der einen Davidstern mit einem Hakenkreuz verbunden habe, freigesprochen wurde, da dies durch die Meinungsfreiheit gedeckt sei. Er sagte, solange noch ein Palästinenser unterdrückt würde, könne kein Deutscher frei leben."

Pierre Vogel hatte auch Kontakt zu Denis Cuspert alias Deso Dogg: In einem in der Neuköllner „Al-Nur-Moschee" aufgenommenen Video sprach der Rapper der Konrad-Adenauer-Stiftung zufolge mit Pierre Vogel und erklärte seinen Ausstieg aus dem Rap-Geschäft. Auch Cuspert hatte eine „Karriere" als Kleinkrimineller und Gewalttäter hinter sich und fand eigenen Angaben zufolge schließlich Halt im Glauben.

Gemeinsam mit Mohamed Mahmoud aus Österreich gründete er die „Millatu Ibrahim Moschee" in Solingen. Auch „Millatu Ibrahim" tingelte durch die Städte und versuchte junge Menschen zum Islam zu bekehren. Ende Mai 2012 wurde die Organisation verboten, Cuspert setzte sich zunächst nach Ägypten, später ins IS-Kalifat ab, wo er zu einer „der Hauptpersonen des Al Hayat Media Centers, der Medienorganisation der Terrormiliz Islamischer Staat" aufstieg.

Später heiratete er Omaima A., nachdem deren Ehemann Nadir Hadra in Kobanê gefallen war. Nadir Hadra war auch in Sachen „Lies" aktiv und Omaima A. hatte ebenfalls enge Kontakte zu Deso Doggs engem Weggefährten Mohamed Mahmoud. Das belegt das Bildmaterial in dem von Jenan Moussa gefundenen Handy.

Denis Cupsert war einer der Wortführer bei der Demonstration im Mai 2012 vor der „König-Fahd-Akademie" in Bonn. So schließt sich der Kreis und wir sind wieder bei seiner Witwe Omaima A. angelangt, der vermutlich ab Mai vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht (OLG) der Prozess gemacht werden wird.

Mein neuer somalischer Nachbar – oder Warten auf den Herzinfarkt in München

Wie das anfängliche Mitleid einer jüdischen Altruistin mit einem moslemischen Asylbewerber in pure Angst vor dessen Gewalttätigkeit kippte. Ein Bericht über medial unbeachteten islamischen Terror in der bayerischen Landeshauptstadt.

Von Yehudit Toledo de Gruber

WIKIPEDIAS

Dieter Reiter ist seit 2014 Oberbürgermeister von München.

Mitte März dieses Jahrs fanden auch im schönen Bayern wichtige Kommunalwahlen statt. Man kämpfte vor allem um den Oberbürgermeister-Job. Aus diesem Grund erhielt ich ganz persönliche Briefe mit der Bitte um meine Wählerstimme. Interessant ist, wann und weshalb sich selbst wichtignehmende Politiker unserer Namen und Anschriften erinnern. Also machte ich mir die Mühe und antwortete der mir bisher vollkommen unbekannt gebliebenen CSU-OB-Kandidatin Kristina Frank und erläuterte ihr detailreich, weshalb sie meine Stimme nicht bekommen wird. Wider Erwarten reagierte sie beleidigt und teilte erstaunt in einem längeren Brief mit, dass sie meinen Brief so gar nicht verstünde …

Sie ist auch nicht die Einzige oder die Erste, welche ich aus vielerlei Gründen und recht herzlich in unser vollkommen „zugewandertes“ Viertel hier in München-Laim eingeladen hatte. Und schon gar nicht ließen sich hier die bisher zuständigen Wohnungs-Immobilien-Verantwortlichen der großen GEWOFAG GmbH blicken, deren oberster Dienstherr Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter ist.

Und im Übrigen habe ich auch noch immer die mahnenden Worte unseres Ex-Ministerpräsidenten, Dr. Edmund Stoiber, im Gedächtnis, der in einer „Hart aber Fair-Sendung“ mutig sagte, die Praxis der bisherigen Zuwanderung müsse endlich aufhören, denn es seien die einfachen Bürger „und nicht wir Politiker“, die schließlich Tür an Tür mit all den krisenbelastenden Zuwanderern leben und die Konsequenzen aushalten müssten. Mir hatte diese öffentliche Stellungnahme sehr imponiert. So sehr, dass ich Herrn Dr. Stoiber einen Brief sandte, der sogar beantwortet wurde.

Denn ansonsten gerieren sich leider heutzutage noch immer viele Spitzenpolitiker und Kirchenvertreter als Retter sämtlicher Krisenstaaten, verdrängen verantwortungslos alle schon reichlich vorhandenen und überfüllten europäischen Asylbewerber-Lager und muten stattdessen ungefragt uns Bürgern, überforderten Ämtern und Behörden, der Polizei, unseren Sozialkassen, Schulen und Kitas immer noch „offenere“ Grenzen – und damit noch mehr bedauernswerte Zuwanderer – zu. Würde der besonders hervorpreschende Herr Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, mal bei sich zu Hause eine größere afrikanische Familie aufnehmen, einkleiden, ernähren und bildungsmäßig betreuen, ja dann stünde er nicht nur mit salbungsvollen Worten, sondern auch mit Taten vorbildgebend in der ersten Reihe. Oder unser Bundespräsident, Herr Frank-Walter Steinmeier, der gepflegt und „betroffen“ zu jeder Krise durch unser Land reist und die immer jeweils passende Rede hält. Hat jemand schon vernommen, dass in den großen Regierungssitzen und Villen syrische oder afrikanische Flüchtlinge aufgenommen wurden? Sicherheit und genügende Räumlichkeiten wären gegeben. Und unser aller Dankbarkeit auf jeden Fall!

So aber werden die Zugewanderten in schon längst überfüllte Wohnviertel geparkt, in „Mini-Wohnungen“, oder Notquartieren, die zumindest die darin lebenden Kinder traumatisieren und uns Mit-Mietern Pflichten, Sorgen und Aufgaben „delegieren“, denen wir nicht mehr gewachsen sind.

Mitleid mit dem Nachbarn

Seit meinem ersten JR-„Somali-Bericht“ aus unserem Mietshaus, sind nun fast auf den Tag genau zwei Jahre vergangen (JR April 2018 „Paris ist überall: Wie mein somalischer Nachbar zur Bedrohung wurde“). Der hilflose scheinende, junge, somalische Afrikaner, der eines Schabbat-Morgens an meiner Tür klopfte, mich am Arm und aus der Wohnung zog hinauf in seine vollkommen leere Dachkammer-Wohnung, erregte mein Mitleid und wurde deshalb von mir unterstützt. Diese einstigen Bodenkammern wurden hier in unserer Straße vor ca. 20 Jahren im Rahmen einer Viertel-Verdichtung notdürftig, leider auch ohne jegliche Isolierungen oder Trittschalldämmungen, aber ruckzuck ausgebaut zu 1-Raum-Wohungen für sozial schwache Menschen. Trotz der schrägen Wände und geringen Quadratmeterzahl aber in der ersten Not für eine einzelne Person vielleicht eine machbare, erste Zwischen-Lösung.

Diesem Somali besorgte ich in den folgenden Monaten und mittels zeitaufwändiger Sammelaktionen sowie nachbarschaftlicher Überzeugungsarbeiten einige Möbel, meine neue Kaffeemaschine, Handwerker-Dienstleistungen, borgte ihm ab und zu einige meiner Renten-Euros, fuhr mit ihm zu seinem zuständigen Sozialamt und legte für ihn und seine zahllosen Papiere, Mahnbriefe und Dokumente einen Ordner an. Im Sozialamt präsentierte ich mich persönlich, zeigte die unterschriebene „Somali-Vollmacht“ und lernte zügig, welche zahlreichen, staatlichen Hilfen unser vorbildlicher Staat für die Zuwanderer bereit ist auszugeben. In diesem Zusammenhang ist es für mich auch nichts Besonderes mehr, dass später allen kriminell gewordenen Zuwanderern äußerst erfolgreiche Rechtsanwälte und Verteidiger wie selbstverständlich kostenlos zu Verfügung stehen. Als jedoch ich mich im vorigen Jahr verzweifelt und hilfesuchend an unsere bayrische Rechtsabteilung wandte mit der Bitte um Unterstützung, wurde ich zwar „vollkommen verstanden und sehr bedauert“, aber dennoch abgewiesen, weil weder obdachlos, asozial noch zugewandert.

> „Ich lernte zügig, welche zahlreichen, staatlichen Hilfen unser vorbildlicher Staat für die Zuwanderer bereit ist auszugeben. Es ist für mich auch nichts Besonderes mehr, dass später allen kriminell gewordenen Zuwanderern äußerst erfolgreiche Rechtsanwälte und Verteidiger wie selbstverständlich kostenlos zur Verfügung stehen.“

Der Drogenhändler macht in den Garten und will einbrechen

Der anfänglich schüchtern auftretende Somali wurde indes immer zudringlicher. Ich und übrigens auch die Mitbewohner unseres Viertels, stellten leider fest, dass er trank und vollkommen sorglos mit „Stoff“ dealte. Wer Interesse zeigte, konnte sich diesen – so seine Angebote – von ihm besorgen lassen. Als ich unsere Polizei darüber informierte und mich auch erkundigte, ob dies allein nicht schon ein Straftat-Bestand sei, wurde ich darüber aufgeklärt, dass Drogenbesitz nicht strafbar wäre, aber der Handel damit schon – falls man diesen auch glaubhaft nachweisen könne. Wahlweise lag dann unser neuer afrikanischer Zuwanderer entweder betrunken im Treppenhaus oder quer in den Gartenanlagen, wo er sich aus Bequem-

lichkeitsgründen gern auch „erleichterte“.

Während eines mitternächtlichen gewaltsamen Versuches dieses Somalis, meine Wohnungstür einzutreten und bei mir einzudringen, kam mir unsere Laimer Polizei sofort zu Hilfe. Das hatte ich an dieser Stelle schon berichtet. Sie brachten den Somali in seine Dachkammer-Wohnung und versuchten anschließend, mich in meiner Wohnung zu beruhigen. Wie sich denken lässt, ist ihnen das nicht gelungen, denn von nun an lebte ich in ständiger Angst. Der von mir unverzüglich informierte GEWOFAG-Verwalter nahm das Ganze kein bisschen ernst oder gar zum Anlass, diesen allgemeingefährlichen Afrikaner anderswo unterzubringen um mich langjährige Mieterin zu schützen.

Stattdessen inszenierte man wegen „Unstimmigkeiten im Haus“(!) ein Beratungsgespräch, für welches eine türkische Soziale-Mieterberatungs-Dame für zuständig erklärt wurde.

Viel kam dabei nicht heraus. Das Desaster wurde immer schlimmer.

Denn der Somali hatte in einer Flüchtlingsunterkunft nahe Mannheim eine verschleierte Landsmännin kennengelernt, geschwängert und sie einfach mitgenommen in seine kleine Dachkammer-Wohnung. Mit ihr kamen das neugeborene Baby und ihre auch noch vorhandene, damals 6-jährige Tochter aus einer anderen Beziehung nun ebenfalls in die ausgebaute Dachkammer.

Nun also leben über mir nicht nur eine ständige betrunkene, zugekiffte und aggressive Person, sondern zusätzlich noch Partnerin + 2 Kinder. Streit, Lärm, Tumulte und ständige Polizei-anwesenheiten sind jetzt gang und gäbe. Der städtische Vermieter stellt sich hilf- und ahnungslos und erklärte, wenn ein Mieter in seine Mini-Wohnung eigenständig noch andere Personen dazu holt, könne man nichts machen. Ich müsse das tolerieren und Kinderlärm – so längst gesetzlich verankert – sei kein Lärm.

Mittels dringlicher Schreiben und der Mithilfe jener Sozial-Mieterberatungs-Dame informierte ich die Kinder- und Jugendbetreuungsämter und schilderte ihnen 2018 und 2019 die bedrohliche, unwürdige und meines Erachtens auch kinderschädliche Situation in dieser engen Dachkammer-Wohnung.

Schreiende verschleierte Frau

Mittlerweile ist das kleine Mädchen 8 Jahre alt und wurde vor der Corona-Pandemie täglich in eine Fördereinrichtung gebracht. Der damals neugeborene Sohn ist nun 3 Jahre alt. Für ihn diskutierte ich um einen Kita-Platz ab dem Herbst. Was aus der Zusage tatsächlich aus Gründen der aktuellen Krise wird, kann man natürlich nicht voraussehen, sie betrifft ja viele andere Kinder ebenfalls.

Die Somali-Kinder über mir wachsen auf inmitten von Lärm, Chaos, Zigarettenqualm, Streit und Trunkenheit. Im Übrigen höre ich auch niemals ein einziges deutsches Wort. Die vollkommen überforderte, sehr viel ältere, somalische, verschleierte Kinds-Mutter ist sehr offensichtlich selber hilfsbedürftig und mit ihrer Lebenssituation total am Ende. Bis in unsere Gärtchenanlage hört man sie schreien, ob nun in ihr am Ohr dauerfestgetackertes Handy, zu ihren Kindern oder zu ihrem somalischen Partner, kann sich mir natürlich nicht erschließen.

Klingelt es an meiner Wohnungstür, lege ich die Sicherungskette vor und öffne nur einen Spalt. Muss ich in den Keller, habe ich große Angst. Denn mehrfach begegnete mir im Haus dieser fast immer betrunkene oder ganz eindeutig zugedröhnte Somali, dem ich dann im Treppenhaus ja nirgendwo ausweichen kann. Er nutzte das aus und bedrängte mich mit zudringlichen Fragen. Wenn ich darüber und anderen Unmöglichkeiten die Polizei informierte, hörte ich lediglich, da könne man nichts tun, es gäbe keine Handhabe, das sei (noch) keine Straftat.

Ferdinand Ostrop , AFP

Welchen Beitrag leistet EKD-Chef Bedford-Strohm zur Bewältigung der Zuwanderung?

Vor wenigen Monaten stand der schwankende Somali mittags vor meiner Wohnungstür. In der Annahme, es sei der Paketdienst, hatte ich leider geöffnet. Sofort drängte er in den Eingang, was ich noch abwehren konnte und sagte: „Die Frau muss weg, ich will meine Ruhe und mache dir jetzt ganz viel Stress, damit auch du keine Ruhe mehr hast und dich immerzu beschwerst, so gibt es dann vielleicht eine andere Wohnung...“.

Der Somali zeigt mich an – die Polizei ist zur Stelle

Am gleichen Tag, am späten Abend, ich lag schon im Bett, klopfte jemand sehr laut an meiner Wohnungstür. Natürlich rührte ich mich nicht, doch hatte ich Angst und überlegte, wer mich in so später Stunde noch sprechen wollte. Dann wurde das Klopfen heftig und ich hörte „Polizei, machen sie auf“. Sprachlos sprang ich aus dem Bett, warf mir meinen Morgenmantel über und öffnete die Tür. Ein 4-Personen-Kommando erklärte mir, ich sei soeben von meinem somalischen Mitmieter angezeigt worden, weil ich ihn angegriffen hätte. Mir fiel vor Staunen überhaupt nichts ein, bat jedoch die Polizisten in meine Wohnung und klärte sie auf. Wie und warum sollte ich ältere Dame einen Somali angegriffen haben, wo ich doch schon schlafend im Bett lag? Zum Glück schenkte man meinen Ausführungen Glauben und ging stattdessen zu der Familie nach oben und knöpfte sich den Somali vor. Viele Konsequenzen folgten leider nicht, die Polizisten gehen weg, kommen an Folgetagen aus anderen Gründen wieder. Sie ermahnen, verwarnen – und versuchen es ständig, mich zu beruhigen. Und es ist generell das Hauptanliegen unserer Behörden, ich solle noch toleranter und geduldiger sein, vielleicht könnte ich mir ja auch einen Kopfhörer aufsetzen – so sei halt die Situation, man könne nichts machen.

Unsere Spitzenpolitiker holen die Zuwanderer und belasten damit die längst überforderten städtischen Kommunen. Diese wiederum nehmen Ämter und Behörden in die Pflicht und vor allem die Kinder- und Jugendschutzämter. Deren schwere Versagen füllen mittlerweile viele Zeitungsberichte. Am Ende dieser Kette bleiben wir hilf- und machtlosen Bürger. Die mitleidig und aufopferungsvoll z.B. frühmorgens in den Schulen für Pausenbrote, Obst und gute Worte sorgen, und viele andere ehrenamtliche Pflichten übernehmen.

Psychoterror: Alleingelassen von Politik und Polizei

Die zusammengedrängt über mir wohnenden Somalis kommen mit unserem Land, unseren diversen Regeln, der deutschen Sprache, mit unseren Feier- und Ruhetagen, ja mit uns engsten Mietnachbarn im Haus nicht klar. Streit und Handgreiflichkeiten, Alkohol und Drogen regeln offenbar deren Alltag. Als unmittelbar Betroffene habe ich keine ruhigen Minuten mehr und bin mit den Nerven am Ende. Ich verwechsele meine Herzmedikamente, lasse, weil es über mir rumst oder poltert, vor Schreck den Teller fallen, und kann ohne Schlafmittel nicht mehr einschlafen. Meine sehr nette, mich behandelnde Hausärztin scheut sich leider, mir schriftlich zu bestätigen, dass ich aus Gründen der rücksichtslosen Somali-Mieter über mir nun besonders viele Schlafmittel benötige. Sie hat Angst, als rassistisch oder ausländerfeindlich gewertet zu werden.

Neuerdings klingelte mich der Somali auch öfter nächtlich aus dem Bett, weil er keinen Haustürschlüssel mehr hätte. Und das, obwohl ich ihm schon vorher meinen eigenen Ersatz-Haustürschlüssel geschenkt hatte.

Zeitgleich erwarten Polizei und der städtische Vermieter, dass ich unablässig Lärm-Protokolle führe, sie kostenpflichtig kopieren und ihnen portopflichtig zusenden soll.

Neulich nun stürmte wieder ein größeres Einsatzkommando an meiner Wohnungstür im 2. Stock vorbei zu den Somalis. Ich schaute später aus dem Fenster und sah, wie der schwankende Dauerstörer in ein wartendes Polizeiauto gesetzt und – wie ich hinterher erfuhr – direkt in eine Außenstation der Nervenheilanstalt Haar eingeliefert wurde. Der Grund sei ein polizei-relevantes Delikt gewesen... Und ob man es glaubt oder nicht, von dort sandte mir dieser schon Jahre hier lebende Zuwanderer vor wenigen Tagen einen Brief. Er sei schon wieder ohne Haustürschlüssel und ich solle ihm bitte helfen....

Bis aus unserem Jerusalem kommen die Nachfragen, weil man sogar dort informiert und besorgt ist über die Zustände in unserem Haus, die unsere Behörden hier – quasi um die Ecke – nicht kennen oder wahrhaben wollen, wohl nach dem Kinder-Motto: was ich nicht sehe, passiert auch nicht.

Nach meinem aktuellen, letzten und dringlichen Brief an den zuständigen GEWOFAG- Immobilienverwalter erhielt ich zur Antwort,

- dass er mir zuallererst sagen möchte, dass ich ihm recht leid tue, sich aber gewisse Dinge, vor allem jetzt, nicht ändern ließen,
- dass er mich bitte, trotzdem nachsichtig und tolerant zu bleiben,
- dass ich ihm bei weiteren „Lärmbelästigungen“ gern wieder schreiben dürfe,
- und er dann erneut Maßnahmen in die Wege leiten werde,
- dass diese jedoch nur in eingeschränkter Form möglich seien, und
- dass die Tatsache, dass sich dieser Somali-Mieter noch Frau und Kinder dazu geholt habe, mietrechtlich nicht geahndet werden könne, und
- dass hier ganz klar das Jugendamt zuständig sei ...

Dies alles nennt sich gelebte Integration, wobei: Zum ruhig leben bleibt mir hier wenig Möglichkeit, sondern offenbar nur noch das Warten auf den Herzinfarkt.

Islamistische Netzwerke in der deutschen Bundeswehr

Ein Deutsch-Afghane wurde für schuldig befunden, Militärgeheimnisse an den iranischen Geheimdienst MOIS weitergegeben zu haben.

In der US-Armee gab es einen besonders schweren Fall islamistischer Infiltration: Der in den USA als Sohn „palästinensischer" Eltern geborene Nidal Malik Hasan erschoss am 5. November 2009 auf dem Militärstützpunkt Fort Hood 13 Menschen.

Von Birgit Gärtner (Mena Watch)

Gegen den Deutsch-Afghanen Abdul S. wurde wegen Landesverrats eine Haftstrafe von sechs Jahren und zehn Monaten verhängt, gegen seine Ehefrau Asiea S. wegen Beihilfe zum Landesverrat zehn Monate auf Bewährung. Der Fall belegt, dass islamistische Umtriebe oder Undercover-Einsätze für islamische Staaten in der Bundeswehr ein ernstzunehmendes Problem darstellen. Trotz des Urteils gibt es jedoch berechtigte Zweifel, was die Definition „extremistisch" in Hinsicht auf muslimische Angehörige der oder Beschäftigte bei der Armee angeht.

Laut „Tagesspiegel" sahen es

„die Richter als erwiesen an, dass Abdul S. *als Zivilangestellter der Bundeswehr militärische Staatsgeheimnisse an den iranischen Geheimdienst MOIS (Ministerium für Nachrichtenwesen; Anm. d. Verf.) weitergab.*

Abdul S. traf sich von Januar 2013 bis Februar 2017 in europäischen Städten mit Verbindungsleuten des MOIS und übergab Lagepläne der Bundeswehr sowie Analysen des Bundesverteidigungsministeriums zu bestimmten Regionen. Um welche es sich handelte, sagte das Gericht nicht. Da der MOIS sich für Abdul S. interessierte, dürfte es in den Lageplänen und Analysen um den Iran und sein regionales Umfeld gegangen sein, von Saudi-Arabien bis Afghanistan.

Der Fall sei ein Beispiel dafür, dass der MOIS ‚klassische geopolitische Spionage betreibt und nicht nur die Unterdrückung von Oppositionellen', sagten Sicherheitskreise am Dienstag dem Tagesspiegel. Das passe zu den Bestrebungen des Iran, in der Golfregion eine Vormachtstellung zu erringen.

Der Deutschafghane war in der Heinrich-Hertz-Kaserne im Eifel-Ort Daun als Übersetzer und ‚landeskundlicher Berater' tätig. In Daun ist das Bataillon ‚Elektronische Kampfführung 931' stationiert. Es betreibt Fernmeldeaufklärung mit Blick auf Krisenregionen und auch auf Gefahren für die in Afghanistan tätigen Soldaten der Bundeswehr.

Abdul S. speicherte heimlich Informationen auf Datenträgern. Er gab sie bei mindestens acht Treffen mit Agenten des MOIS weiter. Die Iraner entlohnten den Spion mit insgesamt 34.500 Euro. Abdul S. sagte im Prozess, er habe die Treffen von sich aus beendet. Warum er für den Iran spionierte, habe die Beweisaufnahme nicht klären können, sagte das Oberlandesgericht."

Der Ehefrau wird vorgeworfen, den Übersetzer bei seinen Aktivitäten unterstützt, z. B. seine Flüge für Treffen mit Verbindungsleuten des MOIS gebucht zu haben. Das weist darauf hin, dass Frauen im fundamental-islamischen Milieu eine wichtige, eine aktive Rolle spielen.

Der Anteil der Islamisten unter den Extremisten ist überproportional hoch

Laut Angaben des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) wurden 2019 14 Extremisten in der Bundeswehr enttarnt: 8 Rechtsextreme, 4 Islamisten und 2 Reichsbürger. 49 Personen wurden wegen „extremistischer Verfehlungen" entlassen, berichtete die „Zeit".

Ob der im Januar 2019 verhaftete Abdul S. zu den vier enttarnten Islamisten zählt, ist nicht bekannt. In jedem Fall aber spionierte er im Auftrag eines islamischen Staates. 2018 waren von 7 enttarnten Extremisten 4 Rechtsextreme und 3 Islamisten. Das klingt harmlos. Allerdings schlagen Behörden und Politik angesichts enttarnter Rechtsextremisten bei der Bundeswehr oder der Polizei Alarm. Zu Recht, denn die Landesverteidigung oder hoheitliche Aufgaben dürfen nicht Personen überlassen werden, von denen nicht klar ist, gegen wen sie sich letztlich in Ausübung ihrer Funktion wenden würden, wem sie Zugang z. B. zu Kasernen und Waffenlagern verschaffen, oder welche Dienstgeheimnisse sie verraten und an wen.

> „Gemessen an ihrem Anteil der Bevölkerung sind Islamisten also überproportional häufig als Gefährder eingestuft."

So verständlich die Sorge angesichts von Rechtsextremisten bei der Bundeswehr auch ist, so unverständlich ist die Verschwiegenheit in Hinsicht auf verdächtige oder enttarnte Islamisten. 2019 waren das knapp ein Drittel, 2018 sogar knapp die Hälfte. Gemessen an ihrem Anteil der Bevölkerung sind Islamisten also überproportional häufig als Gefährder eingestuft.

Laut Nariman Hammouti-Reinke, ihres Zeichens Vorsitzende der Organisation „Deutscher Soldat e.V." sind etwa 1.500 bis 1.600 Angehörige der Bundeswehr muslimischen Glaubens. Das schreibt sie in ihrem Buch „Ich diene Deutschland: Ein Plädoyer für die Bundeswehr – und warum sie sich ändern muss". Diese sind selbstverständlich nicht alle des Fundamentalismus, der Spionage oder gar des Terrorismus verdächtig. Doch letztlich bedeuten die vom MAD veröffentlichen absoluten Zahlen zu den Extremisten, dass im Verhältnis genommen der Islamismus ein größeres gesellschaftliches Problem in Deutschland ist als der Rechtsextremismus.

Erhebungen zeigen, dass viele junge Menschen mit Wurzeln in islamischen Staaten sich stark zum Glauben hingezogen fühlen und mitunter islamische Werte noch stärker betonen als ihre Eltern. Bekannt ist außerdem die rege Auslandsarbeit der Türkei durch Organisationen

wie DITIB (in Österreich ATIB) oder Milli Görüş, die den „Auslandstürken“ einimpfen, im Grunde Interessensvertreter der Türkei zu sein statt Bundesbürger. Ein Problem, das in der öffentlichen Wahrnehmung quasi nicht existiert, geschweige denn diskutiert wird.

Laut „Zeit“ bedient sich der MAD

„bei der Verortung der Fälle einer Art Farbenlehre: Gelb kennzeichnet Verdachtsfälle. Grün sind Fälle, bei denen ein Verdacht ausgeräumt wurde. Orange bedeutet, dass mindestens fehlende Verfassungstreue festgestellt wurde – im vergangenen Jahr gab es davon 38 Fälle. Rot sind die erkannten Extremisten.

Extremismus wird festgestellt, wenn aktive Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung – teils auch mit Gewalt – nachgewiesen werden. Paragraf 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes nennt dazu ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen, die sich gegen demokratische Freiheiten und Rechte, die Unabhängigkeit der Justiz oder gegen die im Grundgesetz formulierten Menschenrechte richten.“

Was ist die Definition von „extremistisch“?

In Hinsicht auf die bereits erwähnte Nariman Hammouti-Reinke, ihre Kameraden Dr. Dominik Wullers und Robert Kontny und der von ihnen vertretenen Organisation „Deutscher.Soldat e.V.“ kommen allerdings Zweifel auf, wie zielführend diese Farbenlehre ist bzw. stellt sich die Frage, welche Definition von „extremistisch“ ihr in Bezug auf muslimische Armeeangehörige zugrunde liegt.

Die Organisation „Deutscher.Soldat e.V.“ wird als Teil des Netzwerks der „Neuen Deutschen Organisationen“ (NDO) geführt und nahm an deren Bundeskongress 2018 teil. Auf der Teilnehmerliste steht außerdem u. a. die „Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD). Diese ist Mitglied im Dachverband „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO), der – nicht nur – im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 2016 als ideologisch der Muslimbruderschaft nahestehend eingestuft wird. Die MJD gehörte 1996 zu den Gründungsmitgliedern von FEMYSO.

Die Idee der Gründung geht auf Ibrahim el-Zayat zurück, den ehemaligen Vorsitzenden der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD), die sich kürzlich in „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG) umbenannte und in Verfassungsschutzberichten verschiedener Bundesländer ideologisch der Muslimbruderschaft zugeordnet wird.

Die IGD/DMG gehörte zu den Gründungsorganisationen des „Zentralrats der Muslime in Deutschland e.V.“ (ZMD) und gilt als der dort dominierende Mitgliedsverein. Seit vergangenem Jahr ruht diese Mitgliedschaft – vermutlich, weil die vermutete ideologische Nähe zur Muslimbruderschaft inzwischen kein Geheimnis mehr ist und der ZMD sich nicht in Verruf bringen will.

Ibrahim el-Zayat war nicht nur von der 1996 erfolgten Gründung bis 2002 Vorsitzender von FEMYSO, sondern übte auch Funktionen in diversen weiteren Organisationen aus. So war er Mitglied im Vorstand der „Federation of Islamic Organisations in Europe“ (FIOE), Gründer des „Europäischen Rates für Fatwa und Forschung“ (ECFR), Mitglied im Vorstand der muslimischen Hilfsorganisation „Islamic Relief Deutschland“ (IRD) in Köln und Berlin sowie „Trustee“ (Treuhänder) der „Islamic Relief Worldwide“ (IR) in Birmingham (GB). Auch IR wurde von einem bekennenden Muslimbruder gegründet, „IRD“ versucht indes den Eindruck zu vermitteln, unabhängig von der Organisation in Birmingham zu sein. Laut Angaben von IRD übt Ibrahim El-Zayat inzwischen keinerlei Amt mehr aus, weder in der britischen noch in der deutschen Organisation.

> Selbstverständlich sind nicht alle Mitgliedsorganisationen dem Spektrum des fundamentalen Islam zuzurechnen, aber sie alle akzeptieren diese in ihrer Mitte.

Ebenfalls Mitglied bei FEMYSO ist die Jugendorganisation der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş“ (IGMG). Als Teil des Netzwerks der NDO sowie auf der Teilnehmerliste des Bundeskongresses 2018 werden verschiedene Verbände geführt, die sich im Umfeld der IGMG und anderer Organisationen bewegen, die eine mit der Muslimbruderschaft weitestgehend deckungsgleiche Ideologie vertreten. Dazu gehören u. a. JUMA, Inssan oder auch die Comedians „Datteltäter“. Sie alle eint das Ziel, das Berliner Neutralitätsgesetz zu kippen und das Recht auf Verschleierung in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft durchzusetzen, was von der Politik offenbar nicht als problematisch eingestuft wird. Im Gegenteil: Warnungen von Behörden wie z. B. dem Bundeskriminalamt oder dem Verfassungsschutz werden in den Wind geschlagen und sowohl einzelne Organisationen als auch Zusammenschlüsse wie NDO mit Bundesmitteln gefördert. Dafür wurden sogar eigens eigene finanziell gut ausgestattete Programme aufgelegt.

Netzwerk der Muslimbruderschaft

Selbstverständlich sind nicht alle Mitgliedsorganisationen der NDO dem Spektrum des fundamentalen Islam zuzurechnen, aber sie alle akzeptieren diese in ihrer Mitte – mitsamt ihrem Kampf gegen eine der Grundfeste unserer Gesellschaft, nämlich die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Organisationen, die eine Ideologie vertreten, die stark an das Normen- und Wertesystem der Muslimbruderschaft erinnert, gehen häufig juristisch gegen jene vor, die sie als Teil des weltweiten Netzwerks dieser Bruderschaft bezeichnen. Gerichte folgen ihrer Argumentation in den meisten Fällen, denn es gibt keine offizielle Mitgliedschaft, und das Netzwerk ist so verschachtelt – ständig werden neue Verbände und Organisationen gegründet –, dass sich die Linien bis zur Muslimbruderschaft nicht nachvollziehen bzw. beweisen lassen.

So schaffen sie es oft allzu mühelos, sich in zivilgesellschaftliche Netzwerke einzubringen, unter dem Stichwort „Toleranz“ ihre antimodernen Vorstellungen in den Diskurs einzuspeisen, diesen mittlerweile weitestgehend zu bestimmen – und dafür auch noch Steuergelder abzugreifen. Und am Ende erscheint es dann auch nicht als Problem, wenn eine Soldaten-Organisation, die ganz offiziell als Interessensverband in der Bundeswehr auftritt, Teil solcher Netzwerke ist.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(030) 23 32 88 60** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ✘ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Trotz antisemitischer Umtriebe: Hamburg hält an dem 2012 geschlossenen Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden fest

Der Senat ignoriert insbesondere die israel- und demokratiefeindlichen Aktivitäten des iranischen IZH.

Von Dr. Christian Osthold

Olaf Scholz (SPD) war von 2011-2018 Bürgermeister von Hamburg.

Als erstes Bundesland hat Hamburg 2012 einen Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden geschlossen. Was die Stadt und ihre islamischen Partner als „historischen Tag in der Geschichte Deutschlands“ feierten, hat sich als Multiplikator antisemitischer Umtriebe entpuppt. Trotzdem weigert sich die Bürgerschaft bis heute, politische Konsequenzen zu ziehen.

Es war der 13. November 2012, als Olaf Scholz im Rathaus vor die Presse trat, um die soeben besiegelte Partnerschaft Hamburgs zu kommentieren. Der zugrunde liegende Vertrag sei nicht weniger als das Fundament einer Kooperation von Staat und Islamverbänden sowie eine Vereinbarung zur gemeinsamen Problemlösung. Es lässt sich schwerlich sagen, ob Scholz dabei auch das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) im Sinn hatte, das – obwohl es zu diesem Zeitpunkt bereits seit 20 Jahren unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stand – nun zahlreiche Privilegien gegenüber dem säkularen Gemeinwesen würde in Anspruch nehmen dürfen. Wohl aber steht fest, dass der Staatsvertrag schon damals unter dunklen Vorzeichen stand.

Dies hätte auch Scholz erkennen können, hätte er nur einen Blick auf die iranische Gemeinde der Imam-Ali-Moschee an der Außenalster geworfen, über deren Aktivitäten das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz seit 1991 eindrücklich in ihren Jahresberichten informierte. Bereits 2005 hatte die Behörde konstatiert:

„Wichtige Propagandaeinrichtung und europaweit hochrangiges Verbindungszentrum der ‚Islamischen Republik Iran‘ ist das ‚Islamische Zentrum Hamburg‘ (IZH) […] Die Öffentlichkeitsarbeit des IZH dient der bundesweiten Verbreitung islamistischen Gedankengutes iranischer Prägung. Einerseits betont das IZH nach außen Dialogbereitschaft und Offenheit […] Andererseits nahm das IZH wie bisher eine führende Rolle bei der traditionellen Großdemonstration zum ‚Jerusalem-Tag (‚Quds-Tag‘) am 13.11.2004 in Berlin ein. Dieser Gedenktag wurde von Ayatollah Khomeini ins Leben gerufen; Anlass war die Besetzung der heiligen Stätten in Jerusalem durch Israel.“

Der Staat fördert Antisemiten

Die Lektüre der VS-Berichte offenbart, dass das IZH bereits lange vor 2004 maßgeblich in die Planung und Durchführung des seit 1996 ausgerichteten Quds-Tages involviert war. Dieser Befund ist brisant, weil er belegt, dass der Senat den Staatsvertrag in dem Wissen schloss, durch ihn auch Antisemiten zu fördern. Dafür ist unerheblich, dass das IZH durch seine Mitgliedschaft in der SCHURA, einem der großen Islamverbände in Hamburg, nur mittelbar als Partner in Erscheinung trat. Tatsächlich hatten die Staatsschützer nämlich schon 2005 ermittelt, dass das IZH dort „in führender Position wirkte.“

Durch das Ignorieren dieser Warnzeichen war der Vertrag bereits zu Makulatur geworden, noch bevor ihn die Bürgerschaft am 13. Juni 2013 offiziell bestätigte. Die Absurdität seines Zustandekommens manifestiert sich bereits in der Diskrepanz zwischen der Beurteilung des IZH durch den VS und den in Artikel 2 definierten Wertegrundlagen. In ihnen heißt es:

„Die Freie und Hansestadt Hamburg und die islamischen Religionsgemeinschaften bekennen sich zu den gemeinsamen Wertegrundlagen der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere zur Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Geltung der Grundrechte, der Völkerverständigung und der Toleranz gegenüber anderen Kulturen, Religionen und Weltanschauungen sowie der freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung des Gemeinwesens. Sie sind sich einig in der Ächtung von Gewalt und Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Glauben oder religiöser oder politischer Anschauungen und werden gemeinsam dagegen eintreten.“

> Dieser Befund ist brisant, weil er belegt, dass der Senat den Staatsvertrag in dem Wissen schloss, durch ihn auch Antisemiten zu fördern.

Brennende Israelflaggen und „Juden ins Gas“

Den Erkenntnissen des VS Hamburg nach zu urteilen, hat das IZH diesen Anforderungen weder vor noch zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses genügt. Dies liegt daran, dass sich eine Institution wohl kaum glaubhaft zu Völkerverständigung und der Achtung vor anderen Weltanschauungen bekennen kann, wenn sie gleichzeitig den jüdischen Staat Israel von der Landkarte austilgen will und eine islamische Revolution nach iranischem Vorbild anstrebt. Bis heute hat die Bürgerschaft darauf verzichtet, diesen Widerspruch aufzulösen.

Im Ergebnis steht eine neun Jahre währende Chronologie antisemitischer Umtriebe, deren einzelne Episoden peinlich genau dokumentiert sind. Demnach hat das IZH am 23. Juli 2017 die Anreise von etwa 80 Personen aus dem Großraum Hamburg nach Berlin organisiert und war selbst mit hochrangigen Funktionären vor Ort. Dass es auf den Quds-Demonstrationen zuvor regelmäßig zu Straftaten gekommen war, insbesondere zur Verbrennung von Israelflaggen und dem Skandieren von Parolen wie „Juden ins Gas“, hat den Senat nicht dazu bewogen, seinen Partnern aus der Imam-Ali-Moschee Einhalt zu gebieten. Stattdessen kam es später lediglich zu einem Hintergrundgespräch zwischen der IZH-Führung und den religionspolitischen Sprechern der Bürgerschaftsfraktionen.

In dieser Runde gelang es dem IZH angeblich, den Vorwurf des Antisemitismus zu entkräften. Dazu gab man die Zusage, sich künftig nicht mehr an der Quds-Demonstration zu beteiligen. Für die anwesenden Mandatsträger war die Angelegenheit damit erledigt, hatte das IZH doch soeben den unumstößlichen Beweis für seine lautere Gesinnung erbracht. Tatsächlich kam diese Wendung vor allem den Senatsvertretern gelegen, da nun keine Notwendigkeit mehr bestand, sich weiter mit den unappetitlichen Affären des IZH zu befassen, die weder zum Geist des Staatsvertrags noch zum Mantra der Solidarität mit Israel passten.

Brotbrechen mit Antisemiten

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass diese Gutgläubigkeit prompt bestraft wurde. Im VS-Bericht heißt es dazu:

„Am 9. Juni 2018 beteiligten sich rund 160 Personen aus Hamburg und der Metropolregion an der von insgesamt gut 1.600 Demonstranten besuchten Veranstaltung […] Es liegen eindeutige Belege dafür vor, dass das IZH den Bustransfer (Hin- und Rückreise Hamburg – Berlin) organisiert hat. Zudem gehörten wichtige Aktivisten, auch aus der Führungsebene des IZH, zu den Teilnehmern am Demonstrationszug, darunter der stellvertretende IZH-Leiter sowie der Leiter der IZH-Einrichtung ‚Islamische Akademie Deutschland e.V.‘“.

Spätestens jetzt hätte die Bürgerschaft den Senat zur Aufkündigung des Staatsvertrags drängen müssen, zumal mit DITIB-Nord noch ein weiterer Verband bereits mehrfach gegen dessen Statut verstoßen hatte. Dies geschah jedoch nicht. Stattdessen bot man dem Leiter der IZH-Dialogabteilung erneut die Möglichkeit, sich die Hände in Unschuld zu waschen. Als ich im August 2018 die zur Inauguration des neuen IZH-Leiters einberufene Pressekonferenz in der Islamischen Akademie besuchte, erlebte ich, wie dieser und sein aus dem Amt scheidender Vorgänger einander mit beflissenen Bekenntnissen zu Säkularismus und Demokratie übertrafen. Als das bedrückende Schweigen des Publikums schließlich durch die Frage unterbrochen wurde, wie dies zu den Zuständen im Iran passe, wo es doch nachweislich nichts dergleichen gebe, antwortete man trocken, das IZH sei eine spirituelle Einrichtung, weshalb politische Fragen an die iranische Botschaft zu richten seien.

Als der Senat am 12. Juni 2019 dann der Einladung des IZH zum „Ramadan-Bankett“ folgte, wo sein Abgesandter mit amtlich bestätigten Antisemiten das Brot brach, zeigte sich, dass die Solidarität mit Israel in Hamburg nicht über das Rednerpult in der Bürgerschaft hinausreicht. Deswegen ist anzunehmen, dass es 2022, wenn sich der Staatsvertrag zum zehnten Mal jährt, wohl zu einer Fortsetzung des unheilvollen Projekts kommen wird. Der Senat hat mit Blick auf das IZH zudem schon erklärt, auch in Zukunft „im Gespräch bleiben“ zu wollen – auf der Grundlage eines Vertrags, der den islamischen Antisemitismus in Deutschland salonfähig gemacht hat.

Ämterrotation bei der Regierungsbildung in Israel: Wie einst Peres und Schamir

Nach langem Stillstand haben sich die beiden Kontrahenten Netanjahu und Gantz auf eine Kooperation verständigt. Der Koalitionsvertrag sieht eine Rotation an der Regierungsspitze vor – ein Modell, das es schon einmal gab.

Von Sandro Serafin

Staatspräsident Rivlin bringt die beiden Kontrahenten Netanjahu und Gantz zusammen.

„Besorgt um Israel“: Mit diesem Spruch hatte Benny Gantz immer begründet, warum er sich mit aller Macht gegen den amtierenden Premierminister Benjamin Netanjahu stemmte. Der kümmere sich nur um seinen anstehenden Korruptionsprozess, und einem angeklagten Politiker werde man sicher nicht in das Amt des Regierungschefs verhelfen – das waren die zentralen Aussagen aller Wahlkampagnen des blau-weißen Parteienbündnisses.

In Sorge um Israel zeigt sich Gantz nach wie vor. Doch die Konsequenzen, die er daraus ableitet, haben sich um 180 Grad gewendet: Am 20. April hat der einstige Generalstabschef eine Koalitionsvereinbarung mit Netanjahu unterzeichnet. Nach über einem Jahr politischen Stillstandsund drei millionenschweren Wahlkämpfen innerhalb eines Jahres wird das Land nun aller Voraussicht nach seine 34. Regierung bekommen – vorausgesetzt die Knesset stimmt zu und das Oberste Gericht sieht von einer Intervention ab. Ab Anfang Mai wollen sich die Richter mit der Frage auseinandersetzen, ob ein angeklagter Politiker wie Netanjahu rechtlich gesehen überhauptPremierminister werden kann. Sollte das Urteil zuungunsten des Likud-Chefs ausfallen, gäbe es Neuwahlen – so sieht es die nun getroffene Abmachung vor.

„Nationale Notstandsregierung“

Gantz begründet seine Kehrtwende mit den Auswirkungen der Corona-Krise, die dem kleinen Land nicht nur Tausende Infizierte, sondern auch eine Arbeitslosenquote von über 25 Prozent beschert hat. Eine weitere Wahl wäre „eine nationale Verantwortungslosigkeit“ gewesen, meint er. Doch zu seiner Entscheidung dürfte auch machtpolitischer Realismus beigetragen haben. Gantz war es zu keinem Zeitpunkt gelungen, in Reichweite einer eigenen Regierungsmehrheit zu kommen. Den letzten Urnengang im März gewann Netanjahu – allen medialen Unkenrufen zum Trotz – auch deshalb furios, weil viele Gantz-Wähler die Hoffnung auf einen Wechsel aufgegeben hatten und sich daher nicht mehr mobilisieren ließen. Eine weitere Wahl hätte daran wohl nichts geändert. Im Gegenteil: In Folge der Corona-Krise wies eine Umfrage Mitte April sogar jene Mehrheit für den rechten Parteienblock aus, die Netanjahu bisher stets verfehlt hatte.

Auch das nun unterschriebene „Koalitionsabkommen zur Errichtung einer nationalen Notstands- und Einheitsregierung“ ist zum Teil von der derzeitigen „historischen Krise“ geprägt. Es sieht vor, dass sich die Regierung in den ersten sechs Monaten fast ausschließlich der Bewältigung der Corona-Pandemie widmet. Inhaltliche Festlegungen, die darüber hinausgehen, sind nur mit der Lupe zu finden. Ein Verhandlungsteam soll Leitlinien für die Regierungsarbeit nach Corona ausarbeiten. Die Koalitionsverhandlungen werden also in den kommenden Monaten quasi fortgeführt.

Ausnahme ist ein Abschnitt, der Netanjahu die Möglichkeit einräumt, ab Juli in Abstimmung mit der US-Regierung und unter „Wahrung der regionalen Stabilität und der Friedensverträge“ israelische Ortschaften in Judäa und Samaria zu annektieren. Gantz hatte sich in der Vergangenheit gegen unilaterale Schritte in der Angelegenheit ausgesprochen. Die nun vorliegende Formulierung zielt vor allem auf die Beziehungen zu Jordanien, die durch Annexionen beeinträchtigt werden könnten. Einem israelischen Medienbericht zufolge hatte es vonseiten der EU noch während der Koalitionsverhandlungen Druck auf Gantz gegeben, das Annexions-Vorhaben zu blockieren. US-Außenminister Mike Pompeo ließ hingegen schon bald nach der Vereinbarung durchblicken, dass es aus Washington grünes Licht gibt.

> Neben dem Likud und Blau-Weiß hat sich die Arbeitspartei dazu entschieden, der Regierung beizutreten. Auch die beiden ultraorthodoxen Parteien werden erneut am Kabinettstisch vertreten sein. Unklar ist noch, wie es mit dem Bündnis um Naftali Bennett weitergeht.

14 Seiten Misstrauen

Bemerkenswert ist, dass es der Koalitionsvertrag trotz seiner inhaltlichen Dürre auf insgesamt 14

Seiten bringt. Bei deren Lektüre will nur schwerlich ein Gefühl von Einigkeit aufkommen. Aus den

rund 40 Paragraphen spricht vielmehr ein tiefes Misstrauen. Die Vertragsparteien haben detaillierte Regelungen ausgearbeitet, die verhindern sollen, dass eine der beiden Seiten die jeweils andere hintergeht.

Im Zentrum dieser Mechanismen steht die Entscheidung, die Regierungsspitze im Rotationsverfahren zu besetzen. Demnach soll Netanjahu zunächst weitere anderthalb Jahre Premierminister bleiben, bevor Gantz für 18 Monate an die Regierungsspitze vorrückt. Angesichts der Tatsache, dass der Blau-Weiß-Chef bei weitem nicht so viele Knesset-Abgeordnete hinter sich weiß wie Netanjahu, kann er dies durchaus als Verhandlungserfolg verbuchen. Um sicher zu gehen, dass Netanjahu sein Amt nach anderthalb Jahren auch wirklich räumt, einigten sich die Parteien darauf, den Deal gesetzlich abzusichern. Gantz wird gemeinsam mit Netanjahu zu Beginn der Regierungszeit als designierter Premierminister vereidigt und muss sich damit nach 18 Monaten keiner weiteren Vertrauensabstimmung stellen. Gänzlich ausgeräumt ist das Risiko, dass Netanjahu dann einfach Neuwahlen erzwingt, mit dieser Regelungen allerdings nicht.

Die Sorge, der amtierende Regierungschef könnte an seinem Stuhl kleben bleiben, kannte schon Jitzchak Schamir. 1984 hatte sich der Likud-Politiker mit seinem Kontrahenten Schimon Peres (Ma’arach) auf die erste und bislang einzige Rotationsregierung Israels geeinigt. Damals wie heute gab es in der Knesset eine Pattsituation. Und damals wie heute sah sich das Land einer wirtschaftlichen Krise gegenüber. Am Ende trat Peres sein Amt nach zwei Jahren tatsächlich an Schamir ab.

Doch nicht nur Gantz hat sich in der neuen Vereinbarung abgesichert. Auch Netanjahu hat entsprechend Klauseln einbauen lassen. Mit Abtretung seines Amtes als Premierminister müsste er sich nach aktueller Rechtslage eigentlich vollständig aus der Regierung zurückziehen. Grund ist einmal mehr die Korruptionsanklage. Damit er trotzdem Regierungsmitglied bleiben kann, soll nun eines der Grundgesetze, die eine Art Verfassung des Staates bilden, geändert werden.

Eine Regierung, zwei Blöcke

Für einen medialen Aufschrei sorgte die Tatsache, dass das neue Kabinett wohl das größte in der Geschichte Israels werden wird: Neben Netanjahu und Gantz soll es 34 Minister geben, die Hälfte davon aus dem Lager rund um Gantz. Der kann eigenständig über die Ernennungen und Entlassungen in den ihm zustehenden Ministerien – darunter die wichtigen Ressorts Verteidigung, Justiz und der umstrittene Kulturbereich – entscheiden. Denn der Vertragstext unterteilt die Regierung ausdrücklich in zwei „Blöcke“. Netanjahu bestimmt über den einen, Gantz über den anderen – auch dies Ausdruck einer Einheitsregierung, die einfach nicht einig scheinen mag. Neben dem Likud und Blau-Weiß hat sich die Arbeitspartei dazu entschieden, der Regierung beizutreten. Zwei ihrer drei Abgeordneten wollen Minister werden. Auch die beiden ultraorthodoxen Parteien werden erneut am Kabinettstisch vertreten sein. Unklar ist noch, wie es mit dem rechts-konservativen Jamina-Bündnis um Naftali Bennett weitergeht, das sich während der Verhandlungen unzufrieden geäußert hatte.

Verschiedenen Umfragen zufolge unterstützen rund 60 Prozent der israelischen Öffentlichkeit die Vereinbarung. Heftige Angriffe kommen hingegen von jenen einstigen Verbündeten, die sich aufgrund seiner Kehrtwende von Gantz und dem blau-weißen Bündnis verabschiedet haben. Sein einstiger Co-Chef Jair Lapid wirft ihm einen Betrug vor, wie es ihn im Staat Israel noch nicht gegeben habe. Die Regierung werde schon bald wieder zusammenbrechen, glaubt er. Diese Annahme ist dieser Tage häufig zu hören. Doch vielleicht orientiert sich das neue Bündnis ja auch an seinem historischen Vorläufermodell: Als Peres und Schamir sich in der 80er Jahren auf ein Rotationsverfahren einigten, wurde daraus am Ende eine der wenigen israelischen Koalitionen, die eine komplette Amtszeit überlebte.

Hass und Verachtung der israelischen Linken für die Wähler der konservativen Parteien

Der Bruder des Premierministers begründet ausführlich, warum er sich von dem politisch linken Spektrum in Israel ganz weit fernhält.

Von Daphne und Iddo Netanyahu

Iddo Netanyahu ist israelischer Autor, Dramatiker und Radiologe. Er ist der jüngere Bruder des israelischen Premierministers Benjamin Netanyahu und von Jonathan Netanyahu, der 1976 bei der Operation Entebbe fiel (1976 wurden an Bord einer Air France-Maschine israelische Passagiere von deutschen Linksextremisten als Geisel genommen und mit dem Tode bedroht; befreit wurden sie von der israelischen Eliteeinheit Sajeret Matkal, in der auch Joni Netanyahu als Hauptmann diente; er war der einzige Israeli, der bei dieser Operation ums Leben kam, - Anm. d. Übers.)

Seine Kindheit und Jugend verbrachte Iddo Netanyahu zum Teil in den USA; 1973 brach er sein Studium an der Cornell University ab, um im Jom-Kippur-Krieg für Israel zu kämpfen. Er ist promovierter Arzt, dennoch widmet er seine Zeit der Literatur; seine Theaterstücke werden in der ganzen Welt aufgeführt.

Seine Frau Daphne ist Juristin, Gründerin und Chefredakteurin des israelischen Online-Portals „Mara“ („Spiegel“).

Im untenstehenden Artikel erklären Iddo und Daphne Netanyahu, womit sie ihre gesellschaftlich-politische Position begründen.

Benjamin und sein jüngerer Bruder Iddo Netanyahu trauern zusammen um ihren 2012 verstorbenen Vater, der 102 Jahre alt wurde.

Warum haben „die Rechten“ recht? Weil, während die Linken Utopisten sind, sind die Rechten Realisten. Für die Linken gilt nicht weniger, als die gesamte menschliche Natur zu verändern. Die Rechten hingegen verstehen, dass eine solche Veränderung nicht nur unmöglich, sondern auch enorm gefährlich wäre; die kommunistischen Regime in der ganzen Welt liefern genügend Beispiele dafür, mit welch brutalen Verbrechern eine derartige Veränderung einhergeht. Darüber hinaus wäre dies nicht wünschenswert, weil sich die positiven Gaben und Eigenschaften des Menschen wie Kreativität, unabhängiges Denken und Eigenständigkeit allein durch eine freiheitliche, vernünftige Politik entwickeln und gedeihen können. Genau diesen Attributen trachten die Linken für gewöhnlich nach, denn sie sehen in ihnen eine Gefahr.

Der linke Utopismus ermöglicht es, die Komplexität der Wirklichkeit auf vielen Ebenen zu ignorieren. So entsteht die dichotomische Methode, die Welt in zwei Lager aufzuteilen – auf „die Unseren“ und „die Feinde“.

Die Linken betrachten ihre Ideologie nicht nur als ein Mittel, die Interessen ihres Lagers zu fördern, sondern in erster Linie als eine über allen und allem stehende politische Gesinnung, und positionieren sich dabei als hochmoralische, progressive und geradezu erleuchtete Menschen. Ergo ist jeder, der einer anderen Meinung ist, eine bösartige, unmoralische, korrupte Person. In ihrer dichotomischen Betrachtung sehen die Linken in den Rechten nicht politische Opponenten, deren ideologische Standpunkte falsch sind, sondern unterbelichtete, unzurechnungsfähige, skrupellose Feinde. Aus dieser Sicht heraus erklären die Linken ihre Absichten, die gesamte Gesellschaft für die politische Vernichtung der Rechten zu mobilisieren.

Im Gegensatz zur linken Ideologie basiert die rechte Weltanschauung auf realistischer Betrachtung der politischen Prozesse im Staat. Um ihre Ziele zu erreichen, konzentrieren sich die Rechten auf die erwünschten, nützlichen Schritte, die am wenigsten schmerzhaft sind. Diese Ziele sind realistisch und resultieren zumeist aus Kompromissen, die zwischen den in Konflikt geratenen Interessen entstehen. Die Rechten akzeptieren generell die menschliche Natur und ihr Bestreben, in den sozialen Systemen wie Familie, Gesellschaft und Nation zu existieren. Die rechte Weltanschauung hält es für möglich, dass die politischen Führer – mit all den Unzulänglichkeiten der menschlichen Natur und mit der Vorstellung, dass die Entscheidungen von diversen politischen Parteien getroffen werden, deren Mehrheit sie nicht kontrollieren können –, dass diese Politiker in ihren Einschätzungen und Lösungsvorschlägen nicht immer frei von Fehlern sind. Dennoch macht es sie dadurch nicht zu Verbrechern, sondern weist schlimmstenfalls lediglich auf deren Inkompetenz hin.

Linke Ideologie ist wie eine heilige Idee

Die Lage im linken Lager ist jedoch eine ganz andere. Die linke Ideologie, ihre Kraft aus den Utopien schöpfend, wird zu einer heiligen Idee. Und eine heilige Idee kann nicht fehlerhaft sein! Es gibt keine Fehler bei den Linken – weder in Israel, noch woanders! Es sind stets „die Anderen“, denen die Fehler unterlaufen, selbst wenn diese „Anderen“ das Leben selbst ist, das sich nicht einer Ideologie unterordnen lässt. Die glitzernde Utopie ist heilig, so dass es nicht zulässig ist, nüchternen Blickes eigene Fehler zu erkennen. Diese Sklaventreue den eigenen Idealen gegenüber ist derart tief verankert, dass es nicht mehr von Bedeutung ist, wie oft die Linken von der Realität eingeholt und gestört werden. Sie werden immer und immer wieder den Ausweg suchen – und dabei diejenigen verraten, welche gezwungen werden, erneut für ihre Fehler zu zahlen. In der Geschichte des Staates Israel hatten uns Linke die Idee der „Gleichheit“ aufgezwungen; mit dem Ergebnis, dass ein kreatives Volk zu einer bettelarmen Gesellschaft verkam. Dabei zählte nur eins: Es sollten „sozialistische Ideale“ herrschen. Jahrzehnte vergingen, bis die Rechten an die Macht kamen und begannen, sozialistische Sitten und Gebräuche zu lockern und auf diese Weise die freie Marktwirtschaft und mit ihr Wirtschaftswachstum und Wohlstand brachten, und den auf Innovationen basierenden Fortschritt auslösten.

Hier ist der Kontrast zu dem in linksideologischen Kreisen propagierten „Fortschritt“ besonders stark. Wenn die Machtstrukturen und verschiedenste Sphären des gesellschaftlichen Lebens von allgegenwärtiger Präsenz der Bürokratie allmählich befreit werden, stärkt das die Zuversicht der Macht in Bezug auf das schöpferische Potential des Individuums, und sollte dieses eine passende Gelegenheit bekommen, könnte es auch den Mond erreichen…

Seinerzeit „beschlossen“ die israelischen Linken, dass ausgerechnet Arafat, der stets zur Vernichtung Israels aufrief, der richtige Partner bei den Friedensverhandlungen sei – insofern verständlich, als es sich um den „Frieden“ handelte, der einer linken Fantasie entsprungen war. Die fatalen Folgen des aus diesen Verhandlungen entstandenen Oslo-Vertrages kamen den Israelis teuer zu stehen: Über tausend Getötete und mehrere tausend Verwundete waren zu beklagen.

Die Linke forderte den Rückzug aus Gaza

Die Realität weiterhin konsequent ignorierend, verschafften die Linken Israel mit Gaza noch einen weiteren „Frieden“: Gazas arabische Bevölkerung würde ja selbstredend in Frieden leben wollen, sobald Gaza „judenrein“ werden würde!.. Was danach kam, ist bekannt: Abertausende von Raketen, Sprengstoff-Ballons etc.; der Preis einer Utopie. Dabei wollen die Linken bis dato keine Verantwortung übernehmen und weigern sich partout, die Zusammenhänge zwischen der Machtergreifung durch die Terrororganisation Hamas und dem von ihnen initiierten Rückzug aus Gaza zu erkennen. Mehr noch, sie gehen so weit, zu behaupten, auch an den Folgen des Rückzuges sei die rechte Regierung schuld.

In ihrer Oberflächlichkeit schlagen sie simplifizierte Lösungen für die Beseitigung des durch sie selbst entstandenen Problems vor. Dies soll für uns alle eine Warnung sein: Die Linken lernen nicht aus ihren Fehlern, denn die komplexe, sich ständig in Wandlung befindende Wirklichkeit ist für sie nicht von Bedeutung. Sie beschäftigen sich mit einer erfundenen „Wirklichkeit“, die sich in ihre ideologische Formel zwingen lässt, koste es, was es wolle.

Eine weitere Utopie lässt die Linken sich für die Abtrennung des Staates Israel von Judäa und Samaria einsetzen. Diesmal heißt sie „zwei Staaten für zwei Völker“; eine Utopie, die nicht mal angesichts der grundlegend veränderten Situation im Nahen Osten „modernisiert“ wurde.

Ein rechter Premier hat die internationalen Beziehungen verbessert

Heute befindet sich Syrien in einem Bürgerkrieg, Jordanien hat seine Politik Judäa und Samaria betreffend geändert, die arabischen Staaten wenden sich von Machmud Abbas ab und beginnen, Verbindungen zu Israel herzustellen – in ersten Linie dank der Politik des rechten Regierungschefs. Auch der US-Präsident erkennt sowohl die Souveränität Israels über die Golanhöhen an als auch die Möglichkeit, die Grenzen gemäß den Ergebnissen des Sechs-Tage-Krieges zu ändern. Also weigert sich erneut die Realität, den utopischen linken Fantasien zu folgen….

Wenn sich das Leben im Lande von den Vorstellungen der Linken unterscheidet, also nicht ideal ist, ist sie nach deren Meinung schrecklich und inakzeptabel. In diesen Kreisen herrscht Hass auf die rechten Machthaber, die nicht realitätsfremd sind und deshalb linke Axiome ablehnen, aber den israelischen Alltag sowie den Status Israels weltweit verbessern. Die Linken verachten rechte Wähler und tun alles, um die Gesellschaft zu spalten – denn nur sie seien die natürlichen Vertreter der „Aufklärung und sozialer Gerechtigkeit“! Die gemäßigten Linken weigern sich, alle positiven Veränderungen im Land der letzten Jahre anzuerkennen; die „Postgemäßigten“ reden vom Emigrieren, weil das Leben in diesem Staat nicht lohnenswert sei, wenn ihre Moralvorstellungen nicht verwirklicht würden.

Im Gegensatz zu linken Parteien mit ihren weltfremden Ideen, die den Staat in wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aspekten immer wieder teuer zu stehen kommen, sind die politischen Rechten in ihrer Weltanschauung der Meinung, dass weder die menschliche Natur noch unsere Welt perfekt seien. Auch sie haben Hoffnung, jedoch ist dies eine Hoffnung auf etwas, was sich mittels schrittweiser Verbesserungen und Weiterentwicklungen verwirklichen lässt; und achten dabei darauf, möglichst geringe Schäden anzurichten und maximale Freiheit walten zu lassen.

Es sind die Errungenschaften der Rechten, welche wie tausende von Zeugen erklären, warum wir zu den Rechten und nicht zu den Linken gehören.

Auch mitten in der Corona-Krise muss Israel sich gegen Destabilisierungsversuche feindlicher Geheimdienste im Inland verteidigen

Vorwiegend anfällig für derartig staatsfeindliche Anwerbungen sind Muslime mit israelischer Staatsbürgerschaft.

Der Arzt und frühere Infrastruktur-Minister Israels, Gonen Segev, ist einer der wenigen Juden, die gegen ihr eigenes Land gearbeitet haben. Er gab geheime Dokumente an den Iran weiter und wurde im Januar 2019 wegen Spionage zu 11 Jahren Haft verurteilt.

Von Edy Cohen (Redaktion Audiatur)

Während nahezu die ganze Welt darauf konzentriert ist, das Coronavirus zu bekämpfen, führt Israel einen Kampf an zwei Fronten, indem es gegen das Virus und den Terrorismus gleichermaßen kämpft. Die Feinde Israels nutzen die von der Pandemie verursachte Instabilität auf vielfältige Art und Weise aus. Allein in der vergangenen Woche feuerte die im Gazastreifen ansässige Terrororganisation Hamas Raketen auf Südisrael ab und die im Libanon ansässige Hisbollah drang mit einer Drohne von den Golanhöhen aus in den israelischen Luftraum ein. Zu den Bemühungen der Terrororganisationen, die auf die Zerstörung Israels aus sind, gehört auch die Rekrutierung israelisch-arabischer Spione.

Die Sicherheitsherausforderungen, denen sich Israel gegenübersieht, sind weit komplexer, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Sie gehen weit über die Raketen- und Drohnenangriffe, die häufig in den Nachrichten zu sehen sind, hinaus. Tag für Tag findet versteckt unter dem Radar geheime Kriegsführung statt – egal welche globale Krise gerade stattfindet.

Elemente dieses unsichtbaren Kriegs sind Cybersicherheit und -spionage. Auch wenn die Details dieser Art der Kriegsführung hochsensibel und daher geheim sind, werfen die jüngsten Ereignisse ein wenig Licht auf einige der Herausforderungen, denen sich Israel tagtäglich erfolgreich stellt.

In den letzten zwei Monaten wurden zwei israelische Araber wegen Spionagetätigkeit für den Iran und die Hisbollah verhaftet. Israelische Araber sind ein attraktives Ziel für die Rekrutierung durch terroristische Einheiten, da sie die volle israelische Staatsbürgerschaft besitzen und somit ungehinderten Zugang zu öffentlichen Orten genießen sowie das Recht, sich frei im gesamten Land zu bewegen. Im Gegensatz zu jüdischen Israelis verfügen sie sogar über Zugang zu den von der „Palästinensischen Autonomiebehörde" verwalteten Gebieten im Westjordanland. Für einheimische Informanten ist es eine einfache Aufgabe, Geheimdienstinformationen über israelische Militärstandorte zu beschaffen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach ist Geld der zentrale Motivationsfaktor, der diese Menschen zur Spionage bewegt. Ein nicht minderer Beweggrund für einige ist jedoch die tief verwurzelte Ideologie, deren Ziel die Zerstörung des jüdischen Staates ist. Das heißt natürlich nicht, dass hin und wieder nicht auch Juden für die Feinde Israels spionieren. Dennoch zeigt die Statistik, dass die Wahrscheinlichkeit dafür, dass jüdische Bürger dies tun, wesentlich geringer ist, als es bei Arabern der Fall ist.

Spionage für den Iran

Am 16. März wurde ein männlicher Israeli der Spionage für den Iran beschuldigt und verhaftet (außerdem soll er Kontakte zu der im Libanon ansässigen „palästinensischen" Terrororganisation „Volksfront zur Befreiung Palästinas" unterhalten haben). Angeblich sollen seine iranischen Mittelsmänner die Beschaffung detaillierter Informationen über israelische Sicherheitseinrichtungen, Möglichkeiten der Rekrutierung israelischer Araber, Mittel zur Vertiefung bestehender Gräben in der israelischen Gesellschaft und zur Verübung von Terroranschlägen von ihm verlangt haben. Bei seinen Treffen mit den iranischen Anwerbern im Ausland soll er mit Geldmitteln, Ausbildung und geheimen Verschlüsselungsprogrammen ausgestattet worden sein.

Spionage für die Hamas

Aya Khatir, eine 31-jährige israelische Staatsbürgerin, Einwohnerin von Arara in der Region Wadi Ar und Mutter zweier Kinder, wurde am 17. Februar wegen Spionage für die Hamas verhaftet. Laut den Untersuchungen arbeitete sie für eine Hilfsorganisation, die bedürftige Familien im Gazastreifen unterstützt. Anstatt den mittellosen Einwohnern des Gazastreifens zu helfen, missbrauchte sie jedoch ihre Position, um Geld in die Terror-Infrastruktur der Hamas zu schleusen und die Organisation zum Zweck der Verübung von Terroranschlägen mit Geheimdienstinformationen über israelische Ziele zu versorgen.

Bemühungen der Hamas, die israelische Gesellschaft zu infiltrieren, um deren arabische Bevölkerung zwecks Spionage in ihre Reihen zu rekrutieren, sind nicht selten. Im Januar wurde ein von der Hamas betriebener Spionagering, der mit israelischen Informanten agierte, von den Israelischen Verteidigungsstreitkräften (IDF) aufgedeckt. Die Nachforschungen ergaben, dass Elemente innerhalb des bewaffneten Arms der Hamas israelische Araber für die Zusammenarbeit mit ihrem Geheimdienst angeworben hatten, um entscheidende Informationen für die Verübung von Terroranschlägen innerhalb Israels zu erhalten. Offenbar waren die von der Hamas zur Rekrutierung ausgewählten israelischen Araber nicht zufällig gewählt, sondern basierend auf ihren familiären Verbindungen zum Gazastreifen – dank derer sie die Möglichkeit hatten, den Gazastreifen zu betreten – gezielt ausgewählt worden.

Terrororganisationen wie die Hamas werden ihre Bestrebungen zur Rekrutierung von Spionen voraussichtlich weiterhin verstärken. Social-Media-Plattformen vereinfachen dies erheblich, indem sie terroristischen Gruppierungen ermöglichen, israelische Staatsbürger zu erreichen, ohne entdeckt zu werden. Sie unterhalten zahlreiche Fake-Profile auf Facebook und Instagram, mit deren Hilfe sie Personen auf Grundlage der Art und Weise ihrer Posts gezielt ins Visier nehmen.

Dr. Edy Cohen ist Wissenschaftler am BESA Center und Autor des Buches The Holocaust in the Eyes of Mahmoud Abbas (auf Hebräisch). Dies ist die überarbeitete Fassung eines Artikels, der am 16. April 2020 in Israel Today erschienen ist. Übersetzung Audiatur-Online.

Israelische Araber in der Knesset: Eine politische Koalition von Islamisten und Kommunisten

Die Mehrheit der israelischen Araber stimmt regelmäßig für Wahllisten, denen es um Untergrabung des Staates, und nicht um die Verbesserung der Lebensumstände ihrer Wähler geht.

Von Jonathan S. Tobin (JNS / Mena Watch)

Mansour Abbas von der Vereinigten Arabischen Liste beim Wahlkampf 2019

Wie sich herausstellt, sind einige ultraorthodoxe Juden nicht die einzigen, die sich während der Coronavirus-Pandemie gegen die strengen Vorschriften zur sozialen Distanzierung in Israel wehren. Denn es hat auch Vorfälle gegeben, bei denen sich die Bewohner israelisch-arabischer Gemeinden nicht an die Regeln hielten. In einem Fall führten die Bemühungen der Polizei, soziale Distanzierung durchzusetzen, in einem arabischen Viertel der Stadt Jaffa zu Ausschreitungen, bei denen Protestierende die Polizei angriffen und Reifen sowie Müllcontainer anzündeten. Die Szenen weckten Erinnerungen an die erste Intifada.

Kritiker Israels betrachten diese bedauerlichen Vorfälle fälschlicherweise als Belege für die Misshandlung arabischer Bürger durch den Staat. Das ist Nonsens, den man aber in einer Zeit nicht einfach ignorieren kann, in der die Israel-Boykottbewegung BDS an Unterstützung gewinnt und führende US-Demokraten wie Senator Bernie Sanders den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu routinemäßig als „Rassist" bezeichnen.

Der Demokratie-Beweis wird als Rassismus umgedeutet

Das Bemühen um die Verbreitung dieser irreführenden Interpretation wurden nach der Knesset-Wahl vom 2. März verstärkt, bei der die arabische Vereinte Liste das Rekordergebnis von 15 Mandaten einfahren konnte. Der Erfolg des Bündnisses beruhte auf der hohen Wahlbeteiligung der arabischen Wähler. Doch obwohl der Erfolg der arabischen Vereinten Liste ein Ausdruck der Stärke der israelischen Demokratie ist, wird der Umstand, dass das Bündnis nicht Teil der nächsten Regierung sein wird, als Beweis für Rassismus hingestellt.

Die Enttäuschung, die unter der arabischen Bevölkerung spürbar ist, ist zum Teil auf das Verhalten von Benny Gantz zurückzuführen, dem Vorsitzenden des Bündnisses Blau-Weiß. Letztlich beschloss er, eine Koalition mit Netanjahu einzugehen und eine Einheitsregierung zu bilden, doch davor flirtete Gantz wochenlang mit der Idee, mit Hilfe der Vereinten Liste eine Regierung auf die Beine zu stellen. Dass er davor zurückschreckte, hatte einerseits mit Widerstand im eigenen Lager zu tun, andererseits machten Umfragen deutlich, dass jüdische Israelis auf dieses Vorhaben mit Empörung reagierten.

Die Vereinte Liste ist eine Koalition von Befürwortern eines kommunistischen Staates, eines islamistischen Staates, eines „palästinensisch"-nationalistischen Staates und eines panarabischen Staates – und hat keinen Platz in der Regierung eines Staates, den sie zerstören will. Doch die Entscheidung von Gantz wird in den linken Medien Israels als Brüskierung aller arabischen Wähler dargestellt, eine Deutung, die von internationalen Medien aufgegriffen wird.

Problematisch ist dabei nicht nur die verzerrte Art und Weise, in der die israelische Haltung gegenüber der Vereinten Liste dargestellt wird. Der falsche Vorwurf, dass die Nichtbeteiligung des Bündnisses an der israelischen Regierung auf Rassismus zurückzuführen sei, hat eine unglückliche Polarisierung der Diskussion über den Platz der arabischen Bürger in der israelischen Gesellschaft zur Folge. Wenn das Bündnis, für das viele Araber gestimmt haben, aus „Terroristen" und Unterstützern jener besteht, die den jüdischen Staat zerstören wollen, dann untergräbt das die Bemühungen um die vollständige Integration der Araber in die israelische Gesellschaft.

Jenseits der hitzigen Rhetorik über die Vereinte Liste und ihre Absichten sollte das Bestreben, israelische Araber zu vollwertigen Partnern zu machen, von jedem Freund Israels unterstützt werden. Die Gründungsväter des Zionismus – sowohl Linke wie David Ben-Gurion als auch Rechte wie Ze'ev Jabotinsky – stellten sich einen jüdischen Staat immer als einen Ort vor, an dem die arabische Minderheit volle Rechte hat und an der Regierung beteiligt sind. Im Gegensatz zu der Lüge der BDS-Bewegung, dass Israel ein „Apartheid"-Staat sei, gewährt das Land der arabischen Minderheit volle und gleiche Rechte. Araber sind vor Gericht und an der Wahlurne gesetzlich gleichgestellt, sie dienen nicht nur in der Knesset, sondern auch in Positionen quer durch den israelischen Regierungsapparat.

Dennoch haben israelische Araber oft das Gefühl, als Außenseiter in einem Staat leben, dessen Zweck es ist, dem jüdischen Volk eine nationale Heimstätte zu bieten. Anlass dafür bieten nicht nur herabwürdigende Äußerungen über die Vereinte Liste, sondern auch die unzureichenden staatlichen Leistungen für arabische Städte und Gemeinden. Israel muss sich in dieser Hinsicht verbessern, doch besteht das Problem nicht einzig darin, dass die Führung des Landes diesem Thema keine Priorität eingeräumt hätte – das Problem ist die Vereinte Liste.

Vereinte Liste will Israel nicht verbessern, sondern zerstören

Wenn die israelischen Araber vollständig in die israelische Gesellschaft integriert werden wollen und ihre Stimme nicht nur gehört, sondern auch beachtet werden soll, dann brauchen sie politische Vertreter, die sich für diese Sache einsetzen. Stattdessen haben sie für Leute gestimmt, deren Ziel nicht Israel als ein besserer Ort für seine arabische Minderheit ist, sondern die der jüdischen Mehrheit ihr Recht auf Selbstbestimmung in einem jüdischen Staat verweigern wollen.

Man sollte von den arabischen Wählern nicht verlangen, dass sie glühende Zionisten sind, aber sie können auch nicht erwarten, als vollwertige Partner behandelt zu werden, wenn ihre Vertreter den Staat, so wie er ist, niederreißen und durch etwas ersetzen wollen, das den Juden das Recht auf Selbstbestimmung vorenthält.

Die „Palästinenser" im Westjordanland und im Gazastreifen haben sich dafür entschieden, von Gruppen wie Fatah und Hamas angeführt zu werden, die nur daran interessiert sind, sie im Krieg mit dem Zionismus zu halten, anstatt einen unabhängigen „palästinensischen" Staat zu schaffen. Dasselbe gilt für israelische Araber, die für die Konfrontation mit dem Zionismus stimmen, indem sie die arabische Vereinte Liste wählen, anstatt eine Partei, die sich ihrem Wohlergehen und ihren Interessen verschrieben hat. Leider gibt es keine derartige Partei, die um arabische Stimmen kämpft.

Dieselbe giftige und zerstörerische politische Kultur, die die „palästinensischen" Araber in den Gebieten zum endlosen Konflikt statt zu konstruktiven Lösungen verdammt hat, findet auch im Wahlverhalten der arabischen Bürger Israels Niederschlag. Wenn sich ihre Knesset-Abgeordneten – wie ihre Pendants auf der anderen Seite der Grünen Linie – nur darauf konzentrieren, die vergangenen 100 Jahre der Geschichte ungeschehen machen zu wollen, verunmöglicht das ihnen die Chance, all die Möglichkeiten zu nutzen, die ihnen das Leben in einer blühenden Demokratie bietet. Und sie bestärken israelische Juden in der Überzeugung, dass es ihren arabischen Nachbarn nicht um gleiche Rechte, sondern um die Zerstörung ihres Staates geht.

Das Versagen der Vereinten Liste besteht so gesehen nicht darin, dass ihr ein Platz in der Regierung verweigert wird, wie Kritiker stets behaupten, sondern vielmehr darin, dass sie selbst das größte Hindernis für ein gutes Zusammenleben zwischen Juden und Arabern geworden ist. Und das ist nicht etwa Ausdruck von israelischem Rassismus, sondern eine Tragödie.

(Der Artikel ist unter dem Titel „The tragedy of the Joint Arab List" zuerst beim Jewish News Syndicate erschienen. Übersetzung für Mena-Watch von Florian Markl.)

Die „Haaretz“ – das israelische Pendant zur marxistischen „Jungen Welt“

Linke Alibi-Juden sind als „Kronzeugen“ für „Israelkritik“ heißbegehrt – gerade und besonders in Deutschland.

Von Thomas Eppinger (Mena Watch)

Kürzlich nannte der israelische Historiker und Bestsellerautor Yuval Harari Israel eine „Coronavirus-Diktatur“. Netanjahu habe die Wahlen verloren, twitterte Harari, er „hat unter dem Vorwand Corona zu bekämpfen, das israelische Parlament geschlossen, den Menschen befohlen, in ihren Häusern zu bleiben, und erlässt alle von ihm gewünschten Notverordnungen. Das nennt man eine Diktatur“. In Italien, Spanien und Frankreich würden Notverordnungen von einer vom Volk gewählten Regierung erlassen, begründete er seinen Vorwurf und fuhr fort: „Das ist legitim. In Israel werden Notverordnungen von jemandem erlassen, der kein Mandat des Volkes hat. Das ist eine Diktatur.“

Abgesehen davon, dass es einiger Verrenkungen bedarf, um den Spitzenkandidaten der stimmenstärksten Partei, die vier Mandate dazugewonnen hat, als Wahlverlierer zu bezeichnen, beruht Hararis Satz auf einem erstaunlichen Verständnis von parlamentarischer Demokratie.

Bei allen Unterschieden im jeweiligen Wahlrecht: Wie in Deutschland, Österreich oder eben Israel wählt das Volk in Spanien und Italien nicht seine Regierung, sondern Parteien, aus denen sich später die Regierung bildet. Selbst in Frankreich, wo der direkt gewählte Staatspräsident alle Regierungsmitglieder ernennt, ist dieser selbstverständlich auf eine Mehrheit im Parlament angewiesen. Verfügt er darüber nicht, stutzt die Verfassung seine Kompetenzen im Wesentlichen auf die Außen- und Verteidigungspolitik zurecht (in Frankreich nennt man eine solche Konstellation Cohabitation).

Harari zufolge wäre jede parlamentarische Demokratie eine Diktatur, deren Regierung nicht direkt vom Volk gewählt wird oder keine absolute Mehrheit hat. Das ist natürlich hanebüchener Unsinn, und ein Intellektueller vom Format Hararis weiß das auch.

Warum selbst kluge Menschen Unsinn schreiben

Die politische Auseinandersetzung wird immer schriller, lauter und maßloser. Politiker, Journalisten und Intellektuelle füttern ihre Twitterblasen mit Botschaften, die in 280 Zeichen gepackt werden wollen. Da bleibt wenig Platz für reflektiertes Abwägen oder fundierte Analyse. Laut gewinnt. Linksintellektuelle Blasen sind da keine Ausnahme: So leicht man die Tweets von Donald Trump als fake news entlarvt, so leichtfertig nimmt man jene der eigenen Helden für bare Münze.

Wenn man's weiß, ist das nicht weiter schlimm, und warum sollte das in Israel anders sein als in jeder anderen Demokratie? Netanjahu ist vielen verhasst, aber so erfolgreich, dass man ihn nicht los wird. Daher suchen seine politischen Gegner ihr Heil in der rhetorischen Eskalation. Nach demselben Mechanismus wurden der österreichische Kanzler zum „Baby-Hitler“ und die deutsche Kanzlerin zur „Volksverräterin“ erklärt.

Von der Innenpolitik zur Israelkritik

Doch eines ist bei Israel anders: Die israelischen Kritiker ihrer Regierung werden im Ausland zu jüdischen Kronzeugen für die Kritik am jüdischen Staat.

Das scharf formulierte innenpolitische Argument – das wie überall kaum zur Beschreibung der Realität taugt, sondern der Durchsetzung des eigenen Standpunkts dient – mutiert auf dem Weg in den „Spiegel“ oder in die „Süddeutsche Zeitung“ zum vermeintlichen Beweis, dass der jüdische Staat, wenn überhaupt, nur eine Demokratie niederer Ordnung sei; ein Apartheidstaat unter einem rechtsradikalen Ministerpräsidenten.

Nur weil sie dieses Vorurteil konsequent in englischer Sprache bedient, wurde die im Inland völlig unbedeutende „Haaretz“ außerhalb Israels zur einflussreichsten Informationsquelle über Israel. Auch bei Lesern, die nie auf die Idee kämen, ihr gesamtes Wissen über Deutschland aus der „taz“ oder der „Jungen Welt“ zu beziehen.

So kam es, wie es kommen musste. „Corona-Krise in Israel: Netanyahu, der Corona-Diktator“ lautete der ursprüngliche Titel im „Spiegel“, den der Autor auf Twitter mit dem Satz bewarb: „Das Coronavirus hat in Israel ein erstes Opfer gefordert: die parlamentarische Demokratie.“ Zu diesem Zeitpunkt war in Israel gerade ein Holocaust-Überlebender als erster an den Folgen einer Corona-Infektion gestorben. Später wurde die Überschrift ohne Hinweis geringfügig abgeschwächt, aber die Botschaft blieb dieselbe. In den Tagen darauf wurde Israel immer wieder von verschiedenen Seiten in die Nähe eines autoritären Staates gerückt, die Saat war aufgegangen.

Eine multikulturelle Demokratie

Eine Demokratie erkennt man nicht daran, wie die Opposition über die Regierung spricht oder umgekehrt, sondern an Gewaltenteilung und dem Funktionieren von Institutionen. Dass der Ministerpräsident die Verwendung von Daten des Inlandsgeheimdienstes zur Corona-Bekämpfung ohne Befassung des Parlaments autorisiert hat, sagt nichts über die israelische Demokratie; dass der Oberste Gerichtshof diesen Beschluss kippen und umgehend ein parlamentarisches Komitee zur Kontrolle dieses Programms anordnen konnte, alles.

In Wirklichkeit ist Israel, das nur wenig größer ist als Niederösterreich, geradezu ein demokratisches Wunder. Ein Land, das sich vom Tag seiner Gründung an gegen seine Vernichtung wehren musste und ständig mit Terroranschlägen konfrontiert ist, ein Land, auf das jedes Jahr tausende Raketen abgefeuert werden, und dennoch ein Land, das in keiner Phase seines Bestehens auch nur in die Nähe einer Diktatur gerückt ist. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie Deutschland aussähe, wenn es immer wieder von Polen angegriffen oder aus dem Elsass beschossen würde, oder was in Österreich los wäre, würden jede Woche slowenische Raketen auf Kärnten abgefeuert.

Dazu kommt eine weltweit wohl einzigartige Integrationsleistung. Die israelische Gesellschaft ist in einem Ausmaß multi-kulturell, multi-religiös und multi-ethnisch, wie es für Europäer nur schwer vorstellbar ist. Schon gar nicht in Ländern, die noch für die dritte Generation von Einwanderern einen Integrationsbeauftragten brauchen.

Die vereinigten Israelkritiker aller Länder ficht das nicht an, sie folgen immer demselben Schema: Im ersten Schritt spricht man Israel die demokratische Legitimation ab, im zweiten stellt man seine Existenzberechtigung in Frage. Der zweite Schritt wäre ohne den ersten gar nicht möglich.

Werden Terroristen wegen Corona freigelassen?

Von Corona bleiben Israel und die darin befindlichen arabischen Autonomiegebiete dank des frühen Lockdowns weitgehend verschont. Anti-israelische NGOs nutzen trotzdem die Pandemie, um noch mehr Steuergelder und die Freilassung gefährlicher Terroristen zu fordern.

Von Joachim Kuhs

Dieser Tage werden wir als Europa-Abgeordnete überhäuft mit Bittbriefen und „dringenden Appellen", um eine „humanitäre Katastrophe" in Gaza und den „besetzten Gebieten" abzuwenden. Die „palästinensische" Flüchtlingsbehörde UNRWA, über deren Korruption, Terrorunterstützung und Antisemitismus ich bereits in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU geschrieben habe, hat zwar schon ihre 82 Millionen Euro von der EU für das Jahr 2020 erhalten, bittet aber nochmals um 14 Millionen Euro, um sich auf den möglichen Ausbruch der Corona-Pandemie vorzubereiten.

Das „European Council on Foreign Relations" (ECFR), Vorreiter aller „Open Society"-nahen NGOs in Europa, zu deren Ratsmitglieder u.a. Norbert Röttgen, Alexander Graf Lambsdorff, Michelle Müntefering, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Ruprecht Polenz, Joschka Fischer, Sigmar Gabriel und Staatssekretär im Außenministerium Niels Annen zählen, nennt Israel „die Besatzungsmacht in Gaza", obwohl Israel den Gaza-Streifen 2005 geräumt hat und diesen Schritt seitdem jeden Tag bereuen musste.

Das ECFR warnt vor einem „katastrophalen Ausbruch" der Corona-Pandemie und rät der EU zur Umgehung ihres offiziellen Hamas-Boykotts zur Unterstützung von „Hilfsorganisationen, die mit den Hamas-kontrollierten Behörden zusammenarbeiten." Der Gaza-Streifen hat laut WHO erst 13 Corona-Fälle und keine Toten bei 2,1 Millionen Einwohnern, Israel dagegen 11.868 Infizierte und 117 Tote bei 9,1 Millionen Einwohnern.

Gaza profitiert in Corona-Zeiten von der Isolation

Bewohner des Gazastreifens sind laut Weltbank die üppigsten Empfänger von Hilfsgeldern der Welt. Dank dem doppelten Lockdown von Israel gegenüber der Außenwelt und gegenüber Gaza wurde das ehemalige Strandbad und Surfer-Paradies, das seit 2005 zur todbringenden Islamisten-Hochburg wurde, von der Corona-Pandemie bisher weitgehend verschont. Trotzdem lassen die Gutmenschen von EU, ECFR und NGOs keine Gelegenheit aus, um Geld zu betteln und Israel als Kriegsverbrecher darzustellen.

Als besonders perfide sticht ein Brandbrief der NGO „Popular Conference for Palestinians Abroad" hervor, unterschrieben vom Generalsekretär Mounir Shafiq, Fatah-Anführer und Mitbegründer des Islamischen Nationalkongresses, der die Freilassung aller 5.000 „palästinensischen" Terroristen fordert, die in Israel inhaftiert sind, da ihnen aufgrund „Überfüllung" und „fehlender medizinischer Betreuung" der „sichere Tod" bevorstehe. Der Brief beruft sich auf Informationen von NGOs wie Addameer und B'Tselem, die von deutschen Parteistiftungen der SPD, Linken und Grünen finanziert werden, um Anti-Israel-Propaganda zu fabrizieren.

Vor allem die „200 Kinder, 700 Patienten und 41 weiblichen Gefangenen" würden in 23 israelischen Gefängnissen unter „unmenschlichen Bedingungen" inhaftiert, so die E-Mail an EU-Abgeordnete, die sich für die „sofortige Freilassung" aller „palästinensischen" Gefangenen einsetzen sollten, da diesen sonst ein „kollektives Todesurteil" drohe, nichts weniger als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" und „Völkermord".

Der Brief führt mehrere Beispiele von „besonders gefährdeten" Gefangenen an, die tiefen Einblick in die geistige Verfasstheit seiner Autoren geben: „Israa Jabis, eine 36-jährige Gefangene, die über 50 % ihres Körpers Verbrennungen ersten, zweiten und dritten Grades aufweist, sowie Entstellungen ihres Gesichts und Rückens. Außerdem hat sie 8 Finger verloren. Ihr Zustand ist extrem kritisch."

Kein Wort darüber, wie Frau Jabris diese schrecklichen Verletzungen erlitten hat: Die Mutter zweier Kinder hat sie sich selber zugefügt, als sie im Oktober 2015 mit einer selbstgebauten Bombe auf einen Checkpoint in Ostjerusalem zufuhr. Die Bombe zündete zu früh, die israelischen Einsatzkräfte zogen die brennende Terroristin aus dem Auto und retteten ihr das Leben. Sie wurde zu 11 Jahren Haft verurteilt.

Einem Araber, der während der Corona-Krise aus einem israelischen Gefängnis entlassen wurde, wird die Temperatur gemessen, bevor er ins Westjordanland zurückkehren darf.

Eine zweite Frau wird als Beispiel für eine „unschuldige Gefangene" zitiert: Shatha Majid Hassan, Anführerin der Hamas-Jugend an der Bir Zeit Universität in Ramallah, die nach pro-Hamas-Ausschreitungen Ende 2019 zweimal die Schließung ihrer Universität bewirkt hatte. Aufgrund Terrorvorbereitung wurde sie am 5. Dezember 2019 verhaftet. Ähnlich ist es bei den „200 Kindern" die die „israelischen Besatzer" inhaftiert hätten, in der Regel nach Messerattentaten und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Militär und Polizei.

Die israelische Gefängnisverwaltung stellte auf meine Anfrage hin klar, dass es keine Corona-Infizierten in israelischen Gefängnissen gebe. Die Wärter und Gefangenen würden regelmäßig überprüft, die Einrichtungen sorgfältig gereinigt und desinfiziert, die Gefangenen umfassend in mehreren Sprachen aufgeklärt, mit Putz- und Hygieneartikel ausgestattet, und nähten sich selber Atemschutzmasken. Natürlich gebe es keine „Überfüllung" oder „fehlende medizinische Betreuung".

Perfide: Während Corona die Welt zusammenrücken lässt, versuchen Anti-Israel-Aktivisten mit Hilfe westlicher NGOs und deutscher Parteistiftungen die Situation auszunützen, um Mörder und Terroristen freizupressen.

MdEP Joachim Kuhs ist Mitglied des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlamentes, Vorsitzender der „Christen in der AfD" und Mitglied im AfD-Vorstand. 2019 besuchte er mit einer Delegation der „Juden in der AfD" Judäa und Samaria in Israel.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Die Bibelfälscher von Dänemark

Die dänische Bibelgesellschaft hat in einer neuen Übersetzung das Wort „Israel" mehrmals aus dem Heiligen Buch getilgt. Sogar die Königin nahm an den Veröffentlichungsfeierlichkeiten des geistlichen Standardwerkes jüdischen Ursprungs teil.

Von Elisabeth Lahusen

Stolz verkündete die renommierte Dänische Bibelgesellschaft im März „Dänemark bekommt eine neue Bibel": Das Ereignis wurde sogar mit einem Besuch von Königin Margrethe gewürdigt, der Schirmherrin der Bibelgesellschaft des skandinavischen Landes. Zur Veröffentlichung bekam das Staatsoberhaupt natürlich ein eigenes Exemplar der „Bibel 2020" geschenkt. Zur Veröffentlichungsfeier, die am 22. März in allen Kathedralen des Landes stattfand, nahm Königin Margrethe am Festgottesdienst in der Kirche „Unserer Lieben Frau" in Kopenhagen teil.

Hunderte Dänen hatten sich zuvor in Lesezirkeln und Arbeitskreisen im ganzen Land enthusiastisch und fleißig an dem Projekt „Bibelen 2020" beteiligt. Handwerker, Krankenschwestern, Lehrer und Schüler, Theologen und Laien prüften den neuen Text auf Verständlichkeit und Texttreue. Es sollte eine Bibel für das Volk werden. Ohne abgehobene Begrifflichkeit, sondern so, dass sie für jeden verständlich sei. Dutzende begeisterte Presseartikel begleiteten die Arbeit.

Doch Mitte April kam die Ernüchterung, als Jan Frost, ehemaliger Vorsitzender der israelfreundlichen dänischen Organisation „Ordet og Israel" (Wort und Israel) in verschiedenen Sozialen Medien darauf aufmerksam machte, dass in der neuen dänischen Bibelübersetzung etwas Entscheidendes fehlt.

Frost kopierte zwei Übersetzungen des 121. Psalms einmal aus der offiziellen Dänischen Bibel von 1992 und zum anderen aus der neuen Fassung von 2020 und schrieb dazu:

„Das Psalmen-Buch ist der meistgelesene Teil des Alten Testaments unter Christen. Obwohl es bei vielen Hymnen um die Kinder Israel geht, dachten die Übersetzer der neudänischen Version der Bibel, ‚die Bibel 2020', offenbar, dass sie das in einigen der Hymnen wohl missachten könnten. Deshalb haben sie den Text gekonnt angepasst und den Namen Israel entfernt. Zum Beispiel in Psalm 121, den viele Christen sehr lieben. Kann man das ein Übersetzen des Textes nennen? Urteile selbst! Mit alter theologischer Ausdrucksweise heißt es ‚Ersatztheologie'. Man ersetzt Israel durch die Kirche."

Siehe, der Hüter Israels schläft und schlummert nicht

Damit hat der dänische Gelehrte auf etwas aufmerksam gemacht, das zuvor von tausenden Lesern und Dutzenden dänischer Zeitungsredaktionen übersehen worden war, wie der Historiker und Journalist Mikael Jalving in „Jyllands Posten", der größten dänischen Tageszeitung, selbstkritisch bemerkte:

„Der frühere Präsident von ‚Wort und Israel' hat die neue Übersetzung der Bibel untersucht, die die Bibelgesellschaft gerade auf die Straße geschickt hat, und festgestellt, dass alle Verweise auf Israel (mit einer Ausnahme) aus dem Neuen Testament herausgelöst wurden. Stattdessen werden jetzt Begriffe wie die ‚Juden' oder das ‚jüdische Volk' verwendet. Darüber wundert sich der gute Mann. Ich auch, genauso wie es mir leidtut, die neue Sprachrichtlinie übersehen zu haben, als ich die neue Ausgabe überprüft und gelobt habe. Während Israel von der Karte gelöscht wird, gibt es zahlreiche Verweise auf z.B. Ägypten, Jordanien und Libyen in der Bibel, obwohl diese Orte heute auch andere geographische Grenzen haben als vor 2000 Jahren. Israel ist offensichtlich ein Stein in den Schuhen der Bibelgesellschaft.

Das von Birgitte Stoklund Larsen geführte Projekt sagt zu seiner Verteidigung, dass die Entfernung Israels im Neuen Testament aus rein kommunikativen Gründen erfolgt ist. Wenn der Name Israel beibehalten würde, könnten neue Leser den Ort mit dem Staat Israel verwechseln. Aber was ist mit Ägypten? Libyen? Libanon? Syrien? Jordanien? Offensichtlich müssen diese Namen heute in der Bibel fortgesetzt werden. Warum genau ist gerade Israel völlig anders? Eine qualifizierte Vermutung könnte sein, dass die Generalsekretärin der Bibelgesellschaft dafür bekannt ist, palästinensische Sympathien zu fördern, und noch 2016 in einer Chronik in JP – gemeinsam mit der fuchsroten Bischöfin in Haderslev, Marianne Christiansen, und dem fuchsroten Domprobst in der Kopenhagener Kathedrale, Anders Gadegaard – die Verantwortung für den Israel-Palästina-Konflikt den Israelis zuschob und die Palästinenser davon freisprach, eine Rolle bei der Eskalation des Konflikts gespielt zu haben." Der Artikel schließt mit dem bitteren Resümee: „Man könnte auch sagen, dass die Bibelgesellschaft es gemacht hat wie Poul Nyrup im Jahr 1996: Wenn wir Salman Rushdie nicht erwähnen, dann existiert er überhaupt nicht. Das gleiche hier: Wenn wir Israel nicht erwähnen, wird es wahrscheinlich verschwinden."

Jalving erinnert hier an einen in Dänemark unvergessenen Skandal, als im Herbst 1996 der dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen aus „Sicherheitsbedenken" verhindern wollte, dass Salman Rushdie am 14. November zur Entgegennahme des Aristeion-Literaturpreises der Europäischen Union nach Kopenhagen kommen dürfe.

Durch Jan Frosts Aufmerksamkeit ist nun die klammheimliche Verleugnung Israels bei der Übersetzung des Neuen Testaments in der „Bibelen 2020" öffentlich geworden. Blogger und Journalisten in Dänemark, Deutschland und Israel haben das Thema dann aufgegriffen.

Die Bibelgesellschaft dementiert jede politische Absicht

Auf die Frage: „Warum wird ‚Israel' im Neuen Testament in der zeitgenössischen dänischen Bibel 2020 nur einmal erwähnt?" antwortet die Dänische Bibelgesellschaft auf ihrer Homepage:

„Im Neuen Testament wurde das Wort ‚Israel' in ‚das jüdische Volk', ‚die Juden' oder ‚das Volk' übersetzt, denn wenn der griechische Text das Wort ‚Israel' verwendet, bezieht es sich auf ein Volk, mit dem Gott eine besondere Beziehung hat – Jakobs Nachkommen. Für den weltlichen Leser, der die Bibel nicht gut kennt, könnte sich ‚Israel' jedoch nur auf ein Land beziehen. Daher wurde das Wort ‚Israel' im griechischen Text auf andere Weise übersetzt, so dass der Leser versteht, dass es sich auf das jüdische Volk bezieht."

Und während man vor einem Monat sogar noch die Königin vor den Propagandakarren spannen konnte, erklärt man nun kleinlaut: „Die Bibel 2020 soll nicht die autorisierte Fassung von 1992 ersetzen, sondern sie nur ergänzen."

Königin Margrethe II. war wohl nicht bewusst, was für ein Projekt sie mit der neuen Bibel unterstützte.

Die Erklärung, dass das Land Israel in biblischen Zeiten nicht mit dem heutigen Israel identisch sei, ist erkennbar fadenscheinig, denn die gleiche Logik wird von den Übersetzern nicht angewendet, wenn andere Länder erwähnt werden, wie Mikael Jalving sehr richtig bemerkte.

Der uralte christliche Hass auf das Volk des Bundes

Doch Jan Frost weist noch auf ein tieferes Problem hin. Denn es geht hier nicht nur um Worte, sondern um die sogenannte Substitutionstheologie (lat. substituere, „ersetzen") Mit dieser Enterbungs- oder Enteignungstheologie wurden jahrhundertelang Judenverfolgungen in ganz Europa begründet. Mit der Bibel in der Hand redete man sich Pogrome schön, indem man behauptete, das einst von Gott erwählte Volk Israel sei nicht mehr das Volk seines Bundes, sondern für alle Zeit von Gott verworfen und verflucht, und Gottes Verheißungen an Israel seien auf die Kirche als neues Volk Gottes übergegangen. Erst nach dem millionenfachen Mord im Holocaust begann hier allmählich ein Umdenken, das sich seit dem Zweiten Vaticanum von 1965 auf katholischer und dem Synodalbeschluss der Rheinischen Landeskirche von 1980 auf evangelischer Seite in einer Revision des Bibelverständnisses niedergeschlagen hat. Erst jetzt begann man mit Martin Buber vom „nie gekündigten Bund" Gottes mit Israel zu sprechen.

Martin Mordechai Buber, der große jüdische Denker und Religionsphilosoph (1878-1965), hat in seinem historischen Zwiegespräch mit dem protestantischen Neutestamentler Karl Ludwig Schmidt am 14. Januar 1933 – also zwei Wochen vor der sogenannten „Machtergreifung" Hitlers – im Jüdischen Lehrhaus in Stuttgart das jüdische Bundesverständnis eindringlich dargestellt:

„Ich lebe nicht fern von der Stadt Worms, an die mich auch eine Tradition meiner Ahnen bindet; und ich fahre von Zeit zu Zeit hinüber. Wenn ich hinüberfahre, gehe ich immer zuerst zum Dom. Das ist eine sichtbar gewordene Harmonie der Glieder, eine Ganzheit, in der kein Teil aus der Vollkommenheit wankt. Ich umwandle schauend den Dom mit einer vollkommenen Freude. Dann gehe ich zum jüdischen Friedhof hinüber. Der besteht aus schiefen, zerspellten, formlosen, richtungslosen Steinen. Ich stelle mich darein, blicke von diesem Friedhofgewirr zu einer herrlichen Harmonie empor, und mir ist, als sähe ich von Israel zur Kirche auf. Da unten hat man nicht ein Quentchen Gestalt; man hat nur die Steine und die Asche unter den Steinen. Man hat die Asche, wenn sie sich auch noch so verflüchtigt hat... Ich habe da gestanden, war verbunden mit der Asche und quer durch sie mit den Urvätern. Das ist Erinnerung an das Geschehen mit Gott, die allen Juden gegeben ist. Davon kann mich die Vollkommenheit des christlichen Gottesraums nicht abbringen, nichts kann mich abbringen von der Gotteszeit Israels. Ich habe da gestanden und habe alles selber erfahren, mir ist all der Tod widerfahren: all die Asche, all die Zerspelltheit, all der lautlose Jammer ist mein; aber der Bund ist mir nicht aufgekündigt worden. Ich liege am Boden, hingestürzt wie diese Steine. Aber gekündigt ist mir nicht. Der Dom ist, wie er ist. Der Friedhof ist, wie er ist. Aber gekündigt ist uns nicht worden."

Nein, der Bund wurde nie aufgekündigt. Das Wort bleibt bestehen.

„So spricht Gott, der Herr: Wenn ich das Haus Israel wieder sammle aus den Völkern, unter die sie zerstreut worden sind, so werde ich mich an ihnen heilig erweisen vor den Augen der Heiden, und sie sollen in ihrem Land wohnen, das ich meinem Knecht Jakob gegeben habe."
(Hesekiel 28,25)

Und wer als Christ jetzt nach Ostern die Apostelgeschichte aufschlägt, der sei an die erste Frage erinnert, die die Apostel dem Auferstandenen stellten:

„Da fragten ihn die, welche zusammengekommen waren, und sprachen: Herr, stellst du in dieser Zeit für Israel die Königsherrschaft wieder her?"
(Apostelgeschichte 1,6)

Und so können wir Juden und Christen vereint sein in dem eindringlichen Gebet des Psalmisten:

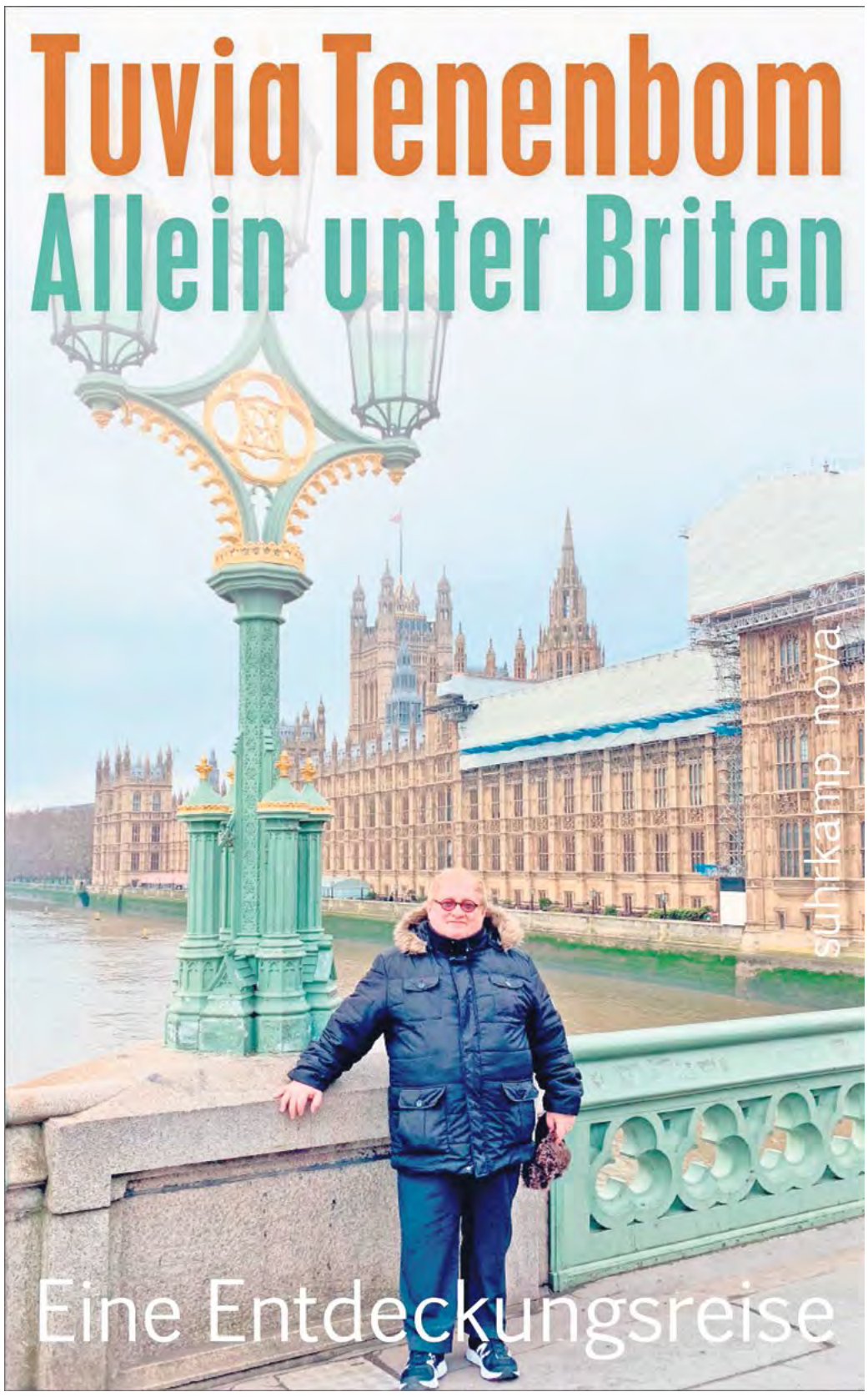
„Gott, schweige nicht! Verstumme nicht und sei nicht stille, Gott! Denn siehe, deine Feinde toben, und die dich hassen, erheben das Haupt. Gegen dein Volk planen sie listige Anschläge, und sie beraten sich gegen die, die bei dir geborgen sind. Sie sprechen: Kommt und lasst uns sie als Nation vertilgen, dass nicht mehr gedacht werde des Namens Israel!"

(Psalm 83)

Allein unter Briten

Der „jüdische Eulenspiegel“ und Träger des Preises für ehrlichen Journalismus der JÜDISCHEN RUNDSCHAU, Tuvia Tenenbom, nimmt in seinem neuen Buch die Briten genau unter die Lupe.

Von Filip Gaspar



Während ich diese Zeilen schreibe, wütet draußen das Coronavirus, das uns alle zwingt, zuhause zu bleiben und auch das öffentliche Leben, nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und im ganzen Rest der Welt, komplett auf den Kopf gestellt hat. Wie gut täte da ein Tapetenwechsel und Urlaub in einem Land vor unserer Corona-Zeit, zum Beispiel in Großbritannien. Dort befasste man sich vor dem Ausbruch von Corona noch mit so „banalen“ Dingen wie dem Brexit-Referendum und seinen Folgen. Also mit eben jenem 2016 abgehaltenen Referendum, bei dem 52 % von meist „ungebildeten Nationalisten“, meist am fortgeschrittenen Alter und der weißen Hautfarbe zu erkennen, dafür stimmten, dass Großbritannien die Europäische Union verlässt. Diese Entscheidung machte die Deutschen fassungslos und sie konnten nicht aufhören, den Ausgang des Referendums so zu bestaunen wie Schaulustige auf einen Unfall starren.

Diese Reise kann man nun zumindest in Gedanken antreten mithilfe des neuen Buches des amerikanisch-israelischen Autoren Tuvia Tenenbom. Denn er hat es wieder getan. Nach den Deutschen, Israelis, Amerikanern und Flüchtlingen müssen nun die Briten dran glauben. Damit ist es sein fünftes Werk aus der „Alleine unter...“-Reihe. Für den Dramatiker und Gründer des Jewish Theater of New York, Tuvia Tenenbom, stand das Heimatland von William Shakespeare schon immer ganz oben auf der Liste.

Man sollte jedoch nicht denken, dass der Brexit das Hauptthema des Buches sei.

Tenenbom macht zu Anfang des Buches deutlich, dass ein Großteil der Briten gar keine große Lust empfand, sich über dieses Thema zu unterhalten. Nichtsdestotrotz wird der Brexit auf vielen Seiten eine wichtige Rolle einnehmen und als Gesprächseröffnung dienen.

Über ein halbes Jahr verbrachte Tenenbom auf der britischen Insel und reiste querbeet von einer schottischen verarmten Kleinstadt bis zur Hauptstadt London mit all seinen Reichtümern. Es werden alle Arten von Ortschaften und Menschen gezeigt, denn Tenenbom zeigt keine Scheu und spricht mit jedem, der ihm begegnet. Politiker, Uber-Fahrern, Rentner, Verbrecher, Lords, Migranten und allerlei Leuten, die ihm auf der Straße, in Pubs, Taxen, in gut bewachten, aber meist leeren Synagogen und unbewachten, dafür vollen Moscheen, oftmals zufällig vor die Füße liefen.

Besuch bei Corbyn

Wer Tenenboms andere Werke kennt, der wird sich schnell im vertrauten Schreibstil von Tenenbom wiederfinden. Er kommt mit einer befreiten, teils schelmischen Gangart um die Ecke und holt aus seinem Gegenüber die skurrilsten, teilweise unlogischen Statements heraus. Manchmal entlarvt er aber auch einfach Feiglinge, die aus Kalkül oder Dummheit nicht das Offensichtliche zugeben wollen. So kommt es, dass viele Statements des Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn mal mehr und mal weniger antisemitisch sind, aber all dies Corbyn angeblich noch lange nicht zum Antisemiten macht. Solche und ähnlich wirre Aussagen unterschiedlichster Menschen finden sich zuhauf im Buche wieder. Doch Tenenbom wäre nicht der Meisterspion Tenenbom, wenn er der Sache nicht selbst auf den Grund gehen würde. Wer kann sich nicht an sein Meisterstück aus „Allein unter Juden“ erinnern, als er es schaffte, gegenüber prominenten „Palästinensern“ wie Jibril Rajoub und Chanan Aschrawi als „Tobi der Deutsche“ durchzugehen? Deswegen versuchte er diesen Trick auch wieder, um einen Termin im Büro von Jeremy Corbyn zu erhalten. Leider beging er den Fauxpas und versendete die offizielle Anfrage über die E-Mail-Adresse des Jewish Theater. Damit waren die Träume des Goj Tobi geplatzt. Aber Tenenbom schafft es dennoch Corbyn zu sprechen. Wer aber wissen will, unter welchen lustigen Umständen es dazu kam und welchen Ausgang die Begegnung nimmt, der muss das Buch selber lesen.

> So kommt es, dass viele Statements des Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn mal mehr und mal weniger antisemitisch sind, aber all dies Corbyn angeblich noch lange nicht zum Antisemiten macht.

Exakt diese Herangehensweise hat Tenenbom bekannt gemacht und seine Werke zu Verkaufsschlagern werden lassen. Er selbst bezeichnet bei einem Gespräch mit dieser Zeitung „Allein unter Briten“ als sein bisher gelungenstes Werk. Zumindest die israelische Bestsellerliste schien ihm eine Recht zu geben, denn er stand mit seinem neuen Buch für längere Zeit ganz oben auf eben dieser.

Doch auch anderen interessanten Persönlichkeiten begegnet Tenenbom in diesem Buch. Darunter Nigel Farage, der ihm Anekdoten über die Zeit in Brüssel und seine politischen Anfänge erzählt, Jürgen Klopp, dem wohl beliebtesten Deutschen auf der Insel und noch vielen anderen. Oder einem jüdischen Lord, der neben einer Zweitwohnung in Jerusalem, eine Tasche mit Pass und Geld in über 27 verschiedenen Währungen besitzt, um jederzeit das Land verlassen können.

Eben weil Tenenbom keiner festen Reiseroute, sondern seinem Bauchgefühl folgt, kommen Begegnungen zustande wie die mit einem Gangster alter Schule, der ihm sein Herz ausschüttet, als würden sie sich seit einer halben Ewigkeit kennen. Seine Gesprächspartner vertrauen ihm, weil er sie erzählen lässt, was ihnen gerade auf dem Herzen liegt und nicht, was er lieber hören möchte.

Natürlich wird man vom Antisemitismus auch nicht in Großbritannien verschont. Doch genauso wie Tenenbom sich eine Tarnung anlegt, so tut es auch der Antisemitismus in Form der „Israelkritik“. Tenenbom macht keinen Hehl aus seiner Verwunderung, welches Ausmaß des Antisemitismus er vorfindet. Von einer irischen Senatorin, die jeden bestrafen will, der Produkte aus den israelischen Siedlungen bezieht. Oder die Student Union, die mal eben einen Boykott israelischer Produkte beschlossen hat, dessen Mitglieder aber eigentlich keine Ahnung von Israel haben, außer dass Israel „palästinensische Kinder erschieße“. Die wenigen Juden, die er trifft, weigern sich ihm offen von ihren alltäglichen antisemitischen Erfahrungen und ihren Ängsten zu berichten.

Die neue englische Armut

Neben dem Brexit und der Vorliebe für „Palästinenser“ begegnet ihm auf seiner Reise auch die wachsende Armut. Ganze Städte und Landstriche sind Fabrikschließungen und dem Weggang von Industrien zum Opfer gefallen und regelrecht verarmt. Schuld daran sind zur Abwechslung mal nicht die Juden, sondern die polnischen Gastarbeiter. In London sieht man in einem Augenblick einen reichen Bänker und im nächsten einen Obdachlosen – dies alles nur wenige Meter voneinander entfernt.

Auf den ca. 500 Seiten ist nicht nur für Tenenbom-Fans etwas dabei, sondern auch „Anfängern“ wird das dargebotene Panorama der gegenwärtigen Situation Großbritanniens zusagen. Bestenfalls schafft es der Leser mithilfe des Buches hoffentlich ein paar Tage lang den Corona-Lockdown um sich herum zu vergessen.

Tuvia Tenenbom: Allein unter Briten – eine Entdeckungsreise.
Suhrkamp, Berlin 2020
502 Seiten
16,95 Euro

Eine Zeitreise mit Sigmund Freud auf Netflix

Erstmals haben der ORF und Netflix zusammen eine Serie produziert, die die Zuschauer ins Wien der Kaiserzeit entführt – mit einem jüdischen Helden.

Von Michal Kornblum

Wien 1886: Der junge Sigmund Freud, geplagt von finanziellen Problemen, versucht sich als Wissenschaftler und Mediziner durch die Behandlung der Hysterie mit Hypnose in der Wiener Ärzteschaft zu etablieren. Als „jüdischer Scharlatan“ verspottet, stoßen seine Ansätze auf große Empörung. Mit seinem Freund Arthur Schnitzler verbringt der kokainkonsumierende Freud die Abende in den exklusivsten Kreisen Wiens, wie auch im Palais Szápáry bei Séancen mit dem Medium Fleur Salomé. Dadurch gerät Freud zufällig in die Aufklärung einer Reihe von seltsamen Kriminalfällen in Wien. Unterstützt wird er dabei von dem sympathischen Inspektor Kiss und seinem gutmütigen Kollegen Poschacher. Es beginnt eine rasante Achterbahn durch die Wiener Crème de la Crème, bei der deutlich wird, dass jeder der Protagonisten seine eigenen Dämonen in die aktuellen Geschehnisse miteinbringt. Und welche Rolle spielt das merkwürdige Grafenpaar Szápáry in diesen Vorfällen?

Die immer schneller und konfuser werdende Handlung webt ein dichtes Netz aus Intrigen, Mord, Sex, Okkultismus, Orgien, Mystik und Verschwörungen bis ins Kaiserhaus und zeigt, welche Spuren der Krieg und die österreichisch-ungarischen Beziehungen durch alle gesellschaftlichen Schichten hindurch hinterließen.

Die 8-teilige Serie des österreichischen Regisseurs Marvin Kren ist die erste gemeinsame Produktion von ORF und Netflix. Es ist eine fiktive Mystery-Geschichte, die in die Biographie des echten Sigmund Freud eingebettet wurde. Mehrere Handlungsstränge teils mit fiktivem, teils mit realem historischem Bezug sind meisterhaft miteinander verflochten, Rückblenden und Trance-Erlebnisse durchziehen die gesamte Serie und lassen den Zuschauer an mancher Stelle etwas ratlos und irritiert zurück. Aber keine Sorge; am Ende löst sich die gesamte Spannung, die im Verlauf die Serie immer mehr aufgebaut wird, in einem fulminanten Showdown. Die Atmosphäre Wiens vor der Jahrhundertwende sorgt für ein entsprechendes Flair der Serie. Der Kontrast zwischen den hedonistischen Feiern der Oberschicht und dem ärmlichen Leben der einfachen Leute lädt die Spannung noch zusätzlich auf.

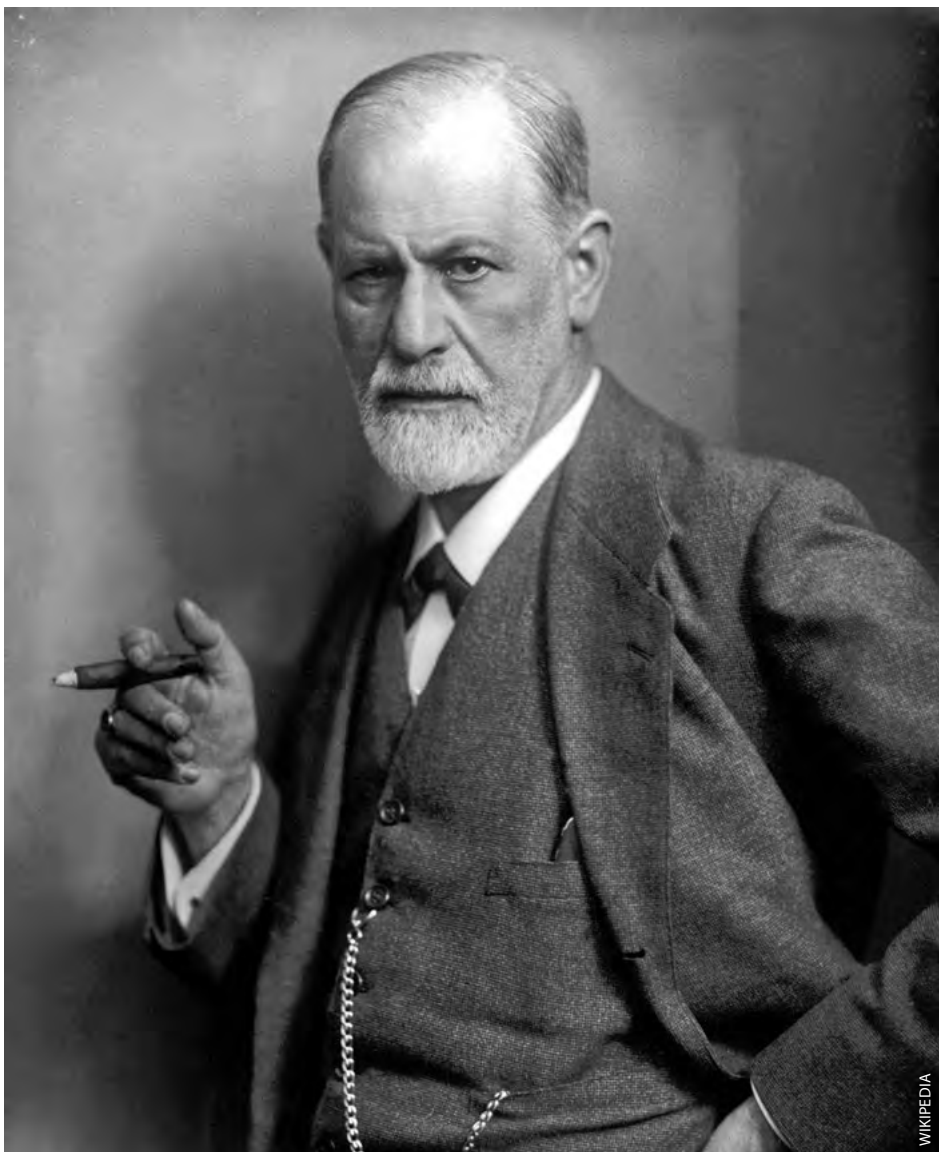
Freud steht in der Serie noch ganz am Anfang

Freud selbst wird als junger, ehrgeiziger Mediziner gezeichnet, der die Herangehensweisen in der Psychiatrie revolutionieren möchte. Dass er dadurch nur den Hohn aller renommierten Ärzte Wiens auf sich zieht, ändert nichts an seinen stetigen Versuchen sie vom Gegenteil zu überzeugen. Er ist verliebt in die Hamburgerin Martha Bernays, die er jedoch wegen seiner finanziellen Probleme nicht heiraten darf. Kren lässt den Antisemitismus der damaligen Zeit immer wieder in die Handlung miteinfließen, so zum Beispiel als ein Mädchen auf einem der Feste gewarnt wird „Vorsicht, Clara. Ein Jude“ und auch Freuds Hadern mit seiner eigenen Identität wird angedeutet, wenn er sich beim Schabbat mit der Familie die Kippa vom Kopf zieht.

Kren schafft es, dem Zuschauer die Möglichkeit zu geben, in das „alte“ Wien einzutauchen. Das Wien mit all seinen Intellektuellen wie Freud, Schnitzler und Breuer, aber auch das Wien mit seinen Schattenseiten, der Kriminalität und der Armut. Die Geschichte wird immer absurder und skurriler, aber die Spannung und auch ein gewisses Gruselpotential der dunklen Gassen Wiens wird durchgehend von der Serie mitgetragen. Die Serie hat einen Hang zum Abgründigen, zum Morbiden und zu den Grenzen unseres Bewusstseins.

Mit „Freud“ wurde eine Hommage an Sigmund Freud geschaffen, die ihn mit all seinen menschlichen Zügen zeigt, seiner Empathie, seiner Neugier, seinem Laster Kokain. Aber vor allem zeigt sie, dass Freud bei allem, was er tat, immer nur ein Jude blieb, dem fachlich und gesellschaftlich Skepsis und Misstrauen entgegengebracht wurde. Freud wird ganz am Anfang seines wissenschaftlichen Schaffens präsentiert, so dass das Schauen der Serie richtig Lust auf eine Fortsetzung macht.

Wir wissen heute, was aus Freud geworden ist. Der Vater der Psychoanalyse, ein Begründer einer völlig neuen Sicht auf die menschliche Psyche, ein Revolutionär auf seinem Gebiet. In der Serie sehen wir einen jungen Menschen, der es nicht leicht hat und als junger Rebell und Querkopf viel Kritik, Spott und Anfeindungen einstecken muss. Das macht Mut, Mut, den man als heutiger Rebell, Querkopf und nicht Mainstream-konformer Mensch genauso braucht wie damals.



Der österreichisch-jüdische Sigmund Freud ist der bekannteste Psychologe der Welt.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

„You don't know what you've got 'till it's gone!"

Ein Nachruf auf den jüdischen Komponisten Adam Schlesinger, der mit nur 52 Jahren in New York am Coronavirus gestorben ist.

Amy Sussman / GETTY IMAGES NORTH

Adam Schlesinger (links) mit Kollegen bei der Emmy-Verleihung.

Von Gerd Buurmann

An diesen Satz aus dem Lied „Big Yellow Taxi" der Liedermacherin Joni Mitchell musste ich denken, als ich vom Tod Adam Schlesingers erfuhr: „Du weißt nicht, was du hast, bis es weg ist."

Als das Lied von Mitchell herauskam, war Adam Schlesinger gerade mal zwei Jahre alt. Er wird das Lied vermutlich zum ersten Mal irgendwo in Manhattan, New York oder Montclair, New Jersey, gehört haben, wo er in einer säkularen jüdischen Familie groß wurde. Aus ihm sollte ebenfalls ein bedeutender Liedermacher werden.

Im Jahr 1997 erhielt Schlesinger eine Oscar-Nominierung für sein Lied „That Thing You Do", das er für die gleichnamige Komödie von Tom Hanks komponierte. Als Hanks von dem Tod Schlesingers erfuhr, sagte er, er sei „schrecklich traurig heute".

Im Jahr 2003 erhielt Schlesinger zwei Grammy-Nominierungen für die Band „Fountains of Wayne", in der er den E-Bass spielte und zusammen mit Chris Collingwood das erfolgreichste Lied der Gruppe schrieb: „Stacy's Mom". Im Jahr 2009 erhielt er den Grammy in der Kategorie „Bestes Comedy-Album" für „A Colbert Christmas: The Greatest Gift of All!"

Für eine Sensation sorgte er, als er für die 65. Verleihung des Tony-Awards die Eröffnungsnummer „It's Not Just for Gays Anymore" komponierte. An dem Abend wurde es von Neil Patrick Harris vorgetragen und zu einem Hit auf YouTube, wo es in kurzer Zeit mehrere Millionen Mal aufgerufen wurde. In dem Lied wird auf wunderbar selbstironische Art das Genre Musical persifliert.

Schlesinger selbst wirkte an vielen Musicals mit und erhielt zwei Tony-Nominierungen für das Musical „Cry-Baby". Vor seinem Tod befand er sich in Arbeit an dem Musical „The Bedweter" nach der Autobiografie der Komikerin Sarah Silverman. Als Silverman von seinem Tod erfuhr, erklärte sie: „Adam war ein erstaunlicher Liedermacher und Komponist und einer der lustigsten Menschen. Seine Lieder sind lustig und oft – trotz seiner selbst – erstaunlich herzlich."

Im Jahr 2019 erhielt er, nachdem er Jahre davor bereits mehrfach nominiert worden war, einen Emmy-Award für das Lied „Antidepressants Are So Not a Big Deal" aus der Fernseh-Musical-Serie „Crazy Ex-Girlfriend" mit Rachel Bloom. Adam Schlesinger arbeitete ebenfalls an einem Musical nach der erfolgreichen Serie „The Nanny" mit Fran Drescher.

Sarah Silverman, Fran Drescher und Rachel Bloom gehören zu den erfolgreichsten jüdischen Künstlerinnen und Komikerinnen der Vereinigten Staaten von Amerika. Alle drei Frauen sahen in Adam Schlesinger den besten Verbündeten, um all das in Musik zu fassen, worüber sie so herzerfrischend komisch erzählen konnten.

Schlesingers hatte einen enormen musikalischen Sinn für Humor. Ob in Dur oder in Moll, jedem seiner Lieder wohnte eine augenzwinkernde Liebe zu den Menschen und ihren Schwächen inne. Er verstand es, den Menschen, die seine Lieder hörten, trotz ihrer Zweifel und Ängste immer wieder Mut zu machen. Sein Lied „Gettin' Bi" zum Beispiel ist zu einem Lied geworden, das viele junge Menschen nutzen, um damit öffentlich zu ihrer sexuellen Orientierung zu stehen.

Auch ich singe seit Jahren immer wieder laut seine Lieder im Auto, wenn ich mit meiner Frau an die holländische Küste in Urlaub fahre. Besonders das Lied „End of the Movie", an dem er mitwirkte, singen wir immer besonders laut. In Anbracht seines zu frühen Todes möchte ich ein paar Zeilen ins Deutsche übersetzen:

„Das Leben ist nur eine stetige Aneinanderreihung von Offenbarungen, die über einen gewissen Zeitraum geschehen. Es ist keine sorgfältig ausgearbeitete Geschichte. Es ist ein Chaos und wir werden alle sterben. Wenn Du einen Film siehst, der wie das echte Leben ist, wirst Du sagen: ‚Worum zum Teufel ging es in diesem Film?' Das Leben ergibt keinen narrativen Sinn!"

Das Leben ergibt zwar keinen narrativen Sinn, aber ein Leben hat Sinn, wenn es das Leben so vieler anderer Menschen glücklicher macht. Adam Schlesinger hat mein Leben lustiger, reicher und leichter zu ertragen gemacht, und das merke ich gerade jetzt, da er weg ist.

„Du weißt nicht, was du hast, bis es weg ist."

Am 1. April 2020 starb Adam Schlesinger im Alter von nur 52 Jahren nach einer Infektion mit dem neuartigen Coronavirus. Er hinterlässt seine zwei Töchter und viele Menschen, die er glücklicher gemacht hat.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Ein Tag in Regensburg

In seinem 1933 auf Jiddisch verfassten Buch „Ein Tag in Regensburg“ beschreibt der Schriftsteller Joseph Opatoshu die Vertreibung der Juden aus der bayerischen Stadt im Jahre 1519. Nun erschien das Buch auch in deutscher Sprache.

Von Tina Adcock

Die Geschichte, in der es vor allem um eine jüdische Hochzeit geht, entbehrt zwar der historischen Genauigkeit, dennoch spielt sie inmitten des Zeitraums der tatsächlich stattgefunden Judenvertreibung in Regensburg im Jahr 1519. Sie behandelt die Freude und vor allem das Leid der jüdischen Gemeinde in diesem Zeitalter.

Die aus dem Jiddischen übersetzte und kommentierte Ausgabe von Evita Wickie und Sabine Koller beginnt mit einem Geleitwort der Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Ilse Danziger, das noch einmal die Umstände der vergleichsweise späten Übersetzung erläutert, sowie einem kurzen geschichtlichen Abriss über die Ausgrabungen in den Jahren 1995-1998 in Regensburg, bei denen die Überreste der mittelalterlichen Synagoge im ehemaligen jüdischen Ghetto im Südwesten der Stadt entdeckt wurden.

Im darauffolgenden Hauptteil des Buches ist vor dem eigentlichen Beginn der Geschichte die erste Seite des Original-Manuskripts von Joseph Opatoshu abgebildet, mit der dazugehörigen lateinischen Umschrift. Dieses Vorgehen lässt den Leser den Geist der nahezu vergessenen Welt des Jiddischen einsaugen und vermittelt Nähe zum Autor. Gerade für einen deutschsprachigen Rezipienten, der keine hebräischen Schriftzeichen lesen kann, wird es eine optische Freude sein, sich die Umschrift zu Gemüte zu führen und festzustellen, dass einige Wörter durchaus verständlich sind und die fremdartige Schriftweise schätzen.

Anziehungspunkt für jüdische Studenten

Auch während der Geschichte werden immer wieder in kursiver Schrift bestimmte Titel und Begriffe in Jiddisch und Hebräisch hervorgehoben und später erklärt, was dem Leser dabei hilft in eine andere Welt einzutauchen.

Das erste Kapitel des Werks spielt in der Synagoge, wo der alte Synagogendiener sich rege mit seinem Sohn über die anstehende Hochzeit unterhält. Später trifft er seinen Enkel an und erzählt ihm eine Geschichte über einen alten Reb und seine wunderbare Reise, die in Regensburg endete. Kurz darauf treten Jeschiwa-Studenten dazu, die trotz „zerrissener, zerschlissener Kleidung“ scherzen und ebenfalls den anstehenden Festivitäten entgegenfiebern. Diese Zustandsbeschreibung vermittelt dem Leser einen Einblick in den Alltag eines jüdischen Ghettos in einer größeren Stadt, sowie die Träume und den Alltag der Bewohner und Studenten, welche oft aus verschiedenen Ländern in berühmte Jeschiwas kamen, um zu lernen.

Im zweiten Kapitel wird beschrieben, wie eine große Schar Bettler sich beim Synagogendiener meldet, da sie traditionsgemäß zur Hochzeit verköstigt werden. Der Jeschiwa-Vorsteher erscheint und beschwert sich lautstark über die Scherze und „lasterhaften“ Vorschläge der Bettler, welche zotige Lieder und Witze von sich geben – der ewige Kampf zwischen gläubigen und weniger gläubigen Juden eben. Dieser wird auch im dritten Kapitel fortgeführt, in dem die Spielleute erscheinen, unter denen sich eine junge Frau befindet, die von den Jeschiwa-Studenten begehrt wird und die Bäcker, von denen ein Geselle einen Tanz mit ihr wagt.

Im vierten Kapitel geht es vor allem um ein Mitglied der Gauklergruppe namens Fischl, der mit einem der Jeschiwa-Studenten, Mojschl, vormals in einigen Jeschiwot studierte und nicht gerade glücklich über seine derzeitige Situation ist, da er sich für etwas Besseres hält. Er zieht mit den Talmudstudenten anschließend in eine Herberge, wo sie ein Singspiel eines Kommilitonen, Salmen, besprechen wollen. Ebenfalls tritt ein Buchverkäufer mit einem Bauchladen auf, was interessant ist, da er Gebetstücher auf Judendeutsch, also Jiddisch, verkauft und somit einiges Aufsehen erregt.

Das fünfte, bis einschließlich siebten Kapitels spielt im Wirtshaus, in dem der reiche kurfürstliche Lieferant, Lemlin, den Studenten und dem Spielmann Fischl Essen und alkoholische Getränke spendiert. Im Gegenzug darf er Unterhaltung und die Aufmerksamkeit von Rosa genießen, der schönen Gauklerin. Die Szene ist idyllisch und lustig, bis die Hochzeitsbotin seiner Ehefrau erzählt, was ihr Mann gerade im Wirtshaus treibt, was in einer Handgreiflichkeit zwischen Rosa und Lemlins Frau endet, bei der Rosa leicht verletzt wird und anschließend Fischl um den Hals fällt, der sich rührend um sie nach dem Angriff kümmert.

Besser zum Sultan?

Im achten Kapitel treten Reb Kalmen von Istanbul und Reb Petachja auf. Letzterer berichtet über die Situation der Juden in Regensburg, welche u.a. Leib- und Schutzzoll zahlen müssen. Er führt ebenfalls Gerüchte an, nach denen alle Juden aus der Stadt vertrieben werden sollen. In Istanbul hingegen, sieht die Lage anders aus: „Mohammed der Zweite hat neben seinem Thron für alle drei Religionen Platz gemacht. Zu seiner Rechten sitzen der Mufti und der Rabbiner, zu seiner Linken – der griechische Patriarch.“

Anschließend zieht die Hochzeitsgemeinschaft ein, samt dem Kurfürsten, der als Fürsprecher für die in Gefahr schwebenden Regensburger Juden gehandelt wird. Nach der Hochzeitszeremonie führt Rosa u.a. den Totentanz auf und sie erzählt Fischl, der ganz offensichtlich in sie verliebt ist, dass sie gern an den Hof gehen würden, was ihn zum übermäßigen Alkoholgenuss veranlasst. Die Geschichte endet damit, dass der Jeschiwa-Vorsteher Fischl offenbart, dass er nicht in Regensburg bleiben wolle und er ihn bittet, ihn zu begleiten.

Anschließend folgt das Kapitel Anmerkungen und das Glossar, das alle im Buch erwähnten hebräischen und jiddischen Wörter erklärt.

Danach findet sich ein in verschiedene Kapitel unterteiltes Nachwort, dass einen historischen, kulturellen und soziologischen Hintergrund der jüdischen Geschichte in Regensburg, sowie zu dem Werk an sich bietet. Abschließend sind eine Literaturauswahl, ein Dank sowie der Bildnachweis zu finden.

Prof. Dr. Sabine Koller, Professorin für Slawisch-Jüdische Studien an der Universität Regensburg, ist eine liebevolle Neuauflage und Übersetzung gelungen, die ein bisweilen heiteres Schauspiel inmitten einer Zeit liefert, in der man bei all dem Wissen um mittelalterliche jüdische Ghettos und Vertreibung meist weniger an fröhliche Gaukler und Hochzeiten denkt. Joseph Opatoshus Geschichte bringt Farbe in eine Welt, in der der Geschichtswissenschaftler allzu oft nur Graues und Tragödien herausarbeitet. Doch trotz aller Fröhlichkeit werden auch wichtige Fakten angesprochen, wie etwa die Abgrenzung zur christlichen Welt und die vermeintlich bessere Stellung des Judentums in anderen Reichen. Die Begriffserklärungen sind gelungen und lassen somit auch einen Rezipienten in die beschriebene Welt eintauchen, der eventuell im Alltag keinerlei Berührung mit dem Judentum hat, aber dennoch z.B. etwas über die Geschichte von Regensburg und eine untergegange Welt des Judentums lesen möchte.

Mein einziger Kritikpunkt ist, dass es für den Leser wohlmöglich einfacher wäre in die Geschichte einzutauchen, wenn diese Erklärungen der eigentlichen Geschichte vorangestellt wären. Dies obliegt aber natürlich ganz dem Geschmack des Herausgebers und schadet dem Gesamtbild des Werkes nicht.

Alles in allem handelt es sich hierbei um eine gelungene Übersetzung und historische Aufarbeitung einer untergegangenen Welt des Judentums, bei der man lacht, mitbangt und sich dank des offenen Endes wünscht (selbst wenn man bereits weiß, dass die Juden aus Regensburg vertrieben wurden), dass alles gut endet.

Ein gelungenes Buch, was ich all denen, die sich für die Geschichte der Juden im Mittelalter interessieren, nur wärmstens empfehlen kann.

Auschwitz #34207: „Die Joe Rubinstein Story“

Rezension des neuen Buches über Icek Jakub Rubinsztejn, der erst zu Nummer 34207 und nach der Befreiung aus dem KZ zu Joe Rubinstein wurde. 1942 endet sein bürgerliches Leben in Polen abrupt mit der Ankunft der Nazis vor dem Haus der Familie in Radom.

Von Filip Gaspar

„Ich glaube kaum, dass die Leute es verstehen würden. Manche haben von Ausschwitz gehört, vielleicht von Verwandten oder in der Schule, aber sie kennen es nicht wirklich. Sie wissen zwar, dass unter dem deutschen Regime schreckliche Dinge passiert sind, aber sie wissen es nicht so genau. Es war die Hölle. Die Hölle.“

Diese Aussage stammt von Icek Jakub Rubinsztejn, der erst zu Nummer 34207 und später zu Joe Rubinstein wird. Rubinstein entstammt einer polnisch-jüdischen Familie aus Radom. In der Nacht vom 30. April 1942 stehen deutsche Soldaten vor dem Haus der Familie und der damals erst 21-jährige Joe öffnet die Tür. Bis dahin durfte er eine größtenteils glückliche Jungend verbringen, die nur vom frühen Tod des Vaters überschattet wurde. Aus dieser wird er gerissen und steht jetzt nur im Nachthemd gekleidet, ohne die Möglichkeit sich etwas Wärmeres anzuziehen, noch sich von seiner Familie zu verabschieden – was ihn viel mehr schmerzen sollte als die nächtliche Kälte.

Dieser war er ausgesetzt auf der Ladefläche eines Viehtransporters, die er sich stehend und zusammen mit anderen Gefangen, über mehrere Tage teilen musste.

Die Entmenschlichung der Juden begann hier bereits, denn die menschlichen Bedürfnisse wie Schlaf und der Toilettengang durften noch verrichtet werden – aber unter welchen Bedingungen, das war den Nazis egal.

Die Würde des Menschen sollte im wahrsten Sinne des Wortes in der nicht vorhandenen Toilette runtergespült werden. Aus dem jungen Icek Jakub, der in Radom bei einem Schuster in die Lehre gegangen war, und später nach der Auswanderung in die USA noch ein bekannter Schuhdesigner werden sollte, wurde in dieser Nacht bloß eine weitere Nummer unter vielen.

Und auch wenn Rubinstein oben anführt, dass die Hölle von Ausschwitz als unbeschreiblich gilt, so ist den Autoren dieses Werks trotzdem gelungen diese Hölle in Worte zu fassen. Doch verstehen wird man diese natürlich niemals können – auch nicht nach der Lektüre von tausenden solcher Werke. Trotzdem muss man Joe Rubinstein danken, dass er seine Erlebnisse zu Papier gebracht hat bzw. der Altenpflegerin Nancy Sprowell Geise, der sich Rubinstein anvertraut hat und die seine Erlebnisse aufgeschrieben hat. Er selbst hat nämlich über 70 Jahre zu seinen „Aufenthalten“ in den Konzentrationslagern von Buchenwald, Auschwitz und Theresienstadt nichts erzählt, und erst im Alter von 92 Jahren sein Schweigen gebrochen. Geise führte Interviews mit ihm, trug Informationen zu seiner Familie zusammen und fand Belege seiner Aussagen, die sich im Anhang des Buches befinden. Dies mag manchmal den Lesefluss hemmen, verleitet, sobald man sich erst einmal daran gewöhnt hat, den Leser dazu einzelne Abschnitte wiederholt mit mehr Aufmerksamkeit zu lesen. Der Anhang besteht aus Fußnoten, einer Familienchronologie und einer ausführlichen Auflistung der im Buch erwähnten Konzentrationslager und Personen. Zusätzlich gibt es Fotos von der Gedenkstätte Yad Vashem und dem Holocaust Memorial Museum, die die erzählte Lebensgeschichte komplettieren. Nach der Veröffentlichung der amerikanischen Originalausgabe wurden drei Fotos von Rubinsteins Familie gefunden.

Das Buch ist in drei Teile aufgeteilt und in insgesamt 62 Kapitel, wovon die meisten kurz gehalten sind und selten mehr als ein paar Seiten lang sind. Entstanden ist ein Buch, das alles andere als leichte Kost ist und Einblicke in die tiefen Abgründe der menschlichen Seele gibt. Seien es Berichte über sich gegenseitig denunzierende Nachbarn, die alltägliche Hölle im industriell umgesetzten Massenmord oder täglicher Hunger, Durst und die Ungewissheit, dass man jederzeit zu ausgemergelt in den Augen der KZ-Aufseher sein könnte, und nicht mehr zurück in die Baracke kommt.

Geise führte lange Gespräche mit ihm und jedes der 62 Kapitel beginnt mit einem Zitat von Rubinstein.

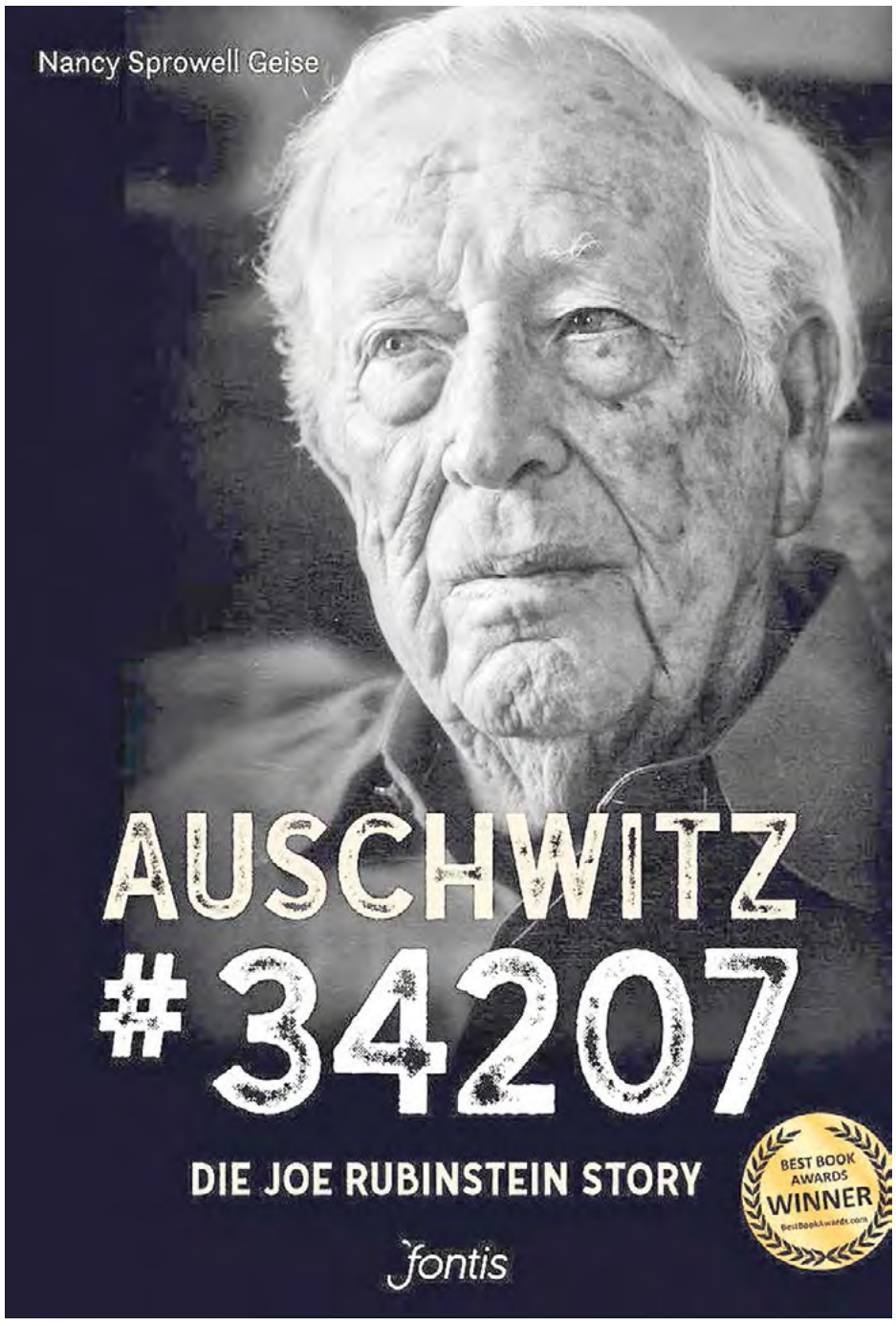
„Sie töteten sie, die Kinder ... Hunderte und Hunderte von ihnen. Sie brachte sie einfach um, weil sie keine Verwendung für sie hatten. Sie schlugen sie. Sie töteten sie. So wie Tiere ... das habe ich mit eigenen Augen gesehen, was sie da getan haben.“ (Joe Rubinstein)

Sexueller Missbrauch unter den Gefangenen

Dass Männer, die höchstwahrscheinlich selbst Kinder haben, so kalt diese Verbrechen verübten, erschüttert ihn bis heute und der Anblick ist ihm bis in die Gegenwart präsent. Auch nach über 70 Jahr erwacht er schweißgebadet in der Nacht, weil er die Schreie von Frauen und Kindern weiterhin hört. Doch trotz aller Grausamkeiten wie Misshandlungen, wird hier auch vom Tabuthema des sexuellen Missbrauchs unter den Häftlingen berichtet. Zuflucht findet er im Gebet, denn Rubinstein entstammt einer religiösen Familie, und das jüdische Leben vor Ausbruch des Krieges wird im ersten Teil ausführlich beschrieben. An seinem Judentum zweifelt er nie und es bleibt stets ein Teil seiner Identität, auch wenn er später eine Christin mit deutsch-polnischen Wurzeln heiratet, mit der er bis heute glücklich verheiratet ist. Der Wunsch seine eigene Familie wiederzusehen nährt seinen eisernen Lebenswillen und dieser wird auch nicht gebrochen, als er erfährt, dass mit großer Wahrscheinlichkeit niemand von ihnen überlebt hat. Endgültige Gewissheit, dass alle Familienmitglieder in Treblinka ermordet worden, hat er bis heute nicht. Man weiß nur, dass alle Bewohner des jüdischen Ghettos in Radom im August 1942 nach Treblinka deportiert wurden.

Im Mai 1945 befreien die Sowjets Theresienstadt und somit auch Rubinstein, der kurz darauf in die USA auswandert, heiratet und zu einem erfolgreichen Schuh-Designer wird. Was dieses Werk lesenswert macht, sind der auf jeder Seite durchdringende Überlebenswille von Rubinstein und die Liebe für das Leben an sich.

Es gibt viele Berichte von Überlebenden, was jedoch diese hier besonders macht, ist, dass man das Gefühl bekommt, als würde der Erzähler direkt leibhaftig vor einem im Stuhl sitzen und seine Erlebnisse mitteilen. Das Beschriebene ist zeitweise sehr intensiv und ausführlich beschrieben, so dass man die Lektüre weglegt um das gerade Erfahren sacken zu lassen.



Trotzdem oder vielleicht auch gerade deshalb hat die Joe Rubinstein Story das Potential zur Pflichtlektüre an Schulen zu werden.

Nancy Sprowell Geise
Ausschwitz #34207 – die Joe Rubinstein Story
FONTIS – Brunnen Basel VERLAG

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Das Schtetl zwischen zwei Kriegen

Bis 1939 existierten traditionelle Schtetl vor allem im Osten Polens – danach wurde die jiddische Kultur durch die Nazi-Barbarei gewaltsam ausgelöscht.

Von Anna Wotejschtschik

Das Schtetl: Ohne diesen Begriff kann man sich das jüdische Leben in Osteuropa kaum vorstellen. Gemäß dem Friedensvertrag zwischen Russland und Polen, unterschrieben am 18. März 1921 in Riga, wurden einige weißrussische Schtetl in mehreren Gebieten – um die Städte Grodno, Minsk und Brest – der Polnischen Republik einverleibt. 1931 lebten in dem „West-Weißrussland" genannten Gebiet (der Teil Weißrusslands, der nun zu Polen gehörte) 4,6 Millionen Menschen, darunter 2,9 Millionen (65%) Weißrussen, 675.000 (15 %) Polen, 495.000 (11 %) Juden, 113.000 (2,5 %) Litauer und Andere 293.000 (6,5 %), darunter Deutsche, Tataren, Letten, Karaiten, Russen, Sinti und Roma.

In West-Weißrussland gab es 85 Städte und etwa 200 Schtetl (der Begriff „Schtetl" existierte in West-Weißrussland offiziell bis 1939). Die polnischen Behörden betrachteten die Schtetl als eine Art Raum für den Handel und Tausch zwischen Stadt und Land, und ermöglichten so ihre wirtschaftliche Entwicklung. Die Integration der Schtetl-Wirtschaft in die Wirtschaft Polens erfolgte dank der Beteiligung der Juden sehr schnell, und machte viele Schtetl zu Handels- und Industriezentren von Gemeinden und Bezirken. Obwohl sich die Schtetl wirtschaftlich auf niedrigerem Niveau befanden als die übrigen Gebiete Polens – extrem schwierig war ihre Lage nicht.

Marktplatz im Schtetl Iche (nach Aquarell von V. Shterenberg)

Dienstleistung, wo es keine Industrie gab

Jüdische Handwerker, Kaufleute und Unternehmer gaben den Ton in der Wirtschaft der Schtetl an, da die meisten Weißrussen und Polen an ihr Land gebunden und hauptsächlich in der Landwirtschaft tätig waren. Es gab keine großen und mittelgroßen Landbesitzer unter den Juden, aber wenn ein Jude eine Parzelle hätte, würde er sie sicherlich verpachten.

Die jüdische Bevölkerung in West-Weißrussland war traditionell im Handel und Handwerk tätig. Handwerk in den Schtetl in den 1921-1939 Jahren war marktorientiert, und die Juden monopolisierten nach und nach die profitabelsten Handwerksberufe – solche, die mit der Verarbeitung von Holz, Metall, Leder und der Herstellung von Kleidung und Schuhen zu tun hatten. In den 1930er Jahren hat die Nachfrage nach Berufen im Bereich der Dienstleistungen für die Bevölkerung – Friseure, Fotografen, Uhrmacher, Fuhrleute –, erheblich zugenommen. Der Anteil der Juden an diesen Berufen war besonders groß. Vor allem in den Schtetl wurden diese Fachleute geschätzt, und Schtetl-Handwerker lieferten sich einen Wettbewerb mit den Facharbeitern in den Großstädten. Der private Transport von Personen – mittels Droschke – und von Gütern in den Woiwodschaften Polessk und Novogrudok wurde ausschließlich von Juden durchgeführt. Die Beförderungstätigkeit galt als harte Arbeit (ein Fuhrmann war nicht selten bis zu 7-9 Tage unterwegs), sie war aber lukrativ. Die polnischen Behörden, die Wald- und Landreichtum als billigen Rohstoff für ihre eigene Wirtschaft und als zusätzliche Gewinnquelle für ausländische Investoren betrachteten, waren nicht an der Entwicklung der Industrie in West-Weißrussland interessiert.

> Der polnische Staat reglementierte die Schtetl kaum und ließ dem dortigen Handel weitgehend freie Hand.

Von 1921 bis 1939 wurde dort keine einzige große Fabrik gebaut, und 39 % des Waldvermögens wurden von ausländischen Firmen und Monopolen in Betrieb genommen. Die meisten Industrie- und Handwerksbetriebe befanden sich in Privatbesitz, deren Inhaber hauptsächlich Juden oder polnische und ausländische Firmen waren. Um sowohl ein Industrieunternehmen als auch eine Handwerkswerkstatt gründen zu können, benötigte man ein Industriezertifikat oder eine Konzession.

Die größten Entwicklungsschübe machten in den Schtetl die Forst-, Chemie-, Textil- und Lebensmittelindustrie. Alle Industrieunternehmen in den Schtetl waren klein mit einer geringen Anzahl von Lohnarbeitern (von 2 bis 10).

Im Vergleich zu den polnischen und weißrussischen Fabriken waren jüdische Industrieunternehmen technisch weiter fortgeschritten – sie verfügten über Elektrizität, Dampfkessel und andere Gerätschaften.

Die profitabelste Industrie war die Holzverarbeitung, welche aber von polnischen und ausländischen Unternehmen monopolisiert wurde, deren Kapital vom Staat geschützt wurde; Grund dafür war der Export des weißrussischen Holzes als eine der Haupteinnahmequellen für den polnischen Staat.

Tykocin im Nordosten Polens ist eines der besterhaltenen Schtetl. Die Hauptsynagoge stammt aus dem 17. Jahrhundert.

Sogar ein Auto!

Für die Juden ist jedoch nicht die Industrie oder das Handwerk, sondern der Handel zu einer Priorität geworden. In jedem Schtetl gab es in der Mitte des Ortes einen Marktplatz, der voll von jüdischen Krämerläden und größeren Geschäften war. So beschrieben die Bewohner von Schtetl Mir, Woiwodschaft Nowogrudok, jüdische Kaufleute:

„Sie sind höflich und laden dich von der Tür aus in den Laden ein. Komm rein, gnädige Frau, komm rein! Alle riefen sie so: ‚Gnädige Frau', ‚Gnädiger Herr'. Wenn du in einen jüdischen Laden gehst und kein Geld hast, gibt er dir einen Kredit, wird in sein kleines Buch aufschreiben, und wenn du es nicht zurückgibst, werden es alle Juden erfahren. Gute Leute waren sie! Und wie viel Waren gab es: Und Sirup und Sprotten, und Wurst und Käse. Und von Kürbiskernen standen ganze Säcke voll. Der reichste Jude im Schtetl war Rabinovich, der Inhaber von zwei Geschäften. Von den Einwohnern wurde er besonders respektiert dafür, dass er alles bekommen konnte: Von Polen aus brachte er den Bewohnern speziell angefertigte Singer-Nähmaschinen, Fahrräder, Fotokameras und half sogar, ein Auto zu erwerben."

Wöchentliche Auktionen, Messen, Basare, stationärer und Hausierhandel brachten Juden ein bedeutendes Einkommen; in den Jahren 1921-1939 wurden periodische Handelsformen fast von stationären verdrängt.

Die Messen fanden an katholischen und orthodoxen Feiertagen nicht mehr als 10-12 Mal im Jahr statt und dauerten 2 bis 5 Tage. Der wöchentliche Handel fand in den meisten Schtetl nur an einem Tag statt, es konnte ein beliebiger Wochentag außer Samstag sein. Die Anzahl der kleinen, mittleren und großen Geschäfte lag je nach wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung eines Schtetls zwischen 25 und 150. Der stationäre Handel in den Schtetl West-Weißrusslands zeichnete sich durch die besondere Vielfalt der Verkaufsstellen und deren funktionalen Zweck aus. Es dominierten Lebensmittelgeschäfte, Süßwarenläden, Kolonial- und Kurzwarengeschäfte sowie kleine Läden, in denen bestimmte Waren wie Kleidung, Schuhe, Kunsthandwerk, Tee, Kaffee, Utensilien usw. verkauft wurden. Etwa 80-90 % aller Geschäfte in den Schtetl gehörten Juden. Nur in jüdischen Geschäften und Läden konnte man Waren auf Kredit kaufen.

Die Eigentümer erzielten erhebliche Einnahmen durch Handelsbetriebe, in denen sie Alkohol verkauften: Restaurants, Tavernen, Bars, Cafés, Geschäfte.

Hotels und Hausierer

In jedem Schtetl gab es Hotels und Gasthäuser, deren Anzahl von der kommerziellen und industriellen Infrastruktur des Schtetls abhängig war. Der Anteil der Juden in dieser Branche war bedeutend, dominierte jedoch nicht. Hotels gehörten gleichermaßen Juden wie Polen und Weißrussen; dabei waren die Besitzer der Gasthäuser hauptsächlich Juden.

Sie waren auch im Hausierhandel in Dörfern und Schtetl tätig, in der Regel wurden sie als Straßenverkäufer bezeichnet, die Waren auf Messen und Basaren kauften und sie dann mit einem Aufschlag auf dem Land oder in anderen Schtetl weiterverkauften. Eingekauft und wiederverkauft wurden: Kurzwaren, Leinen, Beeren, Pilze usw. Einige Straßenhändler waren auf den Verkauf eines Produkts spezialisiert: Eis, Sodawasser und Bonbons.

Gemäß § 11 des polnischen Handelsgesetzbuchs von 1918 gab es an jedem Ort, an dem mehr als 10 Kaufleute lebten, eine Kaufmannsgilde. In den 1930er Jahren in den Schtetl der Woiwodschaft Polessje wurden 17 jüdische Kaufmannsgilden gegründet, die insgesamt 40 bis 200 Mitglieder hatten. Die Verbände und Gilden von Kaufleuten konnten ihre Interessen gewähren und sie vor externer Konkurrenz schützen.

Die wachsende Rolle der jüdischen Bevölkerung im Handels- und Handwerkssektor des west-weißrussischen Schtetls wurde in erster Linie durch das Dominieren dieser ethnischen Gruppe in der sozialen Zusammensetzung der Schtetl und das Fehlen rechtlicher Auflagen und Einschränkungen des jüdischen Unternehmertums durch die polnische Regierung bestimmt.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Die Vereinten Nationen und die Schaffung einer jüdischen „bewaffneten Miliz“

Der Teilungsbeschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen (United Nations Resolution 181) vom 29. November 1947 ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist die Vorgeschichte des Teilungsplanes, und dass die UNO zum Eigenschutz vor arabischen Angriffen schon vor der Unabhängigkeit die Schaffung einer bewaffneten jüdischen Miliz förderte.

Von Karl Pfeifer

AFP

Araber posieren im Juni 1948 mit einem getöteten jüdischen Soldaten der Haganah, der beim Kampf um den Ölberg in Jerusalem gefallen ist.

Am 25. September 1947, während der zweiten Tagung der UN-Generalversammlung, begannen die Verhandlungen über den Bericht des „United Nations Special Committee on Palestine“ (UNSCOP) durch ein ad hoc formiertes Komitee. Basierend auf der Untersuchung von UNSCOP im Sommer 1947 hatte die Mehrheit die Teilung vorgeschlagen. Die Jewish Agency hatte diesen Mehrheitsvorschlag befürwortet, das Arab Higher Committee (AHC) hingegen hat einen arabischen Staat in ganz Palästina gefordert.

Die Frage, wie sich die Großmächte positionieren werden, wurde bald beantwortet. Schon am 26. September hat die britische Mandatsmacht bekanntgegeben, das Mandat aufzugeben und das Land so früh wie möglich zu verlassen, sowie ihre Weigerung britische Truppen einzusetzen, um einen UNO-Beschluss durchzusetzen. Am 11. Oktober erklärten die Vereinigten Staaten von Amerika, die Teilung zu unterstützen und zwei Tage später auch die Sowjetunion.

Am 21. Oktober wurde die Diskussion an ein Subkomitee delegiert, um die Details einer Teilung auszuarbeiten. Die Sowjetunion, die eine aktive Rolle im Nahen Osten spielen wollte, schlug vor, den UNO-Sicherheitsrat mit der Durchführung der Teilung zu beauftragen. Die Amerikaner, die nicht direkt involviert werden wollten und eine sowjetische Penetration der Region befürchteten, lehnten ab.

Sie einigten sich diese Angelegenheit kleineren Staaten zu überlassen, deren Rolle auf Beratung und Kontrolle beschränkt sein würde. Die Kommission sollte dem Sicherheitsrat Bericht erstatten, sie konnte auch bewaffnete Milizen in den zwei neuen Staaten rekrutieren, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und Grenzzwischenfälle zu vermeiden. Am Ende waren beide Supermächte mit dem erreichten Kompromiss zufrieden, der aber Schwäche ausstrahlte.

Die Generalversammlung glaubte damals, dass der UNO-Plan zur Errichtung eines jüdischen Staates ohne Unterstützung einer internationalen Streitkraft möglich sei. Diese Überzeugung gründete auf der Annahme, dass die arabischen Staaten ihre Drohung eines totalen Krieges nicht verwirklichen – dass die Feindseligkeit beschränkt bleibt – und auf die militärische Kraft des Jischuv, der jüdischen Gemeinschaft im Land. Diese Annahme war damals realistisch, denn die Araber hatten seit Anfang 1947 leere Drohungen gegen jeden Vorschlag der UNO ausgestoßen.

Als die Briten mitteilten, dass sie nicht bei der Verwirklichung der Teilung mitwirken würden, hat die Jewish Agency (J.A.) sofort erklärt, die volle Verantwortung für die Errichtung eines jüdischen Staates zu übernehmen. Als die UNO-Arbeitsgruppe für die Teilung Mosche Schertok, den Leiter der politischen Abteilung der J.A., dazu befragte, erklärte er eine internationale Polizeieinheit würde er begrüßen, jedoch würde die Hagana die Verantwortung für „law and order“ übernehmen.

Der schwedische Vermittler Emil Sandström

Der UNSCOP-Vorsitzende Emil Sandström sowie Ralph Bunche und Victor Woo, zwei Mitglieder des Sekretariats, hatten an einem geheimen Treffen mit vier hohen Hagana-Offizieren teilgenommen, geführt von Stabschef Israel Galili in Tel Aviv am 13. Juli 1947. Die Frage war, ob denn die Hagana im Falle eines UNO-Beschlusses zur Schaffung eines jüdischen Staates überhaupt fähig wäre, diesen gegen eine mögliche arabische Aggression zu verteidigen. Die Hagana-Offiziere waren zuversichtlich dazu imstande zu sein, sogar wenn die regulären Armeen der arabischen Staaten angreifen würden. Dieses Treffen hatte einen tiefen Eindruck auf die Vertreter der UNO gemacht. Sandström, der von UNSCOP als Experte eingeladen wurde, war überzeugt, dass die Hagana – zusammen mit Ezel und Lehi, zwei anderen kleineren Untergrund-Organisationen – im Falle von Feindseligkeiten die Araber besiegen würden, und teilte dies auch den Amerikanern mit. Aufgrund der Gespräche entwickelte Sandström ein Konzept, demzufolge die Juden notfalls selbst die Teilung in die Tat umsetzen würden.

Fünf kleinere Staaten – Bolivien, Dänemark, die Philippinen, Panama und die Tschechoslowakei – bildeten die Kommission (UNPC), was ungünstig war, denn außer der Tschechoslowakei hatten diese Staaten keinerlei Kenntnis von den Problemen vor Ort.

UNO-Generalsekretär Trygve Lie versuchte amerikanische Truppen für die Durchführung der Teilung zu erhalten, doch Washington stimmte nicht zu.

Das Sekretariat von UNPC arbeitete intensiv daran, den kurzen Teilungsbeschluss der Generalversammlung in Durchführungsprinzipien umzusetzen. Es hatte sich seit der britischen Weigerung weiter das Mandat zu behalten (Februar 1947) mit den Problemen befasst.

Ezel und Lehi sollen nicht mitmachen

Bereits am Tag nach dem Teilungsbeschluss, am 30. November 1947 begannen die Araber zu kämpfen und Terrorakte durchzuführen. Sie griffen jüdische Ortschaften an, behinderten den Reiseverkehr durch Hinterhalte und begingen in gemischten Städten wie Haifa und Jerusalem Terrorangriffe.

Die UNO-Experten mussten den Teilungsplan ändern. Sie nahmen an, dass es weder zu einem arabischen Staat noch zu einer arabischen Miliz kommen wird, und sie diesbezüglich die Lage mit dem Sicherheitsrat klären müssen. Hingegen sollte eine jüdische Miliz verschiedene und komplizierte Aufgaben erfüllen – in erster Linie die Kommission und das Team, das die Grenzen zieht, beschützen. Die Miliz sollte Angriffe von Arabern abwehren, aber auch die in dem jüdischen Staat verbliebenen Araber schützen. Palmach, die Elitetruppe der Hagana, sollte die bewaffnete Truppe der Miliz werden, die anderen Hagana-Mitglieder als Reserve dienen. Die Experten forderten explizit dazu auf, Ezel und Lehi nicht in die Miliz aufzunehmen.

Der Teilungsplan sagte nichts über die Bewaffnung der Milizen. Die UNO-Experten drückten ihre „Hoffnung“ aus, dass die Mitgliedsländer der UNO Waffen und Ausrüstung liefern werden. Die Miliz sollte mit den gleichen Waffen inklusive Panzerautos und leichte Panzer ausgerüstet werden, die von den Briten benutzt wurden. Kampfflugzeuge sollten auch dazu gehören, um aufzuklären und die „Araber des Negevs“ zu kontrollieren sowie Truppen schnell transportieren zu können.

Ende Dezember 1947 verlangten die Zionisten von den Amerikanern diese Miliz zu bewaffnen. Das State Department gab seine Zustimmung. Loy Henderson, der die Nahostabteilung leitete, versprach Unterstützung, obwohl er das von Präsident Harry Truman über beide Konfliktparteien verhängte Waffen-Embargo vorgeschlagen hatte. Dieses Embargo führte zu einer Protestwelle amerikanischer Juden. Henderson erklärte, dass Milizen unter UNO-Aufsicht nicht unter dieses Embargo fallen.

Am 9. Januar 1948 kam es zur ersten Sitzung der UNPC, in der der Tschechoslowake Karel Lisicky zum Vorsitzenden gewählt wurde. Am Tag zuvor sprach David Ben Gurion vor dem Zentralkomitee der sozialdemokratischen Mapai und betonte, dass die Jewish Agency befürwortet, dass UNPC bald ins Land kommt, um eine provisorische Regierung und eine Miliz aufzustellen. Er fügte hinzu, im Fall eines „wirklichen

Kriegs müssen wir uns darauf vorbereiten, uns vor allem auf unsere eigene Kraft zu verlassen."

UNPC hat sofort Briten, Juden und Araber gebeten Verbindungsleute zu ernennen. Die Briten ernannten ihren ständigen Botschafter bei der UNO, Sir Alexander Cadogan, und machten klar, dass ihre Truppen nicht an der Teilung mitwirken werden. Die Zionisten nannten Mosche Schertok als Verbindungsmann, das Arabische Hohe Komitee hingegen verweigerte jede Zusammenarbeit und versprach das Komitee zu boykottieren.

Viele Tote im Etzion-Gebiet südlich von Jerusalem

Die Briten sprachen sich gegen die Schaffung einer Miliz aus, die Hagana bezeichneten sie als „illegal". Es wurde klar, dass die Briten nicht in irgendeine Verbindung mit dem Teilungsplan gebracht werden wollten, um nicht ihre guten Verbindungen mit den Arabern zu unterminieren. UNPC war dennoch überzeugt, dass die Miliz entstehen könne, weil ja auch die Hagana existierte.

Am 15. Januar informierte Schertok die UNPC in New York über die Sicherheitsprobleme im Land, über die Kriegsvorbereitungen der Araber und die Unsicherheitsgefühle des Jischuv. Unerwarteterweise schlug er die „Errichtung einer internationalen Streitkraft" vor, die so bald wie möglich ins Land kommen sollte. Er versprach maximale Zusammenarbeit. Schertok war überzeugt, dass ein Sieg der Hagana ungewiss sei. Schreckliche Nachrichten aus dem Land bestärkten seine Einschätzung. Während der ersten Januarwochen musste der Jischuv schmerzliche Schläge hinnehmen, Verluste in Jerusalem und die Bedrohung des Etzion-Gebietes südlich von Jerusalem. Am 14. Januar griffen tausende bewaffnete Araber dieses Gebiet an und obwohl sie zurückgeschlagen wurden, hatte das Ausmaß dieses Angriffs den Jischuv schockiert. Zwei Tage später wurden 35 junge Palmachmitglieder, die zur Verstärkung der Siedlungen im Etzion Gebiet geschickt wurden, von Arabern getötet.

Die zionistische Führung war in einer Zwickmühle, mit energischeren Vergeltungsaktionen befürchteten sie nur noch mehr arabische Gewalttätigkeit. Dazu kam die politische Kampagne in der UNO, andererseits aber führte die Zurückhaltung der Hagana zum Vertrauensverlust.

Die UNPC arbeitete langsam, und über jede Einzelheit wurde hitzig gestritten.

Am 20. Januar 1948 sandte Schertok ein Memorandum an UNPC über die Notwendigkeit, eine internationale Streitkraft zu schaffen. Am nächsten Tag übergab er der Kommission detaillierte Vorschläge zur Schaffung einer jüdischen Miliz die – unabhängig – die Last der Sicherheit und der Durchführung des Teilungsplans tragen sollte. Die Miliz sollte am Tag des Mandatsendes bereit sein, so dass es dringend war, sofort mit der Organisierung zu beginnen. Sie sollte 30.000 bis 35.000 Bewaffnete in fünf Brigaden, inklusive Panzer und Artillerieeinheiten haben sowie eine Luftwaffe. Die UNO sollte diese bewaffnen und die Kosten tragen, bis der jüdische Staat ganz unabhängig ist. Die Kosten wurden auf 50 Millionen Dollar geschätzt. Das Dokument sah vor, dass die Militärberater der Kommission die Verbindung mit dem Generalstab der Truppe halten, dass aber die Miliz unter jüdischer Führung bleibt.

Misstrauen gegenüber Juden in den USA

Schertoks Forderung für Waffenlieferung war vor allem an die USA gerichtet.

Doch Washington war nicht dazu bereit. Es gab zu viel Widerstand. Unter den Offizieren der amerikanischen Armee war auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg der Antisemitismus verbreitet. Zum Beispiel war der verantwortliche General für Planung und Operation Albert Wedemeyer ein extremer Antisemit, der an die internationale jüdische Macht glaubte, die Washington manipuliert und dass die jüdischen Ratgeber von Präsident Roosevelt dafür verantwortlich seien, dass die USA in den Zweiten Weltkrieg eingetreten sind. In der Armee war die Idee, dass Judentum und Kommunismus verbunden sind, gang und gäbe. Das FBI überwachte auch die zionistischen Aktivitäten in den USA. 1946 hatte Wedemeyer eine Studie in Auftrag gegeben, über „Verbindungen zwischen Juden und Kommunisten". Das Ergebnis dieser Studie war, dass es keine solche Verbindung gibt. Die Tatsache, dass eine solche Studie überhaupt gemacht wurde, spricht Bände.

Das State Department war unzufrieden mit der Hagana, deren Vergeltungsschläge nicht zur Eindämmung der arabischen Gewalt führten. Präsident Truman sagte am 15. Januar 1948 während einer Pressekonferenz, dass die USA keine Soldaten ins Land senden werden. Die ersten Zweifel kamen auf, ob Amerika noch am Teilungsplan festhält.

> Die USA wollten keine Soldaten nach Palästina senden.

Am 27. Januar erschien Schertok wieder vor der Kommission. Er bat um die sofortige Lieferung von 500 Gewehren an die Jewish Agency und beschrieb die britische Gleichgültigkeit. Die Hagana war nicht in der Lage im Januar einen militärischen Sieg zu erringen und Schertok verheimlichte nicht seinen Pessimismus.

Tränen vor Angst

Lisicky war auch von der Hagana enttäuscht. Bereits am 24. Januar sagte er in einem vertraulichen Gespräch mit Cadogan, die Kommission sei „überzeugt", ohne eine Streitmacht kann der Teilungsbeschluss der Generalversammlung nicht durchgeführt werden. Am 30. Januar 1948 beauftragte Lisicky den Vertreter der Philippinen, Vincente Francisco mit der Aufstellung der Miliz. Wahrscheinlich um so die Sache zu begraben zu können. Francisco hatte Angst nach Palästina zu fahren und brach deswegen in Tränen aus. Nicht desto trotz machte er ein paar konstruktive Vorschläge, die von den Briten sofort abgewiesen wurden.

Am 28. Januar hielt Sir Alexander Cadogan vor der Kommission fest, dass die britische Regierung es für „unbedingt erforderlich ansieht, dass sie, solange die Mandatsverwaltung besteht, die ungeteilte Kontrolle über ganz Palästina behalten müsse. An dem festgesetzten Tag – das heißt, am 15. Mai – wird sie ihre Verantwortung für die Verwaltung Palästinas als Ganzes aufgeben. Sie kann nicht darin einwilligen, sie stückweise aufzugeben. Sie ist jedoch bereit, dem Eintreffen der Kommission in Palästina kurz vor dem Ende des Mandats zuzustimmen, damit es eine etwa vierzehntägige Überschneidungszeit gibt, während der die Kommission ihre Verantwortlichkeit übernehmen kann."

Die Briten informierten die Kommission regelmäßig über die Lage im Land und machten kein Geheimnis daraus, dass sie nur noch begrenzte Kontrolle ausübten. Am 4. Februar berichteten die Briten detailliert über die Ankunft der „arabischen Befreiungsarmee" im Land, eine Truppe arabischer Freiwilliger, die von der Arabischen Liga aufgestellt wurde, um den Teilungsplan zu verhindern. Trotz jüdischer Vergeltungsschläge und arabischer Massenflucht blieb wegen der Siege gegen die Hagana und dem ständigen Zuwachs von Verstärkung die arabische Moral hoch.

UNPC zog die Konsequenz, dass nur eine internationale Streitkraft den Teilungsplan durchführen könne. Lisicky und Federspiel glaubten, die Generalversammlung sollte wieder zusammentreten und entweder den Teilungsplan ändern oder ein internationales Regime im Land einführen. Um die Araber zu beschwichtigen und das Blutvergießen zu beenden, schlug Federspiel eine föderale Lösung vor, die einen jüdischen Staat verhindern würde. Das Personal der Kommission hielt jedoch fest an der Idee, die Teilung könne von der jüdischen Streitkraft durchgeführt werden.

UNO-Generalsekretär Lie meinte das Schicksal der UNO hänge ab von der Verwirklichung der Teilung. Er drohte mit Rücktritt, sollte der Teilungsbeschluss der Generalversammlung nicht durchgeführt werden und schätzte, dass ihm die führenden Kader der UNO folgen würden und die Organisation zusammenbrechen würde.

Die UNO sah die Schuld für die Gewalt klar bei den Arabern

Am 16. Februar hat die Kommission ihren ersten Bericht an den Sicherheitsrat geliefert. UNPC war nicht in der Lage, den Plan zu implementieren und übergab ihn deswegen an den Sicherheitsrat, damit dieser eine Streitmacht entsendet, um die Ordnung wiederherzustellen und den Teilungsplan durchzuführen. Der Bericht beschrieb die katastrophale Sicherheitslage und beschuldigte eindeutig die Araber, die Verantwortung für die Gewalt zu tragen.

Die Zionisten warteten unruhig auf die Verhandlung des Sicherheitsrates und befürchteten eine Revision des Teilungsplanes. Als dann am 24. Februar der Sicherheitsrat tagte, um über den UNPC-Bericht zu diskutieren, wurde offensichtlich, dass die amerikanische Unterstützung für die Teilung merklich geschwächt war. Diese hatte viele Gegner im State Department, sogar als dies der offizielle Standpunkt Washingtons war. Die USA wollten keine Soldaten nach Palästina senden. Das waren schlechte Nachrichten für die Zionisten, aber auch für Lisicky, der die Ehre der Kommission konsequent verteidigte. Er beschrieb die Situation im Land als ein „Chaos der Gewalt", und meinte ohne eine internationale Streitkraft ließe sich die Teilung nicht verwirklichen.

Schertok betonte, dass die Hagana bis dahin jede Attacke abgewehrt hatte, und was immer geschehe, die Juden sich selbst verteidigen werden. Gleichzeitig jedoch bat er die UNO um sofortige Hilfe, entweder eine internationale Streitkraft oder Waffen und Munition. Er fügte hinzu, dass die jüdische Miliz das allein geschafft hätte, wenn die Briten sich nicht eingemischt hätten.

Am 27. Februar, als Schertok vor dem Sicherheitsrat stand, sandte ihm Ben Gurion ein Telegramm, in dem er seinen Standpunkt zusammenfasste: „Die einzige Sache, die mir Sorge bereitet, sind nicht die Manöver verschiedener Kräfte in Washington und Downing Street, und nicht einmal formelle UNO-Beschlüsse, sondern Ausrüstung in ausreichender Quantität zur rechten Zeit (vor dem 15. Mai). Alles hängt davon ab."

Die UNO war plan- und ziellos

Trotzdem hielt Schertok fest an seinen Forderungen. Am 19. März 1948 wurde alles geklärt. Amerika gab bekannt, nach der Untersuchung der Situation fühle es, dass die Teilung nicht durchgeführt werden könne, deswegen sollte ein provisorischer Treuhänderrat durch die UNO in Palästina etabliert werden. Schertok hat diese Ideen sofort abgelehnt und dem Sicherheitsrat mitgeteilt, der Jischuv wird den Teilungsplan unabhängig verwirklichen.

Die USA beantragten für den 16. April eine außerordentliche Sitzung der Generalversammlung, um die provisorische Treuhänderschaft zu behandeln. Von da an wurde nicht mehr über eine „jüdische Miliz" gesprochen. UNPC hatte kein klares Ziel, ihr Sekretariat sandte zwar Anfang März ein Team ins Land, das aber nur reißerische Berichte an das UNO-Sekretariat nach New York senden konnte. Schertok forderte von der Kommission die Einsetzung einer provisorischen jüdischen Regierung, wie im Teilungsplan vorgesehen. Unentschlossenheit machte sich breit.

Noch Mitte Februar war Arkady Sobolev, der ranghöchste UNO-Funktionär, der sich mit der Sache befasste, unsicher, ob der Sicherheitsrat oder UNPC zur Lieferung von Waffen und Munition Stellung beziehen würde.

Am 2. März traf ein sechsköpfiges „Vorauskommando" der Kommission unter der Führung von Pablo Azcarate, ehemaliger Botschafter Spaniens in London, im Land ein. Azcarate meinte, die „Hauptbeschäftigung" der zusammenbrechenden britischen Verwaltung sei, „mit jeder möglichen Methode die Präsenz von jemandem zu behindern, der auch nur entfernt mit den Vereinten Nationen und insbesondere mit der Palästina-Kommission zu tun hatte." Die Briten hätten die Kommission „einer Politik der regelrechten Einschüchterung" ausgesetzt.

Am 19. März wurde bekannt, dass die USA den Teilungsplan nicht mehr unterstützen. Ben Gurion reagierte mit einer Presseaussendung. „In jedem Fall wird der jüdische Staat nicht wegen des Beschlusses vom 29. November, sondern durch die Möglichkeit unseres Sieges und unseren Bemühungen entstehen." Er fügte hinzu „So wie ich nicht am großen Jubel des Jischuv am 29. November teilgenommen habe, so werde ich auch nicht teilhaben an seiner Depression." Im März beschloss die Führung des Jischuv eine offensive Strategie, die im April und Mai Erfolge zeitigte.

Am 14. Mai 1948 hat die provisorische Regierung die Errichtung des Staates Israel erklärt. Dies wurde von der UNO nicht begrüßt, aber sie beanstandete auch nicht, dass der jüdische Staat sich nicht auf das im Teilungsplan vorgesehene Territorium beschränkte. 1948 wurde der UNO klar, dass ihre Annahme bezüglich einer „jüdischen Miliz" richtig war. Aus der Hagana wurde die Israelische Verteidigungsarmee, die fähig war, den jüdischen Staat zu verteidigen.

Die Geringschätzung und die politisch gewollte Ausblendung des jüdischen Beitrags zum sowjetischen Sieg 1945

Die Sowjetunion zahlte den höchsten Blutzoll des Zweiten Weltkriegs – nach neuen Schätzungen sogar mit weit mehr als 20 Millionen Opfern. Der jüdische Anteil an den sowjetischen Kriegsanstrengungen und Kriegsopfern wurde jedoch damals wie heute bewusst kleingeredet.

Von David Szymanowski

Am frühen Morgen des 9. Mai 1945 wachte ich von Freudenschreien auf: „Der Krieg ist vorbei! Deutsche – kaputt!“ Im Innenhof umarmten sich alle Nachbarn, die sonst so zurückhaltenden Sibirier, lachend und weinend. Schließlich kämpften in fast jeder Familie Väter und Kinder, und viele von ihnen starben. Ich rannte zur Schule, wo man uns sagte, dass es keinen Unterricht geben wird. Und wir, die Achtklässler, gingen zusammen mit den Menschenmassen auf die Hauptstraße von Krasnojarsk. Vor uns, taumelnd, ein Soldat mit verbundenem Kopf und „Katjuscha“ schreiend. Wir umarmten ihn und gingen weiter, militärisch-patriotische Lieder singend, bewegten wir uns dem ersten friedlichen Tag zu ...

Etappenweise Kapitulation

Später erfuhr ich, dass die Wehrmacht bereits schon früher begonnen hatte, sich teilweise der Gnade der Sieger zu unterwerfen. Am 29. April 1945 wurde die Kapitulation durch Generaloberst Heinrich von Vietinghoff-Scheel, Kommandeur der Heeresgruppe in Italien und Österreich, unterzeichnet. Am 2. Mai kapituliert die Berliner Garnison unter dem Kommando von General Weidling vor der Roten Armee. Am 4. Mai nahm der britische Generalfeldmarschall Bernard Montgomery in Lüneburg die Kapitulation der deutschen Streitkräfte in Holland, Dänemark, Schleswig-Holstein und Nordwestdeutschland vom Kommandeur der deutschen Marine, Admiral Friedeburg, entgegen. Und am 5. Mai akzeptierte der amerikanische General Devers die Kapitulation des Kommandanten Schultz der deutschen Truppen in Bayern und Tirol.

Hitlers Testament gemäß wurde in Flensburg eine Übergangsregierung unter Großadmiral Dönitz gebildet. Sie schätzte die militärische Lage als aussichtslos ein und war bestrebt, durch einen separaten Waffenstillstand im Westen und die Fortsetzung des Krieges gegen die UdSSR zusammen mit den Armeen der Alliierten so viele Deutsche wie möglich zu retten. Der Versuch, ein solches Abkommen abzuschließen, wurde von Admiral Friedeburg und General Jodl unternommen, der am 5. und 6. Mai nach Reims in Nordfrankreich, dem Hauptquartier des alliierten Befehlshabers General Eisenhower, flog, um eine einseitige Kapitulation aller deutschen Truppen an der Westfront vorzuschlagen.

Eisenhower forderte allerdings, dass die Deutschen alle Bedingungen der alliierten Streitkräfte akzeptieren, entsprechend der Entscheidung von Roosevelt, Churchill und General de Gaulle auf der Konferenz in Casablanca (Januar 1943) über die vollständige und bedingungslose Kapitulation der „Achsenmächte“. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde in der Nacht vom 7. Mai in Reims von den Generalstabschefs der Wehrmacht und der Westalliierten unter Beteiligung des Chefs der sowjetischen Militärmission, Generalmajor Susloparow, ein vorläufiger Akt der allgemeinen Kapitulation unterzeichnet. Er schickte den vorgeschlagenen Text sofort nach Moskau, aber die Antwort kam nicht rechtzeitig, weshalb Susloparow beschloss, das Gesetz im Namen der UdSSR zu unterzeichnen. Demnach sollten die deutschen Truppen die Militäroperationen am 8. Mai um 23.01 Uhr beenden.

Berlin-Karlshorst statt Reims

Doch Stalin erklärte erst mit Verspätung seine kategorische Ablehnung der Annahme dieses Dokuments: Die Kapitulation sollte als wichtigster historischer Akt vollzogen und nicht auf dem Territorium der Sieger, sondern dort angenommen werden, wo die Nazi-Aggression herkam – in Berlin, und zwar nicht einseitig, sondern notwendigerweise vom Oberkommando aller Länder der Anti-Hitler-Koalition.

Die feierliche Unterzeichnung der Akte über die vollständige und bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte fand am 8. Mai um 22.43 Uhr (23.43 Moskauer Zeit) im Berliner Stadtteil Karlshorst statt, in dem Gebäude, in welchem sich früher der Offiziersclub der Wehrtechnischen Schule befand. Auf deutscher Seite wurde das Abkommen unterzeichnet von: Dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, und den Vertretern der Luftwaffe und der Marine, Generaloberst Stumpf und Admiral von Friedeburg. Die Kapitulation wurde angenommen von Marschall Schukow von sowjetischer Seite – Marschall Tedder (Großbritannien), General Spaatz (USA) und General de Latre de Tassigny (Frankreich) setzten ihre Unterschriften als Zeugen. Um die Kapitulation im Namen des alliierten Kommandos entgegenzunehmen, sollte Eisenhower einfliegen, allerdings wurde er von Churchill und einer Gruppe von Offizieren, die mit der Zweitunterschrift unzufrieden waren, aufgehalten. Dieses Abkommen schuf einen Waffenstillstand an allen Fronten des Zweiten Weltkriegs und verpflichtete die deutsche Wehrmacht zur Einstellung der Feindseligkeiten und zur vollständigen Abrüstung.

Der englische Premierminister Churchill und der US-Präsident Truman beglückwünschten am 8. Mai ihre Mitbürger zu diesem Sieg. Und in der Sowjetunion erfuhren die Menschen von der Kapitulation der Deutschen durch die Botschaft des Sovinformburo am 9. Mai 1945 um 2.10 Uhr morgens. Lewitan verlas den Akt der Kapitulation des faschistischen Deutschlands und das Dekret des Präsidiums des Obersten Rats der UdSSR anlässlich der Verkündung des 9. Mai als „Tag des Sieges“. Am Abend wandte sich Stalin an das Volk, es wurde der Befehl zu einem Artilleriesalut mit 30 Salven von 1000 Geschützen verlesen. Am 5. Juni 1945 wurde die Niederlageerklärung über Deutschland unterzeichnet, mit der alle Macht auf die Sieger übertragen wurde. Die letzte Feier des Sieges über Deutschland war eine triumphale Militärparade in Moskau am 24. Juni 1945.

Der Beitrag der Westalliierten zum Sieg wird im heutigen Russland kleingeredet

Doch seit 1948 war der 9. Mai kein Feiertag mehr, und 17 Jahre lang beschränkten sich die Feierlichkeiten auf das Feuerwerk. Im Jahr 1965 wurde der „Tag des Sieges“ wieder zu einem offiziellen Feiertag erklärt, der den „Stolz auf die sozialistische Heimat“ wiederbeleben sollte.

In Putins Russland wird der Mythos vom außergewöhnlichen Sieg der Sowjetunion kultiviert, die Rolle der westlichen Länder bei der Niederschlagung des Hitlerismus deutlich kleingeredet und die objektive Analyse des Zweiten Weltkriegs durch das Strafgesetzbuch der Russischen Föderation unter Strafe gestellt. Verschwiegen werden die Kämpfe der Alliierten im Pazifischen Ozean, wodurch die Bedrohung der Sowjetunion durch den japanischen Militarismus beseitigt wurde, ebenso sowie die Kämpfe in Afrika, im Mittelmeerraum und in Westeuropa, durch die bedeutende Streitkräfte der Wehrmacht von der Verlegung an die Ostfront abgelenkt wurden. Ebenso wird die enorme materielle Unterstützung der Sowjetunion bei der Kreditvergabe verschwiegen. Der Tag des Sieges in Russland wird mit Pomp und Demonstration furchteinflößender Waffen durchgeführt.

Der Vertreter der Luftwaffe, Generaloberst Stumpf, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, und Admiral von Friedeburg für die Kriegsmarine unterzeichnen die Kapitulationserklärung.

Das erinnerungswürdige Datum, das zu einem Tag der Trauer, der Scham und der Schuld werden sollte, ist im Wesentlichen zu einer ungezügelten Manifestation der Größe des Staates geworden. Zum Symbol des Feiertages wurden die „Bänder des heiligen Georg“, die an die militärischen Auszeichnungen der Stalinzeit angelehnt wurden, und diese wiederum an die königlichen Orden und Kreuze des Zarenreichs zu Ehren des heiligen Georg. Die Aufregung um dieses Attribut drückt den Geist des großrussischen Chauvinismus, Militarismus und Obskurantismus aus. Der Dichter und Publizist Lev Rubinstein sieht darin einen „Versuch, das menschliche Gedächtnis zu bürokratisieren“, Agitationsrausch und einen Indikator für die Loyalität des Kremls. In einigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion ist seine Verwendung gesetzlich verboten.

Stalin machte anfänglich mit Hitler gemeinsame Sache

Die sowjetische Propaganda nannte den Krieg von 1941-1945 „groß“ und „heilig“. Putins Regime, das auf die patriotischen Gefühle der Bevölkerung spekuliert, heroisiert und romantisiert diese Tragödie der Völker der UdSSR, bläht die Rolle Stalins als „Organisator und Inspirator des Sieges über Hitlerdeutschland“ auf. Ignoriert wird die Tatsache, dass dieser Krieg ursprünglich Teil eines blutigen Weltmassakers war, zu dessen Hauptinitiatoren und Anstiftern die Sowjetunion gehörte. Hätte Stalin in den 1930er Jahren, in den Wahn geraten, Russlands einstige Größe wiederzubeleben, sich gegen den Einfluss der Kommunisten auf andere Länder gewehrt und sich den westlichen Demokratien angenähert, hätte die Realität eine völlig andere historische Alternative geboten: ein militärisches und politisches Bündnis gegen Nazideutschland hätte dessen aggressiven Pläne rechtzeitig eingedämmt.

Einen gravierenden Fehler begingen damals die Regierungen Englands und Frankreichs, besorgt durch die expansionistischen Pläne der Nazis und Kommunisten. Mit dem Abschluss eines gesonderten Abkommens in München, um Hitler auf Kosten der Tschechoslowakei zu „besänftigen“, förderten sie dessen Aggressionen nur, und steigerten das Misstrauen von Stalin gegenüber dem Westen, der begann, nach „profitableren“ Wegen zur Verwirklichung seiner bösen Absichten zu suchen. Er ging eine direkte Verschwörung mit Hitler ein, die in Form des Molotow-Ribbentrop-Pakts (August 1939) formalisiert wurde, welcher den Verzicht des Dritten Reichs und der Sowjetunion auf gegenseitige Angriffe und Militärbündnisse gegeneinander, sowie ein geheimes Protokoll über die Aufteilung der Einflussgebiete in Osteuropa zwischen diesen Mächten vorsah.

Das Bündnis mit der Sowjetunion hielt Hitler bei der Besetzung Frankreichs den Rücken frei

Bereits am nächsten Tag nach der Ratifizierung dieser Dokumente griff Nazi-Deutschland Polen heimtückisch an, was einen neuen Weltkrieg auslöste. Die Sowjetunion nutzte die Situation aus, um die westlichen Regionen der Ukraine und Weißrusslands, die baltischen Staaten, Bessarabien, die Nordbukowina und einen Teil Finnlands zu annektieren. Tatsächlich sind diese aggressiven Aktionen zu Schlüsselereignissen des Zweiten Weltkriegs geworden. Andererseits garantierte der Vertrag mit der UdSSR Deutschland eine wohlwollende Rückendeckung im Osten und großzügige Hilfe durch sowjetische strategische Güter, was zur Konzentration seiner Streitkräfte im Westen, zur raschen Niederlage der alliierten Armeen und zur Einnahme fast ganz Kontinentaleuropas beitrug, dessen Ressourcen später von den Deutschen im Krieg gegen die Sowjetunion in großem Umfang genutzt wurden.

Eine Reihe russischer Quellen sind der Meinung, dass der „Erfolg“ der sowjetischen Diplomatie ein enormer geostrategischer Fehler war, da dieser dem Land einen katastrophalen Schaden zufügte. Stalin hoffte, den langfristigen, gegenseitig erträglichen Kampf Deutschlands und der westlichen Länder zur Stärkung der militärischen Macht der UdSSR nutzen zu können, um einen präventiven Offensivschlag gegen die Deutschen zu führen und das durch den Krieg geschwächte Europa zu erobern. In Wirklichkeit griff die Wehrmacht, nachdem sie im Westen gemeinsam mit den Verbündeten Blitzsiege

errungen hatte, am 22. Juni 1941 an der gestreckten und schwach befestigten sowjetischen Grenze an und führte rasch eine breite Offensive im Landesinneren durch. Und die Rote Armee, welchem dem Feind personell und militärisch überlegen war, erlitt in den ersten anderthalb Jahren des Krieges eine vernichtende Niederlage.

29.574.900 Wehrpflichtige und 1.200.000 Kollaborateure

Der patriotische Aufschwung, der vor allem einen Teil der Stadtbewohner und Jugendlichen betraf, die für die sowjetische Propaganda am empfänglichsten waren, ging mit dem Rückzug der Roten Armee zurück. Am Anfang gab es viele Freiwillige, vor allem unter den Kommunisten und dem Komsomol, aus denen sich unter der Kontrolle des Parteiorganismus und des NKWD Milizgruppen und Kämpferbataillone bildeten, die oft nicht einmal mit Gewehren ausgerüstet waren. Die Hauptquelle für die Auffüllung der Armee war die allgemeine Mobilisierung, die in allen Kriegsjahren 29.574.900 Wehrpflichtige zur Verfügung stellte. Aber es gab viele Deserteure, die sich mit verschiedenen Mitteln der Wehrpflicht entzogen haben und brutal verfolgt, in Strafbataillone geschickt, bis hin zur Hinrichtung mit Beschlagnahme von Eigentum bestraft wurden. Ihre Komplizen und sachkundigen Verwandten wurden bis zu 10 Jahre inhaftiert, alle anderen wurden in entlegene Gebiete Sibiriens verbannt. Während der gesamten Kriegszeit waren es 2,5 Millionen Menschen, einschließlich der Überläufer zum Feind, die vor der Roten Armee flohen. Von ihnen wurde fast 1 Million verurteilt und 150.000 erschossen.

Unter denen, die nicht an der Front für die Sowjetmacht und die sozialistische Ordnung kämpfen und sterben wollten, waren mit der Kollektivierung und Verschleppung unzufriedene Bauern, oppositionelle Intellektuelle und Arbeiter, Mitglieder der unterdrückten und deportierten Familien, Kämpfer für die nationale Freiheit ihrer ethnischen Gruppen. Besonders viele von ihnen tauchten unter der Bevölkerung der kürzlich annektierten Regionen auf. Sie wurden zu Kollaborateuren – Komplizen der Besatzer, gingen zur örtlichen Polizei und zu antisowjetischen Abteilungen der ukrainischen Rebellenarmee und den baltischen „Waldbrüdern“. In den Reihen der Wehrmacht gab es Militäreinheiten verschiedener Völker der UdSSR: „Ost-Legionen“ mit bis zu 213.000 Menschen, die „Russische Befreiungsarmee“ von Wlassow mit 130.000, die Kosakendivisionen mit 70.000 Menschen. Insgesamt schlossen sich etwa 1,2 Millionen ehemalige Sowjetbürger der Wehrmacht, der SS und verschiedenen Kollaborateurs-Einheiten an.

Stalins Misstrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung

Im Gespräch mit dem amerikanischen Diplomaten W. Harriman im Herbst 1941 gab Stalin zu: „Wir wissen, dass unser Volk nicht für eine Weltrevolution kämpfen will, er wird nicht für die Sowjetmacht kämpfen. Vielleicht wird es für Russland kämpfen“. Die Unwilligkeit, „für das Vaterland, für Stalin“ zu sterben, wird auch durch die riesige Masse der sowjetischen Soldaten belegt, die sich ergeben hatten. Verschiedenen Daten zufolge betrug die Gesamtzahl der Gefangenen während des Krieges bis zu 5,2 Millionen Menschen. Der Kampfgeist der Roten Armee wurde durch Politstellvertreter, Sonderlinge und Smersch-Angehörige erhöht. Seit Juni 1941 wurden in der Roten Armee Absperrkommandos für den „rücksichtslosen Kampf gegen Spione, Verräter, Saboteure, Deserteure und alle Arten von Panik und Desorganisatoren“ geschaffen. Und im Sommer 1942 wurde ein Befehl des Verteidigungskommissars erlassen, № 227, der den Titel „Keinen Schritt zurück!“ trug. Auf die zurückweichenden sowjetischen Soldaten eröffneten Barrikadentruppen gezielt das Feuer aus Maschinengewehren.

Selbstverständlich gab es viele Heldentaten, wahre Manifestationen von Mut und Tapferkeit an der Front. Als Soldaten und Offiziere Kampferfahrung und militärisches Geschick gesammelt hatten, wuchs die Disziplin der Armee, der Wille und die Fähigkeit, den Feind zu besiegen. Der historischen Wahrheit folgend macht es jedoch wenig Sinn, über den universellen „feurigen Patriotismus“ und „Massenheroismus“ während des Krieges, über die „führende Rolle“ der Kommunistischen Partei, die „moralische und politische Einheit“ der sowjetischen Gesellschaft und die „brüderliche Freundschaft der Völker“ zu sprechen. Nach Ansicht des Philosophen Grigory Pomerants „wissen wir immer noch nicht, wie wir die anonymen Heldentaten tausender Kämpfer vom Schatten eines blutigen Despoten trennen können.“

Der Krieg in Zahlen – die Sowjetunion hatte sogar mehr Panzer und Flugzeuge als die Deutschen

Wir haben aus den Militärberichten über die von unseren Truppen zurückgelassenen Städte bittere Lehren gezogen, konnten uns aber nicht vorstellen, welch schreckliche Katastrophe ihre Niederlagen bei Minsk, Witebsk, Kiew, Wjasma, Charkow und auf der Krim, wo ganze Armeen umzingelt wurden, bedeuten würden. Zum Ende des Jahres 1942 hielten die Deutschen 1.926.000 Quadratkilometer des Territoriums der UdSSR besetzt – mit einer Bevölkerung von 70 Millionen Menschen. Sie zerstörten 1.780 Städte, Ortschaften und Dörfer, zerstörten 32.000 Industriebetriebe, 4.100 Bahnhöfe, 36.000 Kommunikationsunternehmen, plünderten 103.000 kollektive und staatliche Bauernhöfe, zerstörten 40.000 medizinische Einrichtungen, 84.000 Bildungseinrichtungen. Der Schaden für unsere Wirtschaft belief sich auf 2,6 Billionen Rubel. Das Land hat ein Drittel seines nationalen Reichtums verloren.

> Zum Ende des Jahres 1942 hielten die Deutschen 1.926.000 Quadratkilometer des Territoriums der UdSSR besetzt – mit einer Bevölkerung von 70 Millionen Menschen.

Was sind die Gründe für das niederschmetternde Versagen der sowjetischen Militärführung? Stalinisten führen dies auf den plötzlichen Angriff der Wehrmacht auf die UdSSR und die Überlegenheit des Feindes in Bezug auf Personal, Technologie, militärische Ausbildung und Kampferfahrung in großem Maßstab zurück. Dies ignoriert die Beweise dafür, dass Stalin sich der bevorstehenden Invasion der deutschen Truppen hinreichend bewusst war. Er unterschätzte diese Daten deutlich, überschätzte die Rote Armee und ergriff nicht rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigung. Die Fakten zeigen, dass die Zahl unserer Divisionen, Panzer, Geschütze und Flugzeuge zu Beginn des Krieges die Zahlen der Deutschen und ihrer Verbündeten überstieg. Aber die Armee wurde nicht rechtzeitig mobilisiert und entlang der westlichen Grenzen eingesetzt. Die Erfahrungen aus den militärischen Operationen auf Chalkhin-Gol und in Finnland wurden nicht vollständig berücksichtigt. Es herrschte ein akuter Mangel an qualifizierten Militärfachkräften, von denen viele während der stalinistischen Repressionen gestorben sind. Ein Großteil der militärischen Ausrüstung war veraltet oder bedurfte größerer Reparaturen.

Im Gegensatz zu den prahlerischen öffentlichen Behauptungen, dass wir bereit seien, gegen jeden Aggressor vorzugehen, waren die Behörden und das Kommando angesichts einer tödlichen Bedrohung inkompetent. In der Folgezeit lernten die sowjetischen Kommandeure, wie sie den Feind besiegen konnten, aber die Ergebnisse wurden oft auf Kosten unangemessen hoher Verluste erzielt, ohne die Suworow-Forderung zu berücksichtigen: „Gewinne nicht durch Zahl, sondern durch Geschicklichkeit.“ Der Erfolg vieler offensiver Operationen wurde mit exorbitanten Opferzahlen bezahlt, nach dem zynischen Prinzip „das Ziel heiligt die Mittel“. A. Galich schrieb später mit Schmerz darüber:

„Und es war den Soldaten bekannt,
die durch den Krieg aus dem Haus gerissen,
die die Städte zu gesetzten Daten einnahmen.
Und deshalb, um jeden Preis...
Daher, wir wussten es.
Und dennoch, ohne Gnade zu sich selbst oder anderen gegenüber,
kämpften, legten uns ins Zeug,
um den Arsch des Anführers zu retten.“

29 statt 20 Millionen tote Sowjetbürger?

Stalin hat die menschlichen Verluste des sowjetischen Volkes im Krieg deutlich unterschätzt, als er die Zahl von 7 Millionen Menschen nannte. Breschnew sprach bereits von mehr als 20 Millionen Toten, und die vollständigen Daten zeigen, dass es 29 Millionen waren. 11.944.100 von ihnen waren Soldaten, die im Kamp f starben, an Wunden und Krankheiten, oder nicht aus der Gefangenschaft zurückkehrten. Darüber hinaus wurden 15.205.592 sowjetische Soldaten verwundet, erlitten Verletzungen, Erfrierungen und Verbrennungen unterschiedlicher Schweregrade, und 2.576.000 von ihnen wurden lebenslang behindert. Schließlich war ein erheblicher Teil der Kriegsopfer Zivilisten: Über 7,4 Millionen Menschen starben infolge der Unterdrückung durch die Nazis in den besetzten Gebieten, durch Epidemien und Hungersnöte sowie durch feindliche Luftangriffe. Von den 5,3 Millionen Menschen, die nach Deutschland gebracht wurden, starben mehr als 2,1 Millionen in Gefangenschaft. Mehr als eine weitere Million starb bei der Evakuierung vor Hunger, Kälte und an Krankheiten. Demographen glauben, dass unter Berücksichtigung der ungeborenen Generation als Folge dieser Verluste die Gesamteinbuße des Landes 54-56 Millionen Menschen betrug. Dies war der wahre Preis des Sieges.

Die sowjetische Führung evakuierte 1,4 Millionen Juden, 2 Millionen blieben zurück

Unter den friedlichen Sowjetbürgern waren die Opfer des Krieges mit dem Faschismus in erster Linie die Juden. Die Evakuierung in den Osten erfolgte rechtzeitig für 1,4 Millionen der jüdischen Bevölkerung, wobei es aus den westlichen Regionen nur 100.000 waren. Aufgrund des raschen Ansturms der Deutschen und der Verantwortungslosigkeit der sowjetischen Behörden blieben etwa 2 Millionen Juden in den besetzten Gebieten. Fast alle von ihnen wurden von Hitlers Anhängern mit der Komplizenschaft von Kollaborateuren vernichtet. Während der Errichtung von Denkmälern für die ermordeten Juden sprechen die Behörden allerdings nur über die „Opfer unter der Zivilbevölkerung“.

Entgegen der Unterstellungen von Antisemiten kämpften 501.000 Juden in der sowjetischen Armee, 27 % von ihnen waren Freiwillige (der höchste Anteil unter allen Völkern der UdSSR). Und überall auf der Welt beteiligten sich etwa 1,5 Millionen Juden am Anti-Nazi-Kampf. Nur in der UdSSR erhielten mehr als 120.000 jüdische Soldaten Kampfpreise, darunter 157 den Titel „Held der Sowjetunion“ (45 davon posthum). Der Prozentsatz der ausgezeichneten Juden war mindestens ebenso hoch wie der der Russen. Und dies trotz der Richtlinie der Beschränkung der Zahl der ausgezeichneten Personen jüdischer Nationalität. Abram Levin hat ein Jahr früher als A. Matrosova mit seiner Brust die Scharte des feindlichen Zot, gefolgt von vier weiteren Juden verdeckt. Noch vor N. Gastello schickte Isaac Preisaizen ein brennendes Flugzeug in das Dickicht der feindlichen Truppen, sein Kunststück wurde von 11 Stammesangehörigen wiederholt. Der Gefreite Efim Dyskin, dreimal verwundet, zerstör

In den besetzten Gebieten beteiligten sich Juden aktiv an Guerilla- und Untergrundbewegungen. In den 20 Ghettos sabotierten sie, und zettelten bewaffnete Aufstände an. In 70 jüdischen Partisanenkommandos kämpften etwa 4.000 Menschen, und insgesamt waren es bis zu 49.000 Juden. Und 1.500 von ihnen kämpften in der Ukraine unter dem Kommando von 26 jüdischen Kommandeuren. Das größte Partisanenkommando, das ausschließlich aus Juden bestand, wurde in Weißrussland von den Brüdern Bielski gegründet. Der Minsker Untergrund wurde von Isa Kazinets geleitet, der 1942 von den Besatzern hingerichtet wurde. In Litauen kämpfte nach der Zerstörung des Ghettos von Vilnius die Abteilung „Nekama“ („Rache“) unter dem Kommando von Abba Kovner heldenhaft.

Die Legende vom passiven Juden ist falsch

Während des Krieges starben 198.000 Juden im Kampf, an Wunden, Krankheiten oder gingen verschollen, dies waren Soldaten und Partisanen (39,6 % der Gesamtzahl). Fast alle gefangenen Juden wurden getötet. Von den überlebenden Soldaten jüdischer Herkunft waren 180.000 (60 %) verwundet. Ein wichtiger Beitrag zum Sieg über den Faschismus war die Anstrengung der sowjetischen Juden hinter der Front. Unter ihnen waren die berühmten Schöpfer neuer Flugzeuge, Mörser, Munition, Panzerkonstrukteure, Wissenschaftler und führende Vertreter der Militärindustrie. Mehr als 180.000 jüdische Wissenschaftler, Ingenieure, Direktoren und Arbeiter wurden mit Orden und Medaillen der UdSSR ausgezeichnet, fast 300 erhielten den Titel des Preisträgers des Staatspreises für Wissenschaft und Technologie. Aber selbst darüber schwiegen die sowjetischen Medien ebenso absichtlich, wie heute die russischen.

Die Niederlage des Nationalsozialismus brachte der Menschheit den langersehnten Frieden, und bewahrte die Juden vor der totalen Vernichtung. Die Sowjetunion zwang den Ländern Osteuropas jedoch lange Zeit totalitäre Regime auf. Sowjetische Soldaten, die im Westen einen hohen Lebensstandard sahen, kehrten in die alte Verwahrlosung und Machtlosigkeit zurück. Als Folge des Kalten Krieges waren die Menschen vom Rest der Welt abgeschnitten. Stalin, seine Schergen und Gefolgsleute, die die demokratischen Freiheiten unterdrückten, schürten in jeder Hinsicht judenfeindliche Gefühle in der Bevölkerung, verdrängten jüdische Führer und Intellektuelle, verfolgten Anhänger des Zionismus und des Staates Israel, des Judentums und der jüdischen Kultur, diskriminierten Bürger aufgrund ihrer Nationalität. Dies ist die „Belohnung“ für all das Leid, das den Überlebenden des Holocaust und des Weltkriegs widerfahren ist.

Dies war ein Tribut an die Juden für ihren heldenhaften Beitrag zum Gesamtsieg über den Faschismus.

Übersetzung aus dem Russischen:
Sofia Ahatyeva

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen) vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststr. 49a.
Geschäftsstunden der Expedition: täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion:
Berlin N W. 87, Melanchthonstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 19 Berlin, 12. Mai 1905 — 6. Ijjâr 5665 X. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)

Der siebente Kongress
Englands Fremdengesetz
The Jewish Colonial Trust
Was wird aus unseren Töchtern
Von B. Leiser
Deutschtum mosaischer Konfession
Bericht über den Delegiertentag der jüdisch-nationalen Turnvereine
Aus der Bewegung
Rundschau
Aus Russland
Die Juden als Offiziere
Juden in Grossstädten
Jüdische Schüler in Berlin
Jüdische Ferienkolonieen
Allgemeines Archiv für die Juden Deutschlands
Jüdische Bürgermeister
Die Enkel Heinrich Heines
Von der Wiener Hofoper
Rundschau der Presse
Kleine Mitteilungen
Nationalfond
Feuilleton
Die Judenbuche (5. Fortsetzung)
Von Annette von Droste-Hülshoff

Literaturblatt

Jüdisch-Deutsch und Heräisch
Von Dr. Heinrich Loewe
R. Benjamin von Tudela und R. Petachjah aus Regensburg (Fortsetzung)
Von Dr. Grünhut
Literaturbericht
Neue Bücher

Gedenket des Herzlwaldes!

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU:
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE KLUB-ZENTRALE
Adresse des Vorsitzenden
Dr. Theodor Zlocisti,
Berlin N. 37, Motzerstrasse 34

Als der Schekel das Israelische Pfund ersetzte

Der Schekel ist für Israelbesucher ein wesentlicher Bestandteil ihrer Reise. Doch erst vor 40 Jahren wurde er als offizielle Landeswährung des jüdischen Staates eingeführt. Der Name bezieht sich auf eine antike Gewichtseinheit.

(Israelnetz) Seit 40 Jahren heißt die offizielle Währung in Israel Schekel. Der hebräische Name erscheint bereits in der Bibel. Doch bis zu seiner Einführung im Februar 1980 gab es mehrere Währungsreformen – und eine weitere fünf Jahre danach.

Das damals als Palästina bekannte Gebiet war bis 1917 Teil des Osmanischen Reiches. Damit war seine Währung an die der türkischen Herrscher angeglichen. Doch auch ägyptische Piaster waren im Gebrauch. Infolge der Niederlage der Osmanen im Ersten Weltkrieg ging Palästina als Mandatsgebiet an Großbritannien über. Die Briten führten 1927 das Palästina-Pfund ein. 1 Pfund entsprach 1.000 Mils.

Nach der Staatsgründung am 14. Mai 1948 wurde es durch das Israelische Pfund ersetzt, das ebenfalls aus jeweils 1.000 Mils bestand. Ab 1949 hießen die kleineren Geldeinheiten Prutot. Das hebräische Wort „pruta“ bedeutet „kleine Münze“. 1960 kam an ihre Stelle die Agora. Nun entsprachen 100 Agorot einem Pfund. Der Name Pfund wiederum war austauschbar mit der Bezeichnung Lira.

5-Lirot-Note von 1968 mit Porträt Albert Einsteins

Alter und Neuer Schekel

Am 24. Februar 1980 führte Israel wegen der hohen Inflation den Schekel ein, die Agora blieb als kleinere Einheit. Der Ausdruck „Schekel“ stammt aus der Bibel und bezeichnet eine Maßeinheit. Die Wörter „mischkal“ (Gewicht) und „schakal“ (wiegen) sind damit verwandt. Für je 10 Pfund erhielten die Menschen 1 Schekel.

Eine starke Inflation führte indes bereits 1985 zu einer weiteren Währungsreform. Seitdem heißt die offizielle Währung des jüdischen Staates „Schekel Chadasch“ – Neuer Israelischer Schekel (NIS). Er wurde zum Kurs von 1:1.000 umgetauscht. Der Neue Schekel gilt auch in den „Palästinenser“-Gebieten als gesetzliches Zahlungsmittel. Die arabische Bezeichnung ist „Schikil Dschadid“.

Banknoten gibt es heutzutage im Wert von 20, 50, 100 und 200 Schekel. Als Münzen sind 10 Agorot, ein halber Schekel sowie 1, 2, 5 und 10 Schekel im Umlauf. Die 1-Agora-Münze wurde 1991 aus dem Verkehr gezogen, die 5-Agorot-Münze ist seit 2008 nicht mehr in Gebrauch. Ursprünglich gab es auch 1-, 5- und 10-Schekel-Scheine.

Der neue israelische 100-Schekel-Schein (seit 2014)

Nach dem aktuellen Kurs ist 1 Neuer Israelischer Schekel rund 0,27 Euro wert. Umgekehrt würde ein Kunde beim Geldwechsler für 1 Euro 3,70 Schekel erhalten.

Biblische Wurzeln

Im Altertum war der Schekel ein vorderasiatisches Gewichtsmaß für Gold, Silber, Kupfer und Zinn. Abraham erwarb für 400 Schekel in Hebron eine Parzelle für die Beerdigung seiner Frau Sarah. Heute befindet sich dort das Patriarchengrab. In 1. Mose 23,16 heißt es: „Abraham hörte auf Efron und wog ihm die Summe dar, die er genannt hatte vor den Ohren der Hetiter, vierhundert Schekel Silber nach dem Gewicht, das im Kauf gang und gäbe war.“

Die Tempelsteuer betrug einen halben Schekel: „Es soll aber jeder, der gezählt ist, einen halben Schekel geben nach dem Münzgewicht des Heiligtums; ein Schekel wiegt zwanzig Gramm. Dieser halbe Schekel soll als Abgabe für den HERRN erhoben werden.“ Dieses Gebot findet sich in 2. Mose 30,13.

Bis heute feiern Juden einen Monat nach der Geburt ihres ersten Sohnes Pidion HaBen – die Auslösung der Erstgeburt. Dazu steht in 4. Mose 18,15f. geschrieben: „Alles, was zuerst den Mutterschoß durchbricht bei allem Fleisch, es sei Mensch oder Vieh, das sie dem HERRN bringen, soll dir gehören. Doch sollst du die Erstgeburt eines Menschen auslösen lassen, und die Erstgeburt eines unreinen Viehs sollst du auch auslösen lassen. Du sollst es aber auslösen, wenn‘s einen Monat alt ist, und du sollst es auslösen lassen nach der Ordnung, die dir gegeben ist, um fünf Schekel nach dem Gewicht des Heiligtums, das Silberstück zu zwanzig Gramm.“ Wer seinen erstgeborenen Sohn auslöst, verwendet in der heutigen Zeit dafür Silbermünzen, die diesem Gewicht entsprechen.

Im Jahr 1897 wurde in Basel der Erste Zionistische Weltkongress abgehalten. Die Juden, die nach der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina strebten, erhoben einen Mitgliedsbeitrag. Diesen nannten die Zionisten ebenfalls Schekel.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

„Ich bin meinen Instinkten gefolgt.“

Zum 90. Geburtstag der französisch-jüdischen Modeschöpferin Sonia Rykiel, die ein Imperium schuf, zu dessen prominenten Kundinnen auch Brigitte Bardot und Catherine Deneuve gehörten.

Von Boris Wainer

Sonia Rykiel mit ihrer Tochter Natalie

Das Leben einer prominenten Person steht immer im Licht der Öffentlichkeit. Der Tod allerdings auch. Dennoch verschickt der Élysée-Palast nicht zu jedem Franzosen, der das Zeitliche gesegnet und sich um den Staat verdient gemacht hat, eine Pressemitteilung. Aber der Modeschöpferin Sonia Rykiel, die mit 86 in Paris starb, wurde diese Ehre zuteil. Sein Beileid bekundete den Hinterbliebenen auch der damalige Präsident Frankreichs François Hollande: Mit Rykiel habe die Modewelt eine Pionierin und freie Frau verloren. Sie habe nicht nur Mode entworfen, sondern auch einen Lebensstil. Sie habe Frauen Bewegungsfreiheit verschafft.

Die zukünftige „Königin des Stricks“ wurde am 25. Mai 1930 in dem wohlhabenden Pariser Vorort Neuilly-sur-Seine in eine jüdische Familie hineingeboren. Ihre Eltern, Fanny und Alfred Flies, russische Jüdin und rumänischer Jude, verließen ihre Heimatländer unmittelbar nach der Oktoberrevolution 1917. Alfred Flies war Uhrmacher, Mutter Fanny Hausfrau; die beiden hatten fünf Töchter. „Ich bin in einer sehr bürgerlichen Familie groß geworden. Wir sprachen immer über Politik, über Kunst und Malerei“, so erinnerte sich die Modeschöpferin an ihre Kindheit.

Mit 17 absolvierte sie die Schule und begann in einem Pariser Textilgeschäft als Fensterdekorateurin zu arbeiten. 1953 heiratete sie Samuel „Sam“ Rykiel, den Inhaber einer eleganten Pariser Mode-Boutique im 14. Arrondissement. Zwei Jahre später wurde Tochter Nathalie geboren. Ihr Leben verlief in ruhigen Bahnen; Sonia half zwar ihrem Mann in seinem Unternehmen, versuchte bislang jedoch nicht, ihre eigene Kreativität auszuleben.

Eine Schwangerschaft als Startschuss

Erstaunlicherweise bedurfte es dafür der zweiten Schwangerschaft der damals 30-jährigen Rykiel, damit in der Modewelt ein neuer strahlender Name erscheinen sollte. Seit ihrer Kindheit mochte Sonia verschiedene Pullover, konnte jetzt aber keine bequeme, aber gleichzeitig schicke Kleidung für Schwangere finden. Schließlich bestellte Sam für seine Frau einen Strickpulli aus venezianischer Wolle, der nach ihren Forderungen siebenmal (!) geändert werden musste; und dennoch konnte man Sonia nicht zufriedenstellen. Daher blieb ihr nichts anderes übrig, als eine eigene Skizze zu erstellen. Dieser Entwurf ist so gut gelungen, dass Sam einige dieser Pullis in seiner Boutique ausstellte. Sofort zogen sie – wie auch die andere von Rykiel entworfene Umstandsmode – die Aufmerksamkeit junger Pariserinnen auf sich. Aber der Ruhm war noch weit entfernt.

Audrey Hepburn, Catherine Deneuve und Brigitte Bardot als Kundinnen

Und dann eilte ihr der Zufall zu Hilfe. Die junge angehende Sängerin Françoise Hardy (bald galt sie als Schönheitsideal der 1960er Jahre und das Gesicht der Yves-Saint-Laurent-Kollektionen) zog bei den Aufnahmen für das Cover der Zeitschrift „Elle“ den Pulli von Sonia Rykiel an. Der enge gestreifte „Poor Boy Sweater“ wurde zu einer Sensation. Bald darauf kaufte Audrey Hepburn bei Sonia ein Dutzend solcher Pullis; auch Catherine Deneuve und Brigitte Bardot wurden zu ihren Kundinnen. Es vergehen noch einige Jahre, und zu den Freundinnen und Kundinnen von Sonia Rykiel werden Anouk Emee, Fanny Ardan, Isabelle Ajani und Jeanne Morot. Sonia erzählte: „Dieser Designer-Job ist mir urplötzlich in den Schoß gefallen. Es war purer Zufall. Die ersten 10 Jahre sagte ich mir: ‚Morgen höre ich auf.‘“

> Sie schrieb Romane, Bücher über Modegeschichte und Kindermärchen; Andy Warhol drehte einen Film über sie.

Aber sie hat den Nerv der Zeit getroffen. Ihr Stil harmonierte mit dem Zeitgeschmack der 1960er Jahre. „Ich hatte keine Ahnung und machte daher einfach das, was ich wollte“, erinnerte sich die Modedesignerin Jahre später. „Ich habe auf niemanden gehört. Regnete es, entwarf ich einen Regenmantel. Es wurde kalt – ein Wintermantel musste her. Ich bin meinen Instinkten gefolgt.“

Rykiel wird eine der wichtigsten feministischen Modedesigner des 20. Jahrhunderts – das und ihre Vorliebe zum Schwarz verschafften ihr den Spitznamen „Coco Rykiel“.

1968 war für Sonia nicht nur von der Scheidung von Sam, sondern auch von der Eröffnung ihrer ersten Boutique geprägt – im eleganten Stadtteil Saint-Germain-des-Prés, einem Quartier der Philosophen und Schriftsteller, verbunden mit den Namen Sartre und Beckett, Picasso und Simone de Bovoire. Es war der Nonkonformismus, der Rykiels Stil prägte und zu ihrer Visitenkarte wurde. „Ich habe mich nie von allgemeingültigen Tendenzen leiten lassen. Meine Philosophie hieß Antimode“, verriet die Modedesignerin. Sie rief die Frauen auf, die Mode für sich selbst zu adaptieren anstatt ihr – und dem Diktat der Designer – blind zu folgen.

Möglicherweise war dies für die studentische Revolte von 1968 der Grund, allein die Boutique von Sonia Rykiel zu verschonen, als die schicken Vitrinen auf Saint-Germain zerschmettert wurden: Ihre Kreationen spiegelten den neuen Geist der Freiheit wider. Keine Abendkleider, sondern breite, fließende Hosen, locker sitzende Strickpullover und Baskenmützen bot die Modeschöpferin ihren jungen Kundinnen an.

Ein eigenes Parfum

Die Modelle Prêt-à-porter für den Massenverbraucher begannen gerade erst den Markt für sich zu erobern, und Sonia Rykiel war eine der Pionierinnen dieser Tendenz. 1970 nannte sie das amerikanische Magazin „Woman’s Wear“ „Königin des Strick“, das genügte ihr aber nicht mehr – das Firmenimperium wächst, die Modedesignerin bringt ihre Kollektionen an Accessoires und Parfums auf den Markt. Einige Düfte wurden in Flakons in Form eines kurzärmligen Pullis verkauft – Symbol des Modehauses Sonia Rykiel.

1972 richtete Madame Rykiel das berühmte Pariser Hotel Crillion am Place de la Concorde ein, 1977 wurde sie zur ersten namhaften Designerin, die eine Kollektion für den Katalog-Versand erstellte. 1987 kam die Kindermoden-Marke „Sonia Rykiel Enfant“ hinzu, 1990 eine Herrenmode-Kollektion; zwei Jahre später gab es auch Schuhmodelle von Sonia Rykiel. Die Modekünstlerin schuf Porzellan und Möbel, war als Schriftstellerin tätig – schrieb Romane, Bücher über Modegeschichte und Kindermärchen; Andy Warhol drehte einen Film über sie.

1974 wurde die Welt von der Rykiel-Kollektion mit von außen sichtbaren Nähten überrascht: „Ich wollte die Hautseite zeigen – sie ist schöner. Nähte, die die Formen des Körpers wiederholen, erinnern an die Bögen eines Tempels…“ Es war ihre Erfindung, den Kollektionen poetische Namen zu geben. Ebenfalls gehörte ihr die Idee, Kleidung mit Farbdrucken und Inschriften zu versehen, was zunächst mit Befremden aufgenommen wurde. Der erste Pullover mit der Inschrift „sen-

PATRICK KOVARIK, AFP

Das britische Model Lizzie Jagger präsentiert eine Herbst-Kreation für Sonia Rykiel.

suous“ („sinnlich“) wurde 1971 entworfen.

1980 wurde Sonia Rykiel zu einer der zehn elegantesten Frauen der Welt gewählt – und lieferte somit den Beweis, dass die Strickkleidung mit allen möglichen Trends schritthalten kann. In einem Interview formulierte die Designerin ihr Credo: „Von Anfang an hatte ich nicht den leidenschaftlichen Wunsch ‚Mode‘ zu machen; vielmehr war es mein Bestreben, der Frau zu folgen, die mir gefallen würde. Sie ist intellektuell, ein bisschen crazy, mal lustig, mal ernsthaft … Eine Frau für Männer, eine Frau für Kinder, eine Frau für Liebhaber… Sie schätzt Literatur, Malerei, Partys, das Leben… und Saison für Saison schrieb ich ihre Geschichte.“

20 Jahre lang – von 1973 bis 1993 – war Sonia Rykiel Vizepräsidentin der „Chambre Syndicale du Prêt à Porter des Couturiers et des Créateurs de Mode“; war außerdem Ehrenmitglied des Chocolate Clubs und Gran Havana Cigar Clubs. Ihre Wurzeln hat Sonia Rykiel indes nicht vergessen: Sie spendete unter anderem für israelische Kinder – Opfer des arabischen Terrorismus.

Eine Dynastie?

1995 ernannte Sonia Rykiel ihre Tochter Nathalie zur Geschäftsführerin sowie Kreativdirektorin des Modehauses Sonia Rykiel. Interessanterweise ähneln sich die Schicksale beider Frauen. Beide wurden Mütter, bevor sie sich ihrer Karriere widmeten; beide begannen ihre berufliche Tätigkeit in den Unternehmen ihrer Ehemänner, beide ließen sich scheiden und führten das Geschäft alleine fort. Mit 20 fing Nathalie an, im Unternehmen als Model zu arbeiten; später vertrat ihre Tochter, Sonias Enkelin Lola, die Modemarke in den USA.

2007 wurde Nathalie Rykiel offiziell zur Präsidentin des Firmenimperiums Sonia Rykiel. Gleichzeitig erfuhr die Welt von der Erkrankung der „Königin des Strick“: Sie nannte sie „P de P“ (Putain de Parkinson, „diese verfluchte Parkinson-Krankheit“). Frankreichs Präsident Nikolas Sarkozy überreichte ihr 2009 den Orden der Ehrenlegion und bezeichnete sie dabei als „eine unerträglich französische Designerin“. Daran waren nicht nur ihre Kreationen schuld, die Rebellion und Unabhängigkeit repräsentierten; das Modehaus Sonia Rykiel blieb auch bis zum Verkauf von 80 % seiner Anteile an die Investmentfirma Fung Brands Ltd. aus Honkong im Jahre 2012 das einzige unabhängige Modeunternehmen in Frankreich, das nur der Gründerfamilie gehörte.

Mick Jaggers Töchter

Dennoch konnte die Marke Sonia Rykiel ihre Renaissance erleben – dank den Schwestern Jagger, den Töchtern des legendären Frontmanns der Rolling Stones, Mick Jagger. Julie de Libran, die neue Kreativdirektorin der Marke Sonia Rykiel, gab zu, dass die Werbekampagne von den Schwestern Jagger eine besondere Bedeutung hatte. Sie lief mit viel Elan, die Dreharbeiten fanden in Saint-Germain-des-Près statt, Model Jerry Hall, die Mutter der beiden Schwestern, lief für Sonia Rykiel auf dem Podium. Mit Julie de Libran ging es mit dem Modehaus wieder bergauf; die neue Kreativdirektorin konnte der Marke ihre frühere Heiterkeit und eine gewisse Leichtherzigkeit zurückgeben. Im Kern der neuen Kollektion standen nach wie vor Rykiels Stil und Philosophie der 1960er Jahre; hier war in der Tat das Neue in Wirklichkeit das vergessene alte Gute.

Die Marke wird begraben – der Name lebt

Aber Julie de Libran verließ im März 2018 das Modehaus und einen Monat später meldete das Unternehmen Insolvenz an; die Boutiquen in London und New York wurden geschlossen. Als sich nach einem Jahr kein Käufer für das legendäre Modehaus fand, hat das Pariser Handelsgericht im Juli 2019 die Liquidation des Hauses Sonia Rykiel beschlossen. Eine Pariser Designerin meinte damals über Sonia Rykiel: „Ich hatte das Gefühl, sie sei zum zweiten Mal gestorben.“

Ja, die Modemarke hörte auf zu existieren; was Madame Rykiel selbst anbelangt, sie – Kommandeur der Ehrenlegion und Kommandeur des Verdienstordens der Nation – wird nicht in Vergessenheit geraten. Auch eine Rose ist nach ihr benannt: Rosa generosa Sonia Rykiel.

Im September 2018 wurde im sechsten Pariser Arrondissement, im Quartier Saint-Germain-des-Prés eine Allee auf den Namen Sonia Rykiel getauft. Eine Königin wird immer eine Königin bleiben.

Übersetzung aus dem Russischen von Sofia Ahatyeva

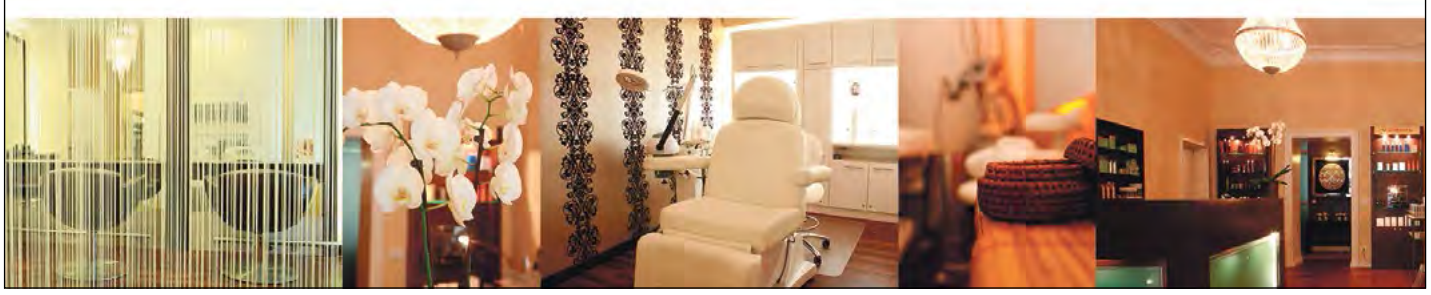
Sonia Rykiel: Die schönsten Zitate

„Das Kleid jeder Frau in jedem Land ist ein ewiger Kampf zwischen dem ersichtlichen Wunsch, sich anzuziehen und dem geheimen Wunsch, schnell ausgezogen zu werden.“

„Ich verzeihe nie den Menschen, die zu faul sind, zu denken.“

„Wie wollen Sie einen High Lifestyle wahren, ohne High Heel zu tragen?“

„Deine Kleidung – deine Ansichten. Du wirst nicht verstanden, wenn du im Anzug über Liebesaffären des Nachbarn plauderst und in einem transparenten Kleidchen die Regierung kritisierst. Die Kleidung muss Fortführung der Gedanken sein.“

BEAUVITÉ®
... wo die Schönheit zu Hause ist.
Kosmetik · Friseur · Maniküre · Pediküre · Permanent Make-up · Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung · Lipolaser · Kryolipolyse · Kavitation · Mesotherapie
Faltenunterspritzung · Multipolare Radiofrequenz
Fasanenstraße 40 · 10719 Berlin · Tel.: (030) 88 91 64 59
WWW.BEAUVITÉ.DE


Wer war Jonas Salk?

Der amerikanisch-jüdische Arzt, Entdecker des Polio-Impftoffes und Bezwinger der schrecklichen Kinderlähmung ist ein Held der Menschheit – aber in Deutschland kaum bekannt.

Von Dr. Nikoline Hansen

Dr. Jonas Salk spricht vorm Weißen Haus, an der Seite von Präsident Eisenhower.

AFP

Schon immer wurde die Menschheit von Krankheiten geplagt. Dass es dabei nicht nur Einzelne traf, sondern dass Krankheiten sich in Gemeinschaften teilweise sehr schnell verbreiten, ist ein Phänomen, das sich anfangs nicht erklären ließ. So führte etwa die Pest, die die Menschheit seit mehreren tausend Jahren plagt, noch im Mittelalter zu Pogromen gegen Juden – in der Regel noch ehe die Krankheit vor Ort zuschlug: die Furcht reichte aus, um die Menschheit in Angst und Schrecken zu versetzen. Zugleich begann Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Fortschreiten der medizinischen Wissenschaft die Möglichkeit, Krankheitserreger zu identifizieren und zu bekämpfen. Der Gedanke, Menschen zu immunisieren war der nächste Schritt, und so ist es nicht verwunderlich, dass Impfungen gerade im Hinblick auf solche Erkrankungen, von denen viele Menschen betroffen sind, eine große Rolle in der modernen Medizin spielen. Bekannt ist die Erfolgsgeschichte der Pockenimpfung, die zur Ausrottung der Krankheit führte. Weniger bekannt ist die Geschichte der Polioimpfung, die zu einer Eindämmung der Kinderlähmung führte: In den Ländern, in denen regelmäßig geimpft wird, sind insbesondere Kinder vor dieser heimtückischen Krankheit inzwischen gut geschützt. Wer war nun der „Erfinder" der Impfung gegen Kinderlähmung, und weshalb ist er in Deutschland eigentlich weitgehend unbekannt?

Jonas Edward Salk wurde am 28. Oktober 1914 als ältester Sohn russisch-jüdischer Immigranten in New York geboren. Er war der erste in der Familie, der studierte. Dies gelang ihm auch dadurch, dass er mit der entsprechenden Unterstützung seiner Eltern – der Vater war Damenschneider – seinem Bildungshunger zielstrebig folgte. So besuchte er das College, konnte dort als einer der Besten seinen Abschluss machen und dadurch mit einem Stipendium ausgestattet 1939 an der New York University School of Medicine schließlich ein Medizinstudium abschließen. Da er sich mehr für die wissenschaftlichen Aspekte als die praktische Tätigkeit als Arzt interessierte, arbeitete er in der Folgezeit am Mount Sinai-Krankenhaus in New York als Wissenschaftler, spezialisierte sich auf Epidemien und schließlich die Immunologie. 1942 erhielt er ein Forschungsstipendium der Universität Michigan um einen Impfstoff gegen Grippe zu entwickeln, wurde kurz darauf Assistenzprofessor und bildete sich weiter im Bereich der Methoden der Impfstoffentwicklung.

1947 wurde Jonas Salk Direktor des Virusforschungslabors der Medizinschule der Universität Pittsburgh. Hier begann er mit finanzieller Unterstützung der von Theodor Roosevelt 1938 ins Leben gerufenen Stiftung „March of Dimes", eine Wohltätigkeitsorganisation, deren Ziel die Besserung der Gesundheitssituation von Neugeborenen ist, an einem Impfstoff gegen Kinderlähmung zu forschen. Diese Krankheit war seinerzeit eine der gefährlichsten und gefürchtetsten Kinderkrankheiten und Salk glaubte, entgegen der damals gängigen Meinung, dass es möglich sein müsse, einen Impfstoff zu entwickeln, der im Zuge seiner Immunisierung keine negativen Folgen für die Geimpften haben würde.

Eine Million Testkinder

Bei der von Salk angewandten Methode werden die Erreger soweit abgetötet, dass sie im menschlichen Körper keinen Schaden anrichten können, aber einen Immunisierungsprozess in Gang setzen, der vor der Krankheit schützt. Nach Selbstversuchen und Impfungen bei Freiwilligen erfolgte 1954 schließlich eine nationale Testreihe mit einer Million Kinder im Alter von sechs bis neun Jahren, die als „Poliopioniere" in die Geschichte der Wissenschaft eingingen. Am 12. April 1955 konnte das Ergebnis dieser beispiellosen Gesundheitsvorsorge verkündet werden: Die Impfung war sicher und erfolgreich. Die Impfungen wurden daraufhin landesweit erfolgreich eingesetzt und die Anzahl der an Kinderlähmung Erkrankten konnte von durchschnittlich 45.000 auf 910 Fälle im Jahr 1962 reduziert werden.

Salk hat sich den Impfstoff nie patentieren lassen, da er Wert darauf legte, dass dieser so weit wie möglich verteilt und angewendet werden konnte. Heute gibt es auch noch einen weiteren Impfstoff gegen Polio, der unabhängig von Albert Bruce Sabin, ebenfalls Sohn jüdisch-russischer Immigranten, in Amerika entwickelt wurde. Hierbei handelt es sich um einen Lebendimpfstoff, der oral verabreicht werden kann und als Schluckimpfung in den 60er Jahren sehr populär wurde. Dass ausgerechnet jüdische Immigranten aus Russland eine federführende Rolle bei der Entwicklung der Impfstoffe gegen die Polioepidemie, die in Europa und den USA regelmäßig alle fünf bis sechs Jahre zu schwerwiegenden Folgen mit tausenden toter Kinder führten, eine entscheidende Rolle spielten, dürfte kein Zufall sein. Denn gerade in der russischen Gemeinschaft waren die Erinnerungen an die Pogrome gegen Juden, die immer wieder als Ventil für die Bevölkerung dienten, noch sehr lebendig. So erscheint die Möglichkeit, im Zuge des medizinischen Fortschritts nicht nur Erklärungen für epidemische Erkrankungen zu finden, sondern auch deren Ursachen zu bekämpfen, eine logische Bestrebung für wissenschaftliche Forschungen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO rechnet, dass durch die Polioimpfungen noch im 21. Jahrhundert weltweit 13 Millionen Kinder vor den Folgen einer Infektion gerettet werden konnten, 2016 war die Zahl im Gegensatz zu 1988 mit 350.000 gemeldeten Fällen um 99 % auf 37 Fälle zurückgegangen.

Nicht reich geworden

Dies zeigt, dass zur Immunisierung der Weltbevölkerung vor gefährlichen Krankheiten ein langer Atem gefragt ist. Salk widmete sich nach erfolgreicher Entwicklung der Polioimpfung dem Grippevirus und zuletzt auch AIDS. Obwohl er mit seinem Impfstoff kein Geld verdient hatte, konnte er aufgrund seiner Popularität und durch die Unterstützung der Öffentlichkeit und der oben bereits erwähnten Stiftung ein eigenes Institut gründen. Das Salk-Institut für biologische Forschung wurde 1963 in La Jolla, Kalifornen, gegründet. Hier verbrachte Salk, der 1968 von seiner Ehefrau Donna Lindsay, mit der er drei Söhne hatte, geschieden wurde und seit 1970 in zweiter Ehe mit Francoise Gilot, einer ehemaligen Geliebten Pablo Picassos verheiratet war, seine restlichen Forscherjahre und starb dort am 25.Juni 1993.

Die ursprünglichen Gebäude des Salk-Instituts in La Jolla, in großzügiger und offener Architektur mit Blick über den Pazifischen Ozean von dem Architekten Louis Kahn entworfen und 1967 fertig gestellt, stehen seit 1991 unter Denkmalschutz. Dabei wurde das Institut auf dem 27 Hektar großen Areal behutsam erweitert, und beherbergt heute mit einer Vielzahl von Laboren und Einrichtungen mehr als 850 Forscher, die in den unterschiedlichsten Bereichen von Alterungsprozessen und Krebserkrankungen über Immunologie, Diabetes, Hirnforschung bis zur Pflanzenbiologie aktiv sind und eine weltweit führende Spitzenforschung auf ihrem Gebiet leisten. Sie folgen einem Leitsatz des Institutsgründers Jonas Salk: „Die Hoffnung liegt in Träumen, in Vorstellungen und dem Mut derjenigen, die es wagen, Träume wahr werden zu lassen."

Die Erfolgsgeschichte des Sohns russischer Einwanderer zeigt, dass Spitzenforschung nicht nur eine Frage des Geldes ist, sondern auch eine Passion sein muss, um zum Erfolg zu führen. Auch wenn die Medizin heute große Fortschritte gemacht hat, und seit einigen Jahren gerade auch durch die Weiterentwicklung des Bereichs der Strukturforschung in der Lage ist, kleinste Bauteile von Zellen und Viren zu entschlüsseln, gelingt es der Natur doch immer wieder, den Kampf der Menschheit gegen Krankheiten vor neue Herausforderungen zu stellen – die Corona-Epidemie, die sich derzeit weltweit rasant entwickelt, ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie kompliziert diese Prozesse und Mechanismen sind. Und die Wissenschaft der Epidemiologie und Immunisierung steckt noch in ihren Kinderschuhen.

Schawuot: Von welchen „Wochen“ ist hier die Rede?

Die Hintergründe und der tiefere Sinn des jüdischen Wochenfestes

Von Dovid Gernetz

Jeder Feiertag im jüdischen Kalender hat einen Namen und dieser Name hat normalerweise stets eine Verbindung zu dem Feiertag. So heißt das Neujahrsfest „Rosch HaSchana“, weil es den Beginn des jüdischen Jahres kennzeichnet. Das Versöhnungsfest wird „Jom Kippur“ genannt, weil uns G´tt an diesem Feiertag unsere Sünden vergibt. Das Laubhüttenfest trägt den Namen „Sukkot“, weil das Sitzen in der Sukka (Laubhütte) eines der zentralen Gebote an Sukkot ist. Der Feiertag „Pessach“ verdankt dem Pessach-Opfer seinen Namen und so weiter und so fort.

Der Grund für diese Regelmäßigkeit ist offensichtlich, denn der Name jedes Gegenstandes, jeder Bezeichnung und sogar jedes Menschen fasst in sich das Wesentliche zusammen und offenbart seine Essenz.

Jedoch scheint diese Regel eine Ausnahme zu haben: Das Fest „Schawuot” (Wochenfest).

„Und als ein Wochenfest hast du dir das Fest der Erstlinge des Weizenschnitts zu gestalten…” (Schmot 34:22)

Dieser Feiertag kennzeichnet die Offenbarung G´ttes am Berg Sinai zu Beginn der Wanderschaft durch die Wüste und die Übergabe der Tora. Dennoch heißt dieses Fest nicht das „Fest der Offenbarung” oder das „Fest der Tora”, sondern es wird Schawuot genannt, was auf Hebräisch „Wochen” bedeutet.

Die Bezeichnung „Wochen” bezieht sich auf die sieben Wochen zwischen Pessach und Schawuot, in welchen man das Omer zählt, jedoch hat dieser Name scheinbar weder mit der Offenbarung am Berg Sinai noch mit der Tora etwas zu tun.

Auch die Bezeichnung unserer Weisen (siehe Mischna Traktat Rosch HaSchana Kap.1, 2) Chag HaAzeret – „Das Fest der Versammlung” scheint keinen Zusammenhang zur Essenz dieses Feiertags zu haben.

Um diese Frage zu beantworten und die Regelmäßigkeit wiederherzustellen, müssen wir zuerst verstehen, unter welcher Bedingung es überhaupt möglich ist, die Tora zu erhalten:

„Schawuot“ von Moritz Daniel Oppenheim

24.000 Schüler sterben einen qualvollen Tod

Der Talmud (Traktat Yewamot 62b) berichtet, dass Rabbi Akiva, einer der größten Gelehrten der Mischna-Epoche, 24.000 Schüler hatte. Weil sie sich jedoch gegenseitig nicht genug respektierten, starben alle zwischen Pessach und Schawuot eines qualvollen Todes.

Rabbi Akivas Schüler waren spirituelle Giganten und solch eine harsche Strafe scheint auch für große Menschen, welche G´tt strenger beurteilt, unangemessen für solch eine relativ kleine Sünde, denn der Talmud schreibt nicht, dass sie einander hassen und respektlos behandelten, sondern nur, dass sie sich gegenseitig nicht genug respektierten. Warum also verdienten sie so eine Strafe?

Rabbi Akivas Schüler haben die berühmte Lehre ihres großen Lehrers missachtet und diese wird uns offenbaren, warum sie alle sterben mussten.

Rabbi Akiva lehrt (Jerusalemer Talmud Trakat Nedarim 30:2): „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst!“ – Das ist die Grundlage der ganzen Tora!

Diese Regel ist sicherlich die Basis einer funktionierenden Gesellschaft und aller zwischenmenschlichen Beziehungen, aber warum ist diese Regel die Basis der gesamten Tora?

Um das zu verstehen müssen wir uns zurück in die Wüste begeben. Als das jüdische Volk vor 3.332 Jahren den Berg Sinai erreichte, wird dies folgendermaßen beschrieben (Schmot 19:2):

„Sie zogen von Refidim, kamen in die Wüste Sinai und schlugen dort ihr Lager auf und Israel lagerte gegenüber dem Berg.”

Ein ganzes Volk wie ein einiger Mensch

Ein aufmerksamer Leser wird bemerken, dass am Anfang des Verses die Plural-Form benutzt wird (Sie zogen von Refidim...) und zum Ende die Singular-Form (...und Israel lagerte…).

Die Kommentatoren erklären, dass sich das ganze jüdische Volk vereinte und einer einzigen Person glich „Wie ein Mensch mit einem Herz”. Aus diesem Grund wird die Einzahl benutzt.

Erst als es keine Streitigkeiten, Hakeleien und Auseinandersetzungen gab und sich alle nur freundlich gesinnt waren, konnten sie die Tora erhalten. Der Medrasch (Derech Erez Zuta Kap.11) bringt in G´ttes Namen, dass er darauf wartete, dass sie den Frieden lieben und Streit hassen, bis er bereit war, ihnen die Tora zu geben.

Die Aufgabe der Tora ist es, den Menschen zu einem besseren Menschen zu machen, aber dafür wird „ein Mensch” als Ausgangsprodukt benötigt. Um als „Mensch” zu gelten, muss man den Frieden lieben und seine Mitmenschen anständig behandeln und respektieren, unabhängig von Herkunft und Weltanschauung.

Rabbi Chaim Vital (1543-1620, wichtigster Schüler des großen kabbalistischen Meisters Arizal) schreibt, dass es aus diesem Grund kein direktes Gebot in der Tora gibt, seine Eigenschaften zu verbessern, weil dies per Definition erforderlich ist und nicht befohlen werden muss, weil sich die Tora überhaupt nur an solch einen Menschen richtet.

Jetzt können wir verstehen, warum Rabbi Akiva gerade diese Regel als Basis der ganzen Tora ausgewählte, weil sich ein Mensch in dieser Regel auszeichnen muss, um die Tora lernen und spirituell wachsen zu können.

Ausgerechnet diese Regel hatten die Schüler Rabbi Akivas nicht genug verinnerlicht und dies hatte zur Folge, dass sie sich gegenseitig nicht genug respektierten. An sich war dies möglicherweise nur eine kleine Sünde, aber den Schülern Rabbi Akivas konnte sie nicht verziehen werden, weil sie als Glied in der Kette der Überlieferung der mündlichen Tora vorgesehen waren.

Um als Glied in dieser Kette zu fungieren, muss man sich besonders im zwischenmenschlichen Bereich auszeichnen, weil dies, wie schon erwähnt, die Voraussetzung für die Erhaltung und Übergabe der Tora ist und die kleinste Unvollkommenheit in diesem Aspekt ausreicht, um sich als potenziellen Kandidaten zu disqualifizieren.

Deswegen mussten alle 24.000 Schüler sterben, weil es ihre Aufgabe gewesen wäre, die nächste Generation anzuführen und zu lehren, und sie für die Aufgabe nicht geeignet waren.

In den sieben Wochen zwischen Pessach und Schawuot betrauern wir den Tod dieser großen Menschen und es gelten teilweise Gesetze der Trauer: Man veranstaltet keine Hochzeiten, schneidet sich nicht die Haare und hört keine Musik.

Aber nebenbei versuchen wir auch aus ihren Fehlern zu lernen, indem wir mehr auf die Gefühle anderer Menschen achten und unsere Mitmenschen besser behandeln. Wir arbeiten daran dieses Level zu erreichen, welches das jüdische Volk in der Wüste vor der Erhaltung der Tora hatte, wo sie „einem Menschen mit einem Herzen” glichen und friedlich zusammenlebten.

Wochen der Besserung

Jetzt können wir auch verstehen, warum der Feiertag Schawuot seinen Namen verdient:

In diesen Wochen, zwischen Pessach und Schawuot geben wir uns besondere Mühe, unser Verhältnis zu unseren Mitmenschen zu verbessern und generell bessere Menschen zu werden. Wie wir schon zuvor erörtert haben, ist dies eine der wichtigsten Voraussetzungen, um würdig zu sein, die Tora zu erhalten.

Somit ist die „Vorarbeit”, welche wir in den Woche vor dem Feiertag Schawuot leisten, eine essenzielle Vorbereitung für den Feiertag, weil es sonst nicht möglich gewesen wäre, die Tora zu erhalten und jetzt ist der Zusammenhang mit dem Namen „Schawuot“-Wochen verständlich.

Auch die Bezeichnung unserer Weisen für diesen Feiertag „Azeret” (Versammlung) stimmt jetzt mit dem Thema und Gedanken des Feiertags überein, denn die Versammlung und das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben sind, wie schon erwähnt, die Grundlage der Tora und der jüdischen Religion.

Elektrizität statt Kabbala

Die Auferstehung Israels, Fett für G'tt, falscher Glaube und kabbalistische Visionen in der Übersicht der Haftarot des Monats Mai

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Die Haftarot des Monats April wurden wegen der Corona-Pandemie ausschließlich von Zuhause aus gelesen. So besteht die Hoffnung, dass die Synagogen bald wieder geöffnet werden und die Mai-Haftarot schon im Minjan mit schöner Stimme und besonderer Melodie vorgetragen werden können.

Keine Pandemie jedoch kann das Lernen verhindern, so dass auch ohne Synagogen das Auseinandersetzen mit den Propheten-Abschnitten möglich ist. Im Monat Mai gibt es fünf Samstage, jedoch werden sogar sechs Haftarot gelesen. Das liegt daran, dass am Ende des Monats das Schawuot-Fest gefeiert wird, das zwei Tage dauert und entsprechend zwei Prophetenabschnitte beinhaltet.

Auch wenn es in diesem Monat keine spannenden „Stories" aus „Richter", „Schmuel" oder den „Könige"-Büchern gibt, so werden wir nichtdestotrotz interessante und ergreifende Prophetien lesen, unter anderen von weniger bekannten Propheten wie Amos, Hosea oder Habakuk.

Die Auferstehung von Israel

Am ersten Schabbat im Mai wird der Doppel-Wochenabschnitt „Acharej-Kedoschim" gelesen. Die zentrale Botschaft dieser beiden Parschjot ist es, sich nicht an diejenigen unmoralische Sitten zu halten, die damals andere Völker praktizierten.

Interessanterweise gibt es zwei verschiedene Bräuche, welcher jeweilige Prophetenabschnitt als dazugehörige Haftara gelesen wird. Während in aschkenasischen Gemeinden aus dem Propheten Amos gelesen wird, kommt die Haftara in sephardischen Gemeinden aus der Prophetie des Propheten Jezeckiel. Jedoch orientieren sich beide Abschnitte an der erwähnten Grundidee von den Parschijot: beide Propheten prangern das jüdische Volk für begangene Sünden an, jedoch versprechen sie auch die Rückkehr des Volkes zu G'tt und eine schöne Zukunft in messianischen Zeiten.

Der Prophet Amos, ein einfacher Hirte, der im 8. Jahrhundert vor unserer Ära gelebt hat, hat oft über Moral und G'ttliche Gerechtigkeit gesprochen. Unsere ziemlich kleine Haftara besteht nur aus den letzten 8 Versen seines Buches, jedoch beinhalten diese wenigen Verse gleich mehrere große Prinzipien des Judentums. Erstens, auch wenn das jüdische Volk für seine Sünden hart bestraft wird, so wird es niemals vollständig ausgelöscht: „Siehe, die Augen G'ttes richten sich auf das sündige Reich, und ich tilg' es hinweg von der Oberfläche des Erdbodens; nur dass ich nicht austilge das Haus Jakob, ist der Spruch des Ewigen".

Zweitens wird in der messianischen Ära die Dynastie des König David die Herrschaft wiedererlangen: „An jenem Tage werde ich aufrichten die verfallene Hütte Davids, ich verzäune ihre Risse und richte ihre Trümmer auf und erbaue sie wie in den alten Tagen". Und schließlich kehren die Juden in sein Land zurück und lassen es wieder aufblühen: „Ich werde mein Volk Israel wiederherstellen; sie werden verödete Städte erbauen und bewohnen, Weinberge pflanzen und ihren Wein trinken und Gärten anlegen und ihre Frucht genießen". Mindestens diesen Teil der Prophetie erleben wir jetzt und heute – gerade kürzlich feierten wir den Unabhängigkeitstag Israels.

„Habakkuk" von Donatello im Museum dell'Opera del Duomo in Florenz

Etwas aus heutiger Sicht Interessantes kann man auch in der Prophetie von Jezeckiel, die als sephardische Haftara gelesen wird, finden. Der Prophet prangert mehrere Sünden der Juden an, unter anderem das Vernachlässigen des Schabbat: „Da war aber das Haus Israel gegen mich widerspenstig in der Wüste; nach meinen Satzungen wandelten sie nicht. Sie verwarfen meine Rechte, die der Mensch tun soll, auf dass er durch sie lebe, und meine Schabbatot entweihten sie sehr". Auch den letzten Satz der Haftara widmet Jezeckiel diesem Thema: „Heiliget meine Schabbatot, dass sie zum Zeichen zwischen mir und euch seien, auf dass ihr wisset, dass ich der Herr, euer G'tt bin".

Vor der Corona-Krise waren sogenannte „Lockerungen" am Schabbat eines der wichtigsten Themen in der israelischen Gesellschaft, damit nichtreligiöse Israelis zum Strand oder zum Einkaufen fahren können. Dieses Anliegen hat auch eine große Rolle im Wahlkampf gespielt. Mit der Zeit wurde zum Unmut der Religiösen in diesem Bereich tatsächlich immer mehr „gelockert". Aber dann kam „Corona", und machte den säkularen Israelis einen fetten Strich durch die Rechnung: mehrere Schabbate mussten alle Bürger wegen des staatlichen „Lockdowns" ganz zu Hause bleiben.

Fett und Blut für die Heiligkeit

Der Prophetie von Jezeckiel (44:15-31) ist auch die Haftara des Wochenabschnittes „Emor" am darauffolgenden Schabbat. Die Parascha „Emor" beinhaltet am Anfang viele Vorschriften für die Kohanim (Priester). Dementsprechend spricht auch die Haftara dieses Thema an.

Der 7. Ljubawitscher Rebbe Rabbi Menachem Mendel Schneerson (1902-1994) weist auf einen Vers hin: „Aber die Priester, die Lewijim, die Söhne Zadoks, welche der Obhut über mein Heiligtum wahrten, als die Kinder Israels von mir abirrten, die sollen zu mir herantreten, mich zu bedienen, und sie sollen vor mir hintreten mir darzubringen Fett und Blut, ist der Spruch G'ttes des Herrn."

Der Rebbe fragt, warum genau Fett und Blut auf dem Altar dargebracht werden sollen und was es für uns bedeutet? Er antwortet, dass diese beiden Dinge auf bestimmte Konzepte hinweisen. Das Fett symbolisiert Lust, Vergnügen. Blut steht für Energie, Enthusiasmus und Vitalität. Deshalb lässt sich das Gebot Fett und Blut im Tempel zu opfern laut dem Rebben folgendermaßen interpretieren: jeder Jude soll in seinem tagtäglichen G'ttesdienst sein „Fett" und „Blut" für die Spiritualität verwenden, und nicht für das Materielle. Nur wenn man die Gebote mit Enthusiasmus und Begeisterung ausführt, wird das religiöse Leben Freude und Genuss bringen.

Falscher Glaube

Mit dem zweiten Doppel-Abschnitt des Monats „Behar-Behuckotaj" wird das dritte Buch der Tora „Wajikra" zu Ende gelesen. Als Haftara wird hier ein Abschnitt aus der Prophetie des Jeremia gelesen. Passend zu den „Tochacha" (49 Flüche) der Parascha „Behuckotaj" beinhaltet auch die Haftara scharfe Zurechtweisungen und furchterregende Vorhersagen.

Auch hier gibt es einen Vers, der es bei genauem Hinschauen in sich hat. „So spricht der Ewige: verflucht ist der Mann, der auf einen Menschen sich verlässt und einen Sterblichen zu seinem Arme macht, und vom Ewigen weicht sein Herz". Das scheint ein ziemlich normaler Satz zu sein, wenn man jedoch den Vers auf Hebräisch liest, entdeckt man etwas Interessantes.

Es gibt in der heiligen Sprache vier Ausdrücke für das Wort „Mann": Enosch, Isch, Gewer und Adam. Natürlich sind es nicht einfach nur Synonyme, jedes Wort hat eine eigene Bedeutung. In unserem Vers wird für das

Wort „Mann“ – Gewer verwendet, für das Wort „Mensch“ – Adam. Die Wahl der Wörter ist im Tanach nie zufällig, der Prophet möchte uns damit auf etwas hinweisen.

Das Wort „Gewer“ deutet auf die Stärke (Gibor – ein starker Mensch). Der Vers spricht also über einen starken erfolgreichen Mann, der sich auf „Adam“ (Mensch) verlässt, also auf sich selbst, auf die eigene Stärke, die eigene Gerissenheit, gute Beziehungen zu den Mächtigen. Das sieht G’tt sehr ungern und kann leicht beweisen, dass Er nicht nur selbstsicheren und gerissenen Menschen, sondern ganze stolze Staaten innenhalb von Wochen in eine tiefe Krise stützen kann. Das erleben wir jetzt mit der Corona-Pandemie äußerst schmerzvoll. Deshalb bekräftigt Jeremia seine wichtige Botschaft noch mal: „Gesegnet ist der Mann, der auf den Ewigen vertraut und dessen Zuversicht der Ewige geworden ist! Denn er wird sein wie ein Baum, der am Wasser gepflanzt ist und seine Wurzeln zu den Bächen ausstreckt. Er fürchtet die Hitze nicht, wenn sie kommt, sondern seine Blätter bleiben grün; auch in einem dürren Jahr braucht er sich nicht zu sorgen, und er hört nicht auf, Frucht zu bringen“.

Sambach, wikimedia-commons.

Der zentrale israelische Stromversorger heißt „Chewrat haHaschmal“ – benannt nach einem alten Bibelvers.

Die duale Natur der Gebote

Am vierten Schabbat im Mai beginnen wir mit dem 4. Buch der Tora „Bamidbar“. Im ersten Wochenabschnitt des Buches wird die Anzahl von Männern jedes Stammes angegeben, die aus Ägypten ausgezogen sind. Passend dazu wird als Haftara ein Abschnitt der Prophetie von Hosea gelesen. Gleich am Anfang der Haftara spricht Hosea über die Messianische Epoche, wenn die Juden so zahlreich sein werden, dass man sie kaum zählen kann:

„Es wird aber die Zahl der Kinder Israels werden wie der Sand am Meer, der nicht zu messen noch zu zählen ist…“.

Der 7. Ljubatscher Rebbe bemerkt in diesem Vers einen interessanten Wiederspruch: auch wenn der Sand am Meer sehr zahlreich ist, so ist er schlussendlich ja doch zählbar. Wie kann es sein, dass die Zahl dann „nicht zu messen und nicht zu zählen“ sein wird? Wie kann eine Sache gleichzeitig endlich und unendlich sein?

Der Rebbe erklärt diesen Wiederspruch auf chassidische Weise. Hier, sagt der Rebbe, spielt der Vers auf die duale Eigenschaft von Mitzwot (Geboten) an. Eigentlich kommen die Gebote von G’tt und sind damit rein spirituell. Zum Beispiel das Anlegen von Tfillin macht uns weder besser noch klüger, hat aber einen gewaltigen Einfluss in spirituellen Welten und trägt zu unserer inneren Geistigkeit bei. Jedoch haben alle Gebote ganz genaue Anweisungen, wie sie ausgeführt werden müssen. So müssen die Riemen des erwähnten Tfillins absolut schwarz sein, und wenn sie nicht schwarz sind, dann wird damit nicht nur die Mitzwa nicht erfüllt, sondern werden auch die Segensprüche unnötig gesprochen, und damit noch schlimmer gemacht, als wenn man überhaupt keine Tfillin angelegt hätte. Viele fragen, warum das so ist, warum es nicht egal ist, ob alle Details punktgenau befolgt wurden, und was dies für den unendlichen und zeitunabhängigen G’tt ausmacht?

Die Antwort ist einfach: G’tt hat uns in dieser Welt platziert, und diese Welt ist endlich, materiell und funktioniert nach physischen Gesetzen. Sendet man eine E-Mail und lässt nur einen kleinen Punkt in der Adresse aus, kommt die Mail nicht an. So ist es auch mit den Geboten: auch wenn sie großes spirituelles Potenzial haben, so werden sie ihren Effekt nur dann in den G’ttlichen Welten haben, wenn sie punktgenau von uns ausgeführt werden. Deshalb müssen wir die Gesetze von Mitzwot sorgfältig studieren, um sie bestmöglich ausführen zu können und damit auch ihr Potenzial auszuschöpfen.

Kabbala und Elektrizität

Am Ende des Monats Mai wird das Schawuot-Fest gefeiert. Wie alle Feste außerhalb Israels wird auch dieses Fest zwei Tage gefeiert, und an jedem Tag gibt es eine Tora-Lesung mit der dazugehörigen Haftara.

Am ersten Tag von Schawout wird aus der Tora der Abschnitt über die Tora-Übergabe am Berg Sinai gelesen. Während dieses Ereignisses gab es die einmalige und absolut unvorstellbare Offenbarung G’ttes für den Menschen. Sehr passend dazu wird die erste Prophezeiung von Jezeckiel gelesen, wo es auch eine außergewöhnliche Offenbarung G’ttes an einen Menschen gab: „Im dreißigsten Jahre am fünften des vierten Monats befand ich mich unter den verbannten [Judäern] am Strome Kebar; da öffnete sich der Himmel und ich sah eine g‘ttliche Erscheinung“.

Diese Vision, die „Maase Merkawa“ („Vision vom Lenkwagen“) genannt wird, ist im Judentum von großer Bedeutung und bildet die zweite Säule der Kabbala (die erste ist „Maase Bereschit“ – „Erschaffung der Welt“). Jezeckiel hat in dieser Vision einen „G’ttlichen Lenkwagen“ gesehen, der aus vier verschiedenen Tieren bestand. Außerdem enthält dieser Abschnitt Beschreibungen von Engeln und vom Thron G’ttes. Deshalb ist diese Vision die Hauptquelle für die kabbalistische Lehre, darüber wie G’tt diese Welt regiert bzw. lenkt. Traditionell wird zum Lesen dieser Haftara der weiseste und würdigste Rabbiner der Gemeinde aufgerufen.

Jedoch hat dieser Abschnitt nicht nur Kabbalisten inspiriert. Interessanterweise half diese Vision auch den Entwicklern des Iwrits um Elieser ben Jehuda. Für das neuentstandene Wort „Elektrizität“ gab es logischerweise kein eigenes Wort in der hebräischen Sprache. Fündig wurden die Sprachwissenschaftler in Jezeckiel. Im Vers 1:27 beschreibt der Prophet ein besonderes Leuchten: „Ich sah einen Schein, wie den des Golderzes, es sah aus wie Feuer im Innersten desselben [um die Menschengestalt] von den Lenden aufwärts; aber von den Lenden abwärts sah es aus wie Feuer umgeben von einem Strahlenkranz daran“. Für dieses Leuchten wird das Wort „Haschmal“ benutzt. Kurzerhand wurde für „Elektrizität“ im Iwrit „Haschmal“ genommen und so heißt zum Beispiel der zentrale israelische Stromversorger „Chewrat haHaschmal“.

> Interessanterweise half diese Vision auch den Entwicklern des Iwrits um Elieser ben Jehuda. Für das neuentstandene Wort „Elektrizität“ gab es logischerweise kein eigenes Wort in der hebräischen Sprache. Fündig wurden die Sprachwissenschaftler in Jezeckiel.

Pijut inmitten von Prophetenabschnitt

Am 2. Tag von Schawuot wird als Haftara der letzte Abschnitt der Prophetie von Habakuk gelesen. Die Verbindung zum Schawuot-Fest ist offensichtlich: am Anfang des Abschnitts erwähnt der Prophet die Geschichte rund um die Tora-Übergabe.

Der Prophet Habakuk ist wohl der merkwürdigste Prophet von allen. Es steht nirgendwo, wann er gelebt hat, wo er geboren wurde und wer seine Eltern waren. Einer unserer Weisen meint, dass Habakuk der Sohn von Schunamitin war. Sie war unfruchtbar und nur durch den Segen des Propheten Elischa gebar sie einen Sohn. Hinweise darauf finden unsere Weisen im Versprechen von Elischa (Könige II 4:16): „Und er sprach: Um diese bestimmte Zeit übers Jahr wirst du einen Sohn umarmen!“. Umarmung ist auf Hebräisch „Hibuk“ und die Buchstaben dieses Wortes bilden auch den Namen Habakuk.

Dem Propheten Habakuk gehört einer der wichtigsten Sätze im Judentum (2:4): „…der Gerechte wird durch seinen Glauben leben“. Das ist quasi die Quintessenz der Tora, die Mosche am Berg Sinai bekommen hat und das ist auch zusätzlicher Grund, warum am Schawuot der Abschnitt von diesem Propheten gelesen wird.

In mehreren aschkenasischen Gemeinden gibt es den Brauch gleich den 1.Vers der Haftara (2:20) Pijut „Jetziw Pitgam“ zu rezitieren, was absolut einzigartig ist. Die ersten Buchstaben aller fünfzehn Verse ergeben den Namen des Verfassers Yaakov BeRabbi Meir Levi, der als Rabejnu Tam (1100-1171) vermutet wird. Dieser Pijut ist auf aramäischer Sprache geschrieben, und wird nach einer sehr schönen alten Melodie gesungen.

Noch eine Einzigartigkeit dieses Pijuts besteht darin, dass er für Meturgaman (Übersetzer) geschrieben wurde. In den Zeiten des Talmuds gab es bei jeder öffentlichen Tora-Lesung einen Übersetzer, der den Zuhörern den Text der gerade gelesenen Tora-Abschnitte übersetzt hat.

Auch das passt ideal zum Schawuot-Fest: damit erinnern wir uns an Mosche Rabejnu, der als Verbindungsmann die Tora von G’tt für uns erhalten hat. Da aber die Tora jetzt da ist, kann sich jeder damit beschäftigen, und ganz sicher nicht nur am Schawuot!

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Verliebt in Jerusalem

Stefan Gödde ist hunderttausenden TV-Zuschauern als Moderator des ProSieben-Wissensmagazins „Galileo“ bekannt. In seinem Buch „Nice to meet you, Jerusalem“ nimmt er den Leser mit auf eine liebevolle Entdeckungstour durch die ewig junge und ewig jüdische Hauptstadt Israels.

(Israelnetz) Stefan Gödde ist hunderttausenden TV-Zuschauern als Moderator des ProSieben-Wissensmagazins „Galileo“ bekannt. In seinem Buch „Nice to meet you, Jerusalem“ nimmt er den Leser mit auf Entdeckungstour. Im „Israelnetz“-Interview erklärt er, warum jeder einmal in diese Stadt reisen sollte, ihn ein traditionelles Schabbat-Essen besonders berührte und was er nachts in der Grabeskirche erlebte.

IN: Jerusalem ist – neben Rom – ihre Lieblingsstadt. Über die israelische Stadt haben Sie ein Buch geschrieben. Woher kommt Ihre Faszination für Jerusalem? Was beeindruckt Sie an der Stadt?

Gödde: Ich kenne keine andere Stadt auf der Welt, in der sich verschiedene Kulturen, Nationen, Religionen und Weltanschauungen so sehr verdichten wie in der Altstadt von Jerusalem. Ein unglaublich faszinierender Ort. Und obwohl ich schon viele Male dort war, entdecke ich immer wieder etwas Neues, lerne spannende Menschen kennen, die mir ihre Geschichten erzählen. Jerusalem ist eine Schatzkammer. Und ich finde, jeder sollte zumindest einmal im Leben dort gewesen sein, um das ganz spezielle Lebensgefühl aufzusaugen. Und um diese besondere Spannung zu erleben, die in der Luft liegt.

Stefan Gödde ist für seine Moderatoren-Tätigkeit viel unterwegs: Hier im Tsunami-Warnzentrum auf Hawaii.

IN: Gab es für Sie einen konkreten Anlass oder ein Erlebnis, in dem sich Ihre Begeisterung für Jerusalem und Israel gründet?

Gödde: Als Jugendlicher habe ich in einem amerikanisch-jüdischen Ferienlager als Kinder-Betreuer gearbeitet – in der Nähe von New York. Dort habe ich viele Israelis kennengelernt, mich mit ihnen angefreundet und habe sie danach in ihrer Heimat besucht. Seitdem war ich schon viele Male in Israel – ein Land, das flächenmäßig nur so groß ist wie Hessen, aber unglaublich viel zu bieten hat: unterschiedlichste Landschaften, freundliche Menschen, tolles Essen, Beach-Life, faszinierende Städte. Als Tourist kann man auf engsten Raum extrem spannende Kontraste erleben.

IN: Viele Touristen machen einen Bogen um Israel, sie befürchten eine Gefahrensituation vor Ort. Wie erleben Sie die Sicherheitslage im Land bei Ihren Besuchen?

Gödde: Als Tourist muss man sich darauf einstellen, auf der Straße bewaffnete Menschen zu sehen - das gehört in dieser Region der Welt einfach dazu. Mich persönlich beunruhigt das nicht. Und Freunde vor Ort haben mich in meiner Einschätzung immer wieder bestätigt: dass man als Tourist nicht Teil des Konfliktes ist. Das heißt, niemand im Land hat ein Interesse daran, dass Touristen zwischen die Fronten geraten oder sich bedroht fühlen.

IN: Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel?

Gödde: Es war für mich persönlich ein extrem berührendes Erlebnis – damals in dem amerikanischen Ferienlager –, dass ich als junger Deutscher von den Israelis so herzlich aufgenommen wurde. Denn historisch belasteter und damit potentiell komplizierter könnte ein Verhältnis zweier Länder ja nicht sein. Und doch habe ich den Eindruck, dass die junge Generation einen Weg der Versöhnung gefunden hat. Das ist ein großes Geschenk.

IN: In Ihrem Buch „Nice to meet you, Jerusalem“ teilen Sie verschiedene Erlebnisse mit Ihren Lesern: etwa ein Schabbat-Essen im Haus eines orthodoxen Rabbiners. Was war an diesem Erlebnis besonders für Sie?

Gödde: Ganz generell war es für mich als Christ sehr spannend, an einem traditionellen Schabbat-Essen teilzunehmen zu dürfen, die alten Lieder mitzusingen, uralte Rituale kennenzulernen und diese ganz besondere Atmosphäre am Schabbat-Tisch zu spüren. Besonders berührend fand ich den Augenblick, als der Rabbi und seine Frau ihre acht Kinder segneten. Das war ein ganz besonderer, ein sehr intimer Moment.

IN: Sie haben auch einen nächtlichen Ausflug in die Grabeskirche gemacht. Wie haben Sie das erlebt?

Gödde: Wer jemals zur Hauptsaison in der Grabeskirche war, der wird mir Recht geben: Es geht dort oft zu wie auf einem geschwätzigen Basar, wortwörtlich.
So viele Touristen und Pilger drängen sich dann durch die heiligen Hallen. Aber während der Nacht bekommt der heiligste Ort der Christenheit seine Würde zurück, denn dann feiern die verschiedenen christlichen Konfessionen ihre heiligen Messen. Und es ist faszinierend, diese Liturgien mitzuerleben – den Rhythmus der verschiedenen Sprachen und Traditionen auf sich wirken zu lassen.

IN: In Jerusalem gibt es das Studio „Razzouk Tattoo“ mit einer langen Familientradition, das auch „Israelnetz“ bereits besucht hat. Sie haben sich bei dem christlichen Tätowierer Wassim Razzouk ein Tattoo stechen lassen und auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob man aus der Bibel ein Tattoo-Verbot für Gläubige ableiten kann – Sie sind selbst Katholik. Warum haben Sie sich für ein Tattoo entschieden? Wie haben Sie das Motiv ausgewählt?

Gödde: Ja, tatsächlich wirbt „Razzouk Tattoo“ in Jerusalem mit der längsten Tattoo-Tradition der Welt, ununterbrochen seit dem Jahr 1300, mittlerweile in der 27. Generation. Aber nicht nur die Tradition ist uralt, sondern auch die Olivenholz-„Stempel“, mit denen die Tattoo-Motive auf die Haut aufgebracht und dann mit einer modernen Tätowiermaschine eingestochen werden. Der älteste Stempel ist 500 Jahre alt, also ein halbes Jahrtausend. Er zeigt das traditionelle Jerusalem-Kreuz. Genau dieses Motiv habe ich mir stechen lassen und mich damit in die Jahrhunderte alte Pilgertradition im Heiligen Land eingereiht. Das ist für mich etwas sehr Wertvolles und ein bleibendes Andenken an Jerusalem.

IN: Inwieweit machen die Besuche der Stadt und ihrer Stätten etwas mit Ihrem Glauben?

Gödde: Ich denke, dass es für jeden Gläubigen ein Gewinn ist, selbst einmal an den Stätten zu sein, die in der Bibel beschrieben werden. Also zum Beispiel mit eigenen Augen den See Genezareth zu sehen, den auch Jesus und seine Jünger damals gesehen haben. Das kann den eigenen Glauben vertiefen und helfen, die Schrift besser zu verstehen.

IN: Sie waren in Ihrer Kindheit Messdiener und Pfadfinder. Später wurde der Glaube schwächer, doch er gewann im Rahmen einer lebensgefährlichen Krankheit wieder an Bedeutung. Können Sie diese Entwicklung etwas genauer schildern?

Gödde: Tatsächlich ist mir vor einigen Jahren plötzlich eine Ader eingerissen, eine sogenannte „Dissektion“. Das war kurzfristig sehr gefährlich, und doch hat es mich langfristig geprägt. Denn wenn man in relativ jungen Jahren mit der eigenen Endlichkeit konfrontiert wird, dann ändert das grundsätzlich den Blick auf die Dinge. Wir leben ja in einer Welt, in der Krankheiten, Leid und Tod gerne mal verdrängt werden. Und doch ist es wichtig, jeden Tag als Geschenk zu betrachten. Und dankbar dafür zu sein. Denn Dankbarkeit ist ein sehr wichtiger Schlüssel zum Lebensglück.

IN: Vielen Dank für das Gespräch!